

Ausstieg aus der Demokratie?

Sonja Kock

Impressum

Copyright: © Sonja Kock

Verlag: epubli GmbH, Berlin, www.epubli.de

ISBN 978-3-7375-2032-4

Ausstieg aus der Demokratie?

Eine empirische Untersuchung zur politischen Partizipation
unter besonderer Berücksichtigung der Bevölkerung
in ökonomisch benachteiligten Stadtvierteln

Dissertation

zur Erlangung des Doktorgrades

der Sozialwissenschaften

des Fachbereichs Sozial- und Kulturwissenschaften

der Justus-Liebig-Universität Gießen

vorgelegt von

Sonja Kock

Erstgutachter	Prof. Dr. Franz Neumann
Zweitgutachter	Prof. Dr. Eike Hennig
Drittgutachter	Prof. Dr. Eike-Christian Hornig
Datum der Disputation	16. April 2014

Einleitung.....	1
I. Theoretischer Teil.....	10
1. Demokratietheorien.....	10
1.1. Politische Partizipation in der Demokratie.....	10
1.2. Sind Nichtwähler schlechte Demokraten? Oder: Ist eine geringe Wahlbeteiligung eine Bedrohung für das politische System einer Demokratie?	16
1.3. Output- versus Input-orientierte Demokratietheorien	18
1.4. Politische Beteiligung in der Postdemokratie.....	23
1.5. Easton: Das Konzept politischer Unterstützung	27
1.6. Zusammenfassung	32
2. Sozio-ökonomischer Status und politische Partizipation	34
2.1. Begriffe	35
2.2. Zum Zusammenhang zwischen sozio-ökonomischem Status und politischer Partizipation.....	39
2.3. Zusammenfassung	48
3. Nichtwähler.....	50
3.1. Der Beitrag der Wahlforschung zur Erklärung von Nichtwahl.....	50
3.2. Die heterogene Gruppe der Nichtwähler.....	74
3.3. Zusammenfassung	85
II. Methodischer Teil	87
4. Forschungsdesign	87
4.1. Fragestellung und Hypothesen	88

4.2. Indikatoren	93
4.3. Methodik	99
4.4. Grundgesamtheit	100
5. Datenbasis	102
5.1. Stichprobe	102
5.2. Erhebung	103
Exkurs: Beschreibung der untersuchten Stadtviertel	105
Duisburg-Marxloh	106
Bebauungsstruktur	106
Bevölkerungsstruktur	108
Ökonomische Chancenstruktur	109
Begegnungs- und Integrationsstruktur	111
Frankfurt-Gallus	112
Bebauungsstruktur	112
Bevölkerungsstruktur	113
Ökonomische Chancenstruktur	114
Begegnungs- und Integrationsstruktur	115
Halle-Silberhöhe	116
Bebauungsstruktur	116
Bevölkerungsstruktur	117
Ökonomische Chancenstruktur	117
Begegnungs- und Integrationsstruktur	118
Differenzen und Gemeinsamkeiten der drei Stadtviertel	119

III Empirischer Teil 121

6. Sozialstruktur der untersuchten Population	122
6.1. Sozio-demographische Struktur der Befragungsteilnehmer	122

6.2. Sozio-ökonomische Situation der Befragten	124
6.3. Wählerstruktur der Befragten	126
6.4. Zusammenfassung	127
7. Politische Partizipation und politische Einstellungen.....	129
7.1. Politische Partizipation und Nichtwahl	130
7.2. Sozio-demographische Unterschiede zwischen Wählern, Nichtwählern und ungültig Wählenden	138
7.3. Objektive und subjektive ökonomische Lage	140
7.4. Politische Einstellungen: Parteineigung, politisches Interesse und Efficacy	143
7.5. Wertorientierungen	149
7.6. Politische Partizipation und politische Einstellungen bei Wählern, Nichtwählern und ungültig Wählenden oder: Muster-Demokraten, Politik-Aussteiger und kritische Demokraten.....	156
8. Soziale Integration	161
8.1. Soziale Integration	163
8.2. Gefühlte Einsamkeit.....	170
8.3. Nichtwähler – Randständige der Gesellschaft?	173
9. Unterstützung der Demokratie	178
9.1. Diffuse politische Unterstützung	183
9.2. Diffus-spezifische politische Unterstützung.....	194
9.3. Spezifische politische Unterstützung.....	196
9.4. Diffuse, diffus-spezifische, spezifische Unterstützung und wahrgenommenes Demokratiedefizit bei Wählern, ungültig Wählenden und Nichtwählern.....	202
9.5. Zusammenfassung	210
10. Schluss	215

11. Literaturverzeichnis	225
12. Tabellen- und Abbildungsverzeichnis	237
Dank	241

Einleitung

Demokratie ist „government of the people, by the people, for the people“¹, so Abraham Lincoln im Jahr 1863. Wie viel ist im 21. Jahrhundert vom Anspruch Lincolns noch übrig? Was bleibt von der Demokratie, wenn nicht mehr durch das Volk, aus Sicht der Bürger auch nicht mehr für das Volk regiert wird und einzig die Regierung des Volkes bleibt?

Während der Kampf der Menschen in den totalitären Systemen für mehr Demokratie gefeiert wird, erlebt gleichzeitig die Diskussion um eine Krise der Demokratie in den „alten“ Demokratien einen Höhepunkt. Die Debatte um Politikverdrossenheit ist zwar so alt wie das Parteiensystem an sich, und ebenso lange wird schon über den Verdruss der Bürger an eben diesem und seinen Vertretern diskutiert. Neu aber ist die Gleichsetzung von Verdrossenheit an Politik, Politikern und Parteien mit einer Verdrossenheit an der Demokratie an sich.

Erklärungen sind schnell bei der Hand: Durch die Europäisierung und Globalisierung werden die politischen Prozesse für den Bürger undurchsichtiger und evozieren ein Gefühl der Ohnmacht. Die zunehmende inhaltliche Angleichung der großen Volksparteien, die stetig in den Medien diskutierten politischen Skandale und der Rückbau der sozialen Sicherungssysteme verstärken beim Bürger den Eindruck, die Demokratie löse ihr Versprechen von sozialer Gerechtigkeit nicht mehr ein.

Die Verdrossenheit der Bürger wird unter anderem festgemacht an der mittlerweile in manchen Gebieten der Bundesrepublik Deutschland nicht mal mehr 50 Prozent betragenden Wahlbeteiligung. Sinkende Wahlbeteiligungen sind kein neues Phänomen: Die seit den 1970er-Jahren abnehmende Wahlbeteiligung als sichtbare und eindeutig messbare politische Partizipation konnte zunächst in den 1980er-Jahren durch neue Formen politischer Partizipation wie Bürgerinitiativen, Sit-ins etc. aufgefangen werden, doch auch hier geht die Bereitschaft zur Beteiligung mittlerweile deutlich zurück. Verglichen mit früheren Jahrzehnten geht die politische Partizipation in jeglicher Form zurück – einzig beim Protest gegen Großprojekte wie den Stuttgarter Bahnhof und den Flughafen Berlin-Brandenburg wird politische Beteiligung und ein Sich-einmischen

¹ Gettysburg Address, Rede gehalten am 19. November 1863 anlässlich der Einweihung des Soldatenfriedhofs auf dem Bürgerkriegsschlachtfeld von Gettysburg.

der Bürger in politische Prozesse sichtbar. Die Repräsentanten des protestierenden Volkes, die Politiker, scheinen dann regelmäßig überrascht von der plötzlichen, vehementen Meinungsäußerung der zu Regierenden.

Was bedeutet es für die Legitimität und die Stabilität einer Demokratie, wenn politische Partizipation sich für einen großen Teil der Bevölkerung auf lokale, kurzfristige, thematisch eng begrenzte Bereiche der Politik beschränkt und die Repräsentanten des Volkes nur von einem Teil des Volkes gewählt sind? Die Politik muss sich die Frage stellen, ob die Angebote und Möglichkeiten, sich an der politischen Willensbildung zu beteiligen, noch zeitgemäß sind.

Unter den Begriffen Demokratiedistanz, Demokratieferne, Abschied von der Demokratie kommen Studien zu dem Ergebnis, dass erstens ein erheblicher Teil der Menschen in Deutschland sich bereits von der Demokratie verabschiedet hat und, dass zweitens sich vor allem die Gruppen der Bevölkerung der Demokratie entfremden, die sich selbst als abgehängt oder benachteiligt empfinden. Die Friedrich-Ebert-Stiftung schließt: „Aus persönlichem Misserfolg wird Staatsferne“, oder Demokratiedistanz, um bei den anfangs genannten Begriffen zu bleiben.² Werden die Erwartungen der Bürger an das politische System – zu denen sie offensichtlich das Herstellen und Sichern sozialer Gerechtigkeit zählen – nicht mehr erfüllt?

„Der Sozialstaat ist eine der Quellen der Legitimität der Demokratie in Deutschland.“³, so ist es im Datenreport 2006 des Statistischen Bundesamtes nachzulesen. Werden Zweifel an der Fähigkeit der Demokratie, Sozialstaatlichkeit und sozialen Ausgleich zu gewährleisten, größer und wird Demokratie als Garant sozialer Gerechtigkeit verstanden, entstehen Zweifel nicht nur an der Funktionsweise, sondern auch am System Demokratie. Wenn zu sozialen Verwerfungen die Erosion des Vertrauens in eine „Politik von oben“ hinzukommt, die nicht beeinflussbar und schon gar nicht kontrollierbar erscheint, so ist die Folge eine steigende Distanz der Bürger zur Demokratie und letztlich der Ausstieg aus der Demokratie.

Die Grundfrage dieser Arbeit lautet: Leidet die Qualität einer Demokratie unter der politischen Entfremdung eines auf ein Fünftel bis ein Viertel geschätz-

² Vgl. SPIEGEL ONLINE: Studie: Vertrauen in die Demokratie schwindet. 29. Juni 2008, abgerufen am 05.06.13.

³ Statistisches Bundesamt (Hg.): Datenreport 2006. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland. Bonn 2006, S. 648.

ten Teils der Bevölkerung?⁴ Die Qualität einer Demokratie wird in der international vergleichenden Demokratieforschung mangels anderer Daten objektiv, das heißt von außen, in quasi unabhängiger Weise gemessen. Die Messung erfolgt entweder anhand bestimmter Kriterien, die erfüllt sind oder nicht, und/oder über die Einschätzung von Experten.

Um die Qualität eines demokratischen Systems zu beurteilen, reicht dies jedoch nicht aus: Die politische Kultur, das heißt die Einstellung der Bevölkerung zu ihrer Demokratie, ist für eine Qualitätsbeurteilung mindestens ebenso bedeutsam. Zur objektiven muss die subjektive Dimension der Demokratiemessung, die Einschätzung der Bürger (Subjekte) selbst, wie sie zum Beispiel mit Umfragen erhoben wird, hinzukommen.

„Eine Beurteilung demokratischer Qualität ohne Berücksichtigung des Demos wäre im Sinne der [politischen] Kulturforschung geradezu grotesk. Dies gilt zumal unter der Annahme, daß die Struktur der Institutionen den Legitimitätsansprüchen der Bevölkerung genügen muß, wenn ein Regime Stabilität erlangen soll.“⁵

Es ist unstrittig, dass Deutschland nach objektiven Kriterien eine Demokratie hoher Qualität ist. Ob sich die Qualität dieser Demokratie auch in den Einstellungen und Verhaltensweisen der Bürger widerspiegelt, ist jedoch bislang nicht hinreichend untersucht.

Zentraler Aspekt meiner Arbeit ist deshalb die Frage nach den Einstellungen und Verhaltensweisen der Bürger gegenüber dem politischen System der Demokratie. Genügt das System den Legitimitätsansprüchen seiner Bürger?

Stellt man die Unterstützung der Bürger für die Demokratie ins Zentrum der Diskussion um die Stabilität der Demokratie, so sind nach Hans-Dieter Klingemann keinerlei Anzeichen für eine Krise der Demokratie in Sicht: Die Unterstützung für diese Staatsform sei international nach wie vor ungebrochen.⁶ Die Existenz von Unzufriedenheit mit der Performanz des Regimes, mit der Art und Weise der Umsetzung und Ausführung von Demokratie, die er durchaus konstatiert, bedinge noch nicht eine prinzipielle Gefährdung für den Bestand der Demokratie. Die „unzufriedenen Demokraten“ weltweit stimmten der Demo-

⁴ Friedrich-Ebert-Stiftung: Demokratie in Deutschland 2011 – Ein Report der Friedrich-Ebert-Stiftung. Berlin 2011.

⁵ Lauth, H.-J./ Pickel, G./ Welzel, C.: Demokratiemessung. Konzepte und Befunde im internationalen Vergleich. Wiesbaden 2000. S. 15.

⁶ Vgl. Klingemann, H.-D.: Unterstützung für die Demokratie: Eine globale Analyse für die 1990er Jahre. In: Lauth, H.-J./ Pickel, G./ Welzel, C.: Demokratiemessung. Wiesbaden 2000.

kratie als Regierungsform grundsätzlich zu und seien lediglich mit der Art und Weise, wie Demokratie momentan in ihrem Land umgesetzt wird, unzufrieden. Die „unzufriedenen Demokraten“ sind nach Klingemann „also weniger als Gefährdung der Demokratie zu betrachten, denn als potentielle Kraft der Reform und des Fortschritts im demokratischen Prozess“⁷.

Mit dieser Arbeit zeige ich, dass Zweifel an der optimistischen Sichtweise Klingemanns, die unzufriedenen Demokraten seien Potential für die Demokratie, angebracht sind. Es sind bestimmte soziale Gruppen der Bevölkerung, die besonders unzufrieden sind und sich mehr und mehr aus der politischen Partizipation zurückziehen: Waren es in den 90er-Jahren vor allem noch die Bildungsbürger, die besonders unzufrieden mit dem Funktionieren der Demokratie waren, so sind es heute Bevölkerungsgruppen mit niedrigem sozio-ökonomischem Status, die in hohem Maße unzufrieden sind. Diese sind vom Umbau der sozialen Sicherungssysteme besonders betroffen. Weil soziale Absicherung von ihnen aber als ein wesentlicher Bestandteil einer Demokratie angesehen wird, entziehen sie dem politischen System ihre Unterstützung. Wenn die Demokratie soziale Gerechtigkeit nicht mehr gewährleisten kann, wird dann das demokratische politische System insgesamt angezweifelt? Wohin führt diese Unzufriedenheit? Zum Willen zur Veränderung über die Beteiligung in Form politischer und/oder sozialer Partizipation oder zu Resignation, Apathie, zum Ausstieg? Sind die unzufriedenen Demokraten bei näherem Hinsehen nicht vielmehr unzufriedene, resignierte Aussteiger? Und welche Konsequenzen ergeben sich daraus für das politische System der Demokratie, seine Legitimität und Stabilität?

Das Grundprinzip der repräsentativen Demokratie ist die Sicherung der Herrschaft des Volkes durch von diesem gewählte Repräsentanten. Die gewählten Volksvertreter sind legitimiert, wenn die Interessen der verschiedenen sozialen Gruppen einer Gesellschaft von ihnen vertreten werden. Beteiligt sich jedoch nur noch ein Teil der Bürger an der Auswahl der Repräsentanten und gehören die nicht Partizipierenden zu sozialen Gruppen der Bevölkerung, die auch in anderen Bereichen des gesellschaftlichen Zusammenlebens kaum Einfluss ausüben und sind diese auch nicht selbst Repräsentanten, muss die Frage nach der Legitimität eines demokratischen politischen Systems gestellt werden.

⁷ Klingemann, H.-D.: Unterstützung für die Demokratie: Eine globale Analyse für die 1990er Jahre. In: Lauth, H.-J./ Pickel, G./ Welzel, C.: Demokratiemessung. Wiesbaden 2000. S. 267.

Die Legitimität einer Demokratie ist eines der zentralen Elemente für die Stabilität einer Demokratie. Meine Arbeit zeigt, dass hohe Beteiligung allein, also das rein quantitative Maß der Beteiligung, nicht ausreicht, um den Fortbestand einer Demokratie zu sichern. Zur Beteiligung quer durch alle Bevölkerungsgruppen hindurch muss die Mehrheit der Bevölkerung das politische System, seine Institutionen und Autoritäten grundsätzlich und unabhängig von konkreten Outputs um seiner selbst willen anerkennen und unterstützen. Politische Unterstützung und politische Partizipation müssen nicht Hand in Hand gehen – vor allem dann nicht, wenn es sich bei der Art der Beteiligung um eine mit besonders geringem Ressourcenaufwand verbundene wie das Wählen handelt.

Daraus folgt die Grundidee meiner Arbeit: Wenn sich nicht Bürger aller sozialen Gruppen einer Bevölkerung an der politischen Willensbildung beteiligen, weite Teile einer bestimmten Gruppe der Gesellschaft ausgeschlossen sind und dem demokratischen System keine politische Unterstützung im Sinne einer grundsätzlichen Befürwortung der zugrunde liegenden Prinzipien und Ordnung entgegen bringen, ist ein demokratisches System nicht ausreichend legitimiert und kann somit auf Dauer nicht stabil sein.

Die Arbeit begrenzt den Blick jedoch nicht auf die negative Sichtweise von Nichtbeteiligung, denn: Wenn Mitbestimmung und Mitgestaltung des Gemeinwesens, der Gesellschaft mittels anderer Formen der Beteiligung erfolgt, wenn politische Partizipation sich als Protest ausdrückt, wie beispielsweise über unkonventionelle politische Partizipation oder auch Nichtwahl als spezieller Form der Protestwahl, ist durchaus denkbar, dass vordergründig von der Demokratie distanzierte Bürger in Wirklichkeit die „wahren“ Demokraten sind. Auch wenn der Einzelne mit der Umsetzung der Demokratie, mit Parteien und Politikern, mit den Outputs des politischen Systems unzufrieden ist, ist das entscheidende Moment die grundsätzliche Befürwortung der Demokratie als Staatsform. Das heißt Nichtwähler, die grundsätzlich das System politisch unterstützen, können bei großer Unzufriedenheit, auch mit der aktuellen Umsetzung der Demokratie, Potential und demokratisches Korrektiv sein.

Ziel dieser Arbeit ist es demnach, empirisch zu prüfen, ob es sich bei der Nichtbeteiligung am politischen Willensbildungsprozess – insbesondere bei der Nichtbeteiligung an Wahlen als der mit dem geringsten Aufwand an Ressourcen verbundenen Form politischer Partizipation – um ein Zeichen der Krise einer Demokratie handelt, oder ob die sich nicht beteiligenden Bürger das demokratische Potential bilden, das für politische Veränderungen benötigt wird. Es gilt zu untersuchen, ob sich die soziale Gruppe der sozio-ökonomisch

Benachteiligten von der Demokratie entfernt, das heißt ihr unzufrieden und entfremdet gegenübersteht und hierdurch die Legitimität und als Folge auch die Stabilität der Demokratie in Deutschland als gefährdet bewertet werden muss.

Im ersten Teil meiner Arbeit werden die theoretischen Grundlagen für den empirischen Teil gelegt. Kapitel 1 geht auf die demokratiethoretischen Aussagen zur Funktion von politischer Partizipation für eine Demokratie ein. Je nach demokratiethoretischer Position ist Partizipation zentrales Element oder lediglich verzichtbare Meinungsäußerung inkompetenter Bürger in der Demokratie. Für eine repräsentative Demokratie ist die Beteiligung der Bürger am Prozess der politischen Willensbildung ein Mittel zum Zweck: das Mittel Beteiligung erfüllt den Zweck der Sicherung der Responsivität der regierenden auf den Willen des Volkes. Das Konzept der politischen Unterstützung von Easton und das damit dargelegte wesentliche Element der Unterscheidung zwischen langfristiger, an Inputs orientierter Zustimmung und kurzfristiger, an konkreten Outputs orientierter Unterstützung des politischen Systems ist insbesondere für empirische Aussagen zur Legitimität einer Demokratie hilfreich. Um die zentrale Frage dieser Arbeit nach einem möglichen Ausstieg von Teilen der Bevölkerung aus der Demokratie und damit einhergehend dem Verlust der Legitimität des politischen Systems zu beantworten, ist es wichtig zu wissen, in welchem Maß die Bürger das politische System unterstützen.

Das zweite Kapitel meiner Arbeit befasst sich mit dem eindeutigen Zusammenhang zwischen politischer Partizipation und sozio-ökonomischem Status: Je niedriger der Status, desto geringer die politische Partizipation. Dieser Zusammenhang konnte mit zahlreichen Studien wiederholt belegt werden. Führt das dazu, dass vor allem Personen mit niedrigem sozio-ökonomischem Status aus der Demokratie aussteigen? Können Mankos in Ressourcenausstattung über soziale Einbindung ausgeglichen werden? Wirkt sich die Einbindung in Organisationen, Vereinen und funktionierenden nachbarschaftlichen Netzwerken positiv auf politische Partizipation aus und falls dies der Fall ist, wie lassen sich diese Zusammenhänge beschreiben?

Im dritten Kapitel gilt es, theoretische Erklärungsmodelle der Verhaltensoption Nichtwahl zu erläutern und zu klären, welche der verschiedenen Typen von Nichtwählern für einen Ausstieg aus der Demokratie in Frage kommen. Hierbei wird insbesondere der sozio-ökonomische Status und anderweitige soziale Beteiligung berücksichtigt. Von Interesse ist auch, welche besonderen

politischen Einstellungen Nichtwähler aufweisen: Gibt es bereits in anderen Studien identifizierte Typen, die eher den Aussteigern, und andere Typen, die eher dem demokratischen Potential zugerechnet werden müssen? Die Charakterisierung der Typen über politische Einstellungen führt direkt zu den mit der Untersuchung zu erhebenden Indikatoren.

Der zweite Teil meiner Arbeit ist der Präzisierung der Fragestellung und der Operationalisierung für die in Teil III folgende empirische Analyse gewidmet. In einem ersten Schritt leite ich aus der grundlegenden Fragestellung der Arbeit und den darauf basierenden und in Teil I der Arbeit dargestellten Theorien und Erkenntnissen der Forschung Hypothesen ab. In einem zweiten Schritt wird die Fragestellung operationalisiert, indem den einzelnen Hypothesen Indikatoren zur Messung und somit empirischen Überprüfung zugeordnet werden. Schließlich gilt es, die methodische Vorgehensweise zu beschreiben, Grundgesamtheit und Datenbasis der Untersuchung zu erläutern und die Durchführung der Erhebung zu skizzieren.

Die Daten der vorliegenden Untersuchung wurden im Rahmen einer Studie des Institutes für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld zu öffentlicher Gewalt im Stadtquartier in den Städten Halle/Saale, Duisburg und Frankfurt/Main erhoben. Die Projektmitarbeiter hatten die Möglichkeit, Fragenkomplexe in den Fragebogen für die im Rahmen der Studie durchgeführten Face-to-face-Interviews einzubringen und die erhobenen Daten für ihre eigenen Forschungsvorhaben zu nutzen. Teil II endet mit einem Exkurs, mit dem die Situation in den drei Stadtvierteln, in denen die Daten erhoben wurden, hinsichtlich Bebauungsstruktur, Bevölkerungsstruktur, ökonomischer Chancenstruktur und Begegnungs- und Integrationsstruktur geschildert wird.

Die empirische Analyse der Daten folgt in Teil III meiner Arbeit. Auf die Beschreibung der Befragten nach sozial-strukturellen Merkmalen wie Geschlecht, Alter, Bildungsgrad, Berufsausbildung und Erwerbstätigkeit sowie geäußerter Wahlabsicht (Kapitel 7) folgen die ersten Analysen zur Beantwortung der zentralen Fragestellung dieser Arbeit. Sind Nichtwähler in „abgehängten“ Stadtvierteln⁸ aus der Demokratie ausgestiegene, apathische Bürger oder bilden sie ein großes Potential für die Demokratie, wenn sie nur aktiviert würden? Trifft auch für die hiermit untersuchte Population zu, dass wer nicht wählt auch nicht anderweitig politisch partizipiert? Ist die Differenzierung nach Wählern

⁸Die Erläuterung warum diese Stadtviertel als „abgehängt“ und „benachteiligt“ beschrieben werden können findet sich in einem Exkurs in Kapitel II dieser Arbeit.

und Nichtwählern ausreichend, oder sind weitere Subgruppen wie zum Beispiel Wähler radikaler Parteien und ungültig Wählende in den weiteren Analysen zu berücksichtigen?

Die identifizierten Gruppen werden im nächsten Schritt genauer beschrieben (Kapitel 8): Sind Unterschiede in der sozio-demographischen Struktur, in objektiver Situation und subjektiver Wahrnehmung der ökonomischen Lage, in politischen Einstellungen wie Parteibindung, politischem Interesse, politischem Selbstbewusstsein und dem Gefühl politischer Selbstwirksamkeit, in den Wertorientierungen zu erkennen? Wodurch zeichnen sich die einzelnen Gruppen aus, welche besonderen, im Sinne von sie von den anderen Gruppen diskriminierenden Merkmale gibt es? Sind Wähler die Muster-Demokraten und Nichtwähler die Apathischen, oder verhält es sich gar umgekehrt? Könnte es sein, dass Wähler sich zwar an der politischen Willensbildung beteiligen, jedoch ohne interessiert und dementsprechend informiert zu sein, während Nichtwähler den Akt der Nichtwahl als Zeichen des Protests oder auch als Ausdruck höchster Zufriedenheit mit dem politischen System, seinen Institutionen und Akteuren verstehen? Für die Beantwortung dieser Fragen ist die Analyse der politischen Einstellungsmuster zentral.

Soziale Einbindung ist ein die politische Beteiligung positiv beeinflussender Faktor in dem Sinn, dass wer aktiv am sozialen Leben teilnimmt, sich auch politisch einbringt. Insbesondere bei Bevölkerungsgruppen mit einem niedrigen sozio-ökonomischen Status erhöht die Mitgliedschaft in Vereinen oder Organisationen wie Gewerkschaften, die Beteiligungsquoten. Die objektive, die messbare soziale Einbindung ist von der subjektiv empfundenen Integration, respektive Einsamkeit zu unterscheiden. Kapitel 9 ist der Frage gewidmet, ob sich Wähler und Nichtwähler sowie eventuelle weitere Subgruppen hinsichtlich ihrer Einbindung im sozialen Bereich, im sozialen Nahfeld unterscheiden. Ist die Beteiligung am gesellschaftlichen Zusammenleben eine Alternative zur politischen Partizipation, geht mit ihr ein höheres Maß an politischer Beteiligung einher? Sind Nichtwähler in benachteiligten Stadtvierteln in politischer und sozialer Hinsicht die Randständigen unserer Gesellschaft?

Zur Bewertung der Qualität einer Demokratie ist die politische Unterstützung der Bürger für das System, seine Institutionen und Autoritäten zentral. Wird dem System nicht grundsätzlich Unterstützung entgegengebracht, ist es nicht ausreichend legitimiert und auf Dauer nicht stabil. Im Konzept politischer Unterstützung nach Easton wird zwischen langfristig angelegter diffuser politischer Unterstützung und kurzfristig angelegter, an konkreten Outputs orientierter spezifischer politischer Unterstützung unterschieden. Ist in Deutschland

die vorhandene diffuse politische Unterstützung der Bürger ausreichend, um das System langfristig zu sichern? Bezieht sich die häufig konstatierte Unzufriedenheit, der Verdruss an „der Politik“ auf Demokratie als politisches System an sich oder vielmehr auf die konkrete Umsetzung durch aktuelle Volksvertreter? Kann einer der identifizierten Wählergruppen der Ausstieg aus der Demokratie attestiert werden? Zeichnet sich eine der Gruppen durch ein besonderes Maß an kritischer Aufmerksamkeit aus, so dass hier das demokratische Korrektiv und Potential der Demokratie zu finden ist? Wie wird die Demokratie wahrgenommen? Ist sie aus Sicht der Befragten defizitär? In welchen Bereichen werden von welchen Gruppen Defizite festgestellt?

Die empirischen Ergebnisse geben eine Antwort auf die dieser Arbeit zugrunde liegende Fragestellung: Steigen die nichtwählenden Bewohner abgehängter Stadtviertel aus der Demokratie aus und gefährden die Demokratie, das politische System Deutschlands?

I. Theoretischer Teil

1. Demokratietheorien

1.1. Politische Partizipation in der Demokratie

Die attische Polis als Urform der Demokratie gab ihrer Regierungsform den Namen Demokratie, Herrschaft des Volkes. Auf die Art und Weise der Beteiligung des Volkes bezogen bedeutete dies, dass die antike Demokratie im heutigen Sinn eine Art der direkten Demokratie war. Alle männlichen, freien Bürger hatten das gleiche Recht auf freie Beteiligung an der Herstellung der Entscheidungen von allgemeiner Verbindlichkeit; Entscheidungen wurden von den Bürgern selbst nach gemeinsamer Diskussion getroffen. Die zu besetzenden Ämter wurden per Losverfahren in der Regel für ein Jahr vergeben. Insgesamt verlangte die attische Polis neben der Beteiligung an den Volksversammlungen, allein zur Besetzung der erforderlichen Ämter die Partizipation von mindestens 1/5 der Bevölkerung. In der Debattendemokratie nahmen gewandte Redner und Strategen wesentlichen Einfluss auf die zu treffenden Entscheidungen. So blieb trotz gleicher Rechte auf Beteiligung und Rede die Spannung zwischen der politischen Elite und der Gesamtbürgerschaft bestehen.

Schon früh wurde die attische Polisdemokratie von Formen der Republik abgelöst. In der Republik wurde die Bevölkerung in „principes“ und Bürger unterteilt – die Teilhabe Letzterer blieb auf das Wählen beschränkt.

Mit Gründung der Nationalstaaten und der damit verbundenen Größe staatlicher Einheiten war eine Demokratie nach dem Muster der attischen Polis nicht mehr realisierbar. Das Prinzip der Repräsentation wurde von im Mittelalter existierenden monarchischen und aristokratischen Herrschaftsformen übernommen und mit dem Demokratieprinzip verbunden. Die praktische Verwirklichung der repräsentativen Demokratie begann mit der Gründung der Vereinigten Staaten von Amerika und setzte sich dann auch in Europa durch. John Stuart Mill formulierte 1861 in seinen „Considerations on Representative Government“:

„But since all cannot, in a community exceeding a single small town, participate in any but minor portions of the public business, it follows that the ideal type of a perfect government must be representative.“⁹

Das Prinzip der Repräsentation gewann erst durch die spezifische Selektion der Repräsentanten des Volkes durch das Volk seinen demokratischen Charakter. Zur Idee der Demokratie als Volksherrschaft gehört heute das Prinzip politischer Freiheit und Gleichheit der Bürger, was konkret bedeutet, dass alle Bürger und Bürgerinnen „sich frei und mit gleichen Chancen an der Willensbildung, die zur Herrschaftslegitimation führt, beteiligen können“¹⁰. Die Grundsätze eines demokratischen Wahlrechts sind – wie im Grundgesetz verankert – allgemein, frei, gleich, geheim und unmittelbar müssen Wahlen sein.¹¹

Gelingende Staatsbürgerschaft beinhaltet neben bürgerlichen Rechten und politischen Teilhaberechten nach Marshall auch soziale Bürgerrechte. Unter sozialen Bürgerrechten versteht Marshall „eine ganze Reihe von Rechten, vom Recht auf ein Mindestmaß an wirtschaftlicher Wohlfahrt und Sicherheit, über das Recht an einem vollen Anteil am gesellschaftlichen Erbe, bis zum Recht auf ein Leben als zivilisiertes Wesen entsprechend der gesellschaftlich vorherrschenden Standards.“¹². Die Gewährleistung sozialer Grundrechte als Gleichheit der politischen Demokratie spielt dementsprechend eine entscheidende Rolle auch für die Bewertung des politischen Systems durch die Bürger.

In einer Bemerkung Sartoris werden die einschränkenden Auswirkungen der Transformation der antiken Demokratie zur repräsentativen Demokratie auf ihr Wesen deutlich:

„Da zur Demokratie in gewissem Maße eine Regierung des Volkes gehört, wollen wir sogleich fragen, wann man denn ein ‚regierendes Volk‘ findet, den demos bei seiner Tätigkeit oder in der Rolle des Regierens. Die Antwort lautet: bei den Wahlen.“¹³.

Nach Schumpeter ist in einer Demokratie der Demos zweitrangig; Demokratie reduziert er auf eine Methode, eine Technik Herrschaft auszuüben, bei der das Volk keine zentrale Rolle spielt: „Demokratie bedeutet nur, dass das Volk die Möglichkeit hat, die Männer, die es beherrschen sollen, zu akzeptieren oder

⁹ Zitiert nach Fuchs, D.: Demokratie und Beteiligung in der modernen Gesellschaft: Einige demokratiethoretische Überlegungen, in: Niedermayer, O./ Westle, B. (Hg.): Demokratie und Partizipation. Festschrift für Max Kaase. Wiesbaden 2000, S. 258.

¹⁰ Neumann, F.: Demokratietheorien – Modelle zur Herrschaft des Volkes, in: Neumann, F. (Hg.): Handbuch Politische Theorien und Ideologien 1. Opladen 1995. S. 3.

¹¹ Vgl. Art. 38 Abs. 1 Grundgesetz.

¹² Marshall, T.H.: Bürgerrechte und soziale Klassen. Zur Soziologie des Wohlfahrtsstaates. Frankfurt/Main 1992, S. 40.

¹³ Sartori, G.: Demokratietheorie. Darmstadt 1992, S. 94.

abzulehnen“¹⁴. Die Zustimmung zu den Repräsentanten ist demnach eine Option, keineswegs notwendig zur Legitimation von demokratischer Herrschaft.

Repräsentanten, die nach ihrer Wahl losgelöst vom Volk nach ihren eigenen Vorstellungen regierten, würden dazu führen, dass der Begriff der Volksherrschaft eine leere Worthülse bleibt. Auch zwischen den einzelnen Wahlen gilt es dem Volk Möglichkeiten und entsprechende Mechanismen – wie beispielsweise die Möglichkeit der Abwahl – an die Hand zu geben, um die Kontrolle der gewählten Repräsentanten wirksam auszuüben. Es muss also über die Wahl hinaus gewährleistet sein, dass die Repräsentanten dem Willen des Volkes entsprechend das Volk regieren. Theoretisch ist in diesem Zusammenhang zu unterscheiden zwischen Input-Responsivität – die Berücksichtigung der Präferenzen der Bürger als Input für die Repräsentanten – und Output-Responsivität – der Umsetzung dieser Präferenzen durch die Repräsentanten in ihren Entscheidungen.¹⁵ Im Unterschied zur antiken Demokratie kann Volkssouveränität in der repräsentativen Demokratie also nicht mehr in der (direkten) Beteiligung des Volkes am Regieren bestehen, sondern nur noch in der Responsivität der Regierenden auf den Willen des Volkes. Die Institution, die dies gewährleisten soll, ist die der periodischen und kompetitiven Wahlen. Die prinzipielle Möglichkeit eines Regierungswechsels soll den notwendigen Druck auf die Regierenden ausüben. Die Demokratie hat sich also dahingehend verändert, dass in der antiken Demokratie die Beteiligung der Bürger Mittel und Zweck war, in der repräsentativen Demokratie ist sie nur noch Mittel zum Zweck.

Es gilt also zu unterscheiden zwischen Möglichkeiten und Wirksamkeit der Beteiligung in der direkten und in der repräsentativen Demokratie. In der BRD als repräsentativem System übt das Volk seine Herrschaft über die Wahl von Repräsentanten aus.¹⁶

¹⁴ Schumpeter, J.: Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie. 3. Auflage, München 1972, S. 452.

¹⁵ Fuchs, D.: Kriterien demokratischer Performanz in Liberalen Demokratien. In: Greven, M. (Hg.): Demokratie - eine Kultur des Westens? Opladen 1998, S. 151-179.

¹⁶ Einige Bundesländer haben mehr oder weniger weitreichende Möglichkeiten der direkten Beteiligung über Volksbegehren, Volksentscheide in ihren Landesverfassungen festgeschrieben. Am häufigsten werden diese Möglichkeiten in Bayern genutzt. Siehe hierzu Jürgens, G.: Direkte Demokratie in den Bundesländern: Gemeinsamkeiten – Unterschiede – Erfahrungen: Vorbildfunktion für den Bund? Stuttgart 1993; Bachmann, U./Heußner, H. K.: Mehr Demokratie wagen: Volksbegehren und Volksentscheid: Geschichte – Praxis – Vorschläge. München 1999.

Der Begriff der politischen Partizipation wurde, lange Zeit maßgeblich für die Partizipationsforschung, von Verba/Nie definiert als „die gesetzlich vorgesehenen Aktivitäten von Bürgern, die mehr oder weniger direkt darauf abzielen, die Auswahl des Regierungspersonals und dessen Handlungen zu beeinflussen“¹⁷. Inzwischen wird der Begriff der politischen Partizipation weiter gefasst und zudem unterschieden nach konventioneller und unkonventioneller, sowie legaler und illegaler politischer Partizipation.¹⁸ Zu den konventionellen Formen politischer Partizipation zählt die Teilnahme an Wahlen, die Mitgliedschaft bzw. Mitarbeit in einer Partei, der Versuch von einer Partei Unterstützung zu bekommen und sich direkt an einen Politiker/ einen Abgeordneten zu wenden. Hiervon zu unterscheiden sind unkonventionelle Formen politischer Partizipation wie die Mitarbeit in einer Bürgerinitiative, die Teilnahme an einer Unterschriftensammlung, an einer genehmigten bzw. ungenehmigten Demonstration, das Schreiben eines Leserbriefes, die Blockade des Straßenverkehrs sowie die Besetzung von Häusern. Bis auf die Teilnahme an ungenehmigten Demonstrationen, die Blockade des Straßenverkehrs und das Besetzen von Häusern sind alle aufgezählten Möglichkeiten der Partizipation legal.

Mit der „Partizipatorischen Revolution“ der späten 1960er und frühen 1970er Jahre¹⁹ kamen unkonventionelle Formen politischer Partizipation auf, die dem Bürger seither die Möglichkeit geben direkten Einfluss auf politische Entscheidungen zu nehmen. Die demokratiethoretische Bewertung der neuen Protestkultur und der „direkten“ Beteiligungsformen war dabei durchaus umstritten: Es wurde bezweifelt, dass Protestkultur und direkte Partizipation einer Demokratie dienen.²⁰ Diese Behauptungen wurden in der Folge von zahl-

¹⁷ Nie, N./Verba, S.: *Participation in America. Political democracy and social equality.* New York 1972, S. 2.

¹⁸ Barnes, S. H./Kaase, M. et al. : *Political Action. Mass Participation in Five Western Democracies.* Beverly Hills 1979. Des Weiteren ist die Unterscheidung nach legitimer und illegitimer politischer Partizipation in der Literatur zu finden. Die Zuordnung der verschiedenen Formen politischer Partizipation als legitim bzw. illegitim ist stark vom jeweiligen Standpunkt abhängig.

¹⁹ Welzel, C.: *Modernisierung und Partizipation: Kontroversen und Befunde zur Partizipationsthese*, in: Fuchs, D./Roller, E./Weßels, B. (Hg.): *Bürger und Demokratie in Ost und West. Studien zur politischen Kultur und zum politischen Prozeß.* Festschrift für Hans-Dieter Klingemann. Opladen 2002, S. 284-302.

²⁰ Diese Kritik wurde besonders von den Vertretern einer rein repräsentativ ausgerichteten Demokratie vorgebracht und richtete sich darauf, dass direkte Partizipationsformen systemschädlich seien. Aus dieser Richtung wurde ein Zuviel an Bürgerpartizipation konstatiert und die „stabilisierende Apathie der Massen“ gepriesen. Crozier, M./Huntington, S. P./Watanuki, J.: *The Crisis of Democracy.* New York 1975; Sartori, G.: *The Theory of Democracy Revisited.* Chatham 1987.

reichen Studien widerlegt. Gerade die Befürworter unkonventioneller Beteiligungsformen nutzen in überdurchschnittlichem Maß auch konventionelle Formen politischer Partizipation; politisches Interesse, politische Kompetenz und die Unterstützung demokratischer Prinzipien sind bei ihnen besonders stark ausgeprägt.

Unter den verschiedenen Möglichkeiten der politischen Partizipation bezeichnet das Wählen

„sowohl den geringsten als auch den höchsten Grad an politischer Teilnahme. Keine Form der Beteiligung wird von mehr Bürgern ausgeübt[...], und bei den meisten Bürgern erschöpft sich politische Beteiligung darin.“²¹.

Mit dem Akt des Wählens ist für den Bürger der geringste Aufwand verbunden, weder erhebliche zeitliche noch intellektuelle Fähigkeiten sind für diese Form der politischen Partizipation erforderlich. Gleichzeitig sind die Einflussmöglichkeiten des einzelnen Individuums gemessen an der Anzahl der Stimmen insgesamt, äußerst gering. Gemessen an der Repräsentation möglichst vieler Bürger, eines möglichst großen Teils des Volkes, sind Wahlen jedoch die Form politischer Partizipation, über die sich der weitaus größte Teil der Bevölkerung einbringt.

So lag die Wahlbeteiligung bei der Europawahl 2009 bei 43%, bei der Bundestagswahl im selben Jahr konnte eine Beteiligungsquote von 70,9% erreicht werden. Im Vergleich dazu sind die Beteiligungsquoten bei ressourcenintensiven Beteiligungsformen niedriger: Bei 1,4 Millionen Parteimitgliedern²² in Deutschland und insgesamt 62,2 Mio. Wahlberechtigten (Angabe Bundeswahlleiter zur Bundestagswahl 2009) sind lediglich 2% der Wähler Mitglied einer politischen Partei. Die Zahl der Bürger, die sich in Bürgerinitiativen politisch engagieren ist schwer zu schätzen: Die Bundeszentrale für politische Bildung geht in Deutschland gegenwärtig von 1.000 bis höchstens 2.000 Einzelinitiativen aus, die Angaben über den durch Umfragen ermittelten Anteil an Bürgerinitiativmitgliedern an der erwachsenen Gesamtbevölkerung sind entsprechend variabel und werden auf 1,3% bis 12% geschätzt.²³

²¹ Norpoth, H.: Wählerverhalten in der Bundesrepublik. Frankfurt/ Main 1980, S. 11.

²² Die Angaben basieren auf Angaben der Parteien und unterliegen ständigen Änderungen durch Aus- und Eintritte. Dennoch ist es möglich hierüber die Relation zum Anteil der Wähler unter den Bürgern herzustellen.

²³ „Gleichwohl dürfte die Gesamtzahl der Bürger, die, sei es als aktive Mitglieder, sei es anlassbedingt als teilaktive Sympathisanten in Bürgerinitiativen arbeiten oder gearbeitet haben und damit das ‚Modell‘ Bürgerinitiative aus eigener Erfahrung kennen, mittlerweile die Gesamtzahl aller Mitglieder der im Bundestag vertretenen Parteien deutlich übertreffen.“ Zumal die Parteien den Anteil der aktiven Mitglieder auf höchstens ein Fünftel

Im Zusammenhang mit der Kritik am repräsentativen System, prägnant formuliert als der „Wähler dankt ab, indem er wählt“²⁴, wird häufig die Forderung laut, der Bürger solle seine Wahlentscheidung durch umfassende Beteiligung fundieren. Dem ist entgegen zu halten, dass die Mitarbeit in Bürgerinitiativen und anderen Formen politischer Partizipation stark abhängig ist von der Bildung, dem sozio-ökonomischen Status und den Ressourcen, die einem Individuum zur Verfügung stehen. So sind gerade Bürgerinitiativen „vorwiegend in den Händen der oberen Mittelschicht“²⁵. Ein weiterer Kritikpunkt ist die Konzentration von Bürgerinitiativen auf Einzelinteressen, die durch die Beteiligung weniger sozialer Schichten aufgrund eines bestimmten Problems entsteht.²⁶

„Es kann nicht davon ausgegangen werden, daß Entscheidungen, die unter mehr oder minder zufälliger Teilnahme gerade mobilisierbarer und damit abstimmungsberechtigter Teilnehmer zustande kommen, gegenüber parlamentarisch-repräsentativen Entscheidungsverfahren einen legitimatorischen Vorsprung besitzen.“²⁷

Wahlen sind demnach die egalitärste Form politischer Partizipation in der BRD. Bei keiner anderen Form politischer Beteiligung gibt es so wenig Hindernisse und Barrieren wie bei der Stimmabgabe; in der repräsentativen Demokratie scheint (politische) Gleichheit also am ehesten durch eine umfassende Wahlbeteiligung der mündigen Bürger erreichbar. Dennoch geht die Beteiligung an Wahlen in Deutschland zurück.

bis ein Viertel schätzen. www.bpb.de/nachschlagen/lexika/handwoerterbuch-politisches-system/40242/buergerinitiativen?p=all, abgerufen am 15.02.13.

²⁴ Eschenburg, T.: Staat und Gesellschaft in Deutschland. Stuttgart 1956, S. 189.

²⁵ Greiffenhagen, M./Greiffenhagen, S.: Ein schwieriges Vaterland. Zur politischen Kultur Deutschlands. München 1979, S. 114. Hieran hat sich bis heute nichts geändert, s. Hadjar, A./Becker, R.: Unkonventionelle politische Partizipation im Zeitverlauf. Hat die Bildungsexpansion zu einer politischen Mobilisierung beigetragen? In: KZfSS Septemer 2007, Vol. 59, Issue 3, S. 410-439; Zur Beteiligung an unkonventionellen Formen politischer Partizipation allgemein vgl. auch: Koch, A./Schmidt, P./Wasmer, M. (Hg.): Politische Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland. Empirische Befunde und theoretische Erklärungen. Opladen 2001; Gabriel, O.W./Kunz, V./Roßteutscher, S./van Deth, J.: Sozialkapital und Demokratie. Zivilgesellschaftliche Ressourcen im Vergleich. Wien 2002; Opp, K.-D.: Die enttäuschten Revolutionäre. Politisches Engagement vor und nach der Wende. Opladen 1997.

²⁶ Vgl. hierzu Scharpf, F. W.: Demokratietheorie zwischen Utopie und Anpassung. Konstanz, 1970.

²⁷ Radtke, G.: Teilnahme an der Politik. Bestimmungsgründe der Bereitschaft zur politischen Partizipation. Bonn 1976 (Band 10 der „Sozialwissenschaftlichen Studien zur Politik“), S. 15.

Welche qualitative Bedeutung hat es für ein demokratisches System, wenn die Beteiligung an der mit dem geringsten Aufwand verbundenen Form politischer Partizipation zurückgeht?

1.2. Sind Nichtwähler schlechte Demokraten? Oder: Ist eine geringe Wahlbeteiligung eine Bedrohung für das politische System einer Demokratie?

Artikel 20 des Grundgesetzes der BRD legt fest: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen [...] ausgeübt“. Welche Bedeutung hat es für die Demokratie, wenn Teile der Bevölkerung auf die Ausübung der Staatsgewalt verzichten und staatliches Handeln nur noch auf den Willen eines kleinen Teils der Bürger zurückzuführen ist? Die Relevanz der Wahlbeteiligung wird vielfach betont. Dabei wird angeführt, Nichtwähler gefährdeten die Stabilität des politischen Systems, an einer hohen Wahlbeteiligung zeige sich die demokratische Reife einer Gesellschaft und durch die Beteiligung an Wahlen belege der Bürger seine Akzeptanz des politischen Systems sowie seine Integration in ebendieses. Folgt man dieser Argumentation würde dies bedeuten, dass Staaten mit langer demokratischer Tradition wie beispielsweise die USA oder die Schweiz demokratisch unreif wären, da die Wahlbeteiligung relativ niedrig ist. Dem entgegengesetzt wird von manchen nicht in einer niedrigen Wahlbeteiligung eine Krise des demokratischen Systems gesehen, sondern im Gegenteil sei eine besonders hohe Wahlbeteiligung Ausdruck einer Krise. Dementsprechend wäre Nichtwählen Ausdruck einer tiefen Zufriedenheit mit dem Status Quo des politischen Systems. Die Mobilisierung politisch uninteressierter, uninformatierter und unreflektierter Nichtwähler bringe einen Unsicherheitsfaktor ins Spiel und sei Indiz für eine gefährliche Emotionalisierung.²⁸ Zur Unterstützung dieser These wird häufig die Weimarer Republik angeführt: 1928 lag die Wahlbeteiligung bei 74,6%, nach Einsetzen der Wirtschaftskrise 1930 stieg die Wahlbeteiligung auf 81,4% an. Falter bestätigt die These von der Gefährdung der Demokratie durch die Mobilisierung von Nicht-

²⁸ Eilfort führt hierzu eine Studie aus dem Jahr 1972 an, in der die Bandbreite politischer Beteiligung in der Bundesrepublik ermittelt wurde: 12% der Befragten waren Mitglied einer Partei, 30% unterstützen eine, 56% sahen sich politisch interessiert, 80% wählten bei Landtagswahlen, 85% gaben an über Politik diskutiert zu haben und 91% wählten bei der Bundestagswahl 1971. Er folgert: „Es gibt also Bürger, die zur Wahl gehen, ohne über Politik diskutiert zu haben und ohne sich für Politik zu interessieren“. Eilfort, M.: Die Nichtwähler. Wahlenthaltung als Form des Wahlverhaltens. Paderborn 1994, S. 38f.

wählern: „Als relativ gesichert kann weiter angesehen werden, dass von den Nichtwählern der jeweils vorangegangenen Wahl mehr Stimmen für die NSDAP als für irgendeine andere Partei abgegeben wurden.“²⁹ Lipset verweist ebenfalls auf den Zusammenhang, eine hohe Wahlbeteiligung könne dem demokratischen System durch die Mobilisierung von Nichtwählern in der Form einer Radikalisierung schaden: „Das politische Interesse der Apathischen kann nur durch eine Massenbewegung geweckt werden, die eine einfache, extremistische Sicht der Politik bietet“³⁰.

Wahlbeteiligung bzw. Wahlenthaltung sagen nicht nur wenig über die demokratischen „Qualitäten“, politischen Einstellungen und politische Integration eines Bürgers aus, sie erlauben auch kaum eine fundierte Aussage über die demokratische Qualität eines politischen Systems. Eine akute Bedrohung für das politische System einer Demokratie nur aufgrund hoher Wahlverweigerungsquoten ist nicht gegeben. Politikwissenschaftliche Theoretiker vertreten die Auffassung,

„eine demokratische Gesellschaft könne auf Dauer weder mit einem Zustand totaler Wählermobilisierung noch mit einer extrem niedrigen Wahlbeteiligung [...] leben, ohne daß dadurch ihre Mechanismen zur Konsensbildung in Gefahr kämen“³¹.

Das Optimum liegt also dazwischen, wo genau ist dabei abhängig von mehreren Faktoren wie politischer Kultur, aktueller politischer Situation und Wahl-ebene. Ist Wahlenthaltung auf gesamtgesellschaftlicher Ebene zunächst relativ unproblematisch, so ändert sich dies, wenn einzelne Gruppen der Bevölkerung nicht partizipieren. Die Bevölkerung ist dann nicht mehr umfassend repräsentiert, nur einzelne Bevölkerungsgruppen werden von den Volksvertretern vertreten.

„Einigkeit herrscht darüber, daß sie [die Wahlenthaltung] aber bedrohlich scheint, wenn die ‚Nichtwähler sich aus einer oder wenigen sozialen Gruppen rekrutieren‘. Das würde bedeuten, daß ganze Bevölkerungssegmente sich nicht artikulierten, ihre Interessen bei der politischen Willensbildung unberücksichtigt blieben - mit schwer zu kalkulierenden Folgen.“³²

²⁹ Falter, J. W.: Wer verhalf der NSDAP zum Sieg? Neuere Forschungsergebnisse zum parteipolitischen und sozialen Hintergrund der NSDAP-Wähler 1924-1933. In: APuZ 28-29/1979, S. 11.

³⁰ Lipset; S. M.: Soziologie der Demokratie. Neuwied am Rhein 1962 (Band 12 der Reihe „Soziologische Texte“), S. 157.

³¹ Golzem, F./Liepelt, K.: Wahlenthaltung als Regulativ: Die sporadischen Nichtwähler, in: Böhret, C. u.a.(Hg.): Wahlforschung: Sonden im politischen Markt, Transfer 2. Opladen 1976, S. 143.

³² Eilfort, M.: Die Nichtwähler. Wahlenthaltung als Form des Wahlverhaltens. Paderborn 1994, S. 42.

Zahlreiche Studien belegen, dass vor allem einkommensschwache und bildungsferne Bevölkerungsschichten nicht politisch partizipieren.³³ Die grundsätzliche Frage dabei ist, ob es sich hierbei um soziale und politische Apathie, besondere Zufriedenheit mit dem politischen System, seinen Institutionen und Prozessen oder Formen politischer Desintegration handelt.

Insgesamt bleibt festzuhalten, dass die Quantität der Wahlbeteiligung weder auf kollektiver noch auf individueller Ebene einen möglichen Gradmesser für die Qualität eines demokratischen Systems bietet. Hinzu kommt, dass das richtige Maß an Beteiligung normativ nicht festzulegen und somit die richtige Höhe der Wahlbeteiligung nicht quantifizierbar ist. Die Beurteilung der Höhe der Wahlbeteiligung und ihrer Bedeutung für ein politisches System hängt vielmehr ab von den „Funktionen, die den Wahlen im Rahmen des politischen Systems zugeordnet werden und davon, welche Auswirkungen funktionaler Art sich durch die Wahlenthaltung ergeben“³⁴.

Der demokratiethoretische Blickwinkel ist hier entscheidend: Je nachdem, ob man eher von einer output-orientierten Demokratiethorie oder eher von einer input-orientierten demokratiethoretischen Perspektive ausgeht, sind Wahlen ein Mittel zum Zweck oder an sich der Wert, den es zu realisieren gilt.

1.3. Output- versus Input-orientierte Demokratiethorien

1.3.1. Output-orientierte Demokratiethorien

Im Rahmen output-orientierter Demokratiethorien sind Wahlen Mittel zum Zweck. Der „output“ besteht in einem leistungsfähigen System, die Hauptfunktion von Wahlen liegt dabei in der Machtzuweisung und Legitimierung der so entstandenen Herrschaft. Eine hohe Wahlbeteiligung oder gar totale Mobilisierung der Bürger ist hierfür nicht notwendig. Auf Beteiligung allgemein bezogen, formuliert Geiger deutlich: „Der aufgeklärte Bürger weiß am rechten Ort den Mund zu halten und jenen das Wort - und die Entscheidung - zu überlas-

³³ Vgl. Böhnke, P.: Ungleiche Verteilung politische und zivilgesellschaftlicher Partizipation. In: APuZ 1-2/2011, S. 18-25.

³⁴ Radtke, G.: Stimmenthaltung bei politischen Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland. Eine empirische Untersuchung von Wahlberechtigten ohne Wahlintention sowie von den Nichtwählern der Bundestagswahl 1965. Meisenheim am Glan 1972, S. 62.

sen, die den erforderlichen Sachverstand haben.“³⁵. Geringe Partizipation wird so nicht als Defizit, sondern als Voraussetzung für das Funktionieren einer Demokratie angesehen. Nach Schumpeter ist die Demokratie eine politische Methode, „um zu politischen Entscheidungen zu gelangen und daher unfähig, selbst ein Ziel zu sein“³⁶. Sie kann vor allem deshalb nicht selbst Ziel sein, da der gemeine Bürger politisch nicht klug genug sei, am politischen Prozess direkt beteiligt zu werden. Nach Schumpeter also kann

„die Partizipation am politischen Leben für die meisten Staatsbürger auf die periodische Akklamation bei Wahlen beschränkt bleiben, was im Unterschied zur klassischen Theorie der Demokratie nicht als Defizit des Gemeinwesens begriffen wird, sondern als Voraussetzung für sein Funktionieren. [...] Teilnahmslosigkeit und Indifferenz des Bürgers gegenüber der Politik seien daher Zeichen seiner Zufriedenheit mit den Leistungen des politischen Systems, während sprunghaft ansteigendes Engagement immer ein Symptom der Krise darstelle.“³⁷

Im Sinne der Deutung von niedriger Wahlbeteiligung als Zufriedenheit des Bürgers mit dem System, kann Wahlenhaltung auch als „blindes Vertrauen“ der Bürger gegenüber dem System, das eine Beteiligung als Eingreifen und Mitwirken unnötig macht, gedeutet werden. Ziel der Demokratie nach den output-orientierten Demokratietheorien ist es, in qualitativer Hinsicht demokratische Formalien wie die Gleichheit des Zugangs zu Wahlen zu gewährleisten (allgemeine, unmittelbare, freie, gleiche, geheime Wahl)³⁸ und rein quantitativ ein Optimum an Partizipation, keinesfalls ein Maximum zu erreichen. Ein gewisser (nicht genau quantifizierbarer) Anteil an Nichtwählern als „Mobilisierungsreserve“ erscheint in dieser Argumentation beispielsweise Janowitz sinnvoll:

„Auf den ersten Blick hat es den Anschein, als sei Apathie mit einem demokratischen Prozeß völlig unvereinbar, läuft sie doch dem repräsentativen Gedanken zuwider. Das ist jedoch nicht der Fall. Es gibt eine ‚optimale‘ Beziehung zwischen Gruppenrepräsentationen und politischer Apathie. [...] Ohne sie gäbe es die Unbestimmbarkeit des ‚politischen Marktplatzes‘ nicht mehr. Damit wäre es im Fall einer Krise nicht mehr möglich, bisher unverbrauchte Reserven zu mobilisieren: Es würde keine Gruppe geben, die nicht schon festgelegt wäre, und mit deren Hilfe man das bestehende Kräfteverhältnis verändern könnte.“³⁹

³⁵ Geiger, T.: Demokratie ohne Dogma. Die Gesellschaft zwischen Pathos und Nüchternheit. München 1964, S. 352.

³⁶ Schumpeter, J.: Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie. 3. Auflage, München 1972, S. 384.

³⁷ Neckel, S.: Machen Skandale apathisch? In: Ebbighausen, R. Neckel, S. (Hg.): Anatomie des politischen Skandals. Frankfurt/Main 1989, S. 235.

³⁸ S. Bundeswahlgesetz und Grundgesetz Art. 20 und Art 38.

³⁹ Janowitz, M.: Die soziologischen Voraussetzungen der Theorie der Demokratie. In: KZfSS 1956, Heft 3, S. 365.

Berelson/Lazarsfeld/Mc Phee betonen in ihrer klassischen Wahlstudie, dass auch nicht interessierte, apathische Bürger eine wichtige Rolle für die Demokratie einnehmen:

„How could a mass democracy work if all the people were deeply involved in politics? Lack of interest by some people is not without its benefits, too [...]. Extreme interest goes with extreme partisanship and might culminate in rigid fanaticism that could destroy democratic processes if generalized throughout the community [...]. Some people are and should be highly interested in politics, but not everyone is or needs to be. Only the doctrinaire would depreciate the moderate indifference that facilitates compromises. The apathic segment probably has helped to hold the system together and cushioned the shock of disagreement, adjustment and change.“⁴⁰

So ist fraglich, warum politisch uninformierte und uninteressierte Bürger sich unbedingt beteiligen sollen: Eine Enthaltung bei Wahlen ebendieser Bürger kann kaum eine Gefahr für das politische System darstellen. In dieser Gedankenlinie argumentiert auch Roth, wenn er die „Verteufelung der Nichtwähler“ als ein „Werk der Politiker in enger Verbindung mit den Medien“ sieht:

„Für etwa die Hälfte der Bevölkerung [...] spielt Politik kaum mehr eine Rolle. Sie sind sozusagen bei Politik auf dem Stand des BILD-Zeitungsniveaus. Da gibt es auch schon mal eine politische Schlagzeile, die sie dann auch wahrnehmen, insbesondere, wenn es sich um einen politischen Skandal handelt. Das ist dann aber auch alles. Warum sollen eigentlich all diese Leute wählen gehen?“⁴¹

Offen bleibt bei den output-orientierten Demokratietheorien jedoch, welches Maß an Beteiligung, welches Maß an Apathie das richtige ist: Wie viel braucht es von beidem, damit ein demokratisches System funktioniert, wie viel ist zu viel, so dass eine Krise angezeigt ist?

Doch auch wenn alle output-Funktionen erfüllt sind, werden die Ergebnisse von Wahlen aufgrund geringen input der Bürger, geringer Wahlbeteiligung, angezweifelt. Ein Beispiel: George Bush senior erhielt 1988 53,4% der gültigen Stimmen, an der Wahl beteiligten sich 50,2% der Wahlberechtigten. Rechnet man das Wahlergebnis um auf den Anteil der Stimmen an den Wahlberechtigten, so bezog sich die Legitimation der Regierung Bush senior nur auf ¼ der

⁴⁰ Berelson, B./Lazarsfeld, P./Mc Phee, W.: Voting. A Study of opinion formation in a presidential campaign. Chicago 1954, S. 314 ff.

⁴¹ Roth, D.: Nicht wählen - Krisenphänomen oder Zeichen der Normalisierung? Manuskript eines Vortrags am 4. Juni 1992 in Wildbad Kreuth, gehalten bei einer Expertentagung der Hanns-Seidel-Stiftung zum Thema „Parteienverdrossenheit“, S. 2 f. Vgl. auch Roth, D.: Empirische Wahlforschung: Ursprung, Theorien, Instrumente und Methoden. Wiesbaden 2008.

wahlberechtigten Bevölkerung.⁴² Für die in dieser Arbeit zu untersuchenden Stadtviertel ergeben sich mit einer durchschnittlichen Wahlbeteiligung von circa 50% der Wahlberechtigten ähnliche Bedenken. Brisanz erhält die Frage nach der Legitimation der Repräsentanten des Volkes auch, wenn man bedenkt, dass im Frankfurter Gallusviertel mit einem Ausländeranteil von rund 50% überhaupt nur die Hälfte der Wohnbevölkerung deutsche Staatsbürger und somit wahlberechtigt ist. Das heißt von einem Viertel der Wohnbevölkerung werden die Interessen parlamentarisch vertreten, dieses Viertel ist in den demokratischen Institutionen repräsentiert.

1.3.2. Input-orientierte Demokratietheorien

Wahlen erfüllen nach den input-orientierten Demokratietheorien mehrere Funktionen: Artikulation, Repräsentation und Integration des Bürgers. Von input-orientierten Demokratietheorien ausgehend ist Wählen der Wert an sich. Das politische System wird nicht von der Qualität seiner Leistungen her, sondern von den in den politischen Prozess eingehenden Willensäußerungen und artikulierten Interessen her beurteilt. Mit dem Wählen äußern die Bürger ihre politischen Präferenzen; Forderungen und Erfahrungen des Wählers werden mit dem Wahlakt deutlich. Eine hohe Wahlbeteiligung ist notwendig, um möglichst alle gesellschaftlichen Gruppen in der Regierung zu repräsentieren. Je höher die Beteiligung an Wahlen desto exakter die Repräsentation der Gesellschaft, desto präziser die Artikulation der Gesamtgesellschaft. Die Unter- bzw. Überrepräsentation bestimmter gesellschaftlicher Gruppen kann negative Folgen haben, die von Vilmar bezogen auf politische Partizipation allgemein dargestellt werden:

„Gefahr kann unserer Demokratie und unseren demokratischen Organisationen also nur darum von ihren - zahlenmäßig bedeutungslosen! - Gegnern zur Rechten und zur Linken drohen, weil es jene inaktive und konfliktscheue Biedermannshaltung der Mehrheit gibt, die das zerstörerische Wirken der rechten und linken Antidemokraten allein dadurch ermöglichen, daß sie sich selbst weder geistig noch politisch engagieren.“⁴³

⁴² Eilfort führt an dieser Stelle ein Beispiel für die Frage nach der Legitimation bei besonders geringer Wahlbeteiligung an: „Der Bürgermeister der württembergischen Kleinstadt Bad Urach fragte sich 1990 am Abend des Tages, an dem er mit 97,7% der abgegebenen Stimmen wiedergewählt worden war, ob er das Amt antreten sollte - mit 36,6% war ihm die Wahlbeteiligung zu schlecht ausgefallen, zweifelte er am Wählerwillen und an dem ihm entgegengebrachten Vertrauen“. Eilfort, M.: Die Nichtwähler. Wahlenthaltung als Form des Wahlverhaltens. Paderborn 1994, S. 31.

⁴³ Vilmar, F.: Was heißt hier kommunistische Unterwanderung? Eine notwendige Analyse und wie die Linke darauf reagiert. Frankfurt/ Main 1981, S. 163.

Bedenklicher als eine Gefahr vom linken oder rechten Rand des politischen Spektrums erscheint die Möglichkeit der politischen Entfremdung mancher Gruppen – der „underdogs“ – der Bevölkerung. So zum Beispiel dadurch, dass diese ihre Interessen weder über die Parteizusammensetzung des Parlaments, noch über die Parlamentarier selbst vertreten sehen. Die Grundprinzipien und Wirkungsweise einer repräsentativen Demokratie können das Gefühl der Entfremdung von Politik, den Eindruck der eigenen politischen Wirkungslosigkeit verstärken. Eine mögliche Folge des Ausschlusses in der Form von politischer Entfremdung kann die Nutzung unkonventioneller Formen der politischen Partizipation oder auch die Wahl von sogenannten „Protestparteien“ sein.

Eine hohe Wahlbeteiligung erhöht in diesem Zusammenhang jedoch nicht nur die Qualität und Legitimität gewählter politischer Organe. Die Beteiligung an Wahlen ist auch ein Akt der politischen Bewusstseinsbildung für jeden Bürger, der sich durch die Stimmabgabe in gewissem Sinn selbst verwirklichen kann:

„Zu einer Persönlichkeit wird er, zumal in einer Demokratie, nicht ohne Mitwirkung am Staat. [...] Erst als aktiver Staatsbürger vollendet er sich selber, gelangt er zur Lebensreife. Die Teilnahme an politischen Versammlungen [...], der Gang zur Urne, die Tätigkeit in einer Behörde geben ihm Gelegenheit, seiner Verantwortung gegenüber der staatlichen Gemeinschaft zu genügen und seinen Charakter zu formen.“⁴⁴

Im Zuge bevorstehender Wahlen lassen sich viele ansonsten apolitische Bürger zur Stimmabgabe mobilisieren, überdenken so ihre politische Position im und zum System. Für die input-orientierten Demokratietheorien erfüllen Wahlen noch einen weiteren Zweck: Sie haben eine Integrationsfunktion. Mit der Beteiligung an Wahlen zeigen Bürger ihre Integration in das politische System an, oder fänden anlässlich der Wahlen den Weg aus der Apolitie⁴⁵ zurück in das politische System. Der Umkehrschluss, dass der Bürger mit der Wahl zwangsläufig die Anerkennung des politischen Systems zeigt und in dieses integriert ist, stimmt jedoch nicht. Unter Umständen bedeutet die Beteiligung an Wahlen lediglich die Akzeptanz einer Verfahrensregel des politischen Systems, ohne dieses als Ganzes anzuerkennen.

⁴⁴ Woodtli, O.: Erziehung zur Demokratie. Der politische Auftrag des höheren Bildungswesens in der Schweiz. Stuttgart/ Zürich 1961, S. 215.

⁴⁵ Kägi sieht in der Apolitie die größte aller Gefahren für die Demokratie. Kägi, W.: Direkte Demokratie in Gefahr. Zürich 1958, S. 14.

1.4. Politische Beteiligung in der Postdemokratie

Die politikwissenschaftliche Debatte um die Krise der Demokratie wird seit einigen Jahren vom Begriff der Postdemokratie bestimmt.⁴⁶ Postdemokratie ist „Ausdruck eines diffus empfundenen Epochenumbruchs“⁴⁷, der zwar nicht das Ende der Demokratie einläutet, doch Indiz dafür ist, dass die Idee der Demokratie sowie ihre zentralen Institutionen und Praktiken (wie allgemeine und gleiche Wahlen, Parlamente, programmatisch unterscheidbare Parteien) in der Realität aktuell erschöpft scheinen.⁴⁸ Postdemokratisierung bezeichnet auf der Input-Seite des politischen Prozesses die Veränderung hin zur Entmachtung der Bürgerinnen und Bürger und die damit einhergehende zunehmende Beschränkung der Rolle der Bürgerinnen und Bürger im demokratischen System auf die Bewertung des politischen Outputs. Im postdemokratischen politischen System

- bleiben die demokratischen Institutionen formal erhalten, verlieren in der Realität jedoch erheblich an Bedeutung für demokratische Entscheidungen;
- werden Wahlkämpfe zunehmend befreit von Inhalten, die das Programm einer späteren Regierungspolitik bilden können, geführt. Stattdessen werden Wahlkampfstrategien immer stärker personalisiert;
- werden Politikinhalte im Zusammenspiel zwischen politischen und ökonomischen Akteuren festgelegt – die Wünsche und Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger bleiben dabei unberücksichtigt;
- wird somit der Bürger als *demos de facto* – wenn auch (noch) nicht *de jure* – entmachtet.

In der Postdemokratie verkommt Demokratie zur Hülle, deren Innenleben mit der Idee einer Herrschaft des Volkes im liberal-partizipativen Sinn wenig gemein hat. Eike Hennig führt aus „Postdemokratie verweis[e] auf die formale Geltung der Demokratie bei ihrer gleichzeitigen Entleerung“⁴⁹. Postdemokratie wird auch als „Scheindemokratie im institutionellen Gehäuse einer vollwertigen

⁴⁶ Postdemokratie? APuZ 1-2/2011; Buchstein, H./ Nullmeier, F.: Einleitung: Die Postdemokratiedebatte, in: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, 19 (2006) 4, S. 16-22; Crouch, C.: *Postdemokratie*, Frankfurt/Main 2008.

⁴⁷ Jörke, D.: *Bürgerbeteiligung in der Postdemokratie*, in: *ApuZ* 1-2/2011, S. 13-18.

⁴⁸ Vgl. Wolin, S.: *Tocqueville between two worlds*. Princeton/ Oxford 2001.

⁴⁹ Hennig, E.: *Totgesagte leben lange. Zum Aussagewert postdemokratischer Theorien*, in: *Vorgänge* 190, 49. Jg., Heft 2/2010, S. 26-34.

gen Demokratie“⁵⁰ entlarvt. Wolin betont die Wandlung des Bürgers zum reinen Konsumenten, den Rückzug des Volkes in den „consumerism“⁵¹, der postdemokratische Bürger möchte versorgt und geführt werden bei maximaler persönlicher Freiheit und ist somit kein Bürger mehr.⁵² Doch welche Auswirkungen hat der Wandel von der Demokratie zur Postdemokratie auf die politische Beteiligung der Bürger?

Wie eingangs bereits angedeutet, führt die „Postdemokratisierung“ dazu, dass „leader democracies“ an Bedeutung gewinnen. Gemäss liberal-partizipativer Demokratietheorien galt lange: Je höher die Responsivität eines demokratischen Systems gegenüber den Bürgern, desto demokratischer ist es – je mehr Präferenzen der Bürger realisiert werden, desto „besser“ ist eine Demokratie. In der Postdemokratie wandelt sich die Responsivitätsorientierung („responsive government“) zur Orientierung an der Verantwortung der politischen Führung („responsible government“). Die Input-Responsivität und -legitimierung wird von einer Output-Responsivität und -legitimierung abgelöst. In Systemen eines „responsible government“ übernimmt die Regierung zwar mittels guter Politik die Verantwortung für die Bürger, die Politik selbst ist jedoch nicht an den Input des demokratischen Prozesses gekoppelt, sondern häufig sogar gänzlich von diesem unabhängig. Am Beispiel „Wahlen“ verdeutlicht Crouch die zunehmende Bedeutungslosigkeit des demokratischen, vom Bürger ausgehenden Inputs für das Funktionieren des postdemokratischen Systems:

In der Postdemokratie werden

„zwar nach wie vor Wahlen abgehalten [...], Wahlen, die sogar dazu führen, dass Regierungen ihren Abschied nehmen müssen, in dem allerdings konkurrierende Teams professioneller PR-Experten die öffentliche Debatte während der Wahlkämpfe so stark kontrollieren, dass sie zu einem reinen Spektakel verkommt, bei dem man nur über eine Reihe von Problemen diskutiert, die die Experten zuvor ausgewählt haben. Die Mehrheit der Bürger spielt dabei eine passive, schweigende ja sogar apathische Rolle, sie reagieren nur auf die Signale die man ihnen vorgibt. Im Schatten dieser politischen Inszenierung wird die reale Politik hinter verschlossenen Türen gemacht: von gewählten Regierungen und Eliten, die vor allem die Interessen der Wirtschaft vertreten.“⁵³

Vertreter elitärer Demokratietheorien, Anhänger von „leader democracies“, schätzen die Veränderungsprozesse hin zur Postdemokratie nicht negativ ein,

⁵⁰ Ritzi, C./Schaal, G. S.: Politische Führung in der „Postdemokratie“, in: ApuZ 2-3/2010, S. 9-15.

⁵¹ Wolin, S.: Toqueville between two worlds. Princeton/Oxford 2001, S. 570.

⁵² Hennig, E.: Totgesagte leben lange. Zum Aussagewert postdemokratischer Theorien, in: Vorgänge 190, 49. Jg., Heft 2/2010, S. 33.

⁵³ Crouch, C.: Postdemokratie, Frankfurt/Main 2008, S. 10.

im Gegenteil sie begrüßen den Wandel hin zu einer „Expertendemokratie“, da sie grundsätzlich davon ausgehen, dass Bürger höchstens eine politische Meinung, jedoch keineswegs ausreichend Sachkenntnis besitzen, um in der heutigen – als hyperkomplex bewerteten – politischen Realität, in der Sache angemessene Antworten auf politische Fragen geben zu können. Die Beteiligung der Bürger wird darauf reduziert, nachdem die „richtigen“ Entscheidungen von Experten getroffen wurden, die Akzeptanz für diese beim Bürger einzuholen.

Orientiert sich eine demokratische Regierung am Prinzip des „responsible government“, setzt sie sich stets auch dem Vorwurf des demokratischen Paternalismus aus, der „die Bürger zu ‚ihrem Besten‘ auf Kosten ihrer politischen Selbstbestimmung bevormundet“⁵⁴. Ein Risiko von „leader democracies“ und der damit einhergehenden Abkehr von der Inputorientierung der Demokratie, besteht zudem in der starken Abhängigkeit von Persönlichkeits- und Kontextfaktoren. Die Personalisierung von Politik stärkt die Bedeutung nicht-rationaler Elemente in der Politik und muss aus Sicht der Bürger als riskanter als eine stärker bürgerorientierte Politik bewertet werden.

Auf ein weiteres Problem weist die Einstellungsforschung hin: Nicht nur mangelnde Problemlösungsfähigkeit, auch paternalistische Handlungsweisen demokratisch gewählter Politiker erzeugen beim Bürger Frust und können zu „Politikverdrossenheit“ beitragen. Rizzi/Schaal führen dieser Argumentation folgend, den steigenden Anteil an „unzufriedenen Demokraten“ unter den Bürgern westlicher Demokratien auf die Wahrnehmung einer nicht ausreichenden Responsivität zurück – belegt durch sinkendes Vertrauen in politische Institutionen und die politische Elite sowie den Ansehensverlust des Berufsbildes des Politikers.⁵⁵

Die neue Unübersichtlichkeit in postdemokratischen Systemen zeigt sich durch „ein komplexes und widersprüchliches Nebeneinander von demokratischen und expertokratischen, von staatlichen und privaten, von nationalen und globalen Formen des Regierens“⁵⁶. Mit dem Übergang zur Postdemokratie geht daher eine grundlegende Ambivalenz einher:

„Demokratische Beteiligungsformen werden einerseits eingefordert und in Wahlkämpfen, Volksentscheiden, Bürgerforen und nicht zuletzt Demonstrationen regelmäßig in-

⁵⁴ Ritzi, C./Schaal, G. S.: Politische Führung in der „Postdemokratie“, in: ApuZ 2-3/2010, S. 14.

⁵⁵ Ritzi, C./Schaal, G. S.: Politische Führung in der „Postdemokratie“, in: ApuZ 2-3/2010, S. 15.

⁵⁶ Jörke, D.: Bürgerbeteiligung in der Postdemokratie, in: ApuZ 1-2/2011, S. 17.

szeniert, andererseits werden demokratische Hoffnungen frustriert, insofern der Umfang des demokratisch zu Entscheidenden schrumpft“.⁵⁷

Die Entwicklung von der Demokratie zur Postdemokratie wirkt sich nicht ausschließlich auf der politischen Ebene aus, auch soziale Aspekte werden beeinflusst. Denn Demokratie beeinflusst sowohl politisch als auch sozial positiv die Lebensverhältnisse der Bürger. Nicht nur die egalitäre Teilhabe aller Bürger, sondern auch die Chance auf ausgeglichene soziale Verhältnisse innerhalb des Gemeinwesens erhoffen sich Bürger (idealerweise) von der Demokratie. Demokratie verspricht zweierlei: Zum einen prozedural die gleiche Teilhabe am politischen Prozess, zum anderen substantiell die Angleichung der sozialen Lebensverhältnisse. Da in den neuen Partizipationsformen vor allem die Mittelschicht vertreten ist, „besitzt die soziale Basis dieser neuen Demokratie tendenziell oligarchische Züge, mit der Konsequenz eines Nachlassens egalitärer Politikinhalt“.⁵⁸ Aufgrund der intensiveren Partizipation der Mittelschichten und dem gleichzeitigen Rückzug der Modernisierungsverlierer vom politischen Willensbildungsprozess besteht die reale Gefahr, dass soziale Spaltungsprozesse beschleunigt werden.

Es bleibt die Frage danach, wie der Bürger auf die beschriebenen Veränderungsprozesse reagiert. In Anlehnung an Hirschman weisen Rizzi/Schaal darauf hin, dass zwei Reaktionsmöglichkeiten auf die nicht mehr vorhandenen Einflussmöglichkeiten der Bürger auf die Politik und die hieraus resultierende Unzufriedenheit, denkbar sind:

- Zum einen der Ausstieg, „exit“ – indem der Bürger sich innerlich oder durch faktischen Austritt distanziert und in Schweigen verfällt,
- zum anderen die politische Stimme, „voice“ – indem der Bürger gegen Missstände aufbegehrt.

Rizzi/Schaal unterschlagen dabei die von Hirschman entwickelte dritte Option „loyalty“ – die bleibende, auf grundsätzlicher Loyalität basierende Unterstützung, die auch bei Kritik an aktuellen Prozessen das Verhältnis zum politischen System, zum politischen Prozess maßgeblich prägt.

Vorausgesetzt die Bürger nehmen die beschriebenen Prozesse so wahr wie von den Theoretikern um Crouch konstatiert, kann meine Arbeit einen Beitrag leisten, die Reaktion der Bürger auf die Veränderungen empirisch zu hinterle-

⁵⁷ Ebda.

⁵⁸ Ebda.

gen, zu prüfen welche Optionen gewählt werden und wie weitere sozio-demographische Faktoren und politische Einstellungen möglicherweise die Wahl der einen oder anderen Handlungsstrategie beeinflussen.

- Haben Befragte, die nicht wählen, sich (unbewusst?) für die „exit“-Option entschieden?
- Sind diejenigen, die wählen dem System, seinen Institutionen und Ablaufprozessen gegenüber loyal?
- Ist ungültig wählen eine Form von „voice“, die in der politischen Partizipationsforschung bislang zu wenig Berücksichtigung fand?

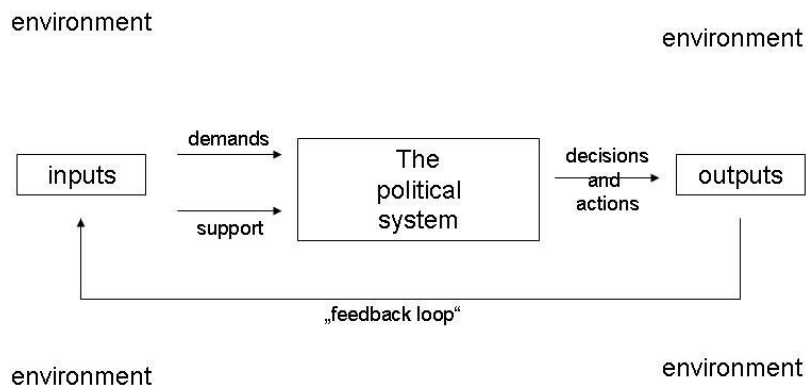
Wenn die Teilnahme an Wahlen Ausdruck von politischer Integration ist, so müssten Nichtwähler einen hohen Grad an politischer Desintegration aufweisen. Interessant ist, ob die Wahlenthaltung mit fehlender politischer Unterstützung des politischen Systems einhergeht, denn nur so wäre die Wahlenthaltung auch im Sinne der output-orientierten Demokratietheorien eine Gefahr für das politische System der BRD.

1.5. Easton: Das Konzept politischer Unterstützung

Zur Beurteilung der Stabilität eines politischen Systems ist das von David Easton in den 1960er Jahren entwickelte Konzept der politischen Unterstützung besonders hilfreich.⁵⁹ Unter politischer Unterstützung versteht Easton die grundsätzlich positive Haltung der Bürger gegenüber „ihrem“ politischen System. Das politische System entspricht denjenigen Strukturen und Prozessen, durch die Forderungen („demands“) aus der Gesellschaft in bindende Entscheidungen für die Gesellschaft transformiert werden. Dieser Transformationsprozess ist nur möglich, so lange das politische System ein bestimmtes Ausmaß an Unterstützung durch die Gesellschaft („support“) erzeugen kann.

⁵⁹ Easton, D.: A Systems Analysis of Political Life. Chicago 1979 (Erstausgabe 1965). Easton, D.: A Re-Assessment of the Concept of Political Support, British Journal of Political Science 5, 1975, S. 435-457. Ausführliche Beschreibungen des Konzepts der politischen Unterstützung finden sich zahlreich in der Literatur, weshalb an dieser Stelle lediglich auf die für die vorliegende Untersuchung relevanten Aspekte kurz eingegangen werden soll. Hierbei handelt es sich um die Grundzüge des Konzepts sowie die Weiterentwicklungen durch Fuchs und Westle, die insbesondere bei der Operationalisierung und empirischen Messung von Politischer Unterstützung von Bedeutung sind.

Die Persistenz eines Systems ist demnach abhängig von der Kapazität des politischen Systems, Unterstützung zu generieren und fortwährend zu erhalten.



Quelle: Easton, David: A Systems Analysis of Political Life. New York u.a., S. 32.

Easton beschreibt das politische System und die darin ablaufenden politischen Prozesse als Kreislauf: Die Bürger richten zum einen Forderungen („demands“) an das politische System und seine Herrschaftsträger, zum anderen unterstützen („support“) sie das politische System und seine Herrschaftsträger, in dem sie dem System vertrauen und es für legitim(iert) halten. Auf Grundlage der Forderungen trifft das System bzw. treffen die Herrschaftsträger („authorities“) Entscheidungen, die wiederum als „outputs“ Einfluss auf die Bürger haben („feedback loop“). Zusätzlich zu den beschriebenen Mechanismen wirken Umweltfaktoren auf politisches System, Herrschaftsträger und Bürger ein und verändern gegebenenfalls Forderungen, Unterstützung, Handeln und Entscheidungen.

Easton unterscheidet zwei Ebenen/Formen der politischen Unterstützung (diffus und spezifisch), die sich auf verschiedene Objekte politischer Unterstützung (politische Gemeinschaft, politische Ordnung, politische Herrschaftsträger) beziehen.

Spezifische politische Unterstützung resultiert aus der Zufriedenheit einer Person mit der Berücksichtigung ihrer Wünsche und Forderungen in den Out-

puts der Autoritäten. Sie orientiert sich an den Leistungsergebnissen der politischen Machthaber, ist kurzfristig angelegt, das heißt spezifische Unterstützung kann kurzfristig gegeben bzw. auch wieder entzogen werden, und ist an bestimmte Herrschaftsträger gebunden. Enttäuschungen die die Leistungen der politischen „authorities“ betreffen, sind jedoch vorprogrammiert: Die Kapazitäten eines politischen Systems, die Wünsche und Forderungen aller Bürger wahrzunehmen und zu verarbeiten, sind begrenzt. Spezifische Unterstützung allein reicht also zur Gewährleistung der Stabilität eines politischen Systems nicht aus.

Als zweite Form der politischen Unterstützung führt Easton die diffuse Unterstützung („diffuse support“) ein, die sich aus den beiden Komponenten Legitimität („legitimacy“) und Vertrauen („trust“) zusammensetzt. Diffuse politische Unterstützung wird dem System nicht aufgrund bestimmter Leistungen entgegengebracht. Das Objekt, also das politische System, wird „for its own sake“ unterstützt, um das, was es ist oder repräsentiert und nicht um das, was es tut. Diffuse Unterstützung verlangt eine tiefe affektive Bindung an das politische System, die zum einen im primären Sozialisationsprozess in der Kindheit, zum anderen durch die Sozialisation im Erwachsenenalter und durch konkrete Erfahrungen aufgebaut wird. Die dauerhaft angelegte, grundsätzliche Unterstützung der politischen Ordnung, der Institutionen und Herrschaftsträger ist Anerkennung ihrer Legitimität und Vertrauen auf eine entsprechende Umsetzung:

„Ein Regime wird von einem Bürger bzw. einer Bürgerin in dem Maße unterstützt, in dem er/sie meint, dass es den von ihm/ihr akzeptierten Werten entspricht. Die Voraussetzung dieser Unterstützung ist also eine *Bindung* an bestimmte demokratische Werte (value-commitment) und eine *Kognition*, dass diese Werte in dem Regime auch institutionalisiert sind.“⁶⁰

Für den Erhalt des politischen Systems ist die diffuse politische Unterstützung zentral, sie stellt die Loyalität gegenüber Staat und Regierung auch in problematischen politischen Situationen sicher und kompensiert temporäre Outputschwächen des politischen Systems. Im Gegensatz zur spezifischen Unterstützung, die sich einzig auf das Objekt „authorities“ (politische Herrschaftsträger) bezieht, richtet sich diffuse politische Unterstützung auf die politische Gemeinschaft, die politische Ordnung und die politischen Herrschaftsträger.⁶¹

⁶⁰ Fuchs, D./Gabriel, O. W./Völkl, K.: Vertrauen in politische Institutionen und politische Unterstützung. ÖZP, 31 (2002) 4, S. 431.

⁶¹ Das Objekt „politische Gemeinschaft“ bezieht sich bei Easton auf die Frage, ob in einem Land Bürger kooperieren um gemeinsame Angelegenheiten zu regeln. Die Form der Kooperation muss dabei nicht zwingend demokratisch sein. Da sich die folgende Untersu-

Diffuse Unterstützung der politischen Ordnung bezieht sich auf die allgemeine politische Philosophie, auf spezifische politische Normen und Werte und auf die konkreten politischen Strukturen zur Umsetzung der politischen Ordnung.

Easton unterteilt diffuse Unterstützung in zwei Dimensionen, da unterschiedliche Quellen für die Identifikation mit dem Objekt ausschlaggebend sein können. Zum einen die Legitimität, die auf der Überzeugung, das Objekt entspricht den eigenen Werten und Normen gründet und zum anderen das Vertrauen. Vertrauen bezieht sich auf die Output-Zufriedenheit, im Gegensatz zur spezifischen Unterstützung jedoch nicht auf einen kurzfristigen Nutzen, sondern auf eine Generalisierung, die aufgrund der Bewertung einer Reihe von Outputs möglichst verschiedener Autoritäten entsteht.

Zum Objekt „regime“ (politische Ordnung) zählen für Easton zum einen der strukturelle Rahmen, der die Handlungen und Interaktionen der Entscheidungsträger einschränkt, zum anderen Werte und Normen („values“), die die Grenzen für das Handeln der Entscheidungsträger darstellen und dieses somit ebenfalls einschränken. Die Vermischung von institutioneller Struktur und allgemeinen Werten und Normen kritisierte Fuchs, der folgende Differenzierung in Eastons Konzept einbringt: Die Institutionen, die institutionelle Struktur rechnet er wie Easton dem „regime“, der politischen Ordnung zu, Werte und Normen dagegen bilden eine eigene Dimension, die im Unterschied zur Struktur die Kultur des Systems bilden.⁶² Der Erweiterung des Konzepts von Easton durch Fuchs folgend, erhält man drei Ebenen eines demokratischen Systems, die jeweils zueinander in hierarchischer Beziehung stehen: Die normativen Prinzipien (Wertemuster) der Demokratie legitimieren die implementierte Struktur einer Demokratie in einer bestimmten Gesellschaft, die wiederum die Performanz der implementierten Demokratie legitimiert.

„Das Regime stellt nach diesem Modell eine selektive Implementation der grundlegenden Werte durch Rechtsnormen dar und diese Rechtsnormen bilden wiederum normative Erwartungen an das Handeln der Akteure.“⁶³

chung mit der Stabilität eines demokratischen Systems befasst, kann diese Objektebene für die weiteren Analysen ausgeklammert werden. S. a. Fuchs, D./Gabriel, O.W./Völkl, K.: Vertrauen in politische Institutionen und politische Unterstützung. ÖZP, 31 (2002) 4, S. 431.

⁶² Fuchs, D.: Die Unterstützung des politischen Systems in der Bundesrepublik Deutschland, 1989. Fuchs, D.: Das Konzept der politischen Kultur: Die Fortsetzung einer Kontroverse in konstruktiver Absicht, in: Fuchs/Roller/Weßels: Bürger und Demokratie in Ost und West, 2002, S. 27-49.

⁶³ Fuchs, D./Gabriel, O. W./Völkl, K.: Vertrauen in politische Institutionen und politische Unterstützung. ÖZP, 31 (2002) 4, S. 431.

Rückkopplungseffekte zwischen den einzelnen Ebenen können zu Veränderungen der einzelnen Objektebenen führen.

Nahezu zeitgleich setzte sich Bettina Westle in ihrer Habilitationsschrift⁶⁴ mit dem Eastonschen Konzept auseinander, wobei sich ihre Kritik auf die unklare Trennung zwischen Unterstützungsebenen und -objekten bezieht: Diffuse Unterstützung der politischen Ordnung könne bei Easton nicht eindeutig von Realitätsbewertungen/Einflüssen der an die Herrschaftsträger und/oder an den tagespolitischen Outputs orientierten Legitimitätsbewertungen getrennt werden. Das heißt bei Easton sei nicht eindeutig zuzuordnen wie Tagespolitik auf diffuse Unterstützung wirkt und wie umgekehrt diffuse Unterstützung die Wahrnehmung tagespolitischer Entscheidungen beeinflusst. Westle ergänzt die Unterstützungsebenen diffus und spezifisch um die Zwischenebene der diffus-spezifischen politischen Unterstützung: Während sich diffuse Unterstützung der politischen Ordnung auf die Stufe der Philosophie (auf die Idee der politischen Ordnung) bezieht, sei diffus-spezifische Unterstützung an die Realität der politischen Ordnung gebunden. Bei diffuser Unterstützung der politischen Ordnung ist die Vorstellung des Befragten vom Wünschenswerten der Maßstab, bei diffus-spezifischer Unterstützung ist der Maßstab der eigene Anspruch (die Idee der politischen Ordnung) bzw. die subjektive Definition durch den Befragten der Idee der politischen Ordnung. Inwieweit sich diese theoretischen Überlegungen empirisch umsetzen lassen und dementsprechend analytischen Mehrwert bringen, bleibt zu prüfen.

Bei Easton wie auch bei Fuchs und Westle stehen die verschiedenen Unterstützungsebenen in einer hierarchischen Beziehung zueinander: Die Idee der Demokratie erhält stets die höchste Unterstützung, die Regierungsleistung dagegen die niedrigste Unterstützung. Die Hierarchie der Unterstützungsarten bleibt bei Differenzierung nach Alter, Schulbildung, Parteiidentifikation, politischem Interesse in allen Teilgruppen konsistent: Die diffuse Unterstützung der politischen Ordnung ist am höchsten, diffus-spezifische Unterstützung der politischen Ordnung fällt geringer aus und am niedrigsten ist die spezifische Unterstützung der politischen Herrschaftsträger. Von besonderem Interesse für die mit dieser Arbeit verfolgte Fragestellung ist der Befund Westles, dass die materielle Befindlichkeit von Befragten vor allem die spezifische Unterstützung der politischen Herrschaftsträger beeinflusst, bereits für die Zufriedenheit mit der realen Demokratie (diffus-spezifische Unterstützung der politi-

⁶⁴ Westle, B.: Politische Legitimität - Theorien, Konzepte, empirische Befunde (= Schriftenreihe zur gesellschaftlichen Entwicklung, Bd. 3). Baden-Baden 1989.

schen Ordnung) nimmt dieser Einfluss ab, für die grundsätzliche Akzeptanz der politischen Ordnung verliert sich dieser weiter ohne jedoch völlig zu verschwinden.⁶⁵

Die meiner Arbeit zugrunde liegende Frage nach einem möglichen Ausstieg einzelner Bevölkerungsgruppen aus der Demokratie käme nach Easton bzw. Westle dem Entzug politischer Unterstützung, spezifischer, diffus-spezifischer und diffuser, gegenüber der politischen Ordnung und ihren Herrschaftsträgern gleich. Es gilt deshalb im empirischen Teil dieser Arbeit zu untersuchen, ob Bürger, die sich nicht am politischen Willensbildungsprozess beteiligen, das politische System also die politische Ordnung und die politischen Herrschaftsträger nicht unterstützen oder ob sie vielmehr in großem Maße darauf vertrauen, dass normative demokratische Setzungen adäquat umgesetzt werden, so dass sie in hohem Maße zufrieden sein können und eine Beteiligung deshalb nicht erforderlich ist.

Bei der Frage nach der Bedeutung des Entzugs politischer Unterstützung für die Stabilität eines politischen Systems ist die Differenzierung zwischen den einzelnen Unterstützungsobjekten wichtig:

„Unzufriedenheit mit dem politischen Personal und ein daraus resultierender Entzug von politischer Unterstützung muß keineswegs zu einem parallelen Entzug der Unterstützung für das *regime* oder gar für die politische Gemeinschaft führen. Vor allem in demokratischen Systemen ist ein Wandel des *regimes* vielmehr die Ausnahme, nicht die Regel. So lange sich das *regime* weiterhin auf diffuse Unterstützung, d.h. auf ein ‚reservoir of favorable attitudes or good will‘ stützen kann, bleibt das System selber stabil, während die politische Führung wechselt.“⁶⁶

Arzheimer weist explizit darauf hin, dass Unzufriedenheit und Entzug politischer Unterstützung nicht gleichzusetzen sind, so lange die Bürger der politischen Ordnung diffuse Unterstützung entgegen bringen, bleibt das politische System trotz möglicher Veränderungen auf der Ebene der authorities stabil.

1.6. Zusammenfassung

In der repräsentativen Demokratie ist die Beteiligung der Bürger am politischen Willensbildungsprozess Mittel zum Zweck, wobei der Zweck in der Sicherung der Responsivität der Regierenden auf den Willen des Volkes besteht.

⁶⁵ Westle: Politische Legitimität, S. 351

⁶⁶ Arzheimer, K.: Politikverdrossenheit. Bedeutung, Verwendung und empirische Relevanz eines politikwissenschaftlichen Begriffs. Wiesbaden 2002, S. 198 f..

Die egalitärste Form politischer Partizipation ist aufgrund der im Vergleich zu anderen Formen verhältnismäßig geringen notwendigen Voraussetzungen seitens der Bürger, die Beteiligung an Wahlen. Eine Beteiligung aller Bürger ist keine notwendige Voraussetzung für eine stabile repräsentative Demokratie, es sollten sich jedoch Bürger aller sozialen Gruppen an der politischen Willensbildung beteiligen. Nur so ist die Interessenvertretung aller sicherzustellen. Zudem sollten alle Bürger das politische System grundsätzlich unterstützen. Bezogen auf die Wahlbeteiligung sind hohe Wahlenthaltungsquoten demnach nur dann stabilitätsgefährdend, wenn

- einzelne soziale Gruppen der Bevölkerung nicht wählen (denn ihre Interessen bleiben von den politischen Repräsentanten unberücksichtigt) und
- Teile der Bevölkerung der politischen Ordnung die (diffuse) Unterstützung entziehen.

Für die vorliegende Untersuchung folgen hieraus einige Fragen, die beantwortet werden sollen: Ist die Nichtbeteiligung an Wahlen mit dem Entzug spezifischer politischer Unterstützung gleichzusetzen? Entziehen Nichtwähler dem politischen System die diffuse politische Unterstützung? Gibt es möglicherweise neben den Polen Wähler – Nichtwähler noch eine dritte Gruppe, die das politische System an sich unterstützt und den Entzug spezifischer politischer Unterstützung womöglich als besondere diffuse politische Unterstützung bewertet?

2. Sozio-ökonomischer Status und politische Partizipation

„Drei Arten nämlich finden bei den Bürgern sich:
Die eine, reich, unbrauchbar, strebet stets nach mehr;
Die andre, dürftig, der des Lebens Notdurft fehlt,
Ist ungestüm, und stets beherrscht vom Neide, schnell
Den gift'gen Pfeil gegen sie gegen die Besitzenden,
Vom Maulgedresche schlimmer Leiter irreführt.
Die dritt', inmitten stehend, ist des Staates Hort,
Sie schützt die Ordnung, die das Volk sich selbst gesetzt.“⁶⁷

Schon in der Antike wurde die besondere Bedeutung des individuellen und kollektiven sozio-ökonomischen Status einer Gesellschaft für die Stabilität der staatlichen Ordnung, der Demokratie betont. Vor allem die mittleren Gesellschaftsschichten würden den Hort demokratischer Tugenden bilden, der Sicherheit und Schutz vor Unruhen und Umstürzen im Staat bietet.

Auch heute noch gilt: Der individuelle und kollektive sozio-ökonomische Status ist einer der wesentlichen Einflussfaktoren politischer Orientierungen und Verhaltensweisen. Er wirkt sich sowohl direkt auf politische Einstellungen und Verhaltensweisen als auch vermittelt über beeinflussende Faktoren wie Sozialisation aus. Je nach Status unterscheiden sich politische Integration und die Wahrnehmung politischer Entscheidungen; beides ist zudem abhängig vom betroffen sein von politischen Entscheidungen.

Wie die internationale Forschung zeigt, beeinflusst neben individuellen Faktoren auch die Verteilung gesellschaftlicher Ressourcen wie das Vorhandensein sozialer Netzwerke und Organisationsstrukturen, die Art und den Grad politischer Beteiligung. Dabei ist es so, dass eine relativ breite Verteilung gesellschaftlicher Ressourcen und der damit für möglichst viele Menschen gleiche Zugang zu partizipationsrelevanten Ressourcen die Wahrscheinlichkeit individueller Partizipation erhöhen. Soziale Ungleichheit verringert dagegen Partizipation, denn die für eine aktive Teilhabe am politischen Entscheidungsprozess notwendigen Ressourcen stehen nicht allen gesellschaftlichen Gruppen in gleichem Maß zur Verfügung.

⁶⁷ Die Schutzflehenden, Die Dramen des Euripides. In: Euripides IV, Berlin/ Stuttgart 1919, S.22, Zeile 247-254.

Modernisierungstheorien zufolge, die davon ausgehen, dass Veränderungen wie Modernisierungsprozesse im Durchschnitt zu einem höheren sozialen Status in einer Gesellschaft führen, müssten die Partizipationsraten steigen, da immer mehr Bürger mit mehr partizipationsrelevanten Ressourcen ausgestattet sind. Auf der anderen Seite stellt die Wertewandelsforschung gleichzeitig gerade im Zuge von Modernisierungsprozessen eine quantitative Zunahme von Wertetypen fest (z.B. hedonistische Materialisten), die die politische und soziale Partizipation nicht als wichtig empfinden. Das heißt: Obwohl immer mehr Menschen ressourcenmäßig die Voraussetzungen zu politischer und sozialer Teilhabe haben, scheint die Beteiligung am Gemeinwesen für immer mehr Menschen nicht mehr „en vogue“ zu sein.

Fest steht: Die Beteiligung am politischen Willensbildungsprozess geht in Deutschland seit den 1970er Jahren zurück. Die Frage ist, ob diese Entwicklung auf einen höheren Anteil an statusniedrigen Bürgern, auf Veränderungen in der Wertschätzung politischer Partizipation, andere Faktoren oder einen Mix aus verschiedenen Faktoren zurückzuführen ist. Zunächst ist zu klären, ob und wie individueller und kollektiver sozio-ökonomischer Status und politische Partizipation zusammen hängen, welche Faktoren eine Rolle spielen, dass gerade statusniedrige Bürger häufiger nicht partizipieren als Bürger mit einem hohen sozio-ökonomischen Status und welche Faktoren diesen Zusammenhang beeinflussen oder sogar aufheben, also intervenierende Variablen zwischen Status und Partizipation sind.

2.1. Begriffe

Sozio-ökonomischer Status bezeichnet allgemein die individuelle Ausstattung mit sozialen und ökonomischen Ressourcen. Status ist im Sinne von „social circumstances“ als Set sozialer Charakteristika zu verstehen, die den „life space“ eines Individuums bestimmen, also wo jemand lebt, was derjenige für und in seinem Leben tut, seine Bildung, Rasse etc.. Diese Faktoren gelten als relevant für politische Einstellungen und Verhaltensweisen.⁶⁸ In der empiri-

⁶⁸ Verba, S./Nie, N. H.: Participation in America. Political Democracy and Social Equality. New York 1972, S. 19.

schen Forschung wird sozio-ökonomischer Status über die Variablen Berufstätigkeit, Erwerbstätigkeit, Bildung und Einkommen⁶⁹ gemessen.

Für meine Zwecke ist politische Partizipation zu definieren als: „those activities by private citizens that are more or less directly aimed at influencing the selection of governmental personnel and/ or the actions they take“⁷⁰. Politische Partizipation ist im Gegensatz zu politischen Einstellungen direkt beobachtbar, wobei einschränkend angemerkt werden muss, dass nicht direkt beobachtet werden kann, ob diese Aktivitäten bewusst mit dem Ziel ausgeführt werden, politischen Einfluss auszuüben. Politische Beteiligung ist Merkmal einer aktiven Beteiligung der Bürger an der Demokratie und somit manifeste, objektiv messbare Variable. Gleichzeitig wird die Partizipation an der politischen Willensbildung als Ausdruck der Zustimmung zur Demokratie bewertet, ist also latente, indirekt über politische Einstellungen messbare Variable.

Zur Unterscheidung der verschiedenen Formen politischer Partizipation können mehrere Kriterien verwendet werden: Institutionalisiertheit bzw. Unverfasstheit, Legalität bzw. Illegalität, Legitimität bzw. Illegitimität. Zwischen den Kriterien der Verfasstheit und der Legalität besteht eine Schnittmenge, institutionalisierte Formen politischer Partizipation sind legal. Das bedeutet nicht, dass nicht-verfasste Formen politischer Beteiligung zwangsweise illegal sind. Bürgerinitiativen oder genehmigte Demonstrationen beispielsweise gelten als nicht institutionalisiert und sind dennoch legal. Die Frage nach der Legitimität gilt der subjektiven Bewertung politischer Beteiligungsformen durch den Bürger. Als legitim werden diejenigen Formen angesehen, die im Idealfall von allen Bürgern als moralisch gerechtfertigt angesehen werden. Während die Erfüllung der beiden ersten Kriterien objektiv feststellbar ist, hängt die Zuordnung bei letzterem Kriterium von der subjektiven Einschätzung des Einzelnen und/oder seiner Bezugsgruppe ab.

Zunächst bezog sich die Klassifikation der verschiedenen Formen politischer Partizipation lediglich auf die verfassten Beteiligungsformen. Milbrath ordnete die Bürger noch nach dem Klassifikationsmerkmal des „notwendigen Aufwan-

⁶⁹ Einkommen galt in den früheren Studien als Einkommen des Haushaltsvorstandes, in neueren Studien wird das Nettohaushaltseinkommen (aller Haushaltsmitglieder) erfragt. Bei der Frage nach dem Einkommen besteht - zumindest in Deutschland - die Problematik, dass das eigene Einkommen ein Tabuthema ist über das meist nicht gesprochen wird. Das führt bei Umfragen zu falschen Angaben (zu niedrige Angaben aus Angst vor Neid, Finanzamt, etc, zu hohe Angaben aus Scham o.Ä.) und insgesamt einer hohen Zahl missing values.

⁷⁰ Verba, S./Nie, N. H.: Participation in America. Political Democracy and Social Equality. New York 1972, S. 2.

des“ - nach der Maßgabe je weniger Aufwand (Zeit, Initiative, etc.) desto wahrscheinlicher ist Partizipation.⁷¹ Über die Analogie zu den Gladiatorenkämpfen im antiken Rom veranschaulichte Milbrath seine Überlegungen. Er unterscheidet drei politische Gruppen:

1. die Apathischen, die sich nicht politisch einbringen und nicht für das politische Leben interessieren;
2. die Zuschauer, die den politischen Prozess zwar beobachten, sich jedoch nicht an der Politik beteiligen und
3. die Gladiatoren, die Politik bis hin zur Übernahme von Ämtern aktiv gestalten.

Die zunehmende Ausdifferenzierung der möglichen politischen Partizipation in den 1960er Jahren erforderte eine Unterscheidung nicht nur nach dem quantitativen Ausmaß der Beteiligung, sondern zusätzlich nach qualitativen Kriterien wie der Art und Wirkungsweise der Beteiligung. Die Forschergruppe um Sidney Verba führte die Unterscheidung nach qualitativen Kriterien ein, wonach die mit der Partizipation verbundenen potentiellen Konflikte, die Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit anderen und die Reichweite der Ergebnisse der Partizipation die zentralen Klassifikationskriterien sind. Sie unterscheiden vier Dimensionen: wählen, wahlkampfbezogene Aktivitäten, gemeindebezogene Gruppenaktivitäten und Einzelkontakte mit Politikern.⁷²

Im Zuge der Zunahme neuer – nach Sicht der alten Maßstäbe unkonventioneller – politischer Artikulationsformen Ende der 1960er Jahre kamen Barnes/Kaase in ihrer international vergleichend angelegten Political Action-Studie zu dem Ergebnis, dass auch nicht-verfasste Beteiligungsformen (wie die Ende der 1960er Jahren aufkommenden, als politischen Protest verstandenen Demonstrationen, sit-ins, Boykotte, etc.) in der Partizipationsforschung berücksichtigt werden sollten.⁷³ In der Folge wurden nach Barnes/Kaase et al. unverfasste, auf unmittelbare Einflussnahme auf den politischen Prozess abzielende und in den Augen der Bürger eher gering legitimierte Partizipationsformen als unkonventionelle, die verfassten mit hoher Legitimitätsgeltung als

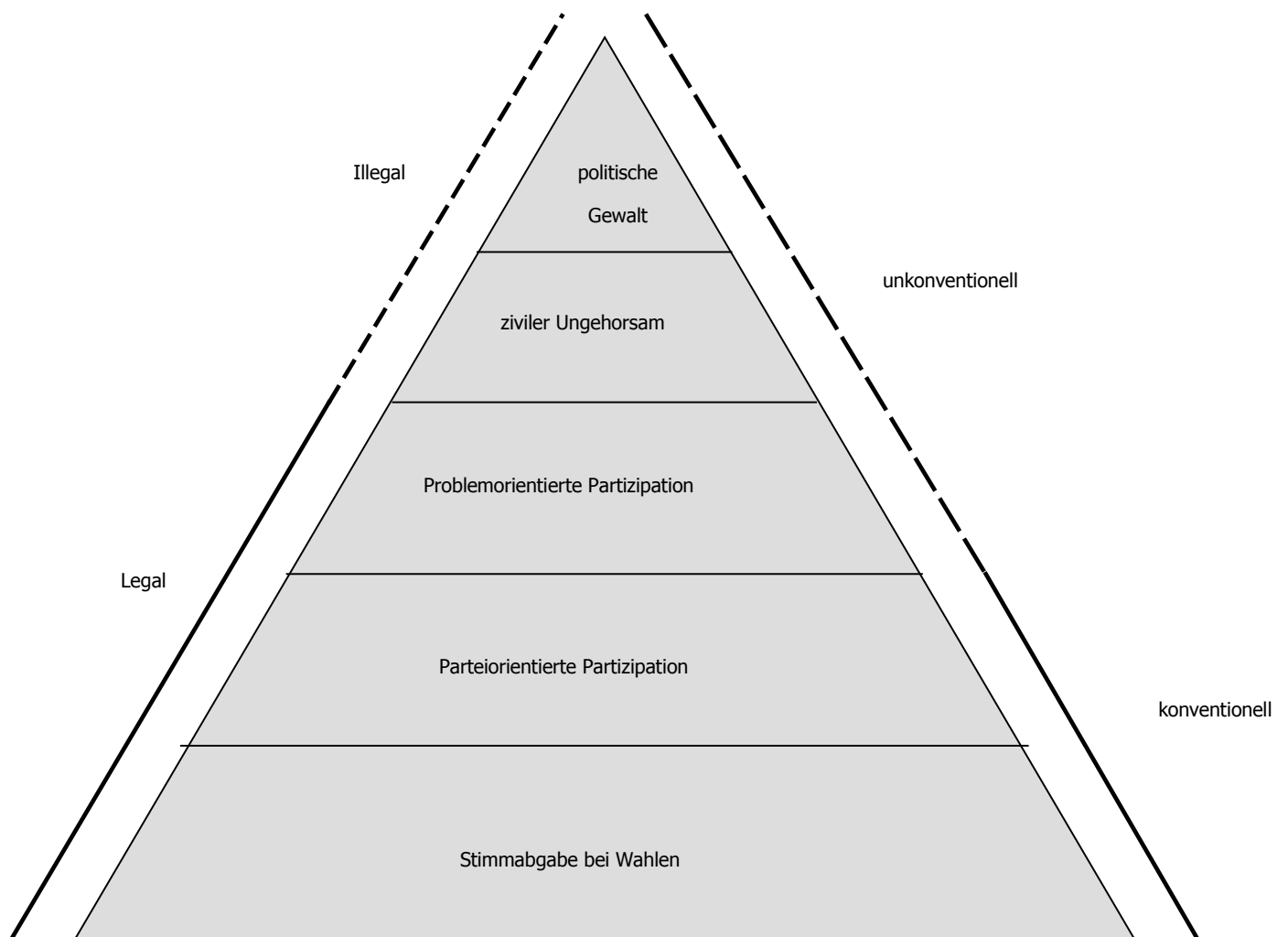
⁷¹ Milbrath, L.: Political Participation, Chicago 1965.

⁷² Verba, S./Nie, N. H.: Participation in America. Political Democracy and Social Equality. New York 1972; Verba, S./Nie, N. H./Kim, J.: Participation and Political Equality, Cambridge 1978.

⁷³ Barnes, S./Kaase, M. et al.: Political Action. Mass Participation in Five Western Democracies, Beverly Hills/London 1979.

konventionelle Formen politischer Partizipation bezeichnet. In der unkonventionellen Partizipation vermischen sich legale und illegale Beteiligungsarten; nicht verfasste Beteiligungsformen haben inzwischen den Weg in das politische Repertoire der Bürger gefunden.⁷⁴ In der neueren Forschung wird unter Berücksichtigung dieser Entwicklungen die unkonventionelle politische Partizipation zusätzlich nach legal und illegal unterschieden, so dass politische Gewalt, ziviler Ungehorsam und legaler Protest getrennten Kategorien zugeordnet werden können.

Klassifikation politischer Partizipation



Quelle: Eigene Abbildung

⁷⁴ Kaase, M.: Vergleichende Politische Partizipationsforschung, in: Berg-Schlosser, D./Müller-Rommel, F. (Hg.): Vergleichende Politikwissenschaft, Opladen 1997, S. 163.

Auf Easton rekurrend ist politische Partizipation die (notwendige) Unterstützung der Bürger für das politische System. Demnach sind die Auswahlkriterien für die in meiner Arbeit zu untersuchenden Formen politischer Partizipation: Institutionalisierung, Legalität und ein Mindestmaß an Legitimität. Von den genannten Varianten politischer Partizipation erfüllen die Folgenden die Kriterien Legalität und Legitimität vollumfänglich: wählen, parteibezogene Aktivitäten und Beteiligung, die sich auf den Wahlkampf oder bestimmte Politiker bezieht. Legaler Protest ist zwar nicht institutionalisiert und variierend in seiner Legitimität, sollte jedoch als mögliches direktdemokratisches Korrektiv von Seiten der Bürger mit als (möglicherweise) systemunterstützende Partizipation untersucht werden. Insgesamt gilt es also zwischen vier Formen politischer Partizipation zu unterscheiden und diese differenziert zu analysieren: wählen, parteibezogene Aktivitäten, Wahlkampf bzw. Unterstützung von Politikern und legaler Protest.

2.2. Zum Zusammenhang zwischen sozio-ökonomischem Status und politischer Partizipation

2.2.1. Das „standard socioeconomic model of participation“

Bereits die ersten Wahlforschungsstudien in den 1940er/50er Jahren belegen einen deutlichen Zusammenhang zwischen individuellem sozio-ökonomischem Status und der Art und Weise sowie dem Ausmaß politischer Partizipation.⁷⁵ Die Frage, ob die politisch Partizipierenden einer Gesellschaft in sozio-ökonomischer Hinsicht einen repräsentativen Querschnitt der Bevölkerung bilden, stellt sich vor allem vor dem Hintergrund des demokratischen Ziels möglichst egalitäre Zugänge zur und Möglichkeiten der politischen Partizipation zu realisieren. Studien gehen davon aus, dass dies nicht der Fall ist, sondern

„that it is just those with higher income, higher education, and higher status occupation who participate. There are many reasons for this, such as greater resources, skill and psychological commitment [...]. But for whatever reason they participate more, the result is that those who may need governmental assistance the least participate the most - i.e., those already at the top of the stratification hierarchy are likely to be the most active.“⁷⁶

⁷⁵ Lazarsfeld, P./Berelson, B./Gaudet, H.: The People's Choice. 3. Auflage, New York 1968.

⁷⁶ Verba, S./Nie, N. H.: Participation in America. Political Democracy and Social Equality. New York 1972, 12.

Auf Basis dieser Annahmen haben Verba/Nie und Nie/Powell/Prewitt das „standard socioeconomic model of participation“ entwickelt, das nach mehrfacher Überprüfung anhand verschiedener Datensätze als „base line“ zur Erklärung politischer Partizipation in Abhängigkeit von sozio-ökonomischem Status angesehen werden kann.⁷⁷

sozio-ökonomischer Status → staatsbürgerliche Einstellungen → polit. Partizipation

Sozio-ökonomischer Status – gemessen über Berufstätigkeit, Familieneinkommen, Bildungsgrad und Interviewerrating des Status des Befragten⁷⁸ – hat nach diesem Modell einen Einfluss auf staatsbürgerliche Einstellungen⁷⁹, die ihrerseits wiederum politische Partizipation beeinflussen. Unter politischer Partizipation fassen Nie/Powell/Prewitt Gespräche mit anderen über öffentliche Angelegenheiten, die Beeinflussung lokaler Entscheidungen, die Beeinflussung nationaler politischer Institutionen, die Mitgliedschaft in politischen Organisationen, Parteimitgliedschaft und die Teilnahme an politischen Kampagnen zusammen.⁸⁰

Unter staatsbürgerlichen Einstellungen sind das staatsbürgerliche Selbstbewusstsein, die psychologische Einbindung in Politik und das Gefühl zur Beteiligung verpflichtet zu sein, zu verstehen. Die Ergebnisse von Verba/Nie zeigen deutlich, dass status-höhere Personen nicht nur mehr partizipieren, sondern auch eher staatsbürgerliche Orientierungen wie politisches Interesse, Infor-

⁷⁷ Nie, N. H./Powell, Bingham G./Prewitt, K.: Social Structure and Political Participation: Developmental Relationships, I/II, in: *The American Political Science Review*, Vol. 63, No. 2/3, 1969, S. 361-378/ 808-832. Siehe auch: Brady, H. E./Verba, S./Schlozman, K. L.: *Beyond SES: A Resource Model of Political Participation*. In: *American Political Science Review*, 89, 1995, S. 271-294.

⁷⁸ Aus den folgenden Items bildeten Nie/Powell/Prewitt den Index „sozio-ökonomischer Status“ auf Basis inhaltlicher Überlegungen: 1) Berufstätigkeit codiert von nicht ausgebildeten Arbeiter bis zum höheren Management, Hausfrauen wurden nach der Tätigkeit ihres Ehemannes codiert; 2) Familieneinkommen unterteilt in acht Kategorien; 3) Bildungsgrad codiert in „no schooling, grammar school, high school, college, missing data“; 4) Interviewerrating des sozio-ökonomischen Status nach vier Kategorien. Nie/Powell/Prewitt, S. 376.

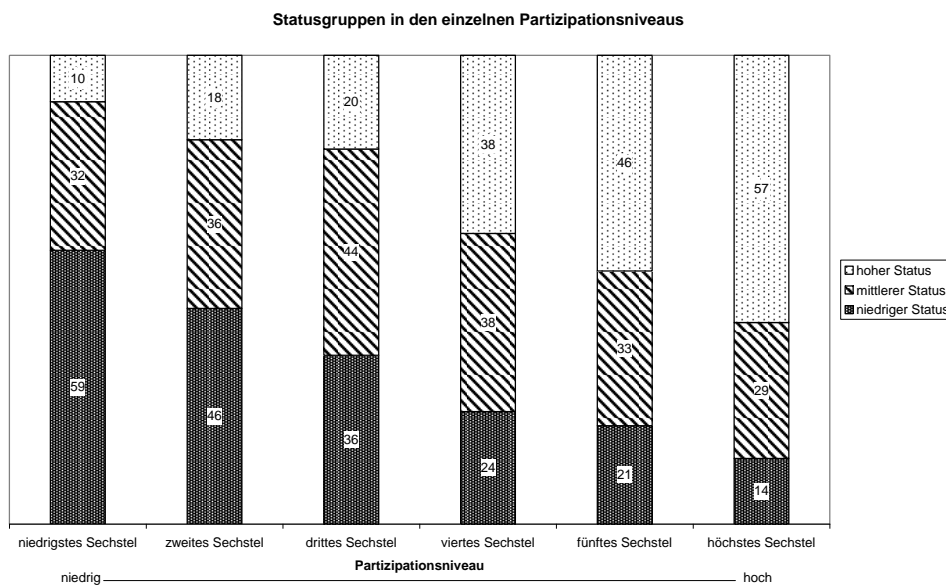
⁷⁹ Staatsbürgerliche Einstellungen sind die sg. „civic orientations“. Darunter fallen das staatsbürgerliche Pflichtbewusstsein (ich weiß, dass ich als Bürger eines Staates auch Pflichten zu erfüllen habe), das staatsbürgerliche Selbstbewusstsein (ich weiß, dass ich als Bürger die Möglichkeit habe politische Entscheidungen zu beeinflussen) und die politische Aufmerksamkeit, das Interesse für Politik (ich interessiere mich für politische Vorgänge und Entwicklungen). Näheres dazu im Folgenden.

⁸⁰ Itemformulierungen s. Nie/Powell/Prewitt, S. 377.

miertheit und staatsbürgerliches Selbstbewusstsein aufweisen. Dies führt insgesamt zu einer „over-participation“ status-höherer Bevölkerungsgruppen:

„The participation input would come disproportionately from one stratum of society. It would mean that those who might most need beneficial output from the government - the poor and ill-educated for instance - would participate less than those already better endowed with those social and economic benefits.“⁸¹

Der Zusammenhang zwischen sozio-ökonomischem Status und politischer Partizipation ist linear: Mit steigendem Status steigt die Wahrscheinlichkeit politischer Beteiligung.⁸² Besonders deutlich wird dies, wenn man sich die Verteilung der verschiedenen Statusgruppen innerhalb der einzelnen Partizipationsniveaus ansieht:



Quelle: Verba/ Nie 1972: 131

Anmerkung: Die Prozentangaben beziehen sich auf den Anteil der einzelnen Statusgruppen in den Partizipationsniveaugruppen.

Status-niedrige Personen sind in der Gruppe derjenigen, die gar nicht oder kaum partizipieren mit einem Anteil von 59% über-, in der Gruppe derjenigen die sich am meisten beteiligen mit 14% deutlich unterrepräsentiert.

Da die Zugangsrechte zu politischer Partizipation in modernen Demokratien für alle Bürger gleich sind, könnte man davon ausgehen, dass Partizipation eine

⁸¹ Verba/Nie, S. 127.

⁸² Verba/Nie, S. 131.

Möglichkeit ist, soziale und ökonomische Ungleichheit auszugleichen. Doch – die Forschungsergebnisse deuten darauf hin – ist fraglich, ob der soziale und ökonomische Ausgleich über das Mittel der politischen Partizipation realistisch ist.

„And if that resource is equally available to all citizens, it can be used to further social equality. Lower-status citizens are numerous. This, coupled with equal political access, should allow those deprived socially and economically to induce the government to carry out policies that will reduce that deprivation. But does it work that way?“⁸³

Voraussetzung für eine ausgleichende Wirkung politischer Partizipation wären nicht nur der gesetzlich geregelte gleiche Zugang, sondern auch individuell gleiche Chancen auf Zugang, das heißt die hierfür notwendigen Ressourcen müssten allen zur Verfügung stehen. Dem Exkurs zur Postdemokratie-Debatte im 1. Kapitel meiner Arbeit ist zu entnehmen, dass dies eines der großen Versprechen der Demokratie ist, die diese nicht mehr bzw. zumindest immer weniger einzulösen in der Lage ist.

Unabhängig vom sozio-ökonomischen Status können manche ihr Recht auf Partizipation zu ihrem eigenen Vorteil nutzen, andere nicht. Hierfür sind vor allem die individuellen Ressourcen entscheidend: „The result is that participation is unequally distributed throughout the society because the qualities that lead some to participate - motivation, skills, resources - are not equally distributed.“⁸⁴

Obwohl Studien zu politischer Gewalt die theoretische Vermutung nahe legen, dass gerade absolute Deprivation – also die objektiv messbare materielle Benachteiligung von Menschen – verstärkend auf die Tendenz zur Ausübung von illegaler politischer Partizipation wirkt, konnten Verba/Nie keine Bestätigung hierfür in ihren Daten finden.

Während Verba/Nie in ihrer Studie zur politischen Partizipation in den USA im Wesentlichen die US-amerikanische Gesellschaft untersucht haben, zeigt die international vergleichend angelegte Vorläuferstudie von Nie/Powell/Prewitt, dass sozio-ökonomischer Status in allen untersuchten Nationen (USA, UK, D, IT, Mexiko) signifikant mit politischer Partizipation korreliert.⁸⁵ Doch der sozio-ökonomische Status scheint nicht der einzige Faktor zu sein, der den Grad an politischer Partizipation bestimmt. In den 70er Jahren, als Nie/Powell/Prewitt ihre Studien durchführten, waren status-niedrigere Gruppen stark in schicht-

⁸³ Verba/Nie, S. 335.

⁸⁴ Verba/Nie, S. 335.

⁸⁵ Nie/Powell/Prewitt, S. 364. Produkt-Moment-Korrelation, $r=.181$, Signifikanzniveau .001.

spezifische Organisationen und Parteien eingebunden. Diese boten unabhängig vom Status die Möglichkeit, eigene politische Interessen zu vertreten, bzw. verschiedene Organisationen und Parteien machten den eigenen Interessen entsprechende Angebote. Zusammenfassend kommen Verba/Nie zu dem Schluss:

„It could work so that lower-status citizens were more effective politically and used that political effectiveness to improve their social and economic circumstances. Or it could work, as it appears to do in the United States, to benefit upper-status citizens more. It depends on what organizations, parties, and belief systems exist, and how these all affect participation rates. Participation remains a powerful social force for increasing or decreasing inequality. It depends on who takes advantage of it.“⁸⁶

Nie/Powell/Prewitt und Verba/Nie konnten mit ihren Studien zeigen: Wer in der Lage ist, die de facto vorhandenen Möglichkeiten zur politischen Partizipation zu nutzen und wer nicht, hängt von mehreren Faktoren ab. Die für Partizipation relevanten Faktoren bilden zwei voneinander unabhängige Dimensionen: Zum einen handelt es sich um vermittelnde Faktoren wozu die politischen bzw. staatsbürgerlichen Einstellungen zählen, zum anderen um direkt wirkende Faktoren wie die soziale und politische Einbindung.

2.2.2. Sozio-ökonomischer Status, politische Einstellungen und politische Partizipation

Nie/Powell/Prewitt gehen davon aus, dass sich gesamtstaatliche ökonomische Entwicklungen auf die politischen Einstellungen der Bürger auswirken und somit einen indirekten Einfluss auf politische Partizipation haben. Beispielsweise haben Angehörige der Mittelschicht eher das Gefühl in der Beeinflussung von Entscheidungen erfolgreich zu sein, was in der Folge zu einer erhöhten Partizipation führt. Mit der ökonomischen Entwicklung (Ende der 60er Jahre in positiver Richtung, als Verbesserung der Lebensbedingungen gerade der Benachteiligten in einer Gesellschaft gedacht) steigt der relative Anteil Mittelschichts-Angehöriger in einer Gesellschaft, was die Partizipationsrate insgesamt erhöht. Von den Bürgern positiv rezipierte Partizipation wirkt sich dann wiederum auf verstärkende politische Einstellungen aus, die ihrerseits die Bereitschaft zur Beteiligung erhöhten etc..

Soziale Veränderungen führen dazu, dass ein größerer Anteil der Bevölkerung unter Umständen lebt, die politische Informationen und somit politische Informiertheit, politische Aufmerksamkeit und politisches Selbstbewusstsein fördern. Dies sind Faktoren, die eine höhere Partizipationsrate zur Folge haben

⁸⁶ Verba/Nie, S. 342.

und auf Veränderungen der politischen Einstellungen zurückzuführen sind. Soziale Veränderungen bringen demnach als logische Konsequenz politische Veränderungen mit sich. Die vermittelnden Faktoren, die politischen Einstellungen, die Partizipation beeinflussen, werden im Folgenden einer näheren Betrachtung unterzogen.

- a) Staatsbürgerliches Pflichtbewusstsein⁸⁷,
- b) staatsbürgerliches Selbstbewusstsein⁸⁸ und
- c) die Aufmerksamkeit für politische Belange und Ereignisse⁸⁹.

- a) Ein höherer sozio-ökonomischer Status erhöht die Akzeptanz von Pflichtwerten wie das Bewusstsein wählen sei eine Bürgerpflicht. Personen mit höherem sozio-ökonomischen Status haben meist einen höheren Bildungsabschluss, Pflichtwerte werden in der Schule vermittelt und in sozialer Interaktion verstärkt. Nach Nie/Powell/Prewitt können zwischen 10 und 22 Prozent des Zusammenhangs zwischen sozio-

⁸⁷ Index „Citizen Duty“, gebildet auf Basis inhaltlicher Überlegungen: 1) „We know that the ordinary person has many problems that take his time. In view of this, what part do you think the ordinary person ought to play in the local affairs of his town or district? What specifically ought he to do?“ 2) „People speak of the obligations that they owe to their country. In your opinion, what are the obligations that every man owes his country?“ Nie/Powell/Prewitt, S. 377.

⁸⁸ Index „Political Efficacy“, gebildet auf Basis inhaltlicher Überlegungen: 1) „How do you feel about this? Thinking of the important national and international issues facing the country, how well do you understand them?“, 2) „How about local issues in this town or part of the country? How well do you understand them?“, 3) „Suppose a regulation were being considered by (specify most local governmental unit: town+village+etc.) that you considered very unjust or harmful. What do you think you could do?“, 4) „If you made an effort to change this regulation, how likely is it that you would succeed?“, 5) „Suppose a law were being considered by (specify appropriate national legislature for each nation) that you considered to be very unjust or harmful. What do you think you could do?“, 6) „If you made an effort to change this law, how likely is it that you would succeed?“. Nie/Powell/Prewitt, S. 377.

⁸⁹ Index „Political Attentiveness“: 1) „Do you follow the accounts of political and governmental affairs? Would you say you follow them regularly, from time to time, or never?“, 2) „What about newspapers - do you follow accounts of political and governmental affairs in the newspapers nearly every day, about once a week, from time to time, or never?“, 3) „What about on the radio or television? Do you listen to accounts of public affairs nearly every day, about once a week, from time to time, or never?“, 4) „What about magazines? Do you read about public affairs in magazines about once a week, from time to time, or never?“. Nie/Powell/Prewitt, S. 377f..

ökonomischem Status und politischer Partizipation durch die sogenannten „civic duties“ erklärt werden.⁹⁰

- b) Weitere wichtige Einflussfaktoren politischer Partizipation sind die individuelle soziale Kompetenz und das hiermit in engem Zusammenhang stehende staatsbürgerliche Selbstbewusstsein. Ein hoher sozio-ökonomischer Status und ein hoher Grad an sozialer Einbindung staten den einzelnen Bürger mit einem allgemeinen Gefühl der Kompetenz und Wichtigkeit aus, was sich auf die politische Ebene überträgt. „The socially advantaged citizen assumes that political events can be manipulated and controlled and this sense of political efficacy increases the likelihood he will participate in politics.“⁹¹ Von den untersuchten Nationen zeigt sich besonders in Italien und Deutschland ein starker Zusammenhang zwischen staatsbürgerlichem Selbstbewusstsein⁹² und politischer Partizipation.
- c) Der dritte zu nennende Faktor unter den vermittelnden Variablen ist das Interesse, das der Bürger politischen Ereignissen und Politik im Allgemeinen entgegenbringt. Höherer sozio-ökonomischer Status führt generell zu einem höheren Interesse, auch das politische Interesse ist verstärkt. Politisches Interesse ist eine Ressource und ein Stimulus politischer Partizipation – political attentiveness erklärt ein Viertel des Zusammenhangs zwischen Status und Partizipation⁹³ – und übt einen wesentlichen Einfluss auf die Bereitschaft zur Beteiligung aus.

„The most consistently important single paths through the attitude variables are from status and involvement to citizen duty and, particularly information, which then act on efficacy and attentiveness, which in turn affect probability of participation.“⁹⁴

Politische Einstellungen und sozio-ökonomischer Status erklären zwar einen großen Teil der Varianz politischer Partizipation (sozialer Status allein 9%, politische Einstellungen 16%, d.h. ein Viertel der erklärten Varianz, was nicht besonders viel ist, ist auf Status und Einstellungen zurückzuführen), jedoch scheint es neben den Einstellungen und dem sozio-ökonomischen Status wei-

⁹⁰ Nie/Powell/Prewitt, S. 815.

⁹¹ Nie/Powell/Prewitt, S. 817.

⁹² Nie/Powell/Prewitt definieren Efficacy als „sense of personal ability to cope with the political world“. In der deutschen Forschung wird Efficacy als staatsbürgerliches Selbstbewusstsein übersetzt.

⁹³ Nie/Powell/Prewitt, S. 817.

⁹⁴ Ebda.

tere relevante Erklärungsfaktoren zu geben.⁹⁵ So deuten die im internationalen Vergleich auftretenden Unterschiede zwischen den europäischen Ländern und den USA auf einen starken Einfluss des Grades der Organisiertheit einer Gesellschaft hin.⁹⁶

2.2.3. Einbindung in Organisationen

Die Überprüfung des Einflusses sozialer Einbindung auf politische Partizipation anhand der Daten aus der Civic-Culture-Studie von Almond/ Verba ergab, dass „organizational involvement“⁹⁷ (mit einem Viertel erklärter Varianz, $r=.480$) der stärkste Prädiktor politischer Partizipation ist. „The citizen who is an active member of social groups is more likely to be a political participant than the citizen with few or no organizational involvement.“⁹⁸ Die Partizipationsraten in den untersuchten Nationen variieren zwar zum einen je nach dem Anteil der Bürger in Mittel- und Oberschicht aber auch deutlich je nach Dichte und Komplexität des organisierten sozialen Lebens.

Man darf annehmen, dass soziale Einbindung Effekte überlagert, die durch politische Einstellungen oder sozio-ökonomischen Status die Bereitschaft und tatsächliche Beteiligung beeinflussen.

„In addition, organizational involvement may represent an alternative channel for political participation for socially disadvantaged groups. The rural peasant, the industrial laborer, the disadvantaged black may become politically active through his organizational involvement even though he may otherwise lack the status resources for political participation. In these ways the class structure and the organizational structure of societies determine both the overall rate of participation and the relative amount of participation coming from various groups.“⁹⁹

Die gesamtgesellschaftliche Schichtstruktur und der Organisationsgrad einer Gesellschaft beeinflusst also nicht nur die Partizipationsrate – die Quantität der

⁹⁵ Nie/Powell/Prewitt, S. 818. Historische und kulturelle Faktoren spielen ebenfalls eine Rolle, die Nie/ Powell/ Prewitt nicht näher untersuchen.

⁹⁶ Nie/Powell/Prewitt sprechen von „organizational involvement“ womit sie die Einbindung in Organisationen wie Gewerkschaften, Vereine, Verbände meinen. Insgesamt geht es ihnen um die soziale Einbindung der Bürger in Organisationen. Mit sozialer Einbindung ist im folgenden Text nicht der allgemeine Kontakt zu Mitbürgern, wie er beispielsweise über Nachbarschaftskontakte gemessen wird, gemeint.

⁹⁷ Index gebildet aus den Items: 1) Gewerkschaftsmitgliedschaft, differenziert nach wirtschaftlich aktiven und nicht-aktiven; 2) Mitgliedschaft in Organisationen nach Anzahl der Mitgliedschaften; 3) Führungsrolle in Organisationen; 4) Aktivitäten außerhalb von Familie und Beruf.

⁹⁸ Nie/Powell/Prewitt, S. 365.

⁹⁹ Nie/Powell/Prewitt, S. 819.

Partizipation in einer Gesellschaft – sondern auch die Partizipation der verschiedenen sozialen Gruppen, die Qualität der Partizipation. Es stellt sich die Frage, welche Partizipationsraten vermutet werden können, wenn man verschieden kombinierte Gruppen sozio-ökonomischen Status und sozialer Einbindung bildet. Auf der Basis der Korrelationskoeffizienten zwischen politischer Partizipation und sozio-ökonomischem Status (Pearson's $r = .30$) sowie zwischen politischer Partizipation und sozialer Einbindung (Pearson's $r = .50$) berechneten Nie/Powell/Prewitt folgende Partizipationsraten:

Politische Partizipation nach Status und Einbindung in Organisationen		
Organisatorische Einbindung	Sozialer Status	Anteil politisch Partizipierender
hoch	hoch	62
hoch	niedrig	65
mittel	hoch	30
mittel	niedrig	30
niedrig	hoch	21
niedrig	niedrig	14

Quelle: Nie/Powell/Prewitt, S. 371

Unter den statusniedrigen Organisations-Mitgliedern partizipieren 65% politisch, unter den statushöheren Nicht-Organisations-Mitgliedern lediglich 21%. Der Anteil der Partizipierenden ist unter statushohen Organisations-Mitgliedern mit 62% niedriger als in der entsprechenden Gruppe der statusniedrigen. Bei mittlerem Organisationsgrad ist kein Unterschied in der politischen Partizipation der verschiedenen Statusgruppen festzustellen. Während also unter den statushöheren Personen auch diejenigen, die kein Mitglied einer Organisation sind noch zu 21% politisch partizipieren, sind es unter den statusniedrigen Nichtmitgliedern lediglich 14%. Der Effekt der Organisationsmitgliedschaft auf den Grad politischer Partizipation ist umso höher, je niedriger der sozio-ökonomische Status ist. Hieran zeigt sich deutlich wie die Einbindung in Organisationen politische Partizipation beeinflusst. Gesellschaftliche Veränderungen der Schicht- und Organisationsstruktur haben somit direkte Auswirkungen auf politische Partizipationsraten. Werden Möglichkeiten

der Beteiligung in Organisationen durch eine Reduzierung oder auch verringerte Bedeutsamkeit ebendieser eingeschränkt, so hat dies vor allem Auswirkungen auf die politische Partizipation status-niedriger Bevölkerungsgruppen. Gerade sie profitieren am meisten von den Organisationen, mittels derer sie die ihnen fehlenden Ressourcen wettmachen könnten.

2.3. Zusammenfassung

Der Zusammenhang zwischen politischer Partizipation und sozio-ökonomischem Status wird international seit Jahrzehnten wiederholt in empirischen Studien belegt. Je niedriger der kollektive und individuelle sozio-ökonomische Status, desto geringer fallen politische Partizipationsraten aus. Der individuelle Status hat nur zum Teil eine direkte Wirkung auf die Höhe der politischen Partizipation, ein niedriger Status wirkt sich auch auf politische Einstellungen wie das staatsbürgerliche Pflichtbewusstsein („civic duty“), das staatsbürgerliche Selbstbewusstsein („Efficacy“) und die politische Aufmerksamkeit, das politische Interesse („Attentiveness“) aus. Diese Faktoren wiederum haben Einfluss darauf, ob und in welchem Ausmaß der Einzelne sich am politischen Willensbildungsprozess beteiligt. Je geringer diese Einstellungen ausgeprägt sind – also je weniger staatsbürgerliches Pflicht- und Selbstbewusstsein und politisches Interesse – desto seltener politische Partizipation. Der sozio-ökonomische Status wirkt also nicht nur direkt auf die Beteiligung am politischen Leben in einer Demokratie, sondern auch vermittelt über die genannten politischen Einstellungen.

Positiv wirkt der Grad der Organisation einer Gesellschaft wie auch des Einzelnen: Bei besonders hohem und besonders niedrigem Organisationsgrad ist ein deutlicher Effekt auf politische Partizipationsraten festzustellen. Die Einbindung in Organisationen – die Integration in das Leben im Gemeinwesen – kann vor allem bei Bürgern mit einem niedrigen sozio-ökonomischen Status den Grad an Partizipation signifikant erhöhen. Der Organisationsgrad ist somit die Variable, die den senkenden Effekt eines niedrigen Status auf Partizipationsraten ausgleichen kann.

Die Ergebnisse von Nie/Powell/Prewitt werden von neueren Studien bestätigt. Heute firmiert die Einbindung in Organisationen („organizational invol-

vement“) unter dem Begriff „Soziales Kapital“¹⁰⁰. Soziales Kapital, soziale Netzwerke, soziale Beteiligung ist als eine Art „Schule der Demokratie“ zu verstehen, in der bzw. im Rahmen derer „civic skills“ erworben und trainiert werden. Dieses Verhalten kann vom Einzelnen auf den Bereich des politischen Handelns übertragen werden, was erklärt warum soziales Kapital als wichtige Ressource bei der Entscheidung ob und in welchem Ausmaß sich jemand politisch engagiert, gilt.¹⁰¹

Worauf ist nun die zurückgehende Wahlbeteiligung in Deutschland zurückzuführen? Sind die Effekte heute noch die Gleichen wie zurzeit als Verba/Nie und Nie/Powell/Prewitt ihre Studien durchführten? Wie wirken sich gesellschaftliche Veränderungen wie zunehmende Individualisierung und ein geringerer Organisationsgrad auf die geschilderten Zusammenhänge zwischen Status, Einstellungen und Partizipation aus? Ist es tatsächlich so, dass zwar die Idee der Demokratie nicht aber die praktische Umsetzung dieser Idee die Zustimmung der Bürger findet?¹⁰²

Die Frage nach der politischen Unterstützung der Bürger für das System, für die Demokratie, ist entscheidend für die Bewertung möglicher Folgen der ungleichen Partizipation der verschiedenen Statusgruppen. Die Stabilität eines demokratischen Systems ist erst dann gefährdet, wenn einzelne Gruppen der Bevölkerung nicht partizipieren und dem System die Unterstützung verweigern.

¹⁰⁰ Vgl. Bourdieu, P.: Ökonomisches, kulturelles und soziales Kapital. In: Bourdieu, P.: Die verborgenen Mechanismen der Macht. Hamburg 1992.

¹⁰¹ Vgl. Putnam, R. D.: Making Democracy Work. Civic Traditions in Modern Italy. Princeton, 1993; Putnam, R. D.: Bowling Alone. America's Declining Social Capital, in: Journal of democracy, 6/ 1995, S. 65-78; Kunz, V./Gabriel, O. W.: Soziale Integration und politische Partizipation. Das Konzept des Sozialkapitals – Ein brauchbarer Ansatz zur Erklärung politischer Partizipation? In: Druwe, U./Kühnel, S. M./Kunz, V. (Hg.): Kontext, Akteur und strategische Interaktion. Untersuchungen zur Organisation politischen Handelns in modernen Gesellschaften. Opladen, 2000, S. 47-74; Verba, S./Schlozman, K. L./Brady, H. E.: Voice and Equality: Civic Voluntarism in American Politics. Cambridge, 1995; Van Deth, J. W.: Introduction: Social Involvement and democratic Politics. In: Van Deth, J. W. (Hg.): Privat groups and Public Life. Social Participation, Voluntary Associations, and Political Involvement in Representative Democracies. London 1997, S. 1-24.

¹⁰² Zu dieser These s.: Böhnke, P.: Ungleiche Verteilung politischer und zivilgesellschaftlicher Partizipation, in: ApuZ 1-2/2011, S. 18-25.

3. Nichtwähler

3.1. Der Beitrag der Wahlforschung zur Erklärung von Nichtwahl

Bei der Untersuchung von Nichtwahl als Variation des Wahlverhaltens muss die Forschung auf Theorien zum Wählerverhalten zurückgreifen. Diese erklären Wahlverhalten aufgrund von diversen soziologischen und sozialpsychologischen Faktoren, die wiederum je nach Forschungstradition unterschiedlich berücksichtigt und gewichtet werden. Im Mittelpunkt der Wählerverhaltenstheorien steht die Frage nach der Entscheidung eines Wählers bzw. einer Wählergruppe für eine bestimmte Partei bzw. einen Kandidaten. Die Frage Wahlbeteiligung oder Wahlenthaltung findet meist keine zentrale Berücksichtigung. Bis Anfang der 90er Jahre sind die veröffentlichten Forschungsergebnisse zu Nichtwählern – bis auf wenige Ausnahmen wie Radtke¹⁰³ – mehr „zufälliges Abfallprodukt politikwissenschaftlicher Untersuchungen“¹⁰⁴ als intendierte Nichtwählerforschung.

Welche Faktoren beeinflussen die Wahlbeteiligung, welche die Wahlenthaltung? Theoretische Ansätze zur Erklärung von Wahlverhalten wie auch deren empirische Überprüfung entstammen verschiedenen Fachrichtungen: Der Soziologie, der Psychologie, der Politikwissenschaft und der Ökonomie. Die Ansätze wurden zum Teil vor Jahrzehnten entwickelt und seither ergänzt, verändert oder auch – aufgrund gesellschaftlicher Entwicklungen – überholt. Für einen Überblick zum Mehrwert der Wählerverhaltensforschung bei der Erklärung des Phänomens Nichtwahl gilt es, die zentralen Theorien auch in ihrer Entwicklung mit besonderem Fokus auf die Wahlenthaltung darzustellen.

Soziologische und sozialpsychologische Ansätze, sowie der aus der Rational-Choice-Theorie hervorgegangene Erklärungsansatz bieten zahlreiche Einflussfaktoren an, die im Folgenden dargestellt werden. Eine Erweiterung erfahren die Wählerverhaltenstheorien durch die Ergebnisse der politischen Partizipationsforschung. Absinkende Wahlbeteiligungsquoten sind ein Phänomen, das

¹⁰³ Radtke, G. D.: Stimmenthaltung bei politischen Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland, Meisenheim am Glan 1972.

¹⁰⁴ Kleinhenz, T.: Die Nichtwähler. Ursachen der sinkenden Wahlbeteiligung in Deutschland. Opladen 1995, S. 23.

zumindest in der Bundesrepublik, seit den 70er Jahren auftritt.¹⁰⁵ Besonderes Augenmerk ist darauf zu richten, dass obwohl heute mehr, teilweise sehr spezialisierte, politische Parteien und somit de facto quantitativ mehr Wahlmöglichkeiten zur Verfügung stehen, die Beteiligung abnimmt. „Umweltfaktoren“ wie der gesellschaftliche Wandel finden bei der Erklärung der zunehmenden Wahlenthaltung in den vergangenen Jahren stärkere Berücksichtigung, wobei die Diskussion um Wertewandel und Realignment bzw. Dealignment bestimmend ist. Wenn das Bewusstsein, Partizipation sei eine Bürgerpflicht abnimmt und die organisatorische Einbindung der Bürger weniger wird, kann Nichtpartizipation eine nachvollziehbare Reaktion sein. Unter dem Schlagwort „Politikverdrossenheit“ muss politische Entfremdung gerade in den Medien häufig zur Begründung der sinkenden Wahlbeteiligung herhalten. Die Zusammenhänge zwischen sozialer und politischer Ebene sind eng: Soziale Apathie und politische Entfremdung korrelieren häufig, wobei eine eventuelle Kausalität ungeklärt bleibt. Die verschiedenen Theorien weisen darauf hin, dass die Gründe nicht zu wählen unterschiedlich sind und es den einen typischen Nichtwähler nicht gibt. Zur Typologisierung von Nichtwählern eignet sich das der Soziologie entlehnte Konzept der Lebenswelten besonders gut. Die zunehmende Pluralisierung und Individualisierung der Gesellschaft führt dazu, dass sich die historischen an der sozialen Lage orientierten Milieus auflösen und durch Lebensstile und Lebenswelten ersetzt werden. Der Begriff „Milieu“ wird in der Forschung dabei weiterhin benutzt, auch wenn inhaltlich und konzeptionell nicht mehr die klassischen Milieus gemeint sind.¹⁰⁶ Auf die Fragestellung meiner Arbeit fokussiert, gilt es zu erläutern, welche Milieus aus welchen Gründen zur Wahlenthaltung neigen und ob es Anzeichen dafür gibt, dass die nicht wählenden Milieus dem politischen System die Unterstützung verweigern.

3.1.1. Theoretische Modelle zur Erklärung von Nichtwahl

Theoretische Modelle speziell zum Nichtwählerverhalten fehlen bis heute, daher wird im Folgenden auf drei Theorieansätze des Wählerverhaltens eingegangen: den soziologischen Gruppenansatz, den sozialpsychologischen Ansatz

¹⁰⁵ Bei den Bundestagswahlen lag die Wahlbeteiligung in den einzelnen Jahren: 1972 bei 91,1%; 1976 bei 90,7%; 1980 bei 88,6%; 1983 bei 89,1%; 1987 bei 84,3%; 1990 bei 77,8%; 1994 bei 79,0%; 1998 bei 82,2%; 2002 bei 79,1%; 2005 bei 77,7%; 2009 bei 70,8%. Quelle: Statistisches Bundesamt. Bei Bundestagswahlen ist die Wahlbeteiligung am höchsten, die Beteiligungsquoten sind bei Landtags-, Kommunal- und insbesondere Europawahlen je nach Region deutlich niedriger.

¹⁰⁶ Vgl. Kapitel 3.1.2.4. dieser Arbeit.

und den rational-choice-Ansatz. Im Mittelpunkt steht dabei jeweils der für die Nichtwählerforschung erzielte Erkenntnisgewinn.

3.1.1.1. Das Sein bestimmt das Verhalten: mikro- und makrosoziologische Ansätze

„A person thinks, politically, as he is, socially. Social characteristics determine political preference.“¹⁰⁷

Anlässlich der Präsidentschaftswahl 1940 in den USA führten die Forscher Lazarsfeld, Berelson und Gaudet eine der ersten Wahlstudien durch, mit der sich die Annahme bestätigte, dass Wahlverhalten entscheidend von der Zugehörigkeit zu sozialen Gruppen beeinflusst wird. Parteibindungen entstehen demnach als Folge der politischen Sozialisation im Elternhaus, sowie der Kommunikation mit Meinungsführern im näheren Umfeld, also in der Familie, unter Freunden und an der Arbeit. Soziale Kontrolle verstärkt diese Bindungen und wirkt einem Wechsel der politischen Präferenzen entgegen.

In der Weiterentwicklung stellen Lipset/Rokkan mit der Cleavage-Theorie die sozialstrukturell verankerten Parteipräferenzen in einen sozial- und politikgeschichtlichen Zusammenhang und wechseln somit von der Mikro- zur Makroebene, von der Gegenwart zur Berücksichtigung von längerfristigen Entwicklungen und daraus sich ergebenden Abhängigkeiten.¹⁰⁸ Politische Parteien sind demnach „in Form gegossene Konflikte einer Gesellschaft und spiegeln deren Hauptspannungslinien wieder“¹⁰⁹. Lipset/Rokkan identifizieren vier Cleavages:

- Kapital vs. Arbeit,
- Stadt vs. Land,
- Staat vs. Kirche,
- Zentrum vs. Peripherie.

Über die Bildung dauerhafter Koalitionen zwischen Parteien und sozialen Gruppen mit gemeinsamen Interessen übertragen sich diese Konfliktlinien auf

¹⁰⁷ Lazarsfeld, P./Berelson, B./Gaudet, H.: *The People's Choice*. 3. Auflage, New York 1968, S. 27.

¹⁰⁸ Lipset, S. M./Rokkan, S.: *Cleavage structures, party systems and voter alignments: an introduction*. In: Lipset, S. M./Rokkan, S.: *Party Systems and Voter Alignments*. New York 1967.

¹⁰⁹ Eilfort, M.: *Die Nichtwähler. Wahlenthaltung als Form des Wahlverhaltens*. Paderborn 1994, S. 72.

das Parteiensystem. In der Bundesrepublik hat sich ein Parteiensystem entlang zweier Konfliktlinien entwickelt: Der sozialen, am deutlichsten vertreten durch die SPD und der konfessionellen, meist vertreten durch CDU/CSU.

Bezogen auf das Nichtwählen ist weder das Modell von Lazarsfeld et al. noch das Cleavage-Modell von Lipset/Rokkan besonders erklärungskräftig. So wie einzelne Parteien von Zugehörigen bestimmter Gruppen bevorzugt gewählt werden, müssten sich auch hinsichtlich der Nichtwähler bestimmte soziodemographische Merkmale herausarbeiten lassen. Lazarsfeld et al. kamen jedoch bei der Wahlenthaltung zu enttäuschenden Ergebnissen: „Sex is the only personal characteristic which affects non-voting.“¹¹⁰ Wird der starke Einfluss des Faktors politisches Interesse kontrolliert, so wirkt selbst der Bildungsgrad nicht entscheidend auf Wahlenthaltung: „Once the [political] interest level is held constant, education does not affect the proportion of non-voting.“¹¹¹

Zurückgehend auf Simmels Theorie der „sozialen Kreise“ üben „Cross Pressure Groups“ nach Lazarsfeld et al. einen, gerade hinsichtlich der Wahlenthaltung interessanten, Einfluss aus. Simmel zufolge

„neigen Individuen, die sich in einem ‚System konzentrischer Kreise‘ (sozialen Gruppen mit Merkmalen, die zu ähnlichen politischen Orientierungen führen) befinden, zu einer langfristig stabilen Parteiorientierung, während Individuen, die einem ‚System sich kreuzender sozialer Kreise‘ (Gruppen mit Merkmalen, die für unterschiedliche politische Orientierungen typisch sind) ausgesetzt sind, eher zur Änderung ihrer Parteiorientierung tendieren.“¹¹²

Nichtwahl wird so als eine mögliche Folge des „cross-pressure“ im Sinne einer Flucht aufgrund mangelnder Bindung und daraus entstehender Unsicherheiten, einem Ausweg aus diesem Konflikt erklärt. Dies konnte für die Bundesrepublik nicht empirisch bestätigt werden: Sowohl die Analyse der Bundestagswahl 1987 durch das Allensbacher Institut als auch Falter/Schumann kommen zu dem Schluss, dass sich soziologische Cross-Pressure positiv auf die Wahlbeteiligung auswirken. Personen, bei denen sich konträre Bindungen überlagern, nehmen überdurchschnittlich an Wahlen teil, unabhängig davon wie stark sie politisch interessiert sind.¹¹³

¹¹⁰ Lazarsfeld, P./Berelson, B./Gaudet, H.: *The People's Choice*. 3. Auflage, New York 1968, S. 48.

¹¹¹ Lazarsfeld/Berelson/Gaudet 1968, S. 47.

¹¹² Westle, B.: Grundlagen und Methoden der Wahlforschung. In: *Gegenwartskunde*; 1983 (Jg. 32) Heft 4, S. 455.

¹¹³ Noelle-Neumann, E./Reitzle, M.: Was man aus der Bundestagswahl 1987 lernen kann - Wahlforschung und Anwendung. In: Veen, H.-J./Noelle-Neumann, E. (Hg.): *Wählerverhalten im Wandel. Bestimmungsgründe und politisch-kulturelle Trends am Beispiel der*

Trotz der nur schwachen Zusammenhänge bei Lazarsfeld et al. gelangten die soziologischen Ansätze in der Wahlforschung zu großer Bedeutung, weshalb in den vergangenen 50 Jahren vorwiegend Untersuchungen zur Sozialstruktur von Wählern durchgeführt wurden. Die sozialstrukturellen Befunde mündeten in theoretische Diskussionen, aus denen die sogenannte „Randständigkeitshypothese“ entstand. Diese besagt im Wesentlichen, dass Bürger, die keiner sozialen Gruppe angehören und sozial ausgegrenzt sind eher zur Nichtwahl neigen.

Den bisherigen Erkenntnisstand der Forschung¹¹⁴ zusammenfassend, unterscheiden sich Wähler und Nichtwähler vor allem durch fünf soziale Faktoren: den sozio-ökonomischen Status, das Alter, das Geschlecht, die Konfession und die soziale Integration. Die wichtigsten Ergebnisse werden im Folgenden kurz dargestellt, wobei auf den sozialen Integrationsgrad im Rahmen der „Randständigkeitshypothese“ näher eingegangen wird.

Mit dem sozio-ökonomischen Status steigt die Wahlbeteiligung, das heißt insbesondere mit zunehmendem Bildungsniveau, Berufsstatus und Einkommen, wobei die Interdependenz zwischen den einzelnen Faktoren zu berücksichtigen ist. Hauptschulabsolventen wie auch Arbeiter sind unter den Nichtwählern überrepräsentiert, wobei soziale und organisatorische Einbindung verstärkend auf die Beteiligung an Wahlen wirken kann.¹¹⁵ Während Falter/Schumann hier den stärksten Indikator sehen, besteht nach Radtke vor allem zwischen der Einkommenshöhe und der Tendenz zur Wahlenthaltung ein starker Zusammenhang: Geringer Verdienende gehen seltener zur Wahl als Zugehörige einkommensstarker Bevölkerungsgruppen.¹¹⁶

Bundestagswahl 1987. Paderborn 1991, S. 279. Falter, J. W./Schumann, S.: Der Nichtwähler - das unbekannte Wesen. In: Klingemann, H.-D./Kaase, M. (Hg.): Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1990. Opladen 1994, S. 191. Falter, J.W./Schoen, H. (Hg.): Handbuch Wahlforschung. Wiesbaden 2005, S. 353 ff.

¹¹⁴ Faul, E.: Sozialstruktur und Wahlbeteiligung. In: Säger, F./Liepelt, K. (Hg.): Wahlhandbuch 1965. Teil 3: Wahlergebnisse, Kapitel 3.23, S. 8-18; Wernicke, I. H.: Die Bedingungen politischer Partizipation. Meisenheim am Glan 1976; Schoof, P.: Wahlbeteiligung und Sozialstruktur in der Bundesrepublik. Frankfurt/Main 1980; Lipset, S. M.: Political Man. New York 1960; Verba, S./Nie, N./Kim, J.: Participation and Political Equality. A Seven-Nation-Comparison. Cambridge 1978; u.A.

¹¹⁵ Falter, J. W./Schumann, S.: Der Nichtwähler - das unbekannte Wesen. In: Klingemann, H.-D./Kaase, M. (Hg.): Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1990. Opladen 1994. Eilfort, M.: Die Nichtwähler. Wahlenthaltung als Form des Wahlverhaltens. Paderborn 1994.

¹¹⁶ Radtke, G.: Stimmenthaltung bei politischen Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland. Eine empirische Untersuchung von Wahlberechtigten ohne Wahlintention sowie von den Nichtwählern der Bundestagswahl 1965. Meisenheim am Glan 1972.

Beim Zusammenhang des Alters mit der Bereitschaft zu wählen spiegelt sich der politische Lebenszyklus mit seinen verschiedenen Integrationsphasen des gesellschaftlichen Lebens wieder:

„Nach einer Orientierungsphase in der Jugend, in der die Beteiligungsbereitschaft noch nicht stabil ist, erhöht sowohl die Einbindung in die Arbeitswelt und in ein Familienleben, als auch steigendes Einkommen, Erfahrung und politisches Interesse die Bereitschaft zur Stimmabgabe. Im Rentenalter nehmen soziale Integration und Einkommen wieder ab. Zudem führen Krankheiten und Gebrechen dazu, daß für alte Menschen der Aufwand der Stimmabgabe größer wird.“¹¹⁷

Obwohl Frauen nach wie vor etwas seltener zur Wahl gehen, hat der Faktor Geschlecht im Zeitverlauf deutlich an Erklärungskraft verloren. Aktuell sind die verbleibenden Unterschiede zwischen den Geschlechtern in der Wahlbeteiligung vor allem auf das unterschiedliche Bildungsniveau und politische Interesse gerade bei der älteren weiblichen Bevölkerung zurückzuführen.

Ebenso wie das Geschlecht hat auch der Faktor Konfession seit den 60er Jahren an Erklärungskraft eingebüßt. In der aktuellen Forschung ist nicht mehr die Konfessionszugehörigkeit, sondern die Kirchenbindung, gemessen über die Kirchengangshäufigkeit, von Bedeutung. Vor allem Nicht-Kirchgänger enthalten sich häufiger der Stimme.¹¹⁸

Für die USA wurde von Key schon früh die These aufgestellt, Nichtwähler seien ein sozial isoliertes Segment der Gesamtbevölkerung.¹¹⁹ Als sozialer Integrationsgrad gemessen und als Randständigkeitshypothese in die Forschung eingegangen, geht dieser Ansatz im Wesentlichen auf zwei Argumentationslinien zurück: Da sich Randgruppen zum einen nur schwer in die gesellschaftlichen Cleavages einordnen lassen, fühlen sie sich im Parteiensystem nicht repräsentiert und gehen dementsprechend seltener zur Wahl. Zum anderen verhindert die geringere Integration in die Gesellschaft bei Randgruppen eine starke soziale Kontrolle, wie sie beispielweise durch Familie, Freunde und Kollegen ausgeübt wird. Die soziale Isolation führt zu einem geringeren politischen Interesse und einer größeren Distanz zur politischen Ordnung, was zu dauerhafter Wahlenthaltung führen kann. Nichtwähler rekrutieren sich laut Radtke nicht nur verstärkt aus unteren Bevölkerungsschichten, sondern sind

¹¹⁷ Kleinhenz, T.: Die Nichtwähler. Ursachen der sinkenden Wahlbeteiligung in Deutschland. Opladen 1995, S. 27.

¹¹⁸ Neuere Studien weisen auf die insgesamt zurückgehende Bindung an Kirche hin und belegen lediglich für CDU/CSU-Wähler ab 30 Jahren einen Einfluss der Kirchengangshäufigkeit auf die Wahlentscheidung. S. Pokorny, S.: Junge Wähler: Hoffnungslos verloren? Das Wahlverhalten der Generationen. Forum Empirische Sozialforschung der Konrad Adenauer Stiftung, Berlin 2012.

¹¹⁹ Key, V. O. jr.: Politics, Parties and Pressure Groups. 3. Auflage, New York 1952. S. 580.

zudem weniger in intermediäre Gruppen wie Gewerkschaften, Kirche etc. eingebunden.¹²⁰ Die Operationalisierung von sozialer Integration erfolgt auch in neueren Studien über die Standardindikatoren sozio-ökonomischer Status, Familienstand, Haushaltsgröße und Mitgliedschaft in sozialen Organisationen.¹²¹ Aufgrund der gesellschaftlichen Veränderungen – so gibt es immer mehr Single-Haushalte, auch wenn Singles nicht zwangsläufig sozial isoliert sind – ist zumindest fraglich, ob die bisher verwendeten Indikatoren ausreichend sind. Da Randständigkeit über Entfremdung und soziale Anomie zu einem Verzicht auf die Teilnahme an allen Formen des gesellschaftlichen Lebens und nicht nur der Wahlbeteiligung führt, sollten bevorzugt Entfremdung und Anomie als Indikatoren zur Messung von sozialer Integration hinzugezogen werden.¹²²

3.1.1.2. Die Individualität der Wahlentscheidung: Der sozialpsychologische Ansatz der Michigan-School

Während die soziologischen Ansätze die stabilen Elemente des Wahlverhaltens auf Kosten der dynamischen Entwicklungen betonen, rückten die Forscher der Michigan-School Campbell, Converse, Miller und Stokes 1960 mit dem „Ann-Arbor-Modell“ die dynamischen Aspekte des Wahlverhaltens in den Mittelpunkt.¹²³ Zentral für die Untersuchung der Wechsel von Parteipräferenzen, der Abweichungen von traditionellem Wahlverhalten und den Gründen hierfür ist demnach das Individuum: „Voting is in the end an act of individuals, and the motives for this act must be sought in psychological forces on human beings.“¹²⁴ Zudem wird durch die Unterscheidung nach kurzfristigen und längerfristigen Faktoren des Wahlverhaltens der gesellschaftliche Rahmen in das Modell mit einbezogen. Anhand

¹²⁰ Radtke, G.: Stimmenthaltung bei politischen Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland. Eine empirische Untersuchung von Wahlberechtigten ohne Wahlintention sowie von den Nichtwählern der Bundestagswahl 1965. Meisenheim am Glan 1972, S. 69 f..

¹²¹ Falter, J. W./Schumann, S.: Der Nichtwähler - das unbekanntes Wesen. In: Klingemann, H.-D./Kaase, M. (Hg.): Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1990. Opladen 1994. Eilfort, M.: Die Nichtwähler. Wahlenthaltung als Form des Wahlverhaltens. Paderborn 1994.

¹²² Vgl. Kleinhenz 1995, S. 29 f..

¹²³ Campbell, A./Converse, P. E./Miller, W. E./Stokes, D. E.: The American Voter. New York 1960.

¹²⁴ Campbell, A./Converse, P. E./Miller, W. E./Stokes, D. E.: The American Voter. New York 1960, S. 64.

„der Metapher des *funnel of causality* [...] kann man sich das Votum für eine Partei oder einen Kandidaten an der Mündung eines Trichters vorstellen, der die für die Wahlentscheidung relevanten Faktoren enthält. Eine direkte Wirkung auf das Wahlverhalten geht von den ihm direkt vorgelagerten politischen Einstellungen aus. Entfernt man sich von der Mündung des Trichters stößt man auf in der Vergangenheit liegende Faktoren, die für die Wahlentscheidung relevant sind; unter ihnen spielen diejenigen eine besonders wichtige Rolle, die vom Wahlberechtigten als politisch wahrgenommen werden. [...] Der *funnel of causality* betont somit den Charakter der politischen Einstellungen als intervenierende Variablen.“¹²⁵

Campbell et al. kommen – als Beiprodukt – zu dem Ergebnis, dass das Gros der Nichtwähler parteiungebundener als die meisten Wähler ist. Als zentralen Faktor, der über Wahl oder Nichtwahl entscheidet, heben sie, ähnlich Lazarsfeld et al., das politische Interesse hervor. Nichtwähler haben jedoch auch ein geringeres Pflichtbewusstsein ihre Stimme abzugeben und schätzen ihre politische Kompetenz geringer ein als Wähler. Der zentralen Aussage folgend, dass kurzfristige Faktoren langfristige wie beispielsweise Parteibindungen überlagern können, besteht für einen Wahlberechtigten kein Grund zu wählen, wenn kein Kandidat und keine Partei bevorzugt wird und keines der Wahlkampfthemen als wichtig eingestuft wird. Signifikante Unterschiede zwischen Wählern und Nichtwählern sowie zwischen verschiedenen Nichtwählergruppen sind anhand der Indikatoren Grad des politischen Interesses, Stärke der Parteiidentifikation, Einstellung zur Wahlpflicht, Einschätzung der eigenen politischen Kompetenz festzustellen. Die durch Campbell et al. postulierten Zusammenhänge konnten für die Bundesrepublik durch Radtke, Falter/Schumann und Eilfort bestätigt werden. Dies weist auf einen besonderen Erklärungsbeitrag des „Ann-Arbor-Modells“ zur Erforschung von Nichtwählern in Deutschland hin.

3.1.1.3. Nichtwahl als eine Art des rationalen Handelns: Der rational-choice-Ansatz

Aus der ökonomischen Rational-Choice-Theorie abgeleitet, versuchte Downs 1957 mit seiner ökonomischen Politiktheorie politisches Verhalten mittels wirtschaftlicher Marktmodelle und Kosten-Nutzen-Kalkulationen zu erklären.¹²⁶ Vom Individuum als Entscheidungsträger ausgehend, habe der Mensch bestimmte Wünsche und Ziele, deren Verwirklichung jedoch gewissen Restriktionen unterliege. Nach dem Eigennutz-Prinzip sich richtend, handelten Indivi-

¹²⁵ Falter, J.W./Schoen, H. (Hg.): Handbuch Wahlforschung. Wiesbaden 2005, S. 194 f..

¹²⁶ Downs, A.: An Economic Theory of Democracy. New York 1957.

duen stets rational. Versteht man die Stimmabgabe als Handeln rationaler Individuen, dann beteiligt sich der Bürger nur dann an der Wahl, wenn seine Kosten den Nutzen nicht übersteigen. Zu den Kosten zählen (zumindest in Deutschland) die Zeit und Energie, die sowohl für die Stimmabgabe als auch für das vorherige Einholen von Informationen aufzubringen sind. Der Nutzen liegt in der Wirkungsmacht der eigenen Stimme, die präferierte Partei müsste dank der eigenen Stimme siegen. Aufgrund der zahlreichen Wahlberechtigten und Wähler ist der zu erwartende Nutzen naturgemäß gering, so dass die Kosten, so gering sie auch sein mögen, in jedem Fall den Nutzen übersteigen. So liegt denn auch der Hauptkritikpunkt am rational-choice-Ansatz im „Paradoxon des Nicht-Wählens“: „Eine Theorie, die das Wählen als rationale Handlung erklären will, gelangt zu dem Ergebnis, dass das tatsächliche Wahlverhalten nicht erklärbar ist“¹²⁷. Selbst der Versuch einer Modifikation der Theorie durch Hinzunahme der Erfüllung der Bürgerpflicht als Nutzen-Komponente (die Kosten wären dann bei Wahlenthaltung Schuldgefühle und ein schlechtes Gewissen) zieht bezüglich des individuellen Engagements für den Erhalt der Demokratie durch die Wahlbeteiligung das Dilemma nach sich, dass wenn viele Individuen wählen, das Nichtwählen für den Einzelnen rational wird. Liegt es im eigenen Interesse, aus aktueller Sicht nicht zu wählen, während gleichzeitig genügend andere Individuen wählen, so daß die Demokratie erhalten bleibt, dann besteht für keine Notwendigkeit zu wählen. Dächten alle so, würde niemand wählen. Und dennoch wählen nach wie vor einige Leute.

Nicht nur hinsichtlich der Frage nach Wahl und Nichtwahl ist dieser Ansatz problematisch, auch zur Erklärung des Inhaltes der Wahlentscheidung vermag er nur wenig beizutragen; wie wären wenn wir alle rational wählen würden, die Stimmenanteile kleiner Parteien ohne jegliche Chance auf einen Wahlsieg erklärbar?

Will man Kosten-Nutzen-Überlegungen beim Wahlverhalten nicht gänzlich verwerfen, so bleibt die Theorie auf bestimmte Wähler- bzw. Nichtwählergruppen zu beschränken und den Ansatz in die klassischen Wählerverhaltens-theorien zu integrieren. Über die Betonung der kurzfristigen Wahlmotive sind beispielsweise auch im Ann-Arbor-Modell rationale Elemente des Wählens implizit enthalten. Der Idealtyp des rationalen Wählers entspricht wohl am ehesten dem parteiungebundenen Nichtwähler:

¹²⁷ Kirchgässner, G.: Hebt ein knapper Wahlausgang die Wahlbeteiligung? Eine Überprüfung der ökonomischen Theorie der Wahlbeteiligung anhand der Bundestagswahl 1987. In: Klingemann, H.-D./Kaase, M. (Hg.): Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1987. Opladen 1990, S. 447.

„Der rationale Nichtwähler entscheidet von Wahl zu Wahl, ob er teilnimmt und welche Partei er wählt. Er empfindet Wählen nicht als staatsbürgerliche Pflicht und ist weder Stammwähler noch Dauer-Nichtwähler. Seine Stimmabgabe hängt ausschließlich von kurzfristigen Motiven ab.“¹²⁸

Der moderne Nichtwähler ist ein typisches Beispiel für den rationalen Nichtwähler: Der aktive Postmaterialist¹²⁹ hält sich politisch für sehr kompetent, ist der Meinung, Politik beeinflussen zu können, hat ein hohes politisches Interesse und beteiligt sich aktiv am politischen Geschehen. Die hohe Partizipationsbereitschaft schlägt sich vor allem in einem hohen Engagement bei unverfassten Partizipationsformen nieder. Wählen wird zwar nicht prinzipiell abgelehnt, aber als Mittel den politischen Willensbildungsprozess im eigenen Sinne zu beeinflussen, von Fall zu Fall als ineffektiv bewertet. So wird die Ratio zu mehr als nur einer reinen Kosten-Nutzen-Kalkulation auf ihre ursprüngliche Bedeutung bezogen und die Wahlentscheidung nach Ratio zu einer aus nachvollziehbaren Gründen erlangten Entscheidung.

3.1.1.4. Wahlenthaltung – ein ungünstiges Zusammenspiel von Mikro-, Meso- und Makroebene: Die Theorien politischer Partizipation

Die Partizipationsforschung betrachtet sowohl Formen als auch Motive der Beteiligung des Bürgers am politischen Geschehen und bietet somit zusätzlich zu den Wählerverhaltenstheorien einen Beitrag zur Erklärung von Wahlenthaltung. Konsens besteht innerhalb dieses Forschungszweiges darüber, dass unter politischer Partizipation „all voluntary activities by individual citizens intended to influence either directly or indirectly political choice at various levels of the political system“¹³⁰ zu verstehen sind.¹³¹ Zur Erklärung von Wahlenthaltung besonders gut geeignet sind die Ergebnisse der politischen Partizipationsforschung aus zwei Gründen: Zum einen werden Faktoren der Makroebene wie

¹²⁸ Kleinhenz, T.: Die Nichtwähler. Ursachen der sinkenden Wahlbeteiligung in Deutschland. Opladen 1995, S. 35.

¹²⁹ Typologisierung nach Kleinhenz 1995.

¹³⁰ Barnes, S. H./Kasse, M.: Political Action. Mass Participation in Five Western Democracies. Beverly Hills 1979, S. 42.

¹³¹ Nachdem zunächst nach konventionellen und unkonventionellen Formen politischer Partizipation unterschieden wurde, korrigierte Kaase die ursprüngliche Einteilung durch die Unterscheidung zwischen verfaßter und unverfaßter Beteiligung. Die unverfaßte politische Beteiligung wird zusätzlich nach ihrem Legalitätsstatus differenziert. Kaase, M.: Vergleichende Politische Partizipationsforschung. In: Berg-Schlosser, D./Müller-Rommel, F. (Hg.): Vergleichende Politikforschung. Opladen 1987, S. 137 f..

die Einflüsse des Wertewandels und politischen Entfremdung stärker in die Modelle integriert; zum anderen wird ein detaillierteres Bild über die affektiven und kognitiven Beweggründe von politischer Beteiligung bzw. Nicht-Beteiligung geliefert. Mit der „Political Action“-Studie lieferten Barnes/Kasse 1979 den bisher umfassendsten theoretischen Rahmen zur politischen Partizipation.¹³² Faktoren der Mikro-, Meso- und Makroebene wurden in der Analyse unterschieden. Auf der Makroebene werden besonders die Faktoren Wahlgesetzgebung, Wahlpflicht, wachsender ökonomischer Wohlstand, Bildungsexpansion und die Verbreitung und Wirkung von Massenmedien betont. Der Einfluss personeller Netzwerke sowie die Mitgliedschaft in Gruppen und Organisationen werden auf der Mesoebene untersucht. Auf der Mikroebene wird der Einfluss individueller Faktoren wie sozio-demographische Variablen, politisches Interesse, politische Kompetenz, das Verhältnis zu Staat und Gesellschaft und individuelle Wertorientierungen analysiert. Besondere Bedeutung für die Art und Intensität politischer Partizipation wird dabei den Faktoren politische Zufriedenheit sowie Vertrauen in die Regierung und das politische System, zugeschrieben. Nach Armingeon hängt die Wahlbeteiligung hauptsächlich von den materiellen und kognitiven Ressourcen eines Individuums ab, wobei unter den materiellen Ressourcen der sozio-ökonomische Status, unter den kognitiven Ressourcen das politische Interesse und die politische Kompetenz zu verstehen sind.¹³³ Geringe Ressourcen führen in der Tendenz zur Wahlenthaltung. Dies deckt sich mit anderen Theorien und empirischen Ergebnissen, die ebenfalls das politische Interesse sowie die politische Kompetenz in den Vordergrund stellen. Eine Ausnahme hiervon bildet das ambivalente Verhalten politisch Unzufriedener:

„Personen, die der bundesdeutschen Demokratie schlechte Noten geben und sich nur wenig mit der politischen Ordnung identifizieren können, partizipieren entweder in keiner Form oder aber sie neigen zu aktivistischen Formen politischer Aktivitäten. Der Großteil der unzufriedenen Bürger zeigt eine hohe Bereitschaft zu gewaltlosen, unverfaßten Formen politischer Partizipation, die sich von Demonstrationen bis hin zu zivilem Ungehorsam erstrecken.“¹³⁴

Kleinhenz bezieht sich hier auf eine Studie von Uehlinger aus dem Jahre 1988. Heute kann davon ausgegangen werden, dass die Beteiligung an unverfaßten Formen politischer Partizipation besonders bei den politisch Unzufriede-

¹³² Barnes, S. H./Kasse, M.: Political Action. Mass Participation in Five Western Democracies. Beverly Hills 1979.

¹³³ Armingeon, K.: Gründe und Folgen geringer Wahlbeteiligung, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. 46. Jg., Heft 1/1994, S. 46.

¹³⁴ Kleinhenz, T.: Die Nichtwähler. Ursachen der sinkenden Wahlbeteiligung in Deutschland. Opladen 1995, S. 39.

denen, wie auch insgesamt, zurückgegangen ist und diese sich eher apathisch verhalten. Auf diesen Aspekt werde ich im empirischen Teil dieser Arbeit unter der Fragestellung wie politisch unzufrieden die apathischen Nichtwähler sind, näher eingehen.

3.1.2. Gesellschaftlicher Wandel und Wertewandel – Erklärungsfaktoren für Wahlenthaltung

Bezogen sich die bisher dargestellten Erklärungsansätze auf individuelle Zusammenhänge zwischen Personen und deren sozialstrukturelle Merkmale und Einstellungen (Mikroebene), so wird im Folgenden versucht, den Rückgang der Wahlbeteiligung mittels Phänomenen des gesellschaftlichen Wandels genauer zu beleuchten.

3.1.2.1. Nichtwählen – eine zunehmend akzeptierte Handlungsoption

Inglehart postulierte mit seiner Arbeit „Silent Revolution“ den gesellschaftlichen Wandel von materialistischen hin zu postmaterialistischen Wertorientierungen.¹³⁵ Der zunehmende Wohlstand in den westlichen Industriestaaten führt demnach zu einer stärkeren Betonung von immateriellen Zielen wie Lebensqualität und Selbstentfaltung. Die hierarchisch angeordneten Werte werden von Inglehart nach vier Wertorientierungs-Typen unterschieden: Die beiden Pole Materialisten und Postmaterialisten sowie zwei Mischtypen, die jeweils mit Tendenz zu eher dem einen bzw. dem anderen Pol anzuordnen sind. Materialisten vertreten dabei Werte wie Sicherheit, Stabilität und Pflichterfüllung, traditionellen Werten entsprechend; Postmaterialisten halten dagegen Ziele wie Selbstverwirklichung, Engagement und Partizipation für besonders wichtig. Hinsichtlich politischer Partizipation neigen Postmaterialisten stärker zur Beteiligung, wenn auch nicht – wie zuvor ausgeführt – zur höheren Beteiligung an Wahlen.

Die auf politische Wertvorstellungen begrenzte Sichtweise Ingleharts wurde durch Klages, der den aktuellen Wertewandel als „Rückgang von Pflicht- und Akzeptanzwerten bei gleichzeitiger Zunahme von Selbstentfaltungswerten“¹³⁶

¹³⁵ Inglehart, R.: The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles Among Western Publics. New Jersey 1977.

¹³⁶ Klages, H.: Wertorientierungen im Wandel. Rückblick, Gegenwartsanalyse, Prognose. Frankfurt/ Main 1985, S. 22.

beschreibt, erweitert.¹³⁷ Klages Konzept erweist sich als flexibler: Auf der individuellen Ebene sind zahlreiche Mischvarianten möglich, da materielle Werte nicht zwingend durch postmaterielle ersetzt werden, sondern auch nebeneinander bestehen können. Folge des Wertewandels muss nicht zwingend eine Verschiebung/Verlagerung von Werten sein, sondern kann auch Werteverlust bzw. Wertsynthese zur Folge haben. Ähnlich wie Inglehart unternehmen Klages et al.¹³⁸ eine Typologisierung, die in ihrer Erweiterung durch Herbert¹³⁹ fünf Typen umfasst:

- Der Konventionalist ist durch hohe Pflicht-, Akzeptanz- und Sicherheitswerte charakterisiert; er verkörpert das traditionelle Wertesystem.
- Der Realist weist Pflicht- und Akzeptanzwerte wie auch Selbstentfaltungswerte und Engagementwerte auf. Das seiner Ansicht nach zu stark ausgeprägte Wohlstandsdenken vieler Mitbürger kritisiert er und beklagt die häufig nicht ausreichend durchsetzungsfähigen Politiker.
- Der Idealist vertritt hohe Selbstentfaltungswerte und Engagementwerte. Mängel sieht er in den Möglichkeiten der politischen Partizipation, dem politischen Bewusstsein vieler und der Solidarität der Bürger untereinander.
- Der Resignierte ist der Typus, der keine bzw. kaum Werte aufweist, der durch Werteverlust charakterisiert werden kann. Er kümmert sich ausschließlich um sein Privatleben und interessiert sich nicht für gesellschaftliche oder politische Fragen und Probleme.
- Der Hedomat ist gekennzeichnet durch hedonistische und materialistische Werte. Seine Grundhaltung ist vor allem ich-bezogen egoistisch, sehr stark freizeitorientiert und nur in geringem Maße pflichtbewusst.

¹³⁷ Besonders prägnant lässt sich dieser Wandel an den veränderten Zielen der Kindererziehung ablesen: waren 1951 Selbstständigkeit und freier Wille lediglich für 28 % der Befragten ein wichtiges Ziel, so sahen 1989 67 % dies als einen wichtigen Faktor der Kindererziehung an. Im gleichen Zuge gingen sowohl Ordnungsliebe und Fleiß (von 41 % auf 35 %) als auch Gehorsam und Unterordnung (von 25 % auf 8 %) in ihrer Wichtigkeit für die Erziehung von Kindern deutlich zurück. Siehe Kleinhenz, T.: Die Nichtwähler. Ursachen der sinkenden Wahlbeteiligung in Deutschland. Opladen 1995, S. 45.

¹³⁸ Klages, H./Franz, G./Herbert, W. (Hg.): Sozialpsychologie der Wohlfahrtsgesellschaft. Frankfurt/ Main 1987, S. 28 ff.

¹³⁹ Herbert, W.: Wertstrukturen 1979-1987: Ein Vergleich ihrer politischen Implikationen, in: Klages, H./Hippler, H.-J./Herbert, W. (Hg.): Werte und Wandel. Ergebnisse und Methoden einer Forschungstradition. Frankfurt/Main 1992.

Es ist zu erwarten, dass zwischen den verschiedenen Typen Unterschiede hinsichtlich der Internalisierung der Wahlnorm wie auch der Wahlbeteiligung zu beobachten sind.

Wahlverhalten der Wertetypen von Klages et al. im Jahr 1987 (in Prozent)

	Alle	Konventionalisten	Idealisten	Realisten	Hedomaten	Resignierte
Stammwähler	69,7	+ 4	+/- 0	+ 1	- 11	+ 2
Wechselwähler	9,3	- 3	+ 4	- 2	+ 1	+/- 0
Nichtwähler	7,6	- 2	- 3	- 1	+ 7	+ 4
verweigert	13,4	+ 1	- 1	+ 1	+ 4	- 6

Lesehilfe: 7,6% aller Befragten geben an nicht zu wählen. Unter den Hedomaten sind es 7% mehr, das heißt 14,6% der Hedomaten geben an nicht zu wählen. Gleichzeitig liegt der Anteil der Stammwähler unter den Hedomaten 11% unter dem Wert aller Befragten (69,7%), also lediglich 58% der Hedomaten sind Stammwähler.

Quelle: Herbert, W.: Wertstrukturen 1979-1987: Ein Vergleich ihrer politischen Implikationen, in: Klages, H./Hippler, H.-J./Herbert, W. (Hg.): Werte und Wandel. Ergebnisse und Methoden einer Forschungstradition. Frankfurt/Main 1992, S. 92.

Zu erkennen ist, dass besonders die beiden letztgenannten Typen, die Hedomaten und die Resignierten, zur Wahlenthaltung neigen, sie sind in der Gruppe der Nichtwähler gegenüber den anderen Typen überrepräsentiert. Klages rückt zusätzlich die Abnahme des Pflichtbewusstseins als einen Faktor der entscheidend auf die Wahlbeteiligung wirkt, in den Vordergrund. So zeichnen sich Hedomaten und Resignierte durch eine fehlende Pflichtorientierung verbunden mit geringem politischem Interesse aus. Hinzu kommt, dass bei beiden Typen das Bedürfnis nach politischer Mitbestimmung kaum ausgeprägt ist. Wertewandel und nachlassendes Pflichtbewusstsein haben gesamtgesellschaftlich dazu geführt, dass Nichtwählen zunehmend als Handlungsoption wahrgenommen wird, zumal eine Wahlpflicht aufgrund der gestiegenen Relevanz von Selbstbestimmungswerten abgelehnt wird.¹⁴⁰

In der empirischen Überprüfung kommen sowohl Radtke als auch Eilfort einvernehmlich zu dem Schluss, dass Personen, die eine Wahlnorm nicht be-

¹⁴⁰ Feist, U.: Niedrige Wahlbeteiligung - Normalisierung oder Krisensymptom der Demokratie in Deutschland, in: Starzacher, K./Schacht, K./Friedrich, B./Leif, T. (Hg.): Protestwähler und Wahlverweigerer. Köln 1992, S. 40.

fürworten, seltener wählen.¹⁴¹ Der Rückgang der Pflichtwerte wird auch von ihnen als eine der wesentlichen Ursachen für das Sinken der Wahlbeteiligungsquoten angesehen, wobei nach wie vor der enge Zusammenhang mit dem politischen Interesse betont wird.

„Aufgrund der engen Beziehung zwischen Wahlbeteiligung und politischem Interesse erscheint es viel naheliegender, daß in erster Linie Desinteressierte nicht mehr wählen. Wenn der gesellschaftliche Druck entfällt, gibt es für die politisch nicht Interessierten kaum noch einen Grund, ihre Stimme abzugeben.“¹⁴²

Womit sich wieder die Frage stellt, ob es sich bei der sinkenden Wahlbeteiligung in der Bundesrepublik eher um eine Normalisierung denn um eine Krise der Demokratie handelt.¹⁴³

3.1.2.2. Bindungsverluste eröffnen neue Möglichkeiten: Realignment und Dealignment

Die Beobachtung des Aufweichens traditioneller Wähler-Partei-Bindungen in den meisten westlichen Demokratien seit Ende der 70er Jahre führte zu einem Anstieg der Bereitschaft zur Wechselwahl, denn kurzfristige Faktoren gewannen an Bedeutung für die Wahlentscheidung. Die Ursachen für das instabilere Wählerverhalten werden dabei in verschiedenen Entwicklungen gesehen:

- a) in einem sozio-ökonomischen Wandel, der sich unter anderem in der Verringerung der Klassenunterschiede zwischen Arbeiterschicht und Mittelschicht zeigt;
- b) in der Auflösung institutioneller Bindungen, die die Integrationsfähigkeit und Prägekraft traditioneller Milieustrukturen vermindert;
- c) in einer erhöhten sozialen und geographischen Mobilität, einem zunehmenden Urbanisierungsgrad, dem Verschwinden homogener sozia-

¹⁴¹ Radtke, G.: Stimmenthaltung bei politischen Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland. Eine empirische Untersuchung von Wahlberechtigten ohne Wahlintention sowie von den Nichtwählern der Bundestagswahl 1965. Meisenheim am Glan 1972; Eilfort, M.: Die Nichtwähler. Wahlenthaltung als Form des Wahlverhaltens. Paderborn 1994.

¹⁴² Kleinhenz, T.: Die Nichtwähler. Ursachen der sinkenden Wahlbeteiligung in Deutschland. Opladen 1995, S. 49.

¹⁴³ Siehe hierzu Kapitel I.1. Sowie Roth, D.: Sinkende Wahlbeteiligung - eher Normalisierung oder Krisensymptom, in: Starzacher, K./Schacht, K./Friedrich, B./Leif, T. (Hg.): Protestwähler und Wahlverweigerer. Köln 1992; Armingeon, K.: Gründe und Folgen geringer Wahlbeteiligung, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. 46. Jg., Heft 1/1994.

ler Netzwerke, was dazu führt, dass gesellschaftliche Gruppen häufig nicht eindeutig voneinander abgrenzbar sind.¹⁴⁴

Aus diesen Annahmen entstanden Realignment und Dealignment als zwei korrespondierende Modelle instabileren Wählerverhaltens mit ähnlichem Ausgangspunkt. Realignment (Restrukturierung) geht davon aus, dass gemäß der Cleavage-Theorie soziale Gruppen tief in bestimmten politischen Parteien verwurzelt sind. Diese Koalitionen zwischen Parteien und sozialen Gruppen lösen sich zunehmend auf, was zu einer Fluktuation der Wählerschaft führt. Dies wird jedoch lediglich als Übergangsphase gesehen bis sich neue Cleavages im Parteiensystem gebildet haben. Wahlenthaltung ist also eine mögliche Verhaltensoption in der Übergangsphase zwischen der Auflösung alter und der Bildung neuer Cleavages.¹⁴⁵ Der Dealignment-Ansatz (Entstrukturierung) stellt dagegen die Parteibindung des Individuums in den Mittelpunkt. Aufgrund der gestiegenen Kompetenz der Bürger verliert die Parteiidentifikation ihre ehemalige Funktion als Orientierungshilfe bei der Wahlentscheidung. Wähler sind zunehmend in der Lage Wahlentscheidungen unabhängig von komplexitätsreduzierenden Bindungen zu treffen.¹⁴⁶ „Folge dieses Abkoppelungsprozesses wäre, dass beide Teile der Wahlentscheidung, Teilnahme an der Wahl und Stimmabgabe für eine bestimmte Partei, zunehmend von kurzfristigen Faktoren bestimmt werden.“¹⁴⁷

Auf die enge Verbindung dieses Ansatzes mit sozialpsychologischen Wählerverhaltenstheorien und hier insbesondere dem Ann-Arbor-Modell, weist sowohl die Ablehnung des sozialen Determinismus, die Wahl der Parteiidentifikation als zentralem Indikator sowie die große Relevanz kurzfristiger Faktoren für die Wahlentscheidung hin. Der Rückgang von Parteibindungen kann zu unterschiedlichem Wahlverhalten, wie Wechselwahl, Protestwahl, rationaler Wahl und Nichtwahl, führen. Eindeutig ist den Forschungsergebnissen nach die Tatsache, dass Personen ohne Parteibindung sich mehr und mehr der Wahl

¹⁴⁴ Dalton, R. J./Flanagan, S. C./Beck, P. A.: Electoral Change in Advanced Industrial Democracies. Princeton 1984, S. 15-19; Dalton, R. J.: The German Voter, in: Smith, G./Paterson, W. E./Merkel, P. H. (Hg.): Developments in West German Politics, Durham 1989, S. 101.

¹⁴⁵ Dalton, R. J./Rohrschneider, R.: Wählerwandel und die Abschwächung der Parteieigungen von 1972 bis 1987, in: Kaase, M./Klingemann, H.-D. (Hg.): Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1987. Opladen 1990, S. 298.

¹⁴⁶ Dalton, R. J./Flanagan, S. C./Beck, P. A.: Electoral Change in Advanced Industrial Democracies. Princeton 1984, S. 11-15.

¹⁴⁷ Kleinhenz, T.: Die Nichtwähler. Ursachen der sinkenden Wahlbeteiligung in Deutschland. Opladen 1995, S. 52.

enthalten.¹⁴⁸ Je nach Ausmaß der Parteiidentifikation und kognitiven Mobilisierung können nach Dalton vier verschiedene Wählertypen unterschieden werden:

Typologie der kognitiven Mobilisierung

		<i>Parteiidentifikation</i>	
		schwach/ keine	stark
<i>Kognitive Mobilisierung</i>	hoch	apartisan (Unparteiische)	cognitive partisan (Kognitive Parteianhänger)
	niedrig	apolitical (Unpolitische)	ritual partisan (Rituelle Parteianhänger)

Quelle: Dalton 1984, S. 270

Der Typ des „apartisan“ ist der unabhängige Wähler, der sich keiner Partei verbunden fühlt, an Politik interessiert ist und sich für politisch kompetent hält. Er handelt rational und wählt die für ihn die größten Vorteile versprechende Partei. Ebenfalls ohne Parteibindung, jedoch politisch uninteressiert und dementsprechend sich nicht als kompetent einschätzend, trifft der „apolitical“ seine Wahlentscheidung kurzfristig, ist der typische Wechsel- und Nichtwähler. Unter den Wählern mit hoher Parteibindung unterscheidet Dalton ebenfalls zwei Typen: Den „cognitive partisan“, der an Politik interessiert und über Politik informierte, parteitreue Überzeugungswähler, und den „ritual partisan“, der sich kaum für Politik interessiert und aus Tradition, ohne sein Handeln zu reflektieren aus Gewohnheit immer die gleiche Partei wählt.

Hinsichtlich der Zuordnung der abnehmenden Parteiidentifikation zu sozialen Gruppen widersprechen sich die Forschungsergebnisse. Während Dalton/Rohrschneider¹⁴⁹ zu dem Ergebnis kommen, diese lasse sich vor allem bei

¹⁴⁸ Falter, J. W./Schumann, S.: Nichtwahl und Protestwahl: Zwei Seiten einer Medaille, in: A-PuZ, 11/1993, S. 41.

¹⁴⁹ Dalton, R. J./Rohrschneider, R.: Wählerwandel und die Abschwächung der Parteineigungen von 1972 bis 1987, in: Kaase, M./Klingemann, H.-D. (Hg.): Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1987. Opladen 1990, S. 316.

Gruppen mit großen politischen Ressourcen beobachten, vertritt Offe die These, dass zurückgehende Parteiidentifikationen vor allem bei sozial nicht fest integrierten und/oder sozio-ökonomisch benachteiligten Bevölkerungsgruppen festzustellen ist.¹⁵⁰ M.E. ist davon auszugehen, dass dieses Phänomen ein gesamtgesellschaftliches, und somit in allen sozialen Schichten zu beobachtendes ist. Die Debatte um die Postdemokratie weist eindeutig in diese Richtung.¹⁵¹

„Während sich die ‚Unparteiischen‘ eher unter den Wechselwählern finden, neigen die ‚Unpolitischen‘ mehr zur Wahlenthaltung. Bei der letztgenannten Gruppe war die Parteiidentifikation in der Vergangenheit die entscheidende psychologische Klammer. Wenn diese Bindung nun zunehmend wegfällt, wird es schwieriger, diese Bevölkerungssegmente zur Stimmabgabe zu bewegen.“¹⁵²

3.1.2.3. Der politisch (und sozial?) entfremdete Nichtwähler

In der repräsentativen Demokratie sind Wahlen die wesentliche Legitimationsgrundlage des politischen Systems. Demokratie kann demnach nicht als Herrschaft des Volkes, sondern vielmehr als Herrschaft mit Zustimmung des Volkes verstanden werden.¹⁵³ Im Zusammenhang mit der Diskussion, Wahlenthaltung sei Ausdruck der abnehmenden Zustimmung zum und somit eines zunehmenden Legitimationsverlustes des politischen Systems, ist häufig von Partei- bzw. Politikverdrossenheit die Rede.¹⁵⁴ Es ist wichtig zwischen Parteienverdrossenheit als Unzufriedenheit mit dem ganzen Spektrum etablierter Parteien, Politikverdrossenheit als Unzufriedenheit mit der konkreten Art und Weise wie Politik gemacht wird, und als umfassendster Begriff, Staatsverdrossenheit/Demokratieverdrossenheit als Unzufriedenheit mit der Staatsform an sich, zu differenzieren.¹⁵⁵ Trotz der explosionsartigen Verbreitung dieses Begriffes vor allem in den Medien im letzten Jahrzehnt, ist dies kein neues Phä-

¹⁵⁰ Offe, C.: The Cultural Contradictions of Capitalism. Cambridge 1984.

¹⁵¹ S. Kapitel I.1. dieser Arbeit.

¹⁵² Kleinhenz, T.: Die Nichtwähler. Ursachen der sinkenden Wahlbeteiligung in Deutschland. Opladen 1995, S. 55

¹⁵³ Jesse, E.: Wahlen: Bundesrepublik Deutschland im Vergleich. Berlin 1988, S. 20

¹⁵⁴ Zur Schwierigkeit den Begriff „Politikverdrossenheit“ genauer zu fassen und für empirische Untersuchungen zu operationalisieren vgl. Arzheimer: Politikverdrossenheit 2002.

¹⁵⁵ Küchler, M.: Staats- Parteien- oder Politikverdrossenheit? in: Raschke, J. (Hg.): Bürger und Parteien. Ansichten und Analysen einer schwierigen Beziehung. Opladen 1982, S. 40f..

nomen, vielmehr ist die Unzufriedenheit mit den Parteien so alt wie die Parteien selbst.¹⁵⁶

Die Diskussionen um die steigende Politikverdrossenheit in der Bundesrepublik münden in der „Entfremdungsthese“: Die politische Entfremdung der Bürger habe zugenommen und sei verantwortlich für den Rückgang der Wahlbeteiligung.

Eastons Theorie der politischen Unterstützung¹⁵⁷ trägt auch an dieser Stelle zur exakten Analyse bei, indem die Objekte der politischen Unzufriedenheit identifiziert werden. Mangelnde Unterstützung wird hierbei gleichgesetzt mit Unzufriedenheit.¹⁵⁸ Trifft die Entfremdungsthese zu, so müssten Teile der Bevölkerung dem politischen System die Unterstützung entziehen. Zunächst wäre dies die spezifische Unterstützung, da sie direkter und kurzfristiger wirkt, bei länger anhaltender Unzufriedenheit kann es jedoch auch zu einem Entzug der diffusen Unterstützung kommen. Grundsätzlich kann allen (Eastonschen) Objekten des politischen Systems die Unterstützung entzogen werden. Dies hätte ein grundsätzliches Legitimationsdefizit und die Krise des politischen Systems zur Folge. Hinsichtlich der Frage, wie sich Unzufriedenheit auf Wahl bzw. Nichtwahl auswirkt, haben die Untersuchungen von Falter/Schumann ergeben, dass Nichtwahl dann präferiert wird, wenn zur Unzufriedenheit ein geringes politisches Interesse hinzukommt.¹⁵⁹ Ist politische Unzufriedenheit dagegen gekoppelt an großes politisches Interesse, kann die Wahl oppositioneller bzw. von Protest-Parteien die Folge sein.¹⁶⁰ Die im Folgenden dargestellte Entfremdungstheorie von Schwartz konzentriert sich im Gegensatz zum systemtheoretischen Modell Eastons auf die individuellen Einstellungs- und Verhaltensmuster.

Schwartz' Theorie der politischen Entfremdung¹⁶¹ bietet eine Erklärung dafür, wie politische Unzufriedenheit zu politischer Entfremdung führen kann.

¹⁵⁶ Stöss, R.: Parteil Kritik und Parteiverdrossenheit, in: APuZ, 21/1990, S. 15. Bezogen auf Deutschland geht die Kritik an Parlamentarismus und Parteien bis in die Zeit des Kaiserreichs und vor allem der Weimarer Republik zurück. Siehe hierzu: Arzheimer und detaillierter Eilfort.

¹⁵⁷ Easton, D.: A Systems Analysis of Political Life. New York 1965.

¹⁵⁸ Da eine detaillierte Darstellung des Eastonschen Konzeptes bereits in Kapitel 1.4. erfolgte werden an dieser Stelle vor allem die daraus sich ergebenden Implikationen für Wahlenthaltung wie auch Forschungsergebnisse hierzu aufgezeigt.

¹⁵⁹ Falter, J. W./Schumann, S.: Nichtwahl und Protestwahl: Zwei Seiten einer Medaille, in: APuZ, 11/1993, S. 49.

¹⁶⁰ Falter, J. W./Schumann, S. 1994, S. 195

¹⁶¹ Schwartz, D. C.: Political Alienation and Political Behaviour. Chicago 1973.

Wie bei dem verwandten Konzept von Hirschman¹⁶² „Exit, Voice, Loyalty“ bleiben Art und Richtung des Verhaltens bei politischer Entfremdung in Schwartz Theorie offen. Gegenüber Hirschman ist Schwartz Theorie jedoch besser dazu geeignet, die heterogene Motivstruktur entfremdeter Bevölkerungsgruppen und deren Verhaltensprädispositionen besser zu verstehen. Schwartz unterscheidet zwischen kultureller, sozialer und politischer Entfremdung. Unter politischer Entfremdung versteht er die mangelnde Identifikation mit dem politischen System.¹⁶³ Politische Entfremdung hat einen prozessualen Charakter und „entsteht aus einem fundamentalen Konflikt zwischen den politischen Wertvorstellungen des Einzelnen und dessen Wahrnehmung, wie er Werte in der politischen Gemeinschaft verwirklicht sieht.“¹⁶⁴ Dieser individuelle Wertekonflikt kann zur Folge haben, dass das Individuum zur Konfliktreduzierung dem politischen System als Ganzem oder auch nur Teilen davon die Identifikation entzieht.¹⁶⁵ Die Ablehnung des politischen Systems muss keine bewusste Handlung des Individuums sein, es ist durchaus möglich, dass diese auf Gleichgültigkeit und/oder Desinteresse beruht. Daher führt politische Entfremdung auch nicht zwingend zur Wahlenthaltung, die häufig auf einer bewussten Entscheidung beruht. Bedingung für Entfremdung ist zum einen das Gefühl eigener politischer Ohnmacht, zum anderen die Überzeugung das politische System sei nicht in der Lage die eigenen Wünsche zu berücksichtigen und umzusetzen.

Angelehnt an die Klassifikation politischer Verhaltensweisen durch Merton¹⁶⁶ unterscheidet Schwartz die politischen Verhaltensweisen Konformismus, Reformismus, Revolutionarismus, Ritualismus und Rückzug. Politische Entfremdung kann sowohl aktive (Reformismus, Revolutionarismus) als auch passive (Ritualismus, Rückzug) Verhaltensweisen zur Folge haben.¹⁶⁷ Verhalten bestimmend, als zwischen den Einstellungen und den Verhaltensorientie-

¹⁶² Hirschman, A. O.: *Exit, Voice, Loyalty. Responses to Decline in Firms, Organizations and States.* Cambridge 1970. Deutsch: *Abwanderung und Widerspruch. Reaktionen auf Leistungsabfall bei Unternehmungen, Organisationen und Staaten.* Tübingen 1974.

¹⁶³ Schwartz, D. C.: *Political Alienation and Political Behaviour.* Chicago 1973, S. 7.

¹⁶⁴ Kleinhenz, T.: *Die Nichtwähler. Ursachen der sinkenden Wahlbeteiligung in Deutschland.* Opladen 1995, S. 62. An dieser Stelle besteht eine große Nähe zu den Theorien relativer Deprivation. Siehe Gurr, T. R.: *Why Men Rebel.* Princeton 1970.

¹⁶⁵ Vgl. Theorien zur Dissonanzvermeidung z.B. Festingers Theorie der kognitiven Dissonanz. Festinger, L.: *A Theory of Cognitive Dissonance.* Stanford 1957.

¹⁶⁶ Merton, R. K.: *Social Theory and Social Structure*, 3. erweiterte Auflage, New York 1968, S. 194.

¹⁶⁷ Konformismus kommt als Verhaltensweise aufgrund von politischer Entfremdung nicht in Frage.

rungen intervenierende Variablen, sind soziale und Persönlichkeitsfaktoren sowie die Art des individuellen Entfremdungsprozesses anzusehen.¹⁶⁸ Der entfremdete Nichtwähler ist von der eigenen Machtlosigkeit wie auch der Ineffizienz des politischen Systems überzeugt. Eine Veränderung des für ihn unbefriedigenden Ist-Zustandes durch eigene politische Partizipation ist seiner Meinung nach nicht möglich. Hier besteht ein wesentlicher Unterschied zum Protestwähler, der auch Nichtwähler oder ungültig Wählender sein kann. Das schwach ausgeprägte politische Interesse ist verbunden mit der seltenen Mitgliedschaft in politischen und sozialen Organisationen. Der politische Rückzug wie auch die Wahlenthaltung müssen nicht dauerhaft sein, sondern können durch kurzfristige Faktoren beeinflusst werden.¹⁶⁹

Auf die Thesen der kritischen Wohlfahrtstheorien rekurrierend ist die Legitimität demokratischer Systeme gefährdet, wenn der Staat die wachsenden Forderungen und Erwartungen seiner Bürger nicht mehr erfüllen kann.¹⁷⁰ Hier wird ein Zusammenhang angenommen zwischen der subjektiven wirtschaftlichen Lage (auch im Vergleich zu subjektiv wahrgenommenen Referenzgruppen) und der Zufriedenheit mit dem politischen System. Da dieser Zusammenhang bezüglich politischer Entfremdung bisher nicht ergiebig untersucht wurde, ist zu prüfen ob und wenn ja inwieweit subjektive wirtschaftliche Unzufriedenheit zu politischer Entfremdung und Wahlenthaltung führt.

3.1.2.4. Das Konzept der Lebenswelten und Nichtwahl

Im Zuge der Individualisierungsprozesse der Gesellschaft¹⁷¹ verlieren traditionelle Zuordnungen von sozialen Klassen zu Wählerpräferenzen für bestimmte Parteien mehr und mehr an Bedeutung. Im Unterschied zum Realignment/ Dealignment stellt der Lebenswelten-Ansatz die prägende Kraft von Alltagserfahrungen und sozialen Alltagsnetzwerken zur Erklärung der Wahlent-

¹⁶⁸ Schwartz, D. C.: Political Alienation and Political Behaviour. Chicago 1973, S. 25f..

¹⁶⁹ Kleinhenz, T.: Die Nichtwähler. Ursachen der sinkenden Wahlbeteiligung in Deutschland. Opladen 1995, S. 64.

¹⁷⁰ Ausführlich: Crozier, M. J./Huntington, S. P./Watanuki, J.: The Crisis of Democracy. New York 1975. Habermas, J.: Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus. Frankfurt 1973; Offe, C.: Strukturprobleme des kapitalistischen Staates: Aufsätze zur politischen Soziologie. Frankfurt/Main 1972.

¹⁷¹ Beck, U.: Jenseits von Stand und Klasse? In: Soziale Welt, Sonderband 2: Soziale Ungleichheit, Göttingen 1983, S. 35-74.

scheidung in den Vordergrund. Lebensstile sind flexibel, mit der Individualisierung findet eine Pluralisierung der Lebensstile statt:

„Mit dem Konzept des Lebensstils versucht man, neue Linien in die Vielfalt der sozialen Einstellungen, Verhaltensweisen und Organisationsformen einzuziehen. Lebensstile werden als Ordnungselemente für den nach Umfang, Bedeutung und Autonomie gewachsenen Bereich des Alltags und der Privatsphäre definiert.“¹⁷²

Soziale Kontrolle entfällt bei derartig pluralisierten Lebenswelten; Wahlenthaltung kann nicht mehr in gleichem Maße wie früher sanktioniert werden. Die Individualisierung kann so zu „politischer Desintegration“ bei Wählern führen, das Wahlverhalten wird instabiler, die Wahlbeteiligung insgesamt sinkt. Von Interesse ist im Zusammenhang mit einer Überprüfung der „Randständigkeits-hypothese“, ob Wahlenthaltung zusätzlich zu politischer Entfremdung auf sozialer Anomie beruht. Beteiligen sich unter anderen gerade diejenigen „Lebenswelten“ nicht, die aus der Gesellschaft ausgegrenzt sind, die am Rande der Gesellschaft stehen?

Der Theorie der Lebenswelten von Schütz¹⁷³ zufolge ist Handeln als die Wahl einer von vielen Alternativen, die gleichzeitig und gleichermaßen in der Reichweite des Individuums liegen, zu verstehen. In der Betrachtungsweise werden die Unterschiede zur Cleavage-Theorie und zum Milieukonzept deutlich:

„Während sich das traditionelle Milieu-Konzept auf die Analyse a priori identifizierbarer, organisatorisch durchdrungener Subkulturen richtet, baut das Lebenswelt-Konzept Milieus gewissermaßen vom Individuum her auf: Ein Milieu definiert sich in erster Linie durch die Übereinstimmung von Individuen hinsichtlich ihrer politischen Wertorientierungen, ihrer Lebensentwürfe und Lebensstile, aber auch ihrer sozialstrukturellen Merkmale.“¹⁷⁴

Empirisch umgesetzt wurde das Lebenswelt-Konzept in Studien der Konrad-Adenauer-Stiftung wie auch vom SINUS-Institut. Ergebnis war die Unterscheidung in neun bzw. acht verschiedene Lebensstil-Segmente. Die Konrad-Adenauer-Stiftung unterscheidet zwischen

- dem aufstiegsorientierten jüngeren Menschen (10 %),
- dem postmateriell-linksalternativ eingestellten jüngeren Menschen (5 %),

¹⁷² Zapf, W./Breuer, S./Hampel, J./Krause, P./Mohr, H.-M./Wiegand, E.: Individualisierung und Sicherheit. Untersuchungen zur Lebensqualität in der Bundesrepublik Deutschland. München 1989, S. 10.

¹⁷³ Schütz, A./Luckmann, T.: Strukturen der Lebenswelt: Band 1. Frankfurt/Main 1979.

¹⁷⁴ Müller-Rommel, F./Poguntke, T.: Lebensstile und Wahlverhalten. „Alte“ und „Neue“ Milieus in der Wahlforschung, in: Der Bürger im Staat, 40. Jg., Heft 3/ 1990, S. 172.

- dem linksliberalen, integrierten Postmaterialisten (10 %),
- dem unauffälligen, eher passiven Arbeitnehmer (13 %),
- dem pflichtorientierten, konventionsbestimmten Arbeitnehmer (11 %),
- dem aufgeschlossenen und anpassungsfähigen Normalbürger (25 %),
- dem gehobenen Konservativen (11 %),
- dem integrierten älteren Menschen (11 %),
- dem isolierten älteren Menschen (4 %).¹⁷⁵

Die politischen Einstellungsmuster sowie die Wahlmotive wurden von Gluckowski herausgearbeitet: Vor allem der unauffällige, passive Arbeitnehmer, dem Typ des Hedomaten von Herbert ähnlich, kommt als Nichtwähler in Frage: Er weist weder Pflichtbewusstsein noch politisches Interesse auf. Entzieht er dem Staat sein Vertrauen, so ist die Wahrscheinlichkeit, dass er mit Rückzug reagiert hoch. Lässt beim isolierten älteren Menschen das Wahlpflichtbewusstsein nach (er gibt vor allem die Wahlnorm als Wahlmotiv an), so ist auch hier eine geringere Wahlbeteiligung zu erwarten. Auch die Lebensstiltypen mit geringer Parteibindung, der aufstiegsorientierte jüngere Mensch, der postmateriell-linksalternativ eingestellte jüngere Mensch und der linksliberale, integrierte Postmaterialist dürften besonders anfällig für Wahlenthaltung sein.

Ohne Berücksichtigung konfessioneller Bindungen ermittelten die SINUS-Forscher 1982 acht verschiedene Milieus¹⁷⁶: ein konservativ-gehobenes, ein kleinbürgerliches, ein traditionelles, ein aufstiegsorientiertes, ein technokratisch liberales, ein hedonistisches, ein alternativ-linkes Milieu sowie ein entwurzeltes Arbeitermilieu. Das Phänomen der Wahlenthaltung ist hier überwiegend im entwurzelten Arbeitermilieu mit dem „Gefühl der Normlosigkeit, Machtlosigkeit, Sinnlosigkeit und der Auflösung allgemeinverbindlicher Normen und Werte“ zu beobachten.¹⁷⁷

¹⁷⁵ Gluckowski, P.: Lebensstile und Wandel der Wählerschaft in der Bundesrepublik Deutschland. In: APuZ, 12/1987, S. 18-32.

¹⁷⁶ Obwohl sich der Ansatz gerade von dem Milieu-Konzept unterscheiden möchte, werden die althergebrachten Begriffe an dieser Stelle weiterhin verwandt.

¹⁷⁷ Müller-Rommel, F./Poguntke, T.: Lebensstile und Wahlverhalten. „Alte“ und „neue“ Milieus in der Wahlforschung. In: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (Hg.): Wahlverhalten. Stuttgart 1991, S. 188 f.

Die Ergebnisse der von Embacher durchgeführten Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung bestätigen die relativ hohe Wahleuthaltung des „entwurzelten Arbeitermilieus“ und von Personen mit niedrigem sozio-ökonomischem Status. Embacher führt dies darauf zurück, dass der Staat die Erwartungen und Forderungen dieser Bevölkerungsgruppe nicht (mehr) erfüllt.

„Es ist eine bestimmte Politik fehlender sozialer und politischer Teilhabe, die aus dem potentiellen Politikinteresse eine ermüdete Haltung gegenüber der Demokratie werden lässt.“¹⁷⁸

25% der Befragten der FES-Studie sind politisch desinteressiert. Nicht oder nur wenig interessieren sich für Politik: potentielle Nichtwähler (59%), Arbeiter (55%), Arbeitslose (43%), Befragte aus Hartz IV-Haushalten (42%), Befragte mit niedrigem Einkommen (41%) und unter 24-Jährige (41%). Die Analyse der potentiellen Nichtwähler zeigt, dass sich vor allem die vom Wohlstand der Gesellschaft ausgeschlossenen der Wahl enthalten: Arbeitslose (69%), Befragte aus Hartz IV-Haushalten (64%), Befragte mit niedrigem Einkommen (58%) und Arbeiter.¹⁷⁹

Offensichtlich ist Nichtwählen (auch) eine Folge des nicht eingelösten Versprechens der Demokratie, gleiche Chancen und Wohlstand für alle zu sichern oder zumindest zu ermöglichen. Embacher belegt, dass Demokratiedistanz und Politikverdruss in Deutschland sich vor allem auf fehlende soziale Gerechtigkeit, fehlende Chancengleichheit und eine als mangelhaft wahrgenommene Berücksichtigung der legitimen Bedürfnisse und Wünsche der Bürger durch die politischen Akteure zurückführen lässt. Dabei betont er wie wichtig die subjektive Einschätzung ist, wenn er zu dem Ergebnis kommt

„[...] dass ohne eine Politik des sozialen Ausgleichs und der politischen Teilhabe gesellschaftliche Integration auf Dauer nicht mehr gewährleistet ist. Nicht Armut bzw. soziale Disparität als solche führen zu Demokratiedistanz und Politikverdruss, sondern eine Politik, die als sozial ungerecht und mangelhaft begründet empfunden wird.“¹⁸⁰

Als Fazit des Lebenswelten-Konzeptes bleibt festzuhalten: Neues bietet dieses Konzept aufgrund der engen Verknüpfung mit den Cleavage-Theorien und der Wertwandelstheorie von Klages et al. nicht. Dennoch bietet die Integration des Konzeptes in die Wählerverhaltensforschung die Möglichkeit, verschiedene Typen von Wählern bzw. Nichtwählern deutlicher differenzieren zu können. Die Typen umfassen mehrere Ebenen und Faktoren und bieten so die Möglich-

¹⁷⁸ Embacher, S.: Demokratie! Nein Danke? Demokratieverdruss in Deutschland. Bonn 2009, S. 27.

¹⁷⁹ Embacher 2009, S. 25f..

¹⁸⁰ Embacher 2009, S. 72.

keit Motive und Ursachen von Wahlenthaltung wie nicht vorhandenes Wahlpflichtbewusstsein und statt dessen die Orientierung an materialistischen Werten, politische Einstellungsmuster zu identifizieren.

3.2. Die heterogene Gruppe der Nichtwähler

Die besonders gern in den Medien verwendete und griffige Bezeichnung der „Partei der Nichtwähler“ ist irreführend, da sie den Anschein erweckt, es handle sich bei den Nichtwählern um eine homogene Gruppe. Diese ist jedoch sehr heterogen:

„Es gibt Nichtwähler, die gar nicht existieren, Systemgegner, Unpolitische, Gleichgültige, Bequeme, Kranke und Gebrechliche, Wahlmüde, Unzufriedene, Erboste, Resignierte, Verreiste, Einsame und viele mehr. Das einzige, was Nichtwähler verbindet, ist die Tatsache, daß sie nicht wählen.“¹⁸¹

Trotz aller Unterschiede lassen sich die Nichtwähler in drei grobe Kategorien unterteilen: unechte Nichtwähler, grundsätzliche Nichtwähler und konjunkturelle Nichtwähler. Für die Forschung sind, wie für diese Arbeit auch, die konjunkturellen Nichtwähler von besonderem Interesse. In einem ersten Schritt werden kurz die unechten und grundsätzlichen Nichtwähler, in einem zweiten Schritt ausführlicher die konjunkturellen Nichtwähler beschrieben.

3.2.1. Unechte und grundsätzliche Nichtwähler

3.2.1.1. „Nichtwahlfähige“

Unter „Nichtwahlfähigen“ sind Bürger zu verstehen, die de facto keine Gelegenheit zur Stimmabgabe haben. Ein möglicher Grund für die Unfähigkeit zur Wahl sind fehlerhafte Wählerverzeichnisse. So sind in den Zahlen der Wahlberechtigten regelmäßig im wahrsten Sinne des Wortes „tote Seelen“ enthalten. Ein weiterer Grund sind aus den Einwohnermelderegistern übernommene Fehler: Eine versäumte Ummeldung des Wohnortes führt zu einer Nichtzustellung der Wahlbenachrichtigung am neuen Wohnort und zur Registrierung als Nichtwähler am alten Wohnort. Korrekturen der Wählerverzeichnisse finden jeweils im Zuge einer Volkszählung statt, das letzte Mal also im Jahr 1987. Je länger diese zurück liegt, desto höher wird der dadurch entstandene Fehler eingeschätzt. Bundesweit gesehen sind nach Berechnungen

¹⁸¹ Eilfort, M.: Die Nichtwähler. Wahlenthaltung als Form des Wahlverhaltens. Paderborn 1994, S. 54.

von Eilfort lediglich 1-2 Prozent der Wahlberechtigten irrtümlicherweise als solche ausgewiesen.¹⁸²

Ebenfalls zu den „unechten Nichtwählern“ zu zählen sind Nichtwähler „wider Willen“. Hierunter sind diejenigen zu verstehen, die kurz vor der Wahl erkrankt oder kurzfristig verreist sind. Hinzu kommen verspätet abgeschickte, bzw. durch die Postzustellung nicht rechtzeitig bei den Wahlämtern eingetroffene Wahlbriefe, wie auch auf Schusseligkeit von Wählern zurückzuführende Fehler wie beispielsweise das vergessene Beilegen des Wahlscheins. Der Anteil der Nichtwähler „wider Willen“ wird in der Bundesrepublik auf 2- 3 Prozent geschätzt und ist somit ebenso wie der Anteil der Nichtwahlfähigen zu vernachlässigen.¹⁸³

„Die Zahl der unechten Nichtwähler zusammengenommen dürfte also bei jeder Wahl um die 4-5 Prozent der Wahlberechtigten liegen. Sie unterlassen ‚den Gang zur Wahlurne weder aus Protest noch aus Gleichgültigkeit oder ähnlichen Motiven‘ und vermindern ‚nicht unerheblich das Reservoir der mobilisierbaren Unentschiedenen [...]‘.“¹⁸⁴

Diese Einschätzung wird durch die Tatsache bestätigt, dass selbst in Demokratien mit Wahlpflicht eine Wahlbeteiligung von 95 % nicht übertroffen wird.

3.2.1.2. Nichtwähler „aus Prinzip“

Unter grundsätzlichen Nichtwählern sind Dauer-Nichtwähler zu verstehen, die immer oder bei drei und mehr aufeinander folgenden Wahlgängen auf einer Systemebene auf die Beteiligung an Wahlen verzichten. Hierzu zählen die Zeugen Jehovas, zu deren Mitgliedsbedingungen es gehört sich von jeder „Gemeinschaft, mit den politischen, religiösen und kommerziellen Mächten“ zu lösen „da diese unter der Herrschaft des Satans stehen“¹⁸⁵. In der BRD zählen die Zeugen Jehovas ca. 150.000 Mitglieder, wobei angeblich ein Mehrfaches dieser Zahl an Sympathisanten der „christlichen Bruderschaft“ nahe stehen. Von den Zeugen Jehovas selbst wird jedoch eingeräumt, dass sich nicht alle Sympathisanten an die ausgegebene Wahlenthaltungsnorm halten. „Vorsichtig kalkuliert dürften so insgesamt 300.000 Bundesbürger, also 0,5% der wahlbe-

¹⁸² Eilfort 1994, S. 56.

¹⁸³ Lavies, R.-R.: Nichtwählen als Kategorie des Wahlverhaltens. Empirische Untersuchung zur Wahlenthaltung in historischer, politischer und statistischer Sicht. Düsseldorf 1973, S. 51.

¹⁸⁴ Lavies 1973, S. 52.

¹⁸⁵ Hutten, K.: Seher, Grübler, Enthusiasten. Sekten und religiöse Sondergemeinschaften der Gegenwart. Stuttgart 1958, S. 107.

rechtigten Bevölkerung, aufgrund ihrer Glaubensüberzeugung zu den grundsätzlichen Nichtwählern gehören.“¹⁸⁶

Die Vermutung, dass unter den grundsätzlichen Nichtwählern auch einige kategorische System-Gegner und Apathische zu finden sind liegt nahe.¹⁸⁷ Die Zahl der System-Gegner ist schwer einzuschätzen, wird sich wahrscheinlich auf die Gesamtbevölkerung der BRD bezogen im Promille-Bereich bewegen. Insgesamt sind die Dauer-Nichtwähler wohl eher apathische, der Politik gegenüber völlig Gleichgültige und Randgruppen wie Obdachlose, Drogenabhängige etc.. Da die Zahl der grundsätzlichen Nichtwähler sehr gering ist¹⁸⁸ und zum anderen diese nicht für Veränderungen in den Wahlbeteiligungsquoten von Wahl zu Wahl sorgen, sind die politischen Auswirkungen dieser Gruppe unbedeutend. Zu beachten ist, dass der Anteil der Dauer-Nichtwähler an den Nichtwählern mit einer hohen Wahlbeteiligung steigt; wirkliche Dauer-Nichtwähler lassen sich nur in den seltensten Fällen in großer Zahl für eine Wahl mobilisieren.¹⁸⁹

3.2.2. Konjunkturelle Nichtwähler

Die konjunkturellen Nichtwähler stellen nicht nur den bei weitem größten, auch den interessantesten und für die Forschung wichtigsten Teil der Nichtwählerschaft dar. Als Ergebnis der bei einer bestimmten Wahl - also von Wahl zu Wahl je nach zu wählender Ebene - oder in einer bestimmten historischen Situation vorherrschenden politischen Konjunktur beruht ihre Wahlenthaltung auf freier Entscheidung. Hierzu zählen Nichtwähler bei regionalen Wahlen, die bei subjektiv als wichtiger eingeschätzten Bundestagswahlen durchaus wäh-

¹⁸⁶ Eilfort, M.: Die Nichtwähler. Wahlenthaltung als Form des Wahlverhaltens. Paderborn 1994, S. 58.

¹⁸⁷ Die System-Gegner verhielten sich frei nach dem von Teilen der Studentenbewegung vor der Bundestagswahl 1969 ausgegebenen Motto „Parlamentarismus: Schweine regieren, Esel wählen“. Nach „Die Zeit“ vom 19. September 1969.

¹⁸⁸ Die von Lavies u.a. in Frankfurt am Main durchgeführten Studien kommen bei der Frankfurter Kommunalwahl 1952 auf 19,9%, bei der Bundestagswahl 1953 auf 13,2% (in Frankfurt/Main) Dauer-Nichtwähler unter den Nichtwählern. Allerdings wird bereits derjenige als Dauer-Nichtwähler erfasst, der sich zuvor bei zwei aufeinander folgenden Wahlen nicht beteiligt hat. Es ist davon auszugehen, dass diese Werte deutlich zu hoch liegen und sich in den vergangenen 60 Jahren nach unten korrigiert haben.

¹⁸⁹ Obwohl in dieser Größenordnung mit Vorsicht zu betrachten führt Eilfort einen solchen Fall an: „Einen solchen Fall mit den beschriebenen Folgen scheint es am Ende der Weimarer Republik gegeben zu haben, nach Striefler waren 12 Prozent der NSDAP-Wähler vom Juli 1932 vorherige Dauer-Nichtwähler.“ Eilfort 1994, S. 59.

len; Nichtwähler aus Protest, die sich ein- oder mehrmalig der Stimme enthalten; diejenigen die nicht wählen, da die Wahl bereits entschieden oder der Ausgang der Wahl ohne Bedeutung scheint. Weitere Auswirkungen der Wahlenthaltung auf ein Wahlergebnis und das politische System sind insbesondere den konjunkturellen Nichtwählern zuzuschreiben. Sie sind „verantwortlich für den sogenannten Nichtwählereffekt“¹⁹⁰ und stehen deshalb im Mittelpunkt der noch jungen Nichtwähler-Forschung. Der Anteil der konjunkturellen Nichtwähler an den Wahlberechtigten ist die Differenz zwischen der tatsächlichen Wahlbeteiligung und den 94 % der Wahlberechtigten, die nach Abzug der unechten und grundsätzlichen Nichtwähler von der Gesamtzahl der Wahlberechtigten übrig bleiben.¹⁹¹ Je nach Sichtweise sind sie die Mobilisierungsreserve oder Verfügungsbereitschaft des politischen Systems.

„Nichtwähler identifizieren sich weniger mit einer Partei als Stamm- oder Wechselwähler, haben einen etwas geringeren sozio-ökonomischen Status, ein schwächeres Wahlpflichtbewusstsein, einen höheren Grad an politischer Entfremdung verbunden mit einem geringeren politischen Interesse.“¹⁹²

Diese allgemeinen Beschreibungen treffen jedoch nicht auf die Gesamtheit der großen Gruppe der Nichtwähler zu, so sind beispielsweise nicht nur politisch Desinteressierte Nichtwähler, sondern auch zunehmend politisch Interessierte. Dem Forschungsdesiderat nach einer genaueren Differenzierung der großen Gruppe der konjunkturellen Nichtwähler kommt Kleinhenz mit einer Längsschnittanalyse nach.¹⁹³ Aus Mangel an eigenen Daten analysierte Kleinhenz ALLBUS Daten aus den Jahren 1982, 1984, 1988, 1990, 1991, 1992 sowie Daten des CNEP (Comparative National Election Project: Kaase/Klingemann/Pappi) aus dem Jahr 1990. Zur detaillierten Analyse der Motivstruktur führte Kleinhenz Clusteranalysen durch. Als Modellvariablen dienten folgende aus der Theorie abgeleitete, auf die Wahlbeteiligung sich auswirkende Faktoren: sozio-ökonomischer Status, politisches Interesse, Parteiidentifikation, Entfremdung, Wertewandel und Partizipationsverhalten. Zur Erhöhung der Fallzahlen verknüpfte Kleinhenz immer zwei aufeinander folgende

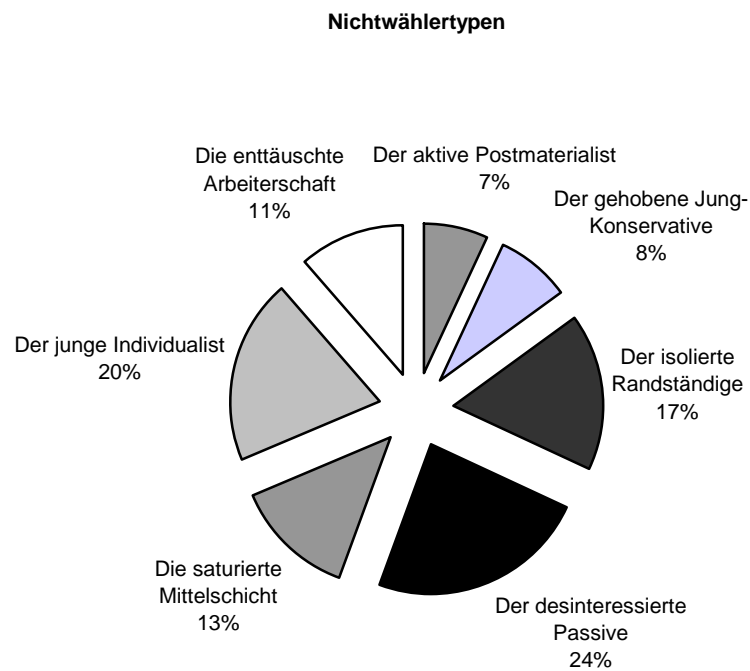
¹⁹⁰ Iwand, W.-M.: Wählerfluktuation in der Bundesrepublik. Eine Analyse zur Interdependenz von Wahlverhalten und Parteiensystem in BRD. Wiesbaden 1972, S. 40.

¹⁹¹ In eine Formel gebracht: Tatsächliche Wahlbeteiligung - (Gesamtmenge der Wahlberechtigten - (unechte + grundsätzliche Nichtwähler)) = konjunkturelle Nichtwähler.

¹⁹² Kleinhenz 1995, S. 201.

¹⁹³ Kleinhenz 1995. Kleinhenz analysierte hierzu ALLBUS Daten aus den Jahren 1988/ 90, 1991/ 92 sowie Daten des CNEP (Comparative National Election Project: Kaase/Klingemann/Pappi) von 1990. Die damals vorherrschende politische Situation in der BRD gilt es bei den Beschreibungen der Nichtwähler-Typen mitzudenken.

Erhebungen (z.B. ALLBUS 1982 und 1984 zu einem Datensatz ALLBUS 1982/84). Da die Anzahl bekennender Nichtwähler bei der CNEP zu klein war, wurden die potentiellen Nichtwähler zu den Nichtwählern hinzu gerechnet. In einem zweiten Schritt konnten neben den im Modell enthaltenen Merkmalen politische Einstellungsmuster näher untersucht werden. Auch wenn Kleinenz auf die Stabilität der Typen hinweist, sind die Fallzahlen der einzelnen Cluster teilweise zu klein, um die einzelnen Typen so detailliert wie Kleinenz dies vornimmt zu beschreiben.¹⁹⁴ Die Evidenz der einzelnen Typen mag zumindest bei Typen zu denen Kleinenz mit kleinen Fallzahlen arbeitet, in Frage gestellt werden.



Quelle: Kleinenz, T.: Die Nichtwähler. Ursachen der sinkenden Wahlbeteiligung in Deutschland. Opladen 1995, S. 202.

¹⁹⁴ Zum Beispiel sind in der CNEP lediglich 12 Fälle dem Typen des aktiven Postmaterialisten zugeordnet. Auch wenn andere Typen größere Fallzahlen haben, sind nicht alle Typen evident.

Kleinhenz arbeitete sieben Nichtwählertypen heraus.¹⁹⁵ Zur besseren Übersicht werden zunächst die wichtigsten sozio-demographischen und sozialpsychologischen Merkmale der Nichtwählertypen tabellarisch zusammengefasst, eine detaillierte Beschreibung folgt.¹⁹⁶

¹⁹⁵ Die Fallzahlen der einzelnen Typen sind bei Kumulation aller verwendeten Datensätze: aktive Postmaterialist N=116, gehobene Jung-Konservative N=139, isolierte Randständige N=284, desinteressierte Passive N=400, saturierte Mittelschicht N=217, junge Individualist N=340, enttäuschte Arbeiterschaft N=190. S. Kleinhenz 1995, S. 247.

¹⁹⁶ Im Unterschied zu den SINUS-Typen, die sich auf die gesamte Gesellschaft beziehen, bildet Kleinhenz Typen von Nichtwählern.

Charakteristika der Nichtwählertypen (ALLBUS 1982/84, 1988/90, 1991/92, CNEP 1990)

	Der aktive Postmaterialist	Der gehobene Jung-Konservative	Der isolierte Randständige	Der desinteressierte Passive	Die saturierte Mittelschicht	Der junge Individualist	Die enttäuschte Arbeiterschaft
<i>Sozio-demographische Merkmale</i>							
Durchschnittsalter	33 Jahre	35 Jahre	48 Jahre	48 Jahre	42 Jahre	34 Jahre	45 Jahre
Bildungsgrad	hoch	hoch	gering	gering	mittel	mittel	gering
Haushaltseinkommen	2.700 DM	3.000 DM	2.200 DM	2.600 DM	3.200 DM	2.800 DM	2.400 DM
<i>Sozio-politische Merkmale</i>							
Politisches Interesse	groß	mittel	gering	gering	mittel	mittel bis gering	groß bis mittel
Parteibindung	keine	keine	keine	ja	teils-teils	keine	teils-teils
Entfremdung	stark	keine	stark	schwach	keine	schwach	stark
Politische Kompetenz	hoch	hoch	gering	gering	mittel	gering	gering
Ingelhart-Index	Postmaterialist	postmat. Mischtyp	mat. Mischtyp	Materialist	mat. Mischtyp	postmat. Mischtyp	mat. Mischtyp
Partizipationsverhalten	aktiv	passiv	sehr passiv	sehr passiv	passiv	passiv	passiv
Links-Rechts-Skala ¹⁹⁷	4.2	5.3	5.8	5.7	5.6	5.3	5.1

Quelle: Kleinhenz, Thomas: Die Nichtwähler. Ursachen der sinkenden Wahlbeteiligung in Deutschland. Opladen 1995, S. 203

Kleinhenz beschreibt die verschiedenen, von ihm identifizierten Nichtwählertypen ausführlich, in der Darstellung seiner Ergebnisse gehe ich vor allem auf die für meine Arbeit relevanten Typen detaillierter ein.

3.2.2.1. Der aktive Postmaterialist

Das bestehende politische System wird vom aktiven Postmaterialisten nicht grundsätzlich abgelehnt, seine politischen Interessenbereiche liegen jedoch

¹⁹⁷ Bei der Links-Rechts-Skala ordnen sich die Befragte auf einer Skala von „1“ links bis zu „10“ rechts politisch ein.

eher bei den Themen Umwelt und Atomkraft, Verteidigung und Abtreibungsrecht. Die Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen¹⁹⁸ führt nicht zur Resignation, sondern vielmehr gekoppelt mit einer als hoch eingeschätzten eigenen politischen Kompetenz und dem Zutrauen, die Verhältnisse ändern zu können, zu aktiver politischer Beteiligung. Bei diesem Nichtwählertyp ist die Wahlenthaltung verbunden mit sehr hohem politischem Interesse und hohem Engagement bei unverfassten Partizipationsformen. Wahlen werden als ineffektives Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele angesehen und somit als Partizipationsmöglichkeit nicht mehr in Anspruch genommen.

3.2.2.2. Der gehobene Jung-Konservative

Trotz mittlerem politischem Interesse ist der gehobene Jung-Konservative aufgrund seines hohen Bildungsgrades sehr gut politisch informiert; das Verfolgen des politischen Tagesgeschehens gehört für ihn zum Lebensalltag dazu. Trotz hohem Vertrauen in die eigene politische Kompetenz mündet dies nicht in den Wunsch nach eigener politischer Aktivität. Das Niveau der Zufriedenheit mit dem politischen System wie auch mit der Bundesregierung ist hoch. Anzeichen politischer oder sozialer Entfremdung sind nicht erkennbar. Mit geringen Ansprüchen gegenüber dem Staat, ist dem Jung-Konservativen vor allem seine Unabhängigkeit wichtig. So sind Parteibindungen und Wahlnorm kaum vorhanden, sowohl politisch als auch privat dominiert das Leistungsdenken. Die Karriere- und Freizeitorientierung steht im Vordergrund, der gehobene Jung-Konservative zeigt ein überdurchschnittliches Engagement in Vereinen.

3.2.2.3. Der isolierte Randständige

Der isolierte Randständige weist alle Merkmale sozialer Randerscheinungen auf. Er nimmt eine extrem ablehnende Haltung gegenüber dem politischen System und gesellschaftlichen Institutionen ein. Der hohe Anteil an Nichterwerbstätigen kommt vor allem durch die hohe Zahl an Rentnern und Hausfrauen zustande. Bei geringem bzw. überhaupt keinem politischem Interesse, hält dieser Typ des Nichtwählers sich für wenig politisch kompetent, identifiziert sich nicht mit einer Partei und ist kaum zu politischem Engagement bereit. Die politische Informiertheit ist gering: $\frac{1}{4}$ der Befragten gaben an, niemals Tagesschau

¹⁹⁸ In diesem Fall mit der CDU-geführten Bundesregierung.

bzw. Heute-Nachrichten im Fernsehen zu verfolgen.¹⁹⁹ Nicht nur Parteien und deren Kandidaten werden als inkompetent eingeschätzt, die bundesrepublikanische Demokratie, das politische System wie auch die Bundesregierung werden durchweg negativ bewertet. Die isolierten Randständigen sind nicht nur politisch sondern auch sozial entfremdet: 80 % sind nicht in Vereinen organisiert, gehen selten oder nie zur Kirche – beides deutet auf eine starke soziale Anomie hin.

„Die hohen Unzufriedenheitswerte sowie die ausgeprägte Anomie sind jedoch weniger Ausdruck einer aktuellen Politikverdrossenheit, sondern ein unspezifisches Gemisch aus Entfremdung, politischer Kompetenzlosigkeit und sozialem Desinteresse. Diese These erhärtet sich bei Fragen, wie beispielsweise den Erwartungen über den Wahlausgang. Drei von vier Randständigen konnten sich vier Wochen vor der Bundestagswahl 1990 kein Bild davon machen, wer gewinnen wird, während in allen anderen Nichtwählersegmenten durchaus eine Mehrheit einen Wahlsieg der christlich-liberalen-Koalition voraussah.“²⁰⁰

Unter den isolierten Randständigen ist der Anteil der Dauer-Nichtwähler mit rund 75 % besonders hoch.

3.2.2.4. Der desinteressierte Passive

Keine ablehnende Haltung zum politischen System einnehmend, ist der desinteressierte Passive mit den politischen Verhältnissen ziemlich zufrieden. Das politische Interesse ist trotz zumeist vorhandener Parteineigung gering. Ansätze von Politik- und Parteienverdrossenheit gekoppelt mit einer als gering empfundenen eigenen politischen Kompetenz sind erkennbar. Ein hohes Maß an Passivität führt zu kaum politischer Partizipation. Obwohl dieser Nichtwählertypus sich politisch in der Mitte einstuft ist die Zustimmung zu „law-and-order“-Einstellungen wie auch zu rechtspopulistischen Meinungen hoch.

3.2.2.5. Die saturierte Mittelschicht

Die saturierte Mittelschicht ist überdurchschnittlich in Vereinen, Verbänden und Gewerkschaften eingebunden. Die politische Zufriedenheit ist, bei mittlerem politischem Interesse und geringer Wichtigkeit von Politik, hoch. Über 50 % dieser Gruppe weisen eine Parteipräferenz auf, 2/3 stimmen der Wahlnorm zu. Die Einstellungen gegenüber Parteien und Politikern sind deutlich positiver

¹⁹⁹ Kleinhenz, T.: Die Nichtwähler. Ursachen der sinkenden Wahlbeteiligung in Deutschland. Opladen 1995, S. 206.

²⁰⁰ Ebda. S. 206 f..

als bei anderen Nichtwählertypen. Trotz einer relativ hoch eingeschätzten eigenen politischen Kompetenz ist die Bereitschaft zu politischer Partizipation gering. Der Wahlverzicht erfolgt vermutlich meist aus kurzfristigen Motiven.

3.2.2.6. Der junge Individualist

Staatsbürgerliche und gesellschaftliche Pflichten werden von dem jungen Individualisten abgelehnt. Trotzdem hat das aktive Engagement im Freizeitbereich eine große Bedeutung. Eine relativ große Distanz zur Politik ist verbunden mit hohen Ansprüchen an den Staat, politische Leistungen werden vor allem output-orientiert bewertet. Sowohl das Parteien- und Politikvertrauen als auch das Vertrauen in Institutionen ist gering. Bei mittlerem bis geringem politischem Interesse werden der eigene politische Einfluss wie auch die eigene politische Kompetenz niedrig eingeschätzt. Der junge Individualist koppelt sich zwar nicht ab, überlässt die aktive Mitsprache jedoch anderen.

3.2.2.7. Die enttäuschte Arbeiterschaft

Die enttäuschte Arbeiterschaft weist keine Tendenzen sozialer Desintegration auf. Ein hoher Grad an politischer Unzufriedenheit ist verbunden mit einem hohen Potential an politischer Entfremdung. Das politische Interesse ist groß, die Informiertheit dementsprechend auch; relativ starke Parteibindungen, überwiegend zur SPD, sind nach wie vor vorhanden. Ca. 60 % dieses Nichtwählersegmentes sind als Dauer-Nichtwähler einzustufen. Trotz der Parteeinigung hin zur SPD werden in den Bereichen Asylrecht, Verbrechensbekämpfung, Drogenkonsum und Homosexualität rechtspopulistische Einstellungen vertreten. Dies erklärt zum Teil, dass sich die enttäuschte Arbeiterschaft von keiner politischen Partei adäquat vertreten fühlt. Die eigene politische Kompetenz wird als gering eingestuft.

„Man fühlt sich von den Politikern alleine gelassen, traut sich selbst aber nicht zu, politisch eine aktive Rolle übernehmen zu können. Die SPD vertritt in vielen Fragen nicht die Interessen und Positionen dieser Menschen. Der CDU wird zwar etwas mehr Kompetenz zugetraut, insgesamt hat die enttäuschte Arbeiterschaft jedoch wenig Vertrauen in die Parteien und ihre Lösungskompetenz. Die Unzufriedenheit mit den politischen Verhältnissen und den politischen Akteuren dürfte, wie in keinem der anderen Segmente, das entscheidende Motiv der Wahlenthaltung sein.“²⁰¹

²⁰¹ Kleinhenz, T.: Die Nichtwähler. Ursachen der sinkenden Wahlbeteiligung in Deutschland. Opladen 1995, S. 211.

Die Gruppe der enttäuschten Arbeiterschaft besteht im Wesentlichen aus der SPD mittlerweile entfremdeten, jedoch traditionellen SPD-Anhängern.²⁰²

Die These der aus der Demokratie ausgestiegenen Nichtwähler könnte am ehesten auf die beiden Typen „isolierter Randständiger“ und „enttäuschte Arbeiterschaft“ zutreffen. Beide weisen einen hohen Grad an Unzufriedenheit mit dem politischen System und eine starke politische Entfremdung auf. Davon ausgehend, dass Nichtwählen nur dann eine Gefährdung für das politische System darstellt, wenn ganze Teile der Bevölkerung nicht mehr wählen, könnte die Wahlenthaltung dieser Gruppen aufgrund ihrer sozialen und ökonomischen Situation eine Gefährdung darstellen. Bezüglich der beiden zu untersuchenden Viertel ist zu prüfen, ob diese beiden Nichtwählertypen tatsächlich so häufig vorkommen, wie anzunehmen ist und wie stark die Ablehnung des politischen Systems, der Demokratie unter ihnen tatsächlich ist.

3.2.3. Ungültig Wählen – eine besondere Form des Nichtwählens?

Der Anteil der ungültigen Stimmen an den abgegebenen Stimmen fällt in der Bundesrepublik mit knapp 1%²⁰³ kaum ins Gewicht. Die Abgabe einer ungültigen Stimme wird mit Unwissen, mangelnder Kenntnis des Wahlverfahrens und versehentlich fehlerhaftem Ausfüllen des Stimmzettels begründet. Als Beleg für diese These werden die deutlich höheren Anteile ungültiger Stimmen bei den Bundestagswahlen bis 1969 sowie bei der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl 1990 angeführt.²⁰⁴

Ungültig Wählen kann jedoch auch eine Form des politischen Protests sein – Bemerkungen auf den Stimmzetteln weisen darauf hin, dass Wähler hierüber ihren Unmut mit der aktuellen Politik und ihren Akteuren zum Ausdruck bringen möchten. Der Anteil der protestierenden, bewussten Nichtwähler unter den ungültig Wählenden lässt sich nicht exakt quantifizieren. Lavies schätzt,

²⁰² Die teilweise vertretenen rechtspopulistischen Positionen wurden in den 1990er Jahren deutlich, als Regionalstudien Hinweise darauf gaben, dass Teile dieses Wählersegmentes zu den kurzfristigen Wahlerfolgen rechter Parteien beigetragen haben.

²⁰³ Ungültige Zweitstimmen bei den BTW von 1972 bis 1987.

²⁰⁴ In Gesamtdeutschland lag der Anteil der ungültigen Stimmen bei 1,1%, in den neuen Bundesländern mit 1,3 bis 1,8% deutlich höher. Statistisches Bundesamt (Hg.): Die Wahl zum 12. Deutschen Bundestag am 2. Dezember 1990. Endgültige Ergebnisse nach Wahlkreisen. Stuttgart 1990.

dass „weniger als 25 Prozent der ungültigen Stimmen“²⁰⁵ bewusst ungültig abgegeben werden. Den Grund für die ungültige Stimmabgabe, statt der mit weniger Aufwand verbundenen Stimmenthaltung sieht Kappmeier im Faktor soziale Kontrolle, der die Wahlbeteiligung erhöht.²⁰⁶ Wie dieser Effekt in Großstädten mit häufig sehr geringer sozialer Kontrolle im direkten persönlichen Umfeld wirkt, lässt Kappmeier offen.

Da Pflichtwerte allgemein und damit zusammenhängend auch das Wahlpflichtbewusstsein abnehmen, ist der Anteil der bewusst ungültig Wählenden, die damit ihre Unzufriedenheit mit den aktuellen Verhältnissen ausdrücken möchten, seit den Untersuchungen von Lavies inzwischen vermutlich gestiegen. Diese Gruppe der ungültig Wählenden müsste sich durch ein hohes politisches Selbstbewusstsein, starkes Gefühl der politischen Selbstwirksamkeit und ein hohes politisches Interesse auszeichnen. Für die Stabilität eines demokratischen Systems ist die Frage, ob diese spezielle Gruppe der Nichtwähler das politische System unterstützt und somit ungültig Wählen als Form der politischen Partizipation, auch des Protests, im Rahmen des Systems versteht.

3.3. Zusammenfassung

Die Analyse der Nichtwählerforschung zeigt, dass Wähler und Nichtwähler sich vor allem hinsichtlich des Grades an politischem Interesse, der Stärke der Parteiidentifikation, der Einstellung zur Wahlpflicht und der Einschätzung der eigenen politischen Kompetenz und Selbstwirksamkeit unterscheiden. Verschiedene Studien konnten hierbei einen eindeutigen Zusammenhang zwischen dem individuellen sozio-ökonomischen Status und den genannten Einstellungen belegen. Je niedriger der Status desto geringer das politische Interesse, die Identifikation mit Parteien, Wahlpflichtwerte, die politische Kompetenz und politische Selbstwirksamkeit. Zusätzlich beeinflussen die politische Zufriedenheit und das Vertrauen in Regierung und politisches System Art und Intensität der politischen Partizipation.

Wie bereits eingangs dargestellt, wird in der politikwissenschaftlichen Forschung vor allem von Klingemann die These vertreten, politische Unzufriedenheit sei ein Potential des demokratischen Systems, hierüber könne Partizipati-

²⁰⁵ Lavies 1968, S. 217.

²⁰⁶ Kappmeier, W.: Konfession und Wahlverhalten: untersucht am Beispiel der Bundestagswahl 1976 und der Landtagswahl 1975 im Saarland. Frankfurt/Main 1984, S. 61/62.

on aktiviert werden.²⁰⁷ Dies ist insbesondere dann nicht der Fall, wenn politische Unzufriedenheit in politische Entfremdung umschlägt. Politische Entfremdung entsteht dann, wenn als wichtig erachtete Werte und demokratische Prinzipien und Regeln als nicht realisiert beurteilt werden. Gerade Personen mit niedrigem sozio-ökonomischem Status dürften von politischer Entfremdung – die das Gefühl eigener politische Ohnmacht und dem Eindruck, das politische System reagiere nicht auf die eigenen Bedürfnisse beinhaltet – betroffen sein.

Von Interesse für die vorliegende Arbeit sind die konjunkturellen Nichtwähler, ihre Wahlenthaltung beruht auf freier, bewusster Entscheidung. Anhand der Variablen sozio-ökonomischer Status, politisches Interesse, Parteiidentifikation, Entfremdung, Wertewandel und Partizipationsverhalten können sieben Nichtwählertypen unterschieden werden. Die Typen „isolierter Randständiger“ und „enttäuschte Arbeiterschaft“ sind von Relevanz für diese Arbeit, aufgrund ihres Partizipationsverhaltens und ihrer politischen Einstellungsmuster steigen sie möglicherweise aus der Demokratie aus, das heißt sie entziehen dem politischen System – wenn auch nicht zwingend bewusst – die politische Unterstützung.

Im empirischen Teil meiner Arbeit werde ich prüfen, ob sich Nichtwähler gegenüber Wählern durch stärkere politische Entfremdung, geringeres politisches Interesse, nicht vorhandene Parteiidentifikation und hinsichtlich ihres Wahlpflichtbewusstseins auszeichnen. Unterscheiden sich diese beiden Gruppen auch in ihrer Unterstützung für das politische System? Welche Rolle spielen ungültig Wählende? Ist diese spezielle Form der Nichtwahl eine zunehmend attraktive Form der politischen Partizipation?

²⁰⁷ Vgl. Kapitel I.1. dieser Arbeit.

II. Methodischer Teil

4. Forschungsdesign

Das Prinzip der repräsentativen Demokratie geht von der Repräsentation aller in einer Demokratie lebenden Bevölkerungsgruppen durch gewählte Repräsentanten oder auch direkte Mitbestimmung der einzelnen Bürger aus. Die Nicht-Beteiligung Einzelner am politischen Willensbildungsprozess stellt hierbei kein Manko für die Demokratie, ihre Legitimität und Stabilität dar. Ein Problem für das demokratische System entsteht erst durch die Nicht-Beteiligung und Nicht-Repräsentation ganzer Bevölkerungsgruppen. Solange dies Gruppen betrifft, bei denen davon ausgegangen werden kann, dass sie anderweitig Einfluss ausüben können, scheint dies weniger problematisch zu sein als bei wirtschaftlich, sozial und politisch aus dem System ausgegrenzten Personen. Ein möglicher Einfluss beispielsweise über soziale Bereiche ist in diesem Fall ausgeschlossen.

International vergleichende Studien zu politischer Partizipation und Zufriedenheit mit der Demokratie als politischem System haben gezeigt, dass die Bürger demokratischer Systeme zwar weltweit in großer Zahl mit der Art und Weise wie Demokratie in ihrem Land umgesetzt wird unzufrieden sind, dies jedoch keinesfalls gleichzusetzen ist mit der grundsätzlichen Ablehnung der Demokratie als Regierungsform und der Bevorzugung beispielsweise eines diktatorischen Systems.²⁰⁸ In der politikwissenschaftlichen Forschung ist die These vom unzufriedenen Demokraten als potentieller Kraft der Reform und des Fortschritts und von daher dem nicht Partizipierenden als einem notwen-

²⁰⁸ Z.B.: International: Klingemann, H.-D.: Unterstützung für die Demokratie: Eine globale Analyse für die 1990er Jahre. In: Lauth, H.-J./Pickel, G./Welzel, C. (Hg.): Demokratiemesung. Konzepte und Befunde im internationalen Vergleich. Wiesbaden 2000. Deutschland: Stöss, R./Niedermayer, O.: Einstellungen zur Demokratie in Berlin und Brandenburg 2002 – 2008 sowie in Gesamtdeutschland 2008. Handout für die Pressekonferenz der Deutschen Paul Lazarsfeld-Gesellschaft und des Otto-Stammer-Zentrums an der Freien Universität Berlin am 25. September 2008.

digen Teil des Gesamtsystems einer Demokratie, weit verbreitet. Auch Nichtwähler, als Teilgruppe der politisch Unzufriedenen werden durchaus positiv als Mobilisierungspool für politische Veränderungen gesehen. Unzufriedene können jedoch keine Mobilisierungsreserve sein, wenn politische und soziale Apathie für den Einzelnen handlungsbestimmend sind und die relativ unproblematische Nicht-Beteiligung zum Ausstieg aus dem politischen Willensbildungsprozess und möglicherweise sogar der Demokratie führt. Bisher konnte in allen Bevölkerungsschichten, vor allem aber auch im Bildungsbürgertum eine relativ große Unzufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie konstatiert werden. In den vergangenen Jahren verlagerte sich die Unzufriedenheit mit dem demokratischen System so wie es heute realisiert ist, hin zu Bevölkerungsgruppen mit eher niedrigem sozio-ökonomischem Status. Da diese Gruppen vom Umbau (besser: Abbau) der sozialen Sicherungssysteme am stärksten betroffen sind, liegt die Vermutung nahe, dass individuell dem politischen System die Unterstützung entzogen wird – vorausgesetzt soziale Absicherung wird als zentraler Bestandteil und zugleich Vorteil des demokratischen Systems angesehen. Es ist denkbar, dass das politische System insgesamt angezweifelt wird, wenn die Demokratie die soziale Absicherung ihrer Bürger nicht mehr leisten kann.

4.1. Fragestellung und Hypothesen

Ausstieg aus der Demokratie – eine Gefahr für Legitimität und somit Stabilität der Demokratie in Deutschland? Ziel meiner Arbeit ist es, empirisch zu untersuchen, ob zum einen ein Teil der deutschen Bevölkerung aus der Demokratie ausgestiegen und zum anderen hierdurch die Legitimität und in der Folge auch die Stabilität der Demokratie in Deutschland gefährdet ist.

Was ist unter „Ausstieg aus der Demokratie“ zu verstehen? Der Begriff des Ausstiegs suggeriert zunächst einen Prozess, den Vorgang des Aussteigens aus dem politischen System der Demokratie. Dieser Prozess kann mit der vorliegenden Arbeit nicht untersucht werden, es geht also vielmehr darum zu analysieren, ob es Bürger gibt, die bereits aus dem demokratischen System, der politischen Gemeinschaft und den hiermit zusammenhängenden demokratischen Prozessen ausgestiegen sind und sich Ausstiegsprozesse bereits in der Bevölkerung verfestigt haben.

Ausgestiegen sind Personen,

- die politisch nicht partizipieren,
- kein Interesse an Politik haben,
- Bürgerpflichten nicht als wichtige Werte anerkennen,
- kein staatsbürgerliches Selbstbewusstsein aufweisen,
- nicht das Gefühl haben auf Politik einwirken zu können und
- dem politischen System, seinen Repräsentanten und der politischen Gemeinschaft weder diffuse noch spezifische politische Unterstützung entgegen bringen.

Eine Gefahr für ein demokratisches System entsteht erst dann, wenn das beschriebene Verhalten und die genannten Einstellungen vor allem in einzelnen bestimmten sozialen Gruppen überwiegend vorliegen. Dabei ist wichtig, dass es sich um soziale Gruppen handelt, die außerhalb politischer Partizipation keine alternativen Einflussmöglichkeiten wahrnehmen, also Personen einer Gruppe die nicht sozial eingebunden bzw. integriert sind.

Ist die Nichtbeteiligung am politischen Willensbildungsprozess – insbesondere die Nichtbeteiligung an Wahlen als der Form politischer Partizipation, die mit dem geringsten Aufwand an Ressourcen verbunden ist – ein Zeichen der Krise des politischen Systems oder sind Personen, die sich nicht beteiligen nicht vielmehr das Potential einer Demokratie, das aktiviert werden kann und für politische Veränderungen zwingend notwendig ist? Handelt es sich also bei sinkenden Beteiligungsquoten um eine Krise der Demokratie oder um demokratisches Potential?

Wie im theoretischen Teil meiner Arbeit ausführlich dargestellt, ist für die Beantwortung dieser Frage, der maßgeblichen Frage dieser Arbeit, die Analyse von insgesamt fünf Faktoren entscheidend:

1. die politische Partizipation,
2. der sozio-ökonomische Status,
3. politische Einstellungen,
4. die soziale Einbindung,
5. die diffuse und spezifische politische Unterstützung.

Die Ausführungen in Kapitel I.1. meiner Arbeit haben gezeigt: Wer nicht wählt, beteiligt sich meist auch nicht in anderer Form am politischen Prozess

der Willensbildung. Die Teilnahme an Wahlen ist die mit dem geringsten Ressourcenaufwand realisierbare Form der politischen Partizipation und gleichzeitig die am weitesten verbreitete. Dennoch steigen die Nichtwähleranteile bei Wahlen in Deutschland – bis auf wenige Ausnahmen wie die Wahl zum deutschen Bundestag 1990 – tendenziell an. Dies als Zeichen einer Krise zu bewerten ist ein vorschnelles Urteil; für die Qualität einer repräsentativen Demokratie ist nicht entscheidend wie hoch der Anteil der Bürger ist, die sich aktiv am politischen Willensbildungsprozess beteiligen. Es gibt kein quantitatives Idealmaß für die Höhe der Wahlbeteiligung. Wichtig ist, dass sich Bürger aller sozialen Gruppen beteiligen und somit demokratisch repräsentiert sind. Eine legitimierte und somit stabile Demokratie ist auf die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger aller sozialen Gruppen angewiesen.

Zahlreiche Studien belegen, dass vor allem Personen mit einem niedrigen sozio-ökonomischen Status nicht politisch partizipieren (s. Kapitel I.2. meiner Arbeit). Das heißt vor allem Personen mit einem niedrigen Bildungsgrad, niedrigem Erwerbsstatus und geringem Einkommen beteiligen sich nicht an der politischen Willensbildung. Daran ändern auch neuere, oft direktere Formen der politischen Beteiligung nichts: In Bürgerinitiativen beispielsweise ist vor allem das Bildungsbürgertum, die Mittelschicht vertreten, statusniedrigen Bürgern fehlen meist die für eine Beteiligung wichtigen Ressourcen Bildung und Zeit. Es ist also davon auszugehen, dass die Gruppe der sozio-ökonomisch schlecht gestellten Bürgerinnen und Bürger politisch nicht partizipiert und durch die Nichtbeteiligung dieser sozialen Gruppe die Legitimität und Stabilität der Demokratie in Deutschland gefährdet ist.

Die Forschung zu Nichtwählern belegt: Personen, die sich politisch nicht beteiligen (insbesondere Nichtwähler) sind selten an eine bestimmte Partei gebunden, interessieren sich nicht oder deutlich weniger als im Vergleich dazu die Wähler für Politik, schätzen ihre politische Kompetenz und Selbstwirksamkeit als gering ein. Im Unterschied zu Wählern, die meist Pflicht- und Ordnungswerte (auch) als wichtig erachten, orientieren sich Nichtwähler häufig an materialistischen und hedonistischen Werten. Politische Einstellungen wie das politische Interesse, politisches Selbstbewusstsein, Wertorientierungen sind entscheidend für die Frage, ob jemand aus der Demokratie ausgestiegen ist oder nicht. Ausgestiegen sind diejenigen, die keinerlei Bindung an die demokratische Politik empfinden – weder an eine bestimmte Partei, noch an die Politik, ihre Themen und Vertreter im Allgemeinen.

Empirische Studien konnten zeigen, dass zum einen die soziale Einbindung in Organisationen, das individuelle „soziale Kapital“, Partizipationsraten bei

statusniedrigen Personen steigern kann, zum anderen, dass soziales Engagement neben der politischen Beteiligung eine Einflussmöglichkeit auf die Gestaltung des Gemeinwesens bietet (s. Kapitel I.2. dieser Arbeit).²⁰⁹ Politik kann hierüber direkter im sozialen Nahbereich, im persönlichen Umfeld mit gestaltet werden.

Im Unterschied zur Wahlbeteiligung ist politische Unterstützung ein gewichtiger Faktor zur Analyse, ob der Einzelne aus der Demokratie aussteigt bzw. ausgestiegen ist oder lediglich punktuell aus (vorübergehender) Unzufriedenheit nicht an Wahlen teilnimmt. Ein politisches System benötigt für sein Funktionieren ein Mindestmaß an diffuser politischer Unterstützung; das System, die politische Ordnung an sich, basiert auf der grundlegenden Zustimmung und Unterstützung der in ihm lebenden Bürger. Anders verhält es sich mit der spezifischen politischen Unterstützung, die ohne tiefgreifende Konsequenzen für das politische System durchaus kurzfristig entzogen werden kann. Der Entzug spezifischer politischer Unterstützung kann ein notwendiger Vorgang sein, wenn in der Umsetzung des politischen Systems Veränderungen möglich sein sollen. Denkbar ist der Entzug spezifischer Unterstützung für die Repräsentanten des politischen Systems, die Folge wäre – vorausgesetzt auch hier handelt es sich um einen zahlenmäßig relevanten Teil der Bevölkerung – die Abwahl der amtierenden Regierung, ein Wechsel der Regierung. Gefährlich für die Demokratie als politisches System sind demnach ausgestiegene Bürger, die dem System die spezifische und die diffuse politische Unterstützung verweigern.

Die Generierung von Thesen für die empirischen Analysen dieser Arbeit erfolgt anhand der beiden Pole „Nichtwahl ist Zeichen einer Krise der Demokratie“ versus „Nichtwähler sind ein Potential für die Demokratie“. Wann ist Beteiligung bzw. Nichtbeteiligung, wann ist der Ausstieg aus der Demokratie, eine Krise der Demokratie, unter welchen Voraussetzungen ist Nichtbeteiligung an der politischen Willensbildung als (notwendiges) Potential des demokratischen Systems zu sehen?

²⁰⁹ Vgl. Putnam, R. D.: *Making Democracy Work. Civic Traditions in Modern Italy*. Princeton, 1993; Putnam, R. D.: *Bowling Alone. America's Declining Social Capital*, in: *Journal of democracy*, 6/ 1995, S. 65-78; Kunz, V./Gabriel, O. W.: *Soziale Integration und politische Partizipation. Das Konzept des Sozialkapitals – Ein brauchbarer Ansatz zur Erklärung politischer Partizipation?* In: Druwe, U./Kühnel, S. M./Kunz, V. (Hg.): *Kontext, Akteur und strategische Interaktion. Untersuchungen zur Organisation politischen Handelns in modernen Gesellschaften*. Opladen, 2000, S. 47-74; Verba, S./Schlozman, K. L./Brady, H. E.: *Voice and Equality: Civic Voluntarism in American Politics*. Cambridge, 1995; Van Deth, J. W.: *Introduction: Social Involvement and democratic Politics*. In: Van Deth, J. W. (Hg.): *Private groups and Public Life. Social Participation, Voluntary Associations, and Political Involvement in Representative Democracies*. London 1997, S. 1-24.

Eine Krise der Demokratie liegt vor, wenn

- Nichtwähler nicht in anderer Form politisch aktiv sind;
- die soziale Gruppe der Bevölkerung der Statusniedrigen nicht politisch partizipiert und somit nicht politisch repräsentiert ist;
- Nichtwähler kein politisches Selbstbewusstsein, kein Gefühl politischer Selbstwirksamkeit und kein politisches Interesse aufweisen und sich keiner Partei verbunden fühlen;
- Nichtwähler nicht über soziale Beteiligung in das Gemeinwesen eingebunden sind;
- Nichtwähler dem politischen System und seinen Repräsentanten die spezifische und diffuse politische Unterstützung entziehen.

Nichtbeteiligung ist dann keine Gefahr, sondern ein Potential für die Demokratie, wenn

- Nichtwähler andere Formen der politischen Partizipation regelmäßig aktiv nutzen;
- die verschiedenen sozialen Gruppen einer Gesellschaft über politische Partizipation an der politischen Willensbildung repräsentiert sind;
- Nichtwähler ein hohes Maß an politischem Selbstbewusstsein und Gefühl der politischen Selbstwirksamkeit aufweisen und sich für Politik interessieren;
- politisch nicht Partizipierende sozial stark eingebunden sind und auf diesem Weg das gesellschaftliche Zusammenleben aktiv mitgestalten;
- das politische System von den Bürgern diffuse Unterstützung erfährt, die Bürger ihre spezifische politische Unterstützung jedoch abhängig von politischen Situationen, Vorgängen und Entscheidungen kurzfristig entziehen.

4.2. Indikatoren

Zur Beantwortung meiner Fragestellung sind fünf Faktoren zu berücksichtigen: Art und Weise sowie Ausmaß der politischen Partizipation insbesondere der Wahlbeteiligung, der sozio-ökonomische Status, politische Einstellungen, die soziale Einbindung, spezifische und diffuse politische Unterstützung.

4.2.1. Nichtwähler als Demokratieaussteiger

These: Der Ausstieg aus der Demokratie ist dann Anzeichen einer Krise der Demokratie, wenn sich Nichtwähler nicht über andere Formen der politischen Partizipation an der politischen Willensbildung beteiligen.

Zur Messung der politischen Partizipation wird zunächst mit der Sonntagsfrage die Wahlabsicht erfragt, also die Frage gestellt was der Einzelne wählen würde, wäre am kommenden Sonntag Bundestagswahl. Neben verschiedenen Parteien kann auch „keine Partei“ und „ich ginge nicht wählen“ angegeben werden. In den beiden letztgenannten Fällen kommt im Ergebnis keiner Partei die jeweilige Stimme zu gute, wobei zwischen einer ungültigen Stimmabgabe („keine Partei“) und der Nichtwahl („ich ginge nicht wählen“) zu differenzieren ist. Es ist davon auszugehen, dass die Beweggründe für die jeweiligen Angaben unterschiedlich sind: Mit einer ungültigen Stimmabgabe wird möglicherweise das Ziel verbunden, der eigenen Unzufriedenheit Ausdruck zu verleihen; Nichtwahl kann nicht nur das Kundtun von Unzufriedenheit, sondern auch Anzeichen und Ausdruck politischer Apathie sein. Für die Analyse gilt es also die drei Gruppen Wähler, Nichtwähler und ungültig Wählende zu unterscheiden.

Fraglich ist, ob Personen die nicht oder auch ungültig wählen andere Möglichkeiten der politischen Partizipation alternativ nutzen und lediglich die Beteiligung an Wahlen bzw. die gültige Stimmabgabe verweigern. Zur Untersuchung dieser Frage wird danach gefragt, welche der verschiedenen Formen von politischer Partizipation bereits in der Vergangenheit ausgeübt wurden. Dabei sind grundsätzlich parteibezogene, legale und illegale Möglichkeiten der politischen Beteiligung zu unterscheiden. Zu den parteibezogenen Beteiligungsformen zählen die Unterstützung einer Partei und die Unterstützung von Abgeordneten, weitere legale Aktivitätsmöglichkeiten sind die Beteiligung an Unterschriftensammlungen, die Teilnahme an einer genehmigten Demonstration, das Schreiben von Leserbriefen, die Beteiligung an einer Bürgerinitiative. Als illegale Formen politischer Partizipation stehen die Teilnahme an einer

gewalttätigen Demonstration und die Blockade des Straßenverkehrs zur Auswahl. Ziel der Auswertung und Analyse der Wahlbeteiligung und politischen Partizipation ist herauszufinden, ob sich Wähler, Nichtwähler und ungültig Wählende in der Art und Weise sowie im Umfang ihrer Beteiligung an den verschiedenen Formen der Beteiligung unterscheiden, ob Nichtwähler und ungültig Wählende politisch partizipieren obwohl sie auf die Abgabe ihrer Stimme verzichten und die Frage zu beantworten, ob auch für die hier untersuchte Population gilt, dass wer sich nicht an Wahlen beteiligt, sich auch nicht anderweitig in den politischen Willensbildungsprozess einbringt. In diesem Zusammenhang gilt es auch zu analysieren, ob Unzufriedene eine deutliche Präferenz für legale-nicht-parteibezogene oder für illegale Formen der politischen Partizipation aufweisen.

4.2.2. Die soziale Gruppe der Statusniedrigen

These: Ausgestiegene Bürgerinnen und Bürger sind dann eine Gefahr für den Bestand der Demokratie, wenn die soziale Gruppe der Statusniedrigen nicht politisch partizipiert und nicht politisch repräsentiert ist.

Der sozio-ökonomische Status wird anhand der Variablen Bildungsabschluss, Berufsabschluss und Erwerbstätigkeit gemessen. Dabei wird jeweils der höchste bislang erworbene Bildungsabschluss sowie der höchste Berufs- und Ausbildungsabschluss erfragt. Erwerbstätigkeit wird differenziert nach Vollzeit-, Teilzeit- und Nicht-Erwerbstätigkeit erhoben. Die Erhebung des Nettohaushaltseinkommens ist erfahrungsgemäß mit Problemen was die Aussagekraft der Antworten anbelangt, behaftet: Zum einen ist die Quote der Antwortverweigerer meist relativ hoch; hinzu kommt, dass mit einem größeren Anteil an falschen Angaben gerechnet werden muss. Aus Scham aufgrund eines sehr niedrigen Einkommens wird das reale Einkommen nach oben korrigiert, aus Angst beispielsweise vor dem Finanzamt werden reale Einkommen jedoch durchaus auch nach unten verfälscht angegeben. Valide Aussagen zum Einkommen und zu den tatsächlich zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln sind demzufolge kaum möglich. Als „harte“ im Sinne von validen Faktoren zur Messung des individuellen sozio-ökonomischen Status gehen deshalb im Unterschied zu anderen Studien der Bildungs- und Berufsabschluss sowie der Grad der Erwerbstätigkeit in die Untersuchung ein.

Zusätzlich zur objektiven individuellen wirtschaftlichen Lage, gemessen über den sozio-ökonomischen Status, ist für mögliche Effekte auf politische Einstel-

lungen und Verhaltensweisen auch die subjektive Einschätzung der persönlichen wirtschaftlichen Lage von Interesse. Nicht tatsächliche sozio-ökonomische Benachteiligung, sondern eine als sozial ungerecht empfundene Gesellschaft und Politik wird in Studien als Einflussfaktor für politische Teilhabe identifiziert. Wer sich benachteiligt fühlt, wenig Chancen sieht, dass sich die eigene Lage in Zukunft ändert, nimmt den Staat, die Demokratie nicht als Einlöser des Versprechens Chancengleichheit und Wohlstand für alle zu sichern, wahr. Die Folge kann Enttäuschung, Frust, Unzufriedenheit mit der Demokratie und politische Apathie sein. Es gilt festzustellen, ob der Ausstieg aus der Demokratie mit einer subjektiv negativ eingeschätzten wirtschaftlichen Lage einhergeht und inwieweit der objektiv messbare sozio-ökonomische Status sowohl mit der subjektiven Einschätzung als auch mit der Beteiligung am politischen Willensbildungsprozess korreliert. Steigen vor allem die tatsächlich statusniedrigen Bürgerinnen und Bürger aus oder ist für die Frage des Ausstiegs die persönliche Bewertung der eigenen Lage entscheidendes Kriterium?

4.2.3. Aus der Demokratie aussteigende die Bürger

These: Bürgerinnen und Bürger können dann als aus der Demokratie ausgestiegen gelten, wenn sie sich nicht politisch beteiligen, kein politisches Selbstbewusstsein, kein Gefühl politischer Selbstwirksamkeit und kein politisches Interesse aufweisen sowie sich keiner Partei verbunden fühlen.

Zur Beurteilung ob der Einzelne aus der Demokratie ausgestiegen ist oder nicht sind politische Einstellungen ein entscheidender Faktor.²¹⁰ Nur wer sich keiner Partei verbunden fühlt, sich nicht für politische Belange interessiert, sich weder für politisch kompetent noch für selbstwirksam hält, kann als aus der Demokratie ausgestiegen bezeichnet werden. Studien haben gezeigt, dass Wähler sich im Gegensatz zu Nichtwählern durch eine starke Orientierung an Pflichtwerten auszeichnen.

Angesichts insgesamt zurückgehender Parteibindungen in den westlichen Demokratien, ist zu untersuchen ob sich die drei Gruppen (Wähler, Nichtwähler und ungültig Wählende) in ihrer Bindung an Parteien unterscheiden. Dabei geht es darum zu fragen, ob sich der Einzelne einer Partei besonders verbunden fühlt oder ob dies nicht zutrifft. Hierbei handelt es sich um einen eher

²¹⁰ Die Variablen zur Messung politischer Einstellungen werden im empirischen Teil einzeln analysiert, es wird kein Index „politische Einstellungen“ gebildet.

schwachen Indikator für den Demokratie-Ausstieg, mit Unterschieden zwischen den drei zu analysierenden Gruppen ist dennoch zu rechnen.

Das Maß in dem sich der Einzelne für Politik und politische Belange interessiert, ist einer der entscheidenden Faktoren, welche Handlungsoption bei Unzufriedenheit mit dem politischen System und seiner Umsetzung gewählt wird. Der unzufriedene und politisch interessierte Bürger geht zwar nicht mehr zur Wahl, hierbei handelt es sich jedoch um eine bewusste Entscheidung, die mit dem Ziel seinem Unmut Ausdruck zu verleihen, zu protestieren, verbunden ist. Unzufriedene, politisch desinteressierte Bürger sind, zumindest politisch apathisch, aus der Politik – wenn auch nicht zwingend aus der Demokratie – ausgestiegen. Das Interesse für Politik ist ein zentraler Indikator zur Beantwortung der Frage zu welcher Reaktion politische Unzufriedenheit beim Einzelnen führt.

„Political Efficacy“ ist ein Indikator mit zwei Dimensionen: „internal efficacy“ misst inwieweit sich jemand für politisch kompetent hält, mit „internal efficacy“ wird das politische Selbstbewusstsein erhoben. „External efficacy“ misst, ob und wie stark jemand der Meinung ist, Politik reagiere auf die eigenen politischen Wünsche und Bedürfnisse, es wird also das Gefühl politischer Selbstwirksamkeit erhoben. Fällt beides niedrig aus, fühlt sich jemand weder politisch kompetent noch ist er der Meinung mit seinem Handeln und Tun Einfluss auf die Politik ausüben zu können, so fällt es schwer, Gründe für die Beteiligung am Prozess der politischen Willenbildung zu finden. Wer weder meint politische Vorgänge zu verstehen, noch davon überzeugt ist Politik reagiere auf den Willen der Bürger, ist demokratischen Prozessen zumindest entfremdet, wenn nicht gar politisch ausgestiegen. Von einer gelungenen Integration in die Demokratie kann dann nicht die Rede sein.

Wie schon zuvor gilt auch für die Indikatoren mit denen die politischen Einstellungen Parteiverbundenheit, politisches Interesse, politisches Selbstbewusstsein und politische Selbstwirksamkeit erhoben werden zu analysieren, ob und wenn ja in welchen Einstellungen sich Wähler, Nichtwähler und ungültig Wählende unterscheiden. Spiegelt sich die Beteiligung an politischen Prozessen auch in den politischen Einstellungen wider oder ist der Zusammenhang zwischen Einstellungen und Verhalten eher geringfügig bis nicht vorhanden?

4.2.4. Politische und soziale Apathie im Einklang

These: Wenn politische mit sozialer Apathie einhergeht, sind Nichtwähler nicht in das Gemeinwesen eingebunden und können als umfassend, das heißt auch aus der politischen Gemeinschaft ausgestiegen gelten.

Eine Verlagerung der Aktivitäten für die Gemeinschaft vom Politischen ins Soziale ist grundsätzlich denkbar. Möglich ist auch, dass – wie bereits mehrfach empirische Studien belegt haben – der Grundsatz gilt, wer sozial partizipiert, sich auch politisch beteiligt. Zur Beantwortung der Frage, ob aus der Politik ausgestiegene Bürger auch sozial ausgestiegen sind, also von einer allgemeinen und umfassenden Apathie ausgegangen werden muss, ist zu analysieren wie stark jemand gesellschaftlich eingebunden ist. Einer der häufig verwendeten Indikatoren sozialer Einbindung ist der Familienstand: Allein lebende Menschen gelten als weniger sozial integriert als in Familien mit Kindern lebende Personen. Inwieweit dieser Indikator in Zeiten einer wachsenden Anzahl von Singlehaushalten tragfähig ist, bleibt zu prüfen. Aussagekräftigere Indikatoren sind die Mitgliedschaft und Aktivität in Organisationen und Vereinen sowie Art und Intensität von Kontakten mit der Nachbarschaft.

Neben diesen objektiven Faktoren sozialer Integration spielt das Gefühl teilzuhaben eine wichtige Rolle: Wer sich nicht als Teil der Gemeinschaft fühlt, hat kaum Anlass sich an der Gestaltung des Gemeinwesens auf der politischen und/oder sozialen Ebene einzubringen. Differenziert nach den Wahlverhaltensstypen stellt sich die (zu beantwortende) Frage, ob politisch ausgestiegene auch sozial ausgestiegen sind oder ob im Gegenteil der politische Ausstieg über ein hohes soziales Engagement kompensiert wird.

4.2.5. Krise des politischen Systems

These: Eine Krise des politischen Systems kann dann konstatiert werden, wenn Nichtwähler dem politischen System und seinen Repräsentanten die spezifische und diffuse politische Unterstützung entziehen.

Das politische System einer Demokratie ist stabil, wenn es in den Augen der überwiegenden Mehrheit seiner Bürger als legitimiert bewertet wird. Die politische Unterstützung der Bürger für das System, seine Institutionen und Repräsentanten/Autoritäten sichert die Legitimität der Demokratie und

somit ihre langfristige Stabilität. Politische Unterstützung ist nach Easton²¹¹ in langfristig angelegte diffuse politische Unterstützung und kurzfristig veränderbare spezifische politische Unterstützung zu differenzieren. Diffuse politische Unterstützung als grundlegende Zustimmung zum politischen System und seinen Institutionen an sich wird über zwei Indikatoren gemessen:

1. Das Vertrauen in die verschiedenen Institutionen des Systems und
2. die Bewertung der Relevanz verschiedener demokratischer Normen.

Dem zugrunde liegt die Frage: Unterstützen die Bürger das System, seine grundlegenden Normen und Werte „for its own sake“?

Die Frage nach der Zufriedenheit mit der Demokratie im Allgemeinen so wie sie aktuell in Deutschland umgesetzt wird ist ein Indikator für diffus-spezifische politische Unterstützung: Der erste Teil der Frage ist der Ebene der diffusen politischen Unterstützung für das politische System zuzuordnen, der zweite Teil bezieht sich auf die outputs, die konkrete Umsetzung der Demokratie durch die politischen Entscheidungsträger, auf die spezifische politische Unterstützung.

Die spezifische politische Unterstützung speist sich aus der Zufriedenheit des Bürgers mit den outputs des politischen Systems und hängt somit stark davon ab, in welchem Maß das System, seine Institutionen und Autoritäten auf die Bedürfnisse („demands“) seiner Bürger eingehen und diese bei Entscheidungen berücksichtigen. Spezifische politische Unterstützung kann kurzfristig entzogen und auch wieder gewährt werden – sie ist die Einstellung, die politische Veränderungen ermöglicht bzw. begleitet. Indikator spezifischer politischer Unterstützung ist die Frage nach der Gewährleistung der als wichtig erachteten demokratischen Normen. Je höher die Differenz zwischen der Einschätzung der Relevanz demokratischer Normen und deren konkreter Gewährleistung, desto größer das wahrgenommene Demokratiedefizit.

Personen, die dem System, seinen Institutionen und Autoritäten keine spezifische politische Unterstützung entgegen bringen, weisen ein hohes Demokratiedefizit auch bei de facto in Deutschland per Grundgesetz gewährleisteten demokratischen Normen auf.²¹² Keine diffus-spezifische politische Unterstützung liegt vor, wenn die Zufriedenheit mit der Demokratie so wie sie allgemein aktuell umgesetzt wird gering ist. Personen, die weder den Institutionen vertrauen, noch zentrale demokratische Normen für wichtig erachten, zeigen kei-

²¹¹ Zum Konzept politischer Unterstützung nach Easton siehe auch Kapitel I.1. dieser Arbeit.

²¹² Vgl. Kapitel III.10. dieser Arbeit.

ne grundlegende Zustimmung zum politischen System, bringen ihm keine diffuse Unterstützung entgegen.

Können die aus der Theorie abgeleiteten Vermutungen, weder diffuse noch spezifische politische Unterstützung bei Nichtwählern, lediglich diffuse politische Unterstützung bei ungültig Wählenden und diffuse und spezifische Unterstützung bei Wählern bestätigt werden? Falls ja und falls sich dies anhand der weiteren Indikatoren verdichten lässt, können die Wähler als vorbildliche Demokraten, die ungültig Wählenden als schwer berechenbare unzufriedene Gruppe und die Nichtwähler als apathisch Hoffnungslose charakterisiert werden? Im Schlusskapitel dieser Arbeit werde ich die aufgeworfenen Fragen beantworten.

4.3. Methodik

Qualitativ angelegte Untersuchungen eignen sich vor allem zur Ergründung eines bisher wenig erforschten Gebietes und der tiefergehenden Analyse neuer Phänomene, quantitativ angelegte Studien ermöglichen dagegen Aussagen zu bereits bekannten Phänomenen mit bereits entwickelten Theorien auf breiter Befragungsbasis. Aufgrund der dieser Arbeit zugrunde liegenden, die Einstellungen und Verhaltensweisen von Bürgern in einem politischen System betreffenden, Fragestellung ist eine quantitative Herangehensweise erforderlich – von Interesse sind die großen Linien und Mengen, die quantitative Verteilung. Detaillierte Informationen zur Motivation können vernachlässigt werden. Für eine Untersuchung der Frage nach einer möglichen Gefährdung des politischen Systems durch aus der Demokratie aussteigende Bevölkerungsgruppen muss eine größere Population als dies mittels qualitativer Methoden möglich wäre, befragt werden.

Auch wenn sich die Fragestellung dieser Arbeit grundsätzlich auf einen (konstatierten) sozialen Wandel bezieht, liegt der Schwerpunkt nicht auf der Untersuchung des Wandels an sich, von Effekten und Einflußgrößen des Wandels. Da vor allem der IST-Zustand relevant ist, überwiegen die Vorzüge einer als Querschnitt angelegten Erhebung gegenüber der Trend- oder Panelanalyse.

In der empirischen Sozialforschung werden Einstellungen hauptsächlich über Befragungen erhoben. Anders verhält es sich mit der für diese Arbeit notwendigen Erhebung von Verhaltensweisen wie bspw. der politischen Partizipation. Art und Ausmaß von Verhalten kann sowohl über Befragung wie auch

über Beobachtung festgestellt werden. Für meine Arbeit werden alle interessierenden Variablen in einer einzigen Erhebung erfasst, das heißt für diese Untersuchung werden Grundvariablen, Einstellungen und Verhaltensweisen mittels Befragung erhoben.

Das face-to-face-Interview gilt als Befragungsmethode, die die zuverlässigsten Daten erfasst: Durch die Anwesenheit eines Interviewers ist sichergestellt, dass die Zielperson auch tatsächlich auf die gestellten Fragen antwortet (und nicht bspw. der Ehemann oder die Wohngemeinschaft in Kooperation), bei Bedarf können einzelne Fragen gemäß Vorgaben durch den Interviewer direkt erklärt werden, die Schwelle zur Nicht-Beantwortung einzelner Fragen ist höher – die Verweigerungsquoten sind entsprechend niedriger. Gegen die aktuell am weitesten verbreitete Form der Befragung mittels Telefoninterview spricht die Komplexität der einzelnen Indikatoren, vor allem der notwendigerweise langen Itematterie zu demokratischen Normen, deren Relevanz und wahrgenommener Realisierung. Dagegen spricht auch ein Bias, der sich vor allem bei älteren Menschen und Personen mit niedrigem sozialem Status verweigernd auswirkt. Wie bereits bei der Entscheidung für eine quantitative Befragung handelt es sich bei der zu bearbeitenden Thematik um ein bereits weitestgehend beforschtes Untersuchungsfeld. Getestete Skalen liegen für alle erforderlichen Indikatoren vor, so dass die Verwendung eines standardisierten Fragebogens möglich ist. Die verhältnismäßig zeit- und kostenintensive Methode des face-to-face-Interviews konnte unter anderem auch gewählt werden, weil die Erhebung in eine Befragung im Rahmen eines DFG-Forschungsprojektes eingebettet werden konnte.

4.4. Grundgesamtheit

Ein wesentliches Merkmal der notwendigen Grundgesamtheit ergibt sich aus der Untersuchung politischer Partizipation: Nur volljährige Deutsche können (zumindest theoretisch) in vollem Umfang am politischen Willensbildungsprozess teilnehmen. Von besonderem Interesse für die Untersuchung sind Personen mit eher niedrigem sozio-ökonomischem Status, und bei denen auf Basis der Aggregatdaten vermutet werden kann, dass ein verhältnismäßig großer Anteil sich nicht an Wahlen beteiligt. In Gebieten mit besonderem Entwicklungsbedarf, die meist eher niedrige Beteiligungsquoten aufweisen, kann mit verhältnismäßig geringem Aufwand die Befragung der erforderlichen Zahl an Personen mit niedrigem sozio-ökonomischem Status durchgeführt werden. Es

erscheint aus mehreren Gründen sinnvoll, die Datenerhebung auf entsprechende Stadtviertel deutscher Großstädte zu konzentrieren: Möglichkeiten zu verschiedenen, insbesondere unkonventionellen Formen politischer Partizipation (auch Bürgerinitiativen, Demonstrationen, etc.) sind im städtischen Raum eher gegeben; ein Einfluss auf das Partizipationsverhalten durch Faktoren wie sozialen Druck kann in anonymeren Stadträumen als geringer eingeschätzt werden und letztlich der pragmatische Grund einer größeren möglichen Anzahl Interviews auf weniger Raum.

Die Grundgesamtheit zu der mittels der vorliegenden Arbeit Aussagen möglich sind, umfasst volljährige, in Privathaushalten in als sozio-ökonomisch benachteiligt geltenden Stadtvierteln wohnende Deutsche.

5. Datenbasis

Die in der vorliegenden Arbeit verwendeten Daten wurden im Rahmen des DFG-Projektes „Öffentliche Gewalt im Stadtquartier“ am Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld erhoben. Es handelt sich um eine quantitative Querschnittsbefragung zu den inhaltlichen Komplexen Wohnen, Kriminalität, Wirtschaft und Politik und ehrenamtliches Engagement. Die einzelnen Bereiche wurden dabei von den Projektmitarbeitern bearbeitet, alle Mitarbeiter erhielten die Möglichkeit, eine Mindestanzahl an Fragen zur Verfolgung ihrer Dissertationsprojekte einzubringen. Anhand eines innerhalb des Projektes entworfenen Fragebogens wurde durch geschulte Interviewer per face-to-face Interview die Befragung durchgeführt. Befragt wurden überwiegend deutsche Bewohner dreier Stadtviertel, die als „Stadtviertel mit besonderem Entwicklungsbedarf“ (Terminologie des Bund-Länder-Programms Soziale Stadt) eingestuft werden können. Für meine Fragestellung werden lediglich die Daten zu den deutschen Staatsangehörigen ausgewertet, da nur Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit die Möglichkeit zur vollen politischen Partizipation haben.

5.1. Stichprobe

Im Mittelpunkt des Interesses stehen sozio-ökonomisch benachteiligte Bevölkerungsgruppen, da gerade von diesen angenommen wird, dass die politische Unzufriedenheit groß ist. Alle Möglichkeiten der politischen Partizipation haben lediglich volljährige deutsche Staatsangehörige. Die angestrebte Grundgesamtheit sind demnach in sozio-ökonomisch benachteiligten Stadtvierteln lebende, volljährige deutsche Staatsbürger. In Stadtvierteln, die als „Gebiete mit besonderem Entwicklungsbedarf“ gelten kann davon ausgegangen werden, dass ein relativ großer Teil der Population sozio-ökonomisch benachteiligt ist.

Aus den amtlichen Melderegistern der Städte Duisburg, Frankfurt/Main und Halle/Saale wurden Zufallsstichproben aus der deutschen (bzw. türkischen) Population ausgewählter Stadtviertel gezogen. Dafür wurden die Einwohnermeldeämter um die Ziehung einer Zufallsstichprobe aus den amtlich in den einzelnen Vierteln gemeldeten Personen gebeten. Da in der Forschung mit Rücklaufquoten von ca. 10% gerechnet wird und 300 Interviews je Viertel rea-

lisiert werden sollten, wurden je Stadtviertel 3.000 Adressen gezogen. Die Stichprobe beinhaltete Name und Adresse der Personen, sowie Angaben zu Geschlecht und Geburtsjahr. Letzteres ermöglichte eine Kontrolle der Interviewer, da die Information „Geburtsjahr“ nicht an diese weitergegeben, im Fragebogen jedoch abgefragt wurde. Die Repräsentativität der gezogenen Stichproben wurde anhand der Daten der Ämter für Statistik hinsichtlich der Alters- und Geschlechterverteilung überprüft. Auf dieser Basis wurde ein Quotenplan zur Durchführung der Interviews erarbeitet, der die Verteilung der Befragten gemäß der tatsächlichen Verteilung innerhalb der Stadtviertel und somit die Repräsentativität (zumindest für die deutsche Teilpopulation und die Aspekte Alter und Geschlecht) gewährleistet. Innerhalb der nach Geschlecht und Alter gebildeten Gruppen wurde wiederum eine Zufallssortierung vorgenommen, so dass die Jahrgänge der jeweiligen Altersgruppe gemischt wurden. Auf diese Weise entstanden acht Gruppen, die jeweils wiederum in Pakete unterteilt wurden, um den Interviewern Adresspakete von insgesamt je zwölf Adressen zur Verfügung stellen zu können.

Aus der Anlage der Untersuchung und somit auch der Stichprobenziehung folgt, dass zu einzelnen (möglicherweise durchaus interessanten) Aspekten keine Aussagen möglich sind. Insbesondere betrifft dies Aussagen zu

- im ländlichen Raum lebenden Deutschen,
- Wahlverhalten der deutschen Oberschicht,
- Jugendlichen, die unter 18 Jahre alt sind,
- ausländischen Mitbürgern, die mit geringfügigen Ausnahmen kein Recht auf eine Beteiligung am politischen Willensbildungsprozess in Deutschland haben.²¹³

5.2. Erhebung

Aufgrund der räumlichen Entfernung der Untersuchungsgebiete zu den Projektstandorten Halle/Saale und Bielefeld wurden in einem nächsten Schritt die sozialwissenschaftlichen Fakultäten der jeweiligen ortsansässigen Universitä-

²¹³ Eine Ausnahme hiervon sind EU-Ausländer, die Wahlrecht auf kommunaler und auf EU-Ebene haben.

ten und später auch die Arbeitsämter für die Rekrutierung von Interviewern um Hilfe gebeten. Insgesamt erwiesen sich beide Varianten als schwierig, die Rekrutierung von Interviewern musste in allen drei Untersuchungsgebieten mehrfach wiederholt werden. Die Interviewer wurden in einer mehrstündigen Veranstaltung intensiv geschult und während der Befragung durchgehend, auch vor Ort, betreut. Die Betreuung umfasste regelmäßige Treffen bei denen die Interviewer von Schwierigkeiten und Problemen aber auch von besonderen Vorkommnissen berichten konnten. Die Interviewer nutzten die Treffen auch zum Austausch und zur gegenseitigen Beratung untereinander. Zur Erhöhung der Rücklaufquote wurden die zu Interviewenden vor der Kontaktaufnahme mittels eines Anschreibens über das Forschungsvorhaben informiert. Gerade bei älteren Personen erwiesen sich ein zusätzliches telefonisches Informationsgespräch und eine Terminabsprache mit Angabe des Namens des Interviewers als hilfreich.

Die Feldphase wurde im Juni/Juli 2004 durchgeführt. Nach Abschluss der Erhebung wurden die Daten von einer externen Firma in eine Datenbank eingegeben. Die beauftragten Dateneingabekräfte waren bereits mehrfach für das Institut tätig gewesen und hatten sich stets als äußerst sorgfältig und zuverlässig erwiesen. Die Projektmitarbeiter prüften im Anschluss anhand der vorliegenden Originalfragebögen stichprobenartig die eingegebenen Daten auf Fehler. Dabei konnten keine Eingabefehler festgestellt werden.

Exkurs: Beschreibung der untersuchten Stadtviertel²¹⁴

Überproportional häufig wohnen Personen mit niedrigem sozio-ökonomischem Status in ehemaligen Arbeitervierteln, die sich in den letzten Jahrzehnten häufig zu ‚Mehrproblemgebieten‘²¹⁵ entwickelt haben. Mehrproblemgebiete sind durch einen hohen Anteil an Personen mit niedrigem sozio-ökonomischem Status, schlechten bzw. geringen ökonomischen Chancen für die Bewohner und einer häufig maroden Bebauung mit wenig Erholungsraum bzw. Grünflächen gekennzeichnet. Die Infrastrukturausstattung mit Schulen, Geschäften, Nahverkehr und Freizeiteinrichtungen ist gemessen am Bedarf der Bewohner meist unzureichend.

Soziale Strukturen wie Begegnungsmöglichkeiten und soziale Stütz- und Hilfsangebote können ein Ausgleich für Mankos in der Ausstattung und Infrastruktur eines Viertels sein. Die Bevölkerung kann hierüber unter anderem aktiv an der Verbesserung der eigenen Situation mitwirken und Lösungen für Probleme angehen. Stabile soziale Netzwerke wie beispielsweise eine starke Vereinsstruktur können nicht vorhandene Freizeitangebote ersetzen. Dort, wo derartige Möglichkeiten nicht gegeben sind, stellt sich die Lebenssituation der Bewohner besonders aussichtslos dar.

Die untersuchten und im Folgenden näher beschriebenen Stadtviertel gelten im jeweiligen städtischen Kontext als Mehrproblemgebiete bzw. als sozio-ökonomisch benachteiligte Stadtviertel. Deutlich wird dies auch daran, dass alle drei Stadtviertel am Bund-Länder-Programm ‚Soziale Stadt‘ teilnehmen. Das Programm wurde für Gebiete konzipiert, bei denen insbesondere Defizite im Bereich der physischen Wohnsituation, der Lebenschancen der Bewoh-

²¹⁴ Zu den folgenden Ausführungen vergleiche: Heitmeyer, W./Kock, S./Marth, J./Schroth, A./van de Wetering, D.: Strukturanalysen und subjektive Beschreibungen des Lebens in den Stadtteilen, in: Heitmeyer, W./Kock, S./Marth, J./Thöle, U./Thome, H./Schroth, A./van de Wetering, D.: Gewalt in öffentlichen Räumen. Zum Einfluss von Bevölkerungs- und Siedlungsstrukturen in städtischen Wohnquartieren. Wiesbaden 2012, S. 21 ff.

²¹⁵ S. Hennig, E./Lohde-Reiff, R./Völker, M.: Zufriedenheit und Sicherheit in Frankfurter Stadträumen. Eine Analyse der Frankfurter Bürgerbefragung, in: frankfurter statistische berichte, 60. Jg. 1998, Heft 4, S. 253-277.

ner(innen), der wirtschaftlichen Situation im Stadtteil (Arbeitsmarkt) beobachtet werden bzw. eine Verschlechterung befürchtet wird.

Anhand verfügbarer Aggregatdaten²¹⁶ wird die sozial-strukturelle und ökonomische Situation in den drei Stadtvierteln Duisburg-Marxloh, Frankfurt-Gallus und Halle-Silberhöhe beschrieben. Ziel ist es, einen Eindruck der untersuchten Stadtviertel zu vermitteln.

Duisburg-Marxloh

Bebauungsstruktur

Der immense Strukturwandel des Ruhrgebietes in den vergangenen Jahrzehnten, in dessen Zug die traditionellen Industriezweige ihre starke Bedeutung als Arbeitgeber verloren, ist auch an Duisburg nicht vorüber gegangen. Die spezifischen Auswirkungen der sozioökonomischen Umstrukturierungsprozesse in der Region schlugen sich in Form kleinräumiger sozialer Benachteiligung vor allem im Norden Duisburgs nieder. Hier sind nach und nach Gebiete entstanden, die sich durch eine Ballung kritischer ökonomischer, sozialer und kultureller Lebenslagen auszeichnen – so auch der untersuchte Stadtteil Marxloh.

Das Viertel ist ein klassischer ehemaliger Arbeiterstadtteil mit dem Erscheinungsbild und der Struktur einer Kleinstadt. Marxloh umfasst ein Gebiet von 758 ha.

²¹⁶ Datenbasis sind die Informationen der Statistischen Ämter der einzelnen Städte sowie Literatur- und Internetrecherchen. Die unterschiedliche Datenbasis in den Städten ist problematisch: Jede Stadt erfasst andere Daten zu anderen Zeitpunkten, d.h. die Daten sind nur bedingt miteinander vergleichbar, weshalb eine detaillierte vergleichende Beschreibung nicht möglich ist.



Von zwei Seiten ist das Viertel von (ehemaligen) Werksgeländen der Schwerindustrie umschlossen und so – obwohl nur wenige hundert Meter entfernt – vom Rhein abgeschnitten. Hinzu kommt, dass der Stadtteil durch die Duisburger Stadtautobahn A 59 sichtbar (und hörbar) geteilt wird. Die Präsenz der Industrie zeigt sich in der Flächenstruktur Marxlohs: Mit 46,2 % der Gesamtfläche überwiegt in Marxloh die gewerblich-industrielle Nutzung, knapp 30 % entfallen auf Straßen und andere technische Infrastruktur. Der Anteil der Grünflächen im Stadtteil liegt bei etwa 15,4 %, allerdings handelt es sich hier fast ausschließlich um private Nutzungsflächen, die nicht als öffentlicher Erholungsraum zur Verfügung stehen. Reine Wohnflächen werden lediglich mit 9,3 % ausgewiesen.

Das Zentrum Marxlohs ist geprägt durch die Geschäftshäuser rund um das so genannte Pollmannkreuz. Die Bebauung im Zentrum besteht überwiegend aus drei- bis viergeschossigen Häusern aus der Gründerzeit. In den Randgebieten Marxlohs sind einige Bereiche von der Architektur des ehemaligen Werkswohnungsbaus geprägt, vereinzelt finden sich auch Gebäude aus den 1970er und 80er Jahren. Insgesamt wird Marxloh jedoch von Bauten aus den 1950er und 60er Jahren dominiert, die bis zu 60 % der Bebauungsfläche ausmachen. Neben dem gedrängten Bild in Marxloh allgemein, ist lediglich östlich des Jubiläumshains eine eher aufgelockerte Bebauung zu finden.

Im Auftrag der Stadt Duisburg hat die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Deloitte & Touche im Rahmen von Vorbereitungsuntersuchungen für ein Sanierungskonzept für den Duisburger Norden eine Wohnbedarfsanalyse unter an-

derem auch für Marxloh verfasst und hierbei festgestellt, dass der Gebäudeleerstand in Marxloh im Jahr 2007 im Vergleich zum gesamtstädtischen Mittel mit 7,2 % etwa doppelt so hoch ist. Dort, wo ein besonders hoher Leerstand zu verzeichnen ist, zeigen die Quartiersbereiche Tendenz zu städtebaulichen Missständen.²¹⁷ Des Weiteren sind etwa 19 % der Gebäudesubstanz in Marxloh in einem überdurchschnittlich schlechten baulichen Zustand.²¹⁸ Marxloh ist geprägt durch im Vergleich zur Gesamtstadt kleine, schlecht ausgestattete Wohnungen, die hinsichtlich der Mietpreise ebenfalls unter dem städtischen Mittel liegen. Hohe Fluktuationsraten prägen Marxloh.

Bevölkerungsstruktur

Ein von den N.U.R.E.C.-Instituten²¹⁹ Duisburg in Kooperation mit dem Amt für Statistik, Stadtforschung und Europaangelegenheiten der Stadt Duisburg zu verschiedenen Zeitpunkten durchgeführtes Stadt-Monitoring zeigt für Duisburg-Marxloh, dass neben dem Verstädterungsgrad (gemessen unter anderem über Flächennutzung und Bebauungsdichte) vor allem der soziale (und ethnische) Status der Bewohner eines Viertels zu den wesentlichen raumprägenden Strukturdimensionen zählt.²²⁰

Im Jahr 1997 lebten in Marxloh auf einer Fläche von 758 ha ca. 20.300 Einwohner. War der Bevölkerungsrückgang zwischen 1987 und 1997 mit 3% noch im Rahmen, ist zwischen 1992 und 2002 ein deutlicher Bevölkerungsrückgang um 12% zu verzeichnen. In etwa dem gleichen Zeitraum ist der Anteil der nichtdeutschen Bevölkerung in Duisburg-Marxloh stetig gestiegen (von 28% im Jahr 1987 auf 35% in 2002). Im Jahr 2004 ist die Bevölkerung in Marxloh auf rund 18.000 zurückgegangen, der Anteil der Marxloher an der Gesamtbevölkerung Duisburgs liegt damit bei 4%. Mit einem Drittel der Bevölkerung ist der Anteil der ausländischen Bewohner in Marxloh etwa doppelt so hoch wie im Duisburger Mittel.

²¹⁷ Deloitte & Touche: Vorbereitende Untersuchungen "Sanierungsverfahren Duisburg-Nord". Ergebnispräsentation, S. 54.
http://www.duisburg.de/micro/ggn/medien/ggn_analyse_kurzfassung.pdf (abgerufen am 04.06.2008).

²¹⁸ Ebenda, S. 28.

²¹⁹ Network on Urban Research in the European Community

²²⁰ Vgl. Neumann, U.: Stadtteil-Monitoring am Beispiel Duisburg-Marxloh. Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (RWI bis 200: N.U.R.E.C.-Institute Duisburg). S. 27 f..

Die Gründe für die beschriebene Bevölkerungsentwicklung, den stetigen Rückgang der Bewohnerzahlen, sind in erster Linie im Bedeutungsverlust des Industrie- und Einzelhandelsstandortes zu suchen, der weit reichende Rationalisierungsmaßnahmen nach sich zog und insbesondere in den 1990er Jahren zu einem massiven Abbau von Arbeitsplätzen führte. Mit Blick auf die Entwicklung der sozialstrukturellen Indikatoren des Stadtteilkontextes (Entwicklung von Arbeitslosenquote, Sozialhilfequote, Bevölkerungszahlen, etc.) lässt sich festhalten, dass in Duisburg-Marxloh im Zuge ökonomischen Strukturwandels residentielle Segregationsprozesse einsetzten, die – sozusagen als Projektion sozialer Ungleichheit in den städtischen Raum²²¹ – zu einer Konzentration benachteiligter Gruppierungen im Viertel führten: Während mobile deutsche Etablierte und ausländische Aufsteiger, die in dem Viertel keine Zukunft mehr für sich sehen, abwandern, bleiben weniger mobile und einkommensschwache Einwohner zurück und vor allem sozioökonomisch schwächere Bevölkerungsgruppen ziehen neu hinzu. In der Summe führen diese Prozesse zu einer Verschlechterung der Gesamtsituation im Stadtviertel.

Da die Sozialhilfedaten der Stadt Duisburg nicht nach Stadtteilen aufgeschlüsselt werden, liegen für eine eindeutige Beschreibung der sozialstrukturellen Lage der Bewohner Marxlohs keine verlässlichen Daten vor. Befunde des Sozialberichts der Stadt Duisburg aus dem Jahr 1994 zeigen jedoch, dass sechs der zehn Marxloher Stimmbezirke unter denjenigen 50 Stimmbezirken der Stadt rangieren, die die niedrigsten Einkommensindizes aufweisen.²²² Die Ergebnisse der bereits oben erwähnten Wohnbedarfsanalyse zeigen ebenfalls eine hohe Kumulation von Bewohnern mit niedrigem Einkommen auf. Hinzu kommen zumindest hinsichtlich der deutschen Bevölkerung eine deutliche Überalterung sowie ein insgesamt eher geringes Bildungsniveau. Die genannte Untersuchung kommt zu dem Schluss, dass in Marxloh Wohnpräferenzen vornehmlich über die Höhe der Miete bestimmt werden.

Ökonomische Chancenstruktur

Duisburg-Marxloh profitierte wirtschaftlich lange von der ansässigen Schwer- bzw. Montanindustrie und galt zudem bis in die 1970er Jahre hinein

²²¹ Vgl. Häußermann, H./Siebel, W.: Soziale Integration und ethnische Schichtung – Zusammenhänge zwischen räumlicher und sozialer Integration. Gutachten im Auftrag der Unabhängigen Kommission „Zuwanderung“. Berlin/Oldenburg 2001, S. 31.

²²² Institut für Sozial- und Kulturforschung e.V. (ISK) (Hg.): Sozialbericht über die Stadt Duisburg, Endbericht, 1994.

als „Einkaufszentrum des Duisburger Nordens“. Die fortlaufenden Rationalisierungsbestrebungen in der Stahlindustrie führten aber letztlich auch zur Schließung zahlreicher Klein- und Mittelbetriebe in Handel und Gewerbe, womit Marxloh auch die traditionelle Rolle als Geschäftszentrum einbüßte.²²³

Eine Erhebung von 1997 weist 527 Unternehmen in Marxloh aus, darunter 32% im Groß- und Einzelhandel und 26% im Dienstleistungssektor. Das Stahlwerk der Thyssen-Krupp AG prägt nach wie vor den Stadtteil und ist aktuell immer noch wichtigster Arbeitsgeber der Marxloher Bevölkerung.²²⁴ Die Handelsstruktur in Marxloh wird heute – nach der Schließung oder Abwanderung zahlreicher Facheinzelhandelsgeschäfte – zunehmend von Angeboten im preisgünstigen Segment bestimmt.²²⁵ Dabei trägt die Investitionsbereitschaft nichtdeutscher Unternehmer wesentlich zur lokalen Wirtschaft bei: Im Jahr 1997 ist etwa ein Viertel der im Quartier ansässigen Unternehmer türkischer Herkunft, ca. 80% dieser Unternehmen sind in den fünf Jahren zuvor gegründet worden, während unter den deutschen Unternehmen nur 33% Neugründungen in diesem Zeitraum sind.²²⁶

Als Stadtteil mit besonderem Erneuerungsbedarf zählte Marxloh bis 2001 zu einem von sechs europäischen Stadtvierteln, in denen im Rahmen eines EU-geförderten Projekts (ELSES - Evaluation of Local Socio-Economic Strategies in Disadvantaged Urban Areas) Wirkungen spezifischer lokalökonomischer Strategien evaluiert wurden. Solche Strategien zielen im Wesentlichen auf die Schaffung von Einkommens- bzw. Beschäftigungsmöglichkeiten und die Stärkung der Wirtschaftsstruktur vor Ort ab, womit die lokale Ökonomie benachteiligter Stadtteile langfristig wieder an den gesamtstädtischen Wirtschaftskontext angekoppelt werden soll.

Inwieweit dies gelungen ist, ist fraglich. Festzuhalten bleibt in diesem Zusammenhang, dass zwar der sukzessive Rückgang der klassischen Industriezweige durchaus dazu führte, dass der Dienstleistungssektor und die Zulieferindustrie an Bedeutung gewinnen konnten – allerdings ohne den Arbeits-

²²³ Rommelspacher, T./Rülcker, C./Schulz-Kleyenstüber, A./Zander, U.: „Marxloh“. Ansichten über einen Duisburger Stadtteil. Duisburg 1998, Duisburger Beiträge zur soziologischen Forschung, Heft 2, S. 11.

²²⁴ Bell, G.: Benachteiligte Bevölkerungsgruppen in „sozialen Brennpunkten“ – Eine Untersuchung zweier Stadtteile in Nordrhein-Westfalen. In: Duisburger Beiträge zur soziologischen Forschung. Nr. 4/ 2004. S. 22.

²²⁵ Siehe hierzu auch: Frankfurter Allgemeine Zeitung: Letzte Ausfahrt Outlet-Center, vom 15.07.2012.

²²⁶ Zentrum für Türkeistudien, 1997.

platzverlust in den tradierten Bereichen kompensieren zu können. So liegt die Arbeitslosenquote 2001 in Marxloh mit 15% deutlich über dem städtischen Mittel von 4%. Leider lässt die vorhandene Datenbasis für Marxloh keine weiterreichenden Aussagen zur Beschäftigungssituation und zu anderen ökonomischen Strukturdaten zu.

Begegnungs- und Integrationsstruktur

Das vom Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) als „Stadtteil mit Entwicklungspriorität“ charakterisierte Marxloh²²⁷ ist bereits seit 1993 Teil eines Stadtentwicklungsprogramms, eine der wesentlichen Grundlagen für integrierte Entwicklungsmaßnahmen in diesem Stadtteil. Die Projektführung lag bis Ende 1998 in den Händen des 1994 vor Ort eingerichteten „Projekt Marxloh“ und wurde in Kooperation von der Entwicklungsgesellschaft Duisburg-Marxloh mbH (EGM) und dem Stadtteilprojekt Marxloh koordiniert. Alle wesentlichen Zielsetzungen des Programms thematisieren die Begegnungs- und Chancenstruktur im Stadtteil. So gehören zu den Zielen u.a. die Verbesserung der sozialen Infrastruktur und Sozialstruktur, des Zusammenlebens von Deutschen und Nichtdeutschen sowie die Verbesserung der allgemeinen nachbarschaftlichen Beziehungen und von Bürgerinformation, -beteiligung und -aktivierung.

²²⁷ Becker, H./Franke, T./Löhr, R.-P./Sander, R./Strauss, W.-C.: Städtebauförderung und Ressourcenbündelung. Expertise zur Vorbereitung eines Forschungsfelds „Stadtteile mit Erneuerungsbedarf“ im Experimentellen Wohnungs- und Städtebau (ExWoSt), Berlin 1998 (Difu-Berichte 3/1998).

Frankfurt-Gallus

Bebauungsstruktur

Das Gallusviertel entstand im 19. Jahrhundert als Industrieansiedlung und Arbeiterwohnsiedlung zwischen den Schienensträngen des Güter- und des Hauptbahnhofs. Der Großteil der Wohnanlagen im Gallus wurde zwischen Jahrhundertwende und Zweitem Weltkrieg gebaut. Die Arbeiterwohnsiedlungen galten in der Vorkriegszeit als modern und vorbildlich, sie waren praktisch geschnitten und mit eigenem Badezimmer ausgestattet. Die in den 1960er Jahren angeworbenen Gastarbeiter fanden im Gallus günstigen, arbeitsplatznah gelegenen Wohnraum. Der soziale Zusammenhalt im Viertel wurde durch ein starkes Vereinsleben und eine ökonomische Mischstruktur aus Gaststätten, kleinen Läden und Handwerksbetrieben gefördert.

Im Zuge der Deindustrialisierung ging der Anteil an Arbeitsplätzen in der Industrie zurück, im Gallus wurden die Chancen Arbeit zu finden geringer, die Arbeitslosenquoten stiegen, entsprechend der Anteil an Sozialhilfeempfängern. 1992 schloss schließlich der letzte große Industriebetrieb im Quartier seine Pforten.

Das Frankfurter Gallusviertel ist ein gewachsenes Viertel, das entsprechend den Erfordernissen der angesiedelten Industrie geplant und gebaut wurde und sich heute über knapp 430 ha erstreckt. Es existieren mehrere Bereiche nebeneinander: Entlang der Mainzer Landstraße befinden sich hauptsächlich Gebrauchtwagenhändler, zunehmend auch (vor allem im vorderen Teil zur Frankfurter Innenstadt hin) große Dienstleistungsunternehmen und Bürogebäude. Parallel dazu verläuft die Frankenallee, durch einen breiten Grünstreifen in der Mitte geprägt, gesäumt von kleinen Supermärkten, Kirchen und Kindergärten sowie den in den 1920er Jahren erbauten Wohnsiedlungen. Auf der anderen Seite der Mainzer Landstraße liegt die Kleyerstraße mit einzelnen Wohngebäuden und den Adlerwerken, die mittlerweile hauptsächlich von Kultureinrichtungen wie dem Gallus-Theater genutzt werden. In diesem Bereich des Gallus wurde zu Beginn der 1990er Jahre der „Galluspark“ gebaut: Zugleich Wohnsiedlung mit Kindergarten und Bürogebäude für Deutsche Bahn AG und Volkshochschule.



Außer in direkter Nähe zur Mainzer Landstraße und zum Galluspark ist die Bebauung mit bis zu höchstens fünf Stockwerken eher niedriggeschossig. Das Angebot an Lebensmittelgeschäften scheint den finanziellen Möglichkeiten der Bewohner angepasst, es finden sich vor allem größere Discounter der unteren Preiskategorie. Der Bestand an Ein- und Zweifamilienhäusern ist im Gallus gering, der große Teil der Bewohner wohnt in Mehrfamilienhäusern. Die zahlreichen für heutige Maßstäbe zu kleinen Wohnungen, führen zu einer im städtischen Vergleich eher schlechten Wohnsituation.

Bevölkerungsstruktur

Im Jahr 2001 lebten im Gallus ca. 30.000 Menschen, was in etwa 4% der Wohnbevölkerung der Stadt Frankfurt entspricht. Im Gallus ist noch stärker als in der Gesamtstadt ein deutlicher Bevölkerungsrückgang seit 1995 zu verzeichnen. Im Vergleich zur Gesamtstadt ist die Bevölkerungsdichte im Gallus deutlich höher (doppelt so hoch), die Lebensqualität der Bewohner kann somit als deutlich schlechter als im städtischen Mittel eingeschätzt werden.

Mit einem Ausländeranteil von 40% lag der Gallus bereits 1983 an der Spitze des Frankfurter Stadtgebietes, was sich auch im Jahr 2001 mit einem Ausländeranteil von 46% im Gallus gegenüber 27% in Frankfurt insgesamt nicht geändert hat. Die ausländische Bevölkerung ist im Durchschnitt wesentlich jünger als die deutsche, das heißt der hohe Ausländeranteil führt im Gallus im Vergleich zu anderen Stadtteilen zu einer deutlich jüngeren Altersstruktur der Bevölkerung.

In Frankfurt am Main leben Menschen aus über 180 Staaten. Im Gallus waren zum Zeitpunkt der Erhebung über 90 Nationalitäten vertreten, wobei Türken und Personen aus dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien die größten Gruppen bildeten. Die Communities der Griechen, Italiener und Marokkaner umfassten jeweils zwischen 5% und 10% der im Gallus lebenden Ausländer; die

Community der Spanier war mit knapp unter 5% die kleinste unter den größeren ausländischen Communities im Viertel.²²⁸

Ökonomische Chancenstruktur

Die großen Industriebetriebe, die früher das Gallus prägten und wesentlich für seine Entstehung waren, sind inzwischen verschwunden. Viele Bewohner haben ihren Arbeitsplatz verloren, die Arbeitsplatzdichte im Stadtteil hat sich deutlich verringert. Nicht zuletzt hat sich im Zuge der Umstrukturierung auch das äußere Erscheinungsbild entlang der Mainzer Landstraße, die das Viertel der Länge nach durchquert, verändert: Im vergangenen Jahrzehnt haben sich hier zahlreiche Autohäuser angesiedelt.²²⁹

Obwohl in den vergangenen Jahrzehnten viele Industriebetriebe schlossen, ist mit 47% dennoch ein großer Teil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten auch im Jahr 2004 noch im produzierenden Gewerbe tätig. Insbesondere in der Dienstleistungs- und Bankenstadt Frankfurt/Main fällt dies auf. Eine Ursache für den relativ hohen Anteil an Beschäftigten im produzierenden Gewerbe ist vermutlich der hohe Anteil an ausländischen Bewohnern des Gallus mit geringer Schulbildung und teilweise unzureichenden Kenntnissen der deutschen Sprache, die vor allem in den Industriebetrieben Frankfurts Arbeit finden.

Auch wenn die Zahl der Arbeitslosen im Gallus seit 1997 stetig zurück geht, bewegt sie sich im Jahr 2004 in Relation zur Gesamtstadt auf einem hohen Niveau. Gegenüber dem städtischen Mittel von 6% Arbeitslosen unter den 15 bis unter 65 Jährigen, beträgt der Anteil Arbeitsloser im Gallusviertel 9%. Lediglich im anliegenden Bahnhofsviertel wohnen ebenso viele Arbeitslose. Mit 12% ist der Anteil der 25 bis unter 55 Jährigen unter den Arbeitslosen im innerstädtischen Vergleich besonders hoch.

Der Anteil der Bezieher von ‚Laufender Hilfe zum Lebensunterhalt‘ ist im Gallus im Jahr 2004 mit 10% nahezu doppelt so hoch wie in der Gesamtstadt (6%). Interessant und aussagekräftig für die Beschreibung des Frankfurter Gallus hinsichtlich der ökonomischen Chancenstruktur ist die Alterstruktur der Sozialhilfeempfänger: Der Anteil an Sozialhilfeempfängern im erwerbsfähigen

²²⁸ Frankfurter Statistische Berichte 4/2004.

²²⁹ Vgl. Straßburger, G.: Evaluation von Integrationsprozessen in Frankfurt am Main. Bamberg 2001.

Alter ist im Gallus im Vergleich zu den anderen Frankfurter Stadtteilen mit 64% am höchsten.

Begegnungs- und Integrationsstruktur

Das Gallusviertel ist traditionell durch eine sehr hohe Vereinsdichte geprägt. Mit dem Zusammenschluss von 15 Vereinen wurde bereits 1968 der ‚Vereinsring Gallus‘ gegründet, in dem im Jahr 2004 insgesamt 52 der lokalen (vorwiegend) Sport-, Karnevals- und Kleingartenvereine organisiert waren.

Die Bevölkerung des Gallus gilt allgemein als aktiv, wenn es um die Gestaltung des Gemeinlebens im Viertel geht. So legte bspw. 1975 die damalige Bürgerinitiative ‚Quäkerwiese‘ einen Entwurf für einen Schwerpunktspielplatz auf der Quäkerwiese vor, einer Grünfläche im Viertel, auf der 1979 dann die ‚Kameruner Kerb‘ stattfinden konnte. Ein weiteres Beispiel ist die Arbeitsgemeinschaft ‚Leben und Arbeiten im Gallus‘, die 1981 in Folge der angekündigten Schließung der Adlerwerke von den evangelischen und katholischen Kirchengemeinden sowie dem bereits genannten Vereinsring Gallus gegründet wurde. Zurückgehend auf diese Initiative und die Öffnung des ‚Teatro Siciliano di Gallus‘ für andere freie Theatergruppen konnte 1983 das mittlerweile über die Stadtgrenzen hinaus bekannte Gallus-Theater entstehen.

Neben diesen, die Freizeit und Kultur betreffenden Aktivitäten und Möglichkeiten ist die hohe Dichte an sozialen Einrichtungen und Beratungsstellen für die verschiedensten Zielgruppen auffällig; insbesondere für Kinder und Jugendliche gibt es zahlreiche Anlaufstellen. Zwischen den Häusern des Gallusparks, der Friedrich-Ebert-Siedlung und der Hellerhofsiedlung sind Spielplätze und diverse Sitzgelegenheiten, die hauptsächlich von Jugendlichen genutzt werden, angelegt.

Halle-Silberhöhe

Bebauungsstruktur

Der Stadtteil Halle-Silberhöhe ist ein typisches Plattenbaugelbiet der ehemaligen DDR und wurde zwischen 1979 und 1989 in Plattenbauweise errichtet. Auf einem Gebiet von ca. 200ha wurde Wohnraum für 39.000 Menschen verteilt auf etwa 15.000 Wohnungen geschaffen. Die Silberhöhe wurde damit zum am dichtesten bebauten Stadtteil von Halle (Saale) und vermutlich auch der ehemaligen DDR. Durch den starken Bevölkerungsrückgang in den letzten Jahren hat sich dieses Phänomen deutlich entschärft: Bis 2010 sollte gemäß den Planungen im Jahr 2004 etwa die Hälfte des Wohnungsbestandes im Stadtteil abgerissen werden.



Die Silberhöhe befindet sich an der südlichen Peripherie von Halle und grenzt dort direkt an die Industrieanlagen der ehemaligen chemischen Werke BUNA. Der Stadtteil wurde nicht nur aufgrund des stetig steigenden Wohnraumbedarfs der ehemaligen DDR geplant und aufgebaut, sondern v.a. auch aufgrund des steigenden Arbeitskräftebedarfs in den BUNA-Werken. Die benötigten Arbeitskräfte wurden dabei zum einen aus Hallensern gestellt, die aus ihren unbewohnbar gewordenen Häusern im Stadtzentrum in die Silberhöhe umziehen mussten, zum anderen aber auch in der gesamten DDR angeworben und vorrangig mit den neu gebauten Wohnungen in Silberhöhe versorgt.

Ähnlich wie in vielen anderen ostdeutschen Städten und Kommunen nahm nach der Wende in den 1990er Jahren auch in Halle-Silberhöhe der Wohnungsleerstand zu. Zwar wurden z.B. mehr Freizeitflächen als Ausgleich geschaffen, diese Maßnahmen führten jedoch dazu, dass innerhalb des Stadtteils mehrere Gebiete entstanden, die für die Bewohner kaum einsehbar waren. Bis heute wurden in Silberhöhe v.a. in den zentralen Bereichen des Viertels Sanierungsarbeiten an den Häusern und dem Wohnumfeld durchgeführt. Vorrangig, weil hier bessere Vermietungsaussichten bestehen als in den Randlagen des Viertels, wo auch heute noch ein großer Teil der Gebäude un- oder nur teilsaniert, bzw. mittlerweile abgerissen wurde. Innerhalb des Stadtteils findet man Muster von Binnensegregation nach Alter und sozialem Status.

Bevölkerungsstruktur

Seit 1992 ist die Bevölkerung in Silberhöhe von 37.800 um über 50% auf ca. 16.000 Einwohner im Jahr 2004 gesunken. Während Silberhöhe Anfang der 1990er Jahre noch einer der Stadtteile Halles mit der jüngsten Bevölkerung war, ist das Viertel hinsichtlich der Altersverteilung auf dem Niveau der Gesamtstadt angekommen. Wie in vielen ostdeutschen Städten haben der Geburtenrückgang und die Abwanderung in die alten Bundesländer bzw. in das Umland der Städte zur Überalterung der Stadtbevölkerung geführt.

Ein großer Teil der Einwohner Silberhöhes waren 1992 Familien mit Eltern im Alter zwischen 30 und 44 Jahren (32%) und deren Kinder (bis 17 Jahre 30%). Die Gruppe der Eltern mit minderjährigen Kindern ist am stärksten zurückgegangen (2004: 30 bis 44 Jahre 17%, bis 17 Jahre 14%). Anhand der Daten der Bürgerumfrage in Halle²³⁰ wird deutlich, dass in Silberhöhe der Anteil der Facharbeiter besonders hoch ist (1993: 47%; 2003: 55%). Personen mit hohen Berufsabschlüssen (Hochschulabschluss/Promotion) wohnen hingegen immer seltener im Viertel (1993: 16%; 2003: 8%). Der Anteil von Personen ohne beruflichen Abschluss stieg von 1993 bis 2004 von 4% auf 6% leicht an, während er im gleichen Zeitraum in der Gesamtstadt leicht zurückging.

Ökonomische Chancenstruktur

Silberhöhe ist mit einer Arbeitslosenquote von 36% im Jahr 2004 im Vergleich zur Gesamtstadt (25%) besonders stark von Arbeitslosigkeit betroffen.

²³⁰ Vgl. Petermann, S./Täfler, S.: Bürgerumfrage Halle 2005. Halle 2006.

Auch der Anteil an Personen, die von Transferleistungen wie Sozialhilfe bzw. Hartz IV leben, ist im Vergleich zur Gesamtstadt deutlich höher (2004: Silberhöhe 13% - Halle 8%). Eine der Ursachen für die hohe Arbeitslosenquote ist im Zusammenbruch der örtlichen Chemieindustrie, deren Mitarbeiter einen großen Teil der Bevölkerung Silberhöhes ausmachten, zu sehen. Im Laufe der Jahre führte vermutlich auch der Zuzug von Personen in sozialen Problemlagen in die wegen des Wohnungsleerstands günstigen Wohnungen bzw. die Zuweisung durch die örtlichen Sozialbehörden zu einer Verschärfung der Situation im Stadtviertel Silberhöhe.

Da Silberhöhe in erster Linie als Wohnquartier geplant war und dies nach wie vor ist, sind die Arbeitsmöglichkeiten im Stadtteil rar. Die periphere Lage des Viertels am Stadtrand vergrößert die (räumliche) Distanz zu Arbeitsmöglichkeiten, wie sie bspw. in der Innenstadt bestehen. In Silberhöhe sind lediglich Arbeitsplätze im Bereich des Einzelhandels und gewerblicher Dienstleistungen, sozialer Dienstleistungen sowie in geringem Maß im Bildungs- und Erziehungsbereich zu finden.

Begegnungs- und Integrationsstruktur

Die Begegnungskultur in Silberhöhe in Vereinen und Verbänden geht hauptsächlich von Institutionen aus, die größeren sozialen Trägerorganisationen angehören und sich wegen der allgemein als höher angesehenen Problembelastung gezielt im Viertel niedergelassen haben oder durch sozialplanerische Maßnahmen dort angesiedelt wurden. Dabei ist, ähnlich wie auch bei der ökonomischen Einbindung, darauf hinzuweisen, dass eine kleinräumige auf den Stadtteil begrenzte Betrachtung zur Einschätzung der Situation kaum ausreicht. So ist festzustellen, dass zahlreiche Angebote, die in Silberhöhe von Vereinen, Verbänden und sozialen Dienstleistern gemacht werden, auch von Personen aus Nachbarstadtteilen bzw. der Gesamtstadt genutzt werden und umgekehrt nehmen vermutlich auch viele Bewohner Silberhöhes Angebote in Halle insgesamt wahr.

Da Silberhöhe als ‚sozialer Brennpunkt‘ angesehen wird, verwundert es nicht, dass bestimmte Institutionen wie etwa der Kinderschutzbund, pro familia und diverse Begegnungsstätten im Stadtteil angesiedelt sind. In den vergangenen Jahren kam es in Silberhöhe zu zahlreichen Kürzungen der Finanzen, so dass einige der Angebote geschlossen werden mussten.

Im Kontext von ‚L.O.S. - Lokales Kapital für soziale Zwecke‘, welches innerhalb des Programmes Soziale Stadt durchgeführt wurde, sind verschiedene

Angebote in Silberhöhe gemacht worden, die die Integration und Unterstützung der Bewohner gewährleisten sollten. Die Angebote wurden jeweils ein Jahr lang finanziert, im Anschluss sollten sich gemäß Förderintention selbsttragende Strukturen gebildet haben, die die Weiterführung eines solchen Angebots tragen sollten. In der überwiegenden Zahl der Fälle fehlten die finanziellen Ressourcen für eine Weiterführung, so dass auch hier die Mehrheit der Angebote eingestellt wurde.

Differenzen und Gemeinsamkeiten der drei Stadtviertel

Die Beschreibung der drei untersuchten Stadtviertel vermittelt möglicherweise den Eindruck, es handle sich hierbei um drei sehr unterschiedliche und somit kaum vergleichbare Stadtviertel. Zutreffend ist diese Einschätzung hinsichtlich der zukünftigen Entwicklungschancen:

- Halle-Silberhöhe wurde und wird sukzessive zurückgebaut, die verbleibenden Gebäude konnten bisher trotz der Nähe zum Naherholungsgebiet Saale-Aue keine Anziehungskraft für junge gut situierte Familien entfalten. Die verantwortlichen Wohnungsbaugesellschaften vermieten an sozio-ökonomisch schlechter gestellte Personen. Eine Aufwertung des Stadtteils ist nicht absehbar.
- Marxloh ist geprägt durch Stagnation. Bewohner, die es sich leisten können ziehen in andere Stadtteile Duisburgs, verlassen Marxloh. Trotz zahlreicher Hilfsprogramme zur Förderung der Wohn- und Lebensqualität in Marxloh ist eine Verbesserung der Situation nicht erkennbar.
- Das Frankfurter Gallusviertel profitiert von der innenstadtnahen Lage. Zum einen ziehen in den vorderen Bereich zunehmend Dienstleistungsbetriebe wie Banken und Versicherungen, was sich positiv auf die Geschäftsstruktur in der Umgebung auswirkt. Zum anderen konnte sich das Gallusviertel aufgrund der relativ niedrigen Mietpreise und der Innenstadtlage zu einem für Studenten und Angestellte der Kreativbranche attraktiven Wohngebiet entwickeln. In Teilen des Gallusviertels sind Gentrifizierungsprozesse zu beobachten.

Trotz der Unterschiede bezüglich der Entwicklungschancen ist die Kategorisierung aller drei Viertel als Mehrproblemgebiete gerechtfertigt: Im Vergleich zu den Gesamtstädten ist der Anteil an im Viertel wohnenden Personen mit niedrigem sozio-ökonomischem Status überproportional hoch, die ökonomischen Chancen für die Bewohner sind gering und die Bebauungsstruktur ist zumindest in den beiden westlichen Vierteln marode.

Strukturdaten im Überblick

	Marxloh	Gallus	Silberhöhe
Bevölkerung	18.000 (2004)	30.000 (2001)	16.000 (2004)
Ausländeranteil	35 % (2002)	46 % (2001)	1 % (2004)
Arbeitslosenquote	15 % (2001)	9 % (2004)	36 % (2004)
Vereine	ca. 10	ca. 50	ca. 5
Fläche	758 ha	430 ha	200 ha
Bevölkerungsdichte (Einwohner/ ha)	24	70	80

Quelle: Statistische Ämter der Städte Halle/Saale, Duisburg und Frankfurt/Main

Die Gemeinsamkeiten der drei Untersuchungsgebiete beziehen sich im Wesentlichen auf die ökonomische Chancenstruktur. Als Bewohner eines der drei Stadtviertel hat man im Vergleich zu den Bewohnern der Gesamtstadt deutlich schlechtere Chancen auf eine gute Schulbildung, berufliche Ausbildung und somit spätere Möglichkeit der Berufstätigkeit. In allen drei Stadtvierteln ist der Anteil an Sozialhilfe- bzw. Hartz IV-Empfängern relativ hoch.

III Empirischer Teil

Das politische System einer repräsentativen Demokratie baut darauf auf, dass sich alle sozialen Gruppen der Bevölkerung am politischen Willensbildungsprozess beteiligen, repräsentiert sind und staatliche Macht legitimieren. Dabei ist die Beteiligung an Wahlen die individuell mit dem geringsten Aufwand verbundene Form politischer Partizipation; hinzukommt, dass wer nicht wählt sich meist auch nicht in anderer Form politisch beteiligt. Eine Demokratie gewinnt jedoch durch die Legitimation über den Prozess politischer Willensbildung die für den Fortbestand notwendige Stabilität. Als Gruppe, die sich nicht beteiligt kommen vor allem Personen mit niedrigem sozio-ökonomischem Status in Frage: Empirische Studien konnten mehrfach belegen, dass in dieser sozialen Gruppe die Beteiligungsquoten besonders niedrig sind. Die niedrigen Beteiligungsquoten sind darauf zurückzuführen, dass sich Bildung, Beruf, Erwerbstätigkeit und soziales Umfeld auf politische Einstellungen auswirken, das heißt der Status wirkt vermittelt über politische Einstellungen auf die individuelle politische Partizipation.

Anzeichen für einen individuellen Ausstieg aus der Demokratie sind neben der Verhaltensebene, der Nichtbeteiligung an politischen Prozessen, bestimmte politische Einstellungen. Das politische System der Demokratie ist dann in Gefahr, wenn diejenigen, die nicht partizipieren kein politisches Selbstbewusstsein, kein Gefühl politischer Selbstwirksamkeit und kein politisches Interesse zeigen. Auch die gefühlte Verbundenheit mit einer bestimmten politischen Partei wirkt integrativ, das Nichtverbundensein dementsprechend isolierend auf den Einzelnen. Wenn auch nicht politisch, so ist durchaus denkbar, dass sich die aus der Politik Ausgestiegenen sozial in das Gemeinwesen einbringen.

Neben den genannten Faktoren politische Partizipation, sozio-ökonomischer Status, politische Einstellungen, soziale Einbindung ist es vor allem die spezifische und diffuse politische Unterstützung, die entscheidende Hinweise verspricht, ob die Ursache von Nichtbeteiligung „einfache“ Unzufriedenheit ist, oder ob es sich um ein Abwenden von der Demokratie, ihren Prozessen und Entscheidungsträgern handelt.

In Teil III dieser Arbeit werden die genannten Aspekte anhand der für diese Arbeit vorliegenden Daten empirisch geprüft. Ziel ist es, eine Antwort auf die Frage zu erhalten, ob es sich bei den sinkenden Beteiligungsquoten in Deutschland um einen Ausstieg der Bürgerinnen und Bürger aus der Demokratie und somit eine veritable Krise des demokratischen Systems oder lediglich vorübergehende Unzufriedenheit, die bei Gelegenheit als demokratisches Potential genutzt werden kann, handelt.

6. Sozialstruktur der untersuchten Population

6.1. Sozio-demographische Struktur der Befragungsteilnehmer

In einem ersten Schritt werden die sozio-demographischen Angaben geschildert: Die Verteilung der Befragten nach Geschlecht, Alter sowie eine genauere Beschreibung der Verteilung nach Bildungsabschluss.

Im Zuge der Befragung wurden Daten von 686 volljährigen, in einem der drei Stadtviertel wohnhaften deutschen Staatangehörigen erhoben. Es wurden etwas mehr Frauen (359, entspricht einem Anteil von 52%) als Männer (327, entspricht einem Anteil von 48%) befragt. Die Altersgruppe der 45 bis 64-Jährigen ist mit 215 Befragten (31%) am stärksten vertreten. Den kleinsten Anteil nehmen mit 20% (135 Befragte) die 18 bis 29-Jährigen ein, dazwischen liegen mit 23 % (159 Befragte) die 30 bis 40-Jährigen sowie die über 65-Jährigen mit 26% (177 Befragte).

Ein gutes Drittel der Befragten (37%) nennt als höchsten Schulabschluss den Hauptschulabschluss (bzw. einen entsprechenden Abschluss wie Volksschulabschluss, POS 8. Kl.). Ein weiteres Drittel (33%) gibt an, die Schule mit der mittleren Reife (oder vergleichbarem Abschluss) abgeschlossen zu haben. Nimmt man die 18 Personen, die angeben keinen Schulabschluss zu haben hinzu, können $\frac{3}{4}$ der Befragten den Gruppen niedriger und mittlerer Bildungsgrad, immerhin $\frac{1}{4}$ der Gruppe mit höherem Bildungsgrad (Abitur, Fachhoch-

schulreife, Studium oder vergleichbarer bzw. höherer Abschluss) zugeordnet werden.²³¹

Eine der zentralen Einflussgrößen zur Erklärung von politischen Einstellungen und politischer Partizipation ist der sozio-ökonomische Status einer Person.²³² Unter sozio-ökonomischem Status werden Bildung und Berufs-/Erwerbstätigkeit zusammengefasst.²³³ Der Bildungsgrad zählt zu den relevanten Faktoren bei der Erklärung und Analyse von politischer Partizipation. Für die weiteren – inhaltlichen – Analysen ist es wichtig, zu wissen wie sich die einzelnen Bildungsgradgruppen zusammensetzen. Gibt es Unterschiede bei den Bildungsabschlüssen je nach Altersgruppe oder Geschlecht?

Zunächst zur Gruppe der, für die Population der untersuchten Viertel mit 27% verhältnismäßig hohen Zahl, Befragter mit Abitur oder höherem Bildungsgrad: Mit 60% haben mehr Männer als Frauen (40%) einen hohen Bildungsgrad. Am stärksten ist mit 34% die Altersgruppe der 30 bis 44-Jährigen vertreten; 18-29-Jährige und 45-64-Jährigen nehmen je 25%, über 65-Jährige einen Anteil von 16% ein. ^{Wollte} man einen Typus „hoher Bildungsgrad“ unter den Befragten bilden, so wäre dieser männlich und mittelalt.

Im Gegensatz zu den Befragten mit hohem Bildungsgrad sind bei den Befragten mit keinem oder Hauptschulabschluss (insgesamt 40%) Frauen überrepräsentiert (Frauen 58%, Männer 42%). Die größte Altersgruppe ist mit einem Anteil von 43% die der über 65-Jährigen, ein knappes Drittel (31%) ist zwischen 45 und 64 Jahre alt. Die beiden jüngeren Altersgruppen sind mit 15% (18-29-Jährige) bzw. 11% (30-44-Jährige) nur schwach vertreten. Der typische Befragte mit „niedrigem Bildungsgrad“ wäre demnach die typische Befragte, die älter als 65 Jahre ist.

Auch in der Gruppe der Personen mit mittlerem Bildungsabschluss (insgesamt 33%) sind Frauen etwas stärker vertreten als Männer (56% zu 44%). Ähnlich wie in der Gruppe der Befragten mit höherem Bildungsabschluss sind die über 65-Jährigen deutlich unterrepräsentiert (12%), die meisten Personen

²³¹ Aufgrund der geringen Anzahl Befragter, die angeben keinen schulischen Abschluss zu haben, werden für die folgenden Berechnungen Befragte mit keinem und niedrigem (Hauptschul- u.Ä.) Abschluss in einer Gruppe „Personen mit niedrigem Bildungsgrad“ zusammengefasst.

²³² Siehe hierzu I.2. dieser Arbeit.

²³³ Die Probleme bei der Erhebung des Nettohaushaltseinkommens wurden bereits in Teil II dieser Arbeit herläutert. Aufgrund der eingeschränkten Validität der Angaben zum Einkommen werde ich den sozio-ökonomischen Status in meiner Arbeit über den Bildungsgrad und die Erwerbstätigkeit der Befragten messen.

mit mittlerem Bildungsabschluss sind zwischen 45 und 64 Jahre alt (37%), gut die Hälfte (51%) ist zwischen 18 und 44 Jahre alt (18-29: 26%; 31-44: 25%). Ein typischer Befragter mit mittlerem Bildungsgrad wäre eine Befragte, die zwischen 45 und 64 Jahre alt ist.²³⁴

6.2. Sozio-ökonomische Situation der Befragten

Als nächstes gilt es zu prüfen, ob sich Aspekte wie der relativ niedrige Bildungsgrad vieler auch in der ökonomischen Situation der Befragten wieder spiegeln. Schlägt sich die bessere Ausgangssituation der Befragten mit mittlerem bzw. höherem Bildungsabschluss auch im Grad der Erwerbstätigkeit nieder? Die im Folgenden als ökonomische Situation der Befragten dargestellten Punkte beruflicher Ausbildungsabschluss und Erwerbstätigkeit bilden zusammen mit dem Bildungsabschluss den sozio-ökonomischen Status der Befragten ab.

Mit einem Anteil von 2/3 haben die meisten Befragten einen beruflichen Ausbildungsabschluss, lediglich 16% haben keinen, 9% sind noch in der Ausbildung bzw. im Studium. Bei den Befragten mit abgeschlossener Berufsausbildung sind keine geschlechtsspezifischen Unterschiede erkennbar (49% Männer, 51% Frauen). Ein anderes Bild zeigt sich in der kleinen Gruppe der Befragten, die keine abgeschlossene Berufsausbildung haben: Mit 70% sind Frauen hier deutlich stärker vertreten als die Männer (30%).

Befragte ohne abgeschlossene Berufsausbildung sind zu 41% über 65 Jahre alt, wobei auch in dieser Altersgruppe mit 75% die meisten eine Ausbildung abgeschlossen haben. Wie zu erwarten, sind insbesondere die jüngeren Befragten zwischen 18 und 29 Jahre (44%) noch in der Ausbildung, 42% haben bereits ihre Ausbildung abgeschlossen. Dem relativ geringen Anteil von 14% im Alterssegment der 18-29 Jährigen, die keine Ausbildung abgeschlossen haben, wird im Folgenden aufgrund des geringen Anteils an der Gesamtzahl der Befragten (18-29 Jährige: N= 58, Anteil 18-29 Jähriger ohne Berufsausbildung an allen Befragten: 3%) keine besondere Bedeutung beigemessen.

²³⁴ Der Vergleich mit den Daten des Mikrozensus belegt die Tendenz höherer Bildungsabschlüsse vor allem der jüngeren Bevölkerung Deutschlands. Statistisches Bundesamt (Hg.): Datenreport 2006. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland. Bonn 2006.

Schulabschluss und Berufsausbildung hängen hoch signifikant zusammen: 75% der Befragten ohne abgeschlossene Berufsausbildung haben einen niedrigen bzw. keinen Schulabschluss – 64% der Befragten mit abgeschlossener Berufsausbildung haben einen Schulabschluss.²³⁵ Das bedeutet jedoch nicht, dass Befragte mit niedrigem bzw. ohne Schulabschluss meist keine Ausbildung haben, doch der Anteil Befragter ohne Berufsausbildung ist in dieser Gruppe deutlich höher (mit Ausbildung 185: ohne Ausbildung 79) als in den beiden anderen Bildungsgruppen (Befragte mit mittlerer Reife 196:11, mit Abitur 129:15).

Mehr als die Hälfte der Befragten (54%) sind nicht erwerbstätig, 13% in Teilzeit (mit bis zu 30 Stunden pro Woche) und 1/3 voll erwerbstätig. Voll erwerbstätig sind vor allem die männlichen Befragten (61%, Frauen entsprechend 39%), während Frauen in der Gruppe der Teilzeit-Beschäftigten überwiegen (64% Frauen, 36% Männer). Auch unter den nicht Erwerbstätigen sind die Frauen mit 57% leicht überrepräsentiert (Männer 43%).

Wichtig zur adäquaten Einschätzung von Nichterwerbstätigkeit ist die Verteilung nach Altersgruppen: Mit 45% sind vor allem Befragte über 65 Jahre nicht erwerbstätig, es ist davon auszugehen, dass es sich hierbei um Rentner handelt. Unter den Befragten im erwerbsfähigen Alter gehen 28% der 45-64 Jährigen, 14% der 18-29 Jährigen und 13% der 30-44 Jährigen keiner bezahlten Beschäftigung nach.

Unter denjenigen Befragten, die keine Ausbildung abgeschlossen haben, sind 75% ohne Erwerbstätigkeit – im Vergleich hierzu sind dies in der Gruppe der Personen mit abgeschlossener Berufsausbildung lediglich 53%. Von den voll Erwerbstätigen haben 83% eine Berufsausbildung abgeschlossen. Es zeigt sich, dass eine abgeschlossene Ausbildung die Wahrscheinlichkeit einer späteren Erwerbstätigkeit in Vollzeit erhöht – oder anders formuliert: Je schlechter die Ausbildung desto geringer ist die Wahrscheinlichkeit voll erwerbstätig zu sein.

Dies zeigt sich auch im Hinblick auf die schulische Ausbildung: 2/3 der Befragten mit keinem oder niedrigem Schulabschluss sind nicht erwerbstätig. In den anderen Bildungsgruppen ist der Anteil der nicht Erwerbstätigen mit 44% (mittlere Reife) bzw. 36% (Abiturienten/Hochschulabsolventen) erheblich ge-

²³⁵ Chi2 = 98,818; df = 4; p=.000; Cramers V = .270. Zur Statistik: df sind degrees of freedom (Freiheitsgrade) mit denen die Anzahl von Größen eines Systems angegeben wird, die bei einem feststehenden arithmetischen Mittel unabhängig voneinander variiert werden können; Cramers V ist ein Kontingenzkoeffizient, der die Stärke eines Zusammenhangs zwischen zwei oder mehr Variablen angibt. Vgl.: Schnell, R./Hill, P.B./Esser, E.: Methoden der empirischen Sozialforschung. 7. Auflage, München/Wien 2004.

ringer. Dies spiegelt sich auch bei den voll Erwerbstätigen wieder: Nur 19% der Befragten mit niedrigem bzw. ohne Schulabschluss sind voll erwerbstätig, bei den Befragten mit mittlerer Reife sind es 44%, unter denjenigen mit Abitur o.Ä. 42%. Besonders groß ist mit 200 Personen die Gruppe derjenigen, die keinen oder einen niedrigen Schulabschluss haben und nicht erwerbstätig sind. In der Kombination keine abgeschlossene Berufsausbildung und nicht erwerbstätig wie auch keine abgeschlossenen Berufsausbildung und kein oder niedriger Schulabschluss sind die Gruppen mit 78 bzw. 79 Befragten deutlich kleiner.

6.3. Wählerstruktur der Befragten

Hätten die Befragten am auf die Befragung folgenden Sonntag den Bundestag wählen können, so wäre die SPD mit 21% Stimmenanteil als stärkste Partei aus der Wahl hervor gegangen. Zweitstärkste Partei wäre mit 18% die CDU, gefolgt von der PDS mit 12%. Bündnis 90/ Die Grünen erreichten 7%, die FDP läge mit 3% unterhalb der 5%-Hürde. Die Stimmen von 33% der Befragten würden nicht zählen, sie wären entweder ungültig (15% für „Keine Partei“) oder nicht abgegeben (18% „Ich ginge nicht wählen“). Demnach würden lediglich 67% der Befragten bei einer Bundestagswahl kurz folgend auf die Befragung ihre Stimme einer der zur Wahl stehenden Parteien geben.

Tabelle: Wahlabsicht

Wahlabsicht der Befragten		
(angegebene Daten)		
	in %	N
SPD	21%	128
CDU	18%	109
PDS	12%	70
Bündnis 90/ Die Grünen	7%	44
FDP	3%	20
NPD/ DVU/ REP	1%	6
andere Partei	5%	30
keine Partei	15%	87
Nichtwahl	18%	107

Der Anteil Wahlverweigerer ist mit 33% der Befragten im Vergleich zu anderen Nichtwählerstudien sehr hoch.

Im Folgenden wird vor allem auf die Gesamtstruktur der Antworten auf die „Sonntagsfrage“ eingegangen, insbesondere die Angaben zu den einzelnen Parteien. Als zentraler Bestandteil dieser Arbeit folgt eine detaillierte Analyse derjenigen, die ungültig („keine Partei“) bzw. nicht wählen („ginge nicht zur Wahl“)würden in Kapitel 8 dieser Arbeit.

Die Unterschiede zwischen den Geschlechtern betragen bezogen auf die Gesamtzahl der Befragten weniger als 2%. Die einzige Ausnahme hiervon sind die Unentschlossenen: 85% derjenigen, die nicht wissen was sie wählen würden sind Frauen, entsprechend nur 15% Männer. Die SPD ist in allen Altersgruppen gut vertreten, den größten Anteil hat sie in der Gruppe der 30 bis 44-Jährigen mit 29%, am wenigsten wird sie von den 18 bis 29-Jährigen als Partei ihrer Wahl angegeben (19%). Die CDU sammelt Stimmen unter den älteren Befragten über 65 Jahre (39%), unter den 30 bis 44-Jährigen ist sie mit 9% schwach. Auch die PDS hat ihre potentiellen Wähler unter den Befragten eher unter den Älteren: 44% der 45 bis 64-Jährigen und 30% der über 65 Jahre alten geben an, sie würden der PDS ihre Stimme geben.

Ungültig, das heißt „keine Partei“ zu wählen würden vor allem die jungen Befragten zwischen 18 und 29 Jahre und die Älteren zwischen 45 und 64 Jahre in Betracht ziehen (28% bzw. 39%). Die Absicht zur Nichtwahl ist in allen Alterssegmenten deutlich vertreten und schwankt zwischen 21% (18-29-Jährige und der über 65-Jährigen) und 32% (45-64-Jährige; 27% der 30-44-Jährigen).

Das Gros der Unentschlossenen ist zwischen 30 und 44 Jahre alt (44% von „weiß nicht“). Vor allem die älteren Befragten verweigern zu 46% (über 65-Jährigen) die Antwort.

6.4. Zusammenfassung

Allen drei Stadtvierteln ist die Charakterisierung als „Mehrproblemgebiet“ gemeinsam. Der Anteil an Bewohnern mit niedrigem sozio-ökonomischem Status, geringen ökonomischen Chancen, die auf staatliche Hilfen angewiesen sind, ist im Vergleich zur Gesamtstadt überproportional hoch, die Bebauung ist häufig marode. Insgesamt haben 40% aller Befragten keinen oder einen niedrigen Schulabschluss, 33% können die mittlere Reife o. Ä. vorweisen. 16% der

Befragten haben keine Berufsausbildung abgeschlossen. Nicht voll erwerbstätig sind 2/3 der Befragten.

Erstaunlich hoch ist der Anteil der Befragten, die angeben nicht bzw. keine Partei zu wählen: 33% der Befragten äußern die Absicht sich der Beteiligung am politischen Willensbildungsprozess zu enthalten. Rechte Parteien wie NPD, DVU und Republikaner schneiden mit 1% so schlecht ab, dass die Befragten diese Parteien offensichtlich nicht als Sprachrohr ihrer Unzufriedenheit wahrnehmen. Das mit 21% im Vergleich zu den anderen „Volksparteien“ CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen verhältnismäßig gute „Ergebnis“ der SPD (bzw. der PDS in Halle-Silberhöhe) verweist auf die Vergangenheit der Stadtquartiere als traditionelle Arbeiterviertel.

7. Politische Partizipation und politische Einstellungen

In den neunziger Jahren ging die sich bis Ende der siebziger Jahre zunächst auf hohem Niveau bewegendende Wahlbeteiligung in Deutschland zurück.²³⁶ Mit den neuen Formen politischer Partizipation bot sich gleichzeitig eine attraktive Alternative zur Beteiligung an Wahlen, die zudem einen direkteren Einfluss auf den politischen Willensbildungsprozess versprach. Mittlerweile ist die Bereitschaft auf „unkonventionelle“ Art und Weise politisch zu partizipieren, zurückgegangen.

Es ist deutlich geworden, dass die zunächst positiv aufgenommene Möglichkeit der Organisation von und Einflussnahme über Bürgerinitiativen nicht jedem Bürger in gleichem Maße zugänglich ist: Es waren und sind vor allem Personen mit einem höheren Bildungsgrad, die sich an unkonventionellen Formen politischer Partizipation beteiligen. Die Beteiligung an Wahlen gilt nach wie vor als die egalitärste Form politischer Partizipation mit den niedrigsten Zugangsvoraussetzungen.

Neben den höheren Voraussetzungen, die vom Einzelnen indirekt verlangt werden, fordern unverfasste Formen politischer Partizipation einen höheren Ressourceneinsatz: Die Mitarbeit in einer Bürgerinitiative ist mit regelmäßigen Tätigkeiten bzw. der Übernahme von Aufgaben verbunden, mit dem Einfordern von Unterstützung durch eine Partei bzw. einen Abgeordneten geht Informationsaufwand und Engagement einher, die Teilnahme an einer Demonstration erfordert einen zumindest zeitlich höheren Ressourcenaufwand.²³⁷ Eine Ausnahme hiervon bildet möglicherweise die Beteiligung an einer Unterschriftensammlung: Ähnlich wie bei der Stimmabgabe im Zuge von Wahlen ist vom Einzelnen lediglich das Abzeichnen eines Papiers gefordert. Im Fall der Unter-

²³⁶ Bei den Bundestagswahlen lag die Wahlbeteiligung in den einzelnen Jahren: 1972 bei 91,1%; 1976 bei 90,7%; 1980 bei 88,6%; 1983 bei 89,1%; 1987 bei 84,3%; 1990 bei 77,8%; 1994 bei 79,0%; 1998 bei 82,2%; 2002 bei 79,1%; 2005 bei 77,7%; 2009 bei 70,8%, 2013 bei 71,5%. Quelle: Statistisches Bundesamt. Bei Bundestagswahlen ist die Wahlbeteiligung am höchsten, die Beteiligungsquoten sind bei Landtags-, Kommunal- und insbesondere Europawahlen je nach Region deutlich niedriger.

²³⁷ Auch vermeintlich allen Bürgern zugängliche Formen politischer Partizipation bspw. via Internet stehen nur einem Teil der Bevölkerung tatsächlich zur Verfügung, beim Beispiel Internet sind es vor allem junge Menschen, die dieses Medium generell und damit auch für die politische Partizipation nutzen.

schriftensammlung geschieht dies vermutlich häufig beiläufig, eine gezielte Teilnahme ist eher die Ausnahme.

Die geschilderten, aus theoretischen Überlegungen und Studien zur politischen Partizipation abgeleiteten Annahmen, gilt es zunächst zu prüfen.²³⁸ Trifft es auch auf die mit dieser Studie Befragten zu, dass wer nicht wählt auch nicht anderweitig politisch partizipiert? Im Anschluss an die Prüfung dieser Grundannahme folgt die Deskription von Merkmalen der bekennenden Nichtwähler und ungültig Wählenden unter den Befragten. Hierbei wird besonderer Wert auf sozio-demographische und ökonomische Merkmale und Einschätzungen sowie politische Einstellungen wie Parteibindung, Interesse für Politik, politisches Selbstbewusstsein und politische Selbstwirksamkeit gelegt.

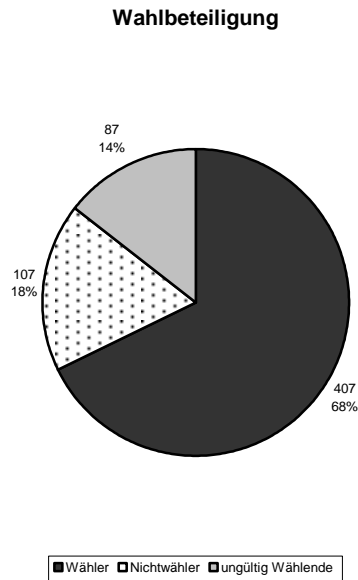
7.1. Politische Partizipation und Nichtwahl

Zur Erhebung von nicht direkt in das Wahlergebnis einfließenden Wahlabsichten²³⁹ wurden zu den üblichen Items der Sonntagsfrage („Wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, welche Partei würden Sie dann wählen?“), über die Parteien angegeben werden können (hier: SPD, CDU, FDP, Bündnis 90/Die Grünen, PDS, Republikaner, DVU, andere Partei), zwei weitere Items hinzugefügt: die Antwortoptionen „keine Partei“ und „Ich ginge nicht wählen“. Beide Angaben haben zum Ergebnis, dass keiner Partei die jeweilige Stimme zukommt. Es ist jedoch zu unterscheiden zwischen der ungültigen Stimmabgabe („keine Partei“) und Nichtwahl („Ich ginge nicht wählen“) – auch in der amtlichen Wahlstatistik werden Wahlberechtigte, ungültige Stimmen und gültige Stimmen gesondert aufgeführt. Vermutlich sind die den Angaben zugrunde liegenden Beweggründe verschieden – ungültige Stimmabgabe könnte eine Manifestierung von Unzufriedenheit bedeuten, Nichtwahl ein Zeichen politischer Apathie sein –, so dass in den weiteren Analysen „ungültig wählende“ Befragte und „nicht wählende“ Befragte separat betrachtet werden.

²³⁸ Zur Operationalisierung und verwendeten Indikatoren siehe Teil II dieser Arbeit. Die Variablen sowie Itemformulierungen finden sich bei der Auswertung.

²³⁹ Indirekt beeinflussen Nichtwähler und ungültige Stimmen das Wahlergebnis, da dieses sich aus dem jeweiligen Anteil an Stimmen der Parteien gemessen an den abgegebenen gültigen Stimmen errechnet. Verzichtet vor allem die Wählerklientel einer Partei auf die gültige Stimmabgabe, erhöhen sich die prozentualen Anteile der anderen Parteien entsprechend.

Von den insgesamt 686 Befragten liegen, zieht man Unentschlossene („weiß nicht“) und Antwortverweigerer („keine Angabe“) ab, von 601 Befragten Angaben zur Sonntagsfrage vor.



Die Absicht bei einer Bundestagswahl am kommenden Sonntag keine Partei zu wählen, äußerten 87 Befragte (14%), 107 Befragte (18%) würden sich nicht am Wahlgang beteiligen. Somit würden die Wahlergebnisse der Parteien von 2/3 der Befragten entschieden, 1/3 würde auf eine gültige Stimmabgabe und somit die Beteiligung am politischen Willensbildungsprozess und die Repräsentanz über gewählte Abgeordnete verzichten.²⁴⁰ Dieser Anteil entspricht der Nichtwählerquote der Aggregatdaten.

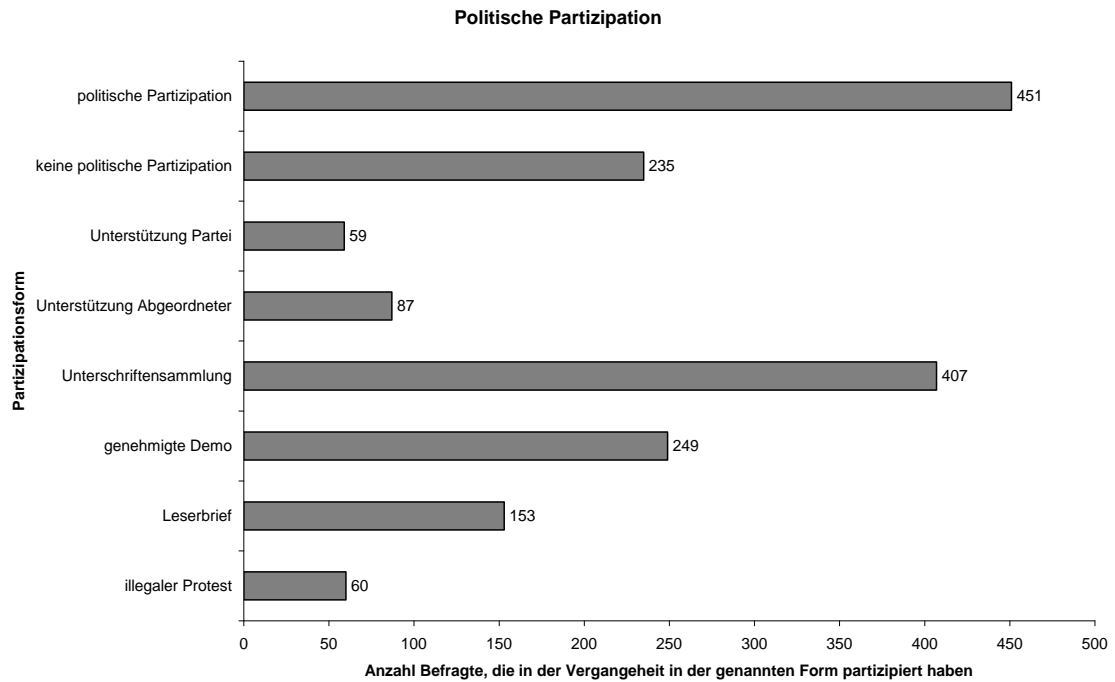
Neben der Beteiligung an Wahlen haben Bürger vielfältige weitere Möglichkeiten politisch zu partizipieren. Die verschiedenen Partizipationsformen können nach den Kriterien parteibezogen, legal und illegal differenziert werden. Unter der Aufforderung „Bitte geben Sie an, was davon Sie bereits in der Vergangenheit getan haben, um ein politisches Ziel zu erreichen.“ wurden zu den

²⁴⁰ Die statistischen Ämter der Städte und Bundesländer stellen die Daten vergangener Wahlen in unterschiedlicher Form zur Verfügung. Das führt dazu, dass lediglich für Halle-Silberhöhe Daten auf Stadtviertelbasis vorliegen, für Duisburg und Frankfurt/ Main müssen die Daten des Wahlkreises verwendet werden. Hinzu kommt, dass die Stadt Halle die Stimmenanteile rechter Parteien nicht separat ausweist, sondern unter „Sonstige“ zusammenfasst. Wird unter den gegebenen Bedingungen jeweils das Mittel der drei Stadtviertel bzw. Wahlkreise gebildet, ist für die Bundestagswahl 2005 folgendes Ergebnis festzustellen: SPD 37,8%; CDU 23,1%; PDS 16,6%; FDP 9,2%; Bündnis 90/ Die Grünen 8,9%; Sonstige 4,5%; ungültige Stimmen 1,6%; Nichtwähler 31,9%.

einzelnen Kategorien der Beteiligung mindestens zwei verschiedene Möglichkeiten genannt.

Als parteibezogene Aktivitäten standen „Mich direkt an einen Abgeordneten oder andere Politiker gewendet“ und „Versucht, von einer Partei Unterstützung zu bekommen“ zur Wahl. Die meisten der Befragten haben sich bisher zur Artikulation ihrer politischen Wünsche und Anliegen weder direkt an einen Abgeordneten gewendet (599 Befragte, 87%) noch versucht, von einer Partei Unterstützung zu erhalten (627 Befragte, 91%). Parteibezogene Aktivitäten scheinen demnach keine attraktive Form der politischen Partizipation und somit keine Alternative zur Beteiligung an Wahlen zu sein.

Legaler Protest umfasst die vor allem hinsichtlich der aufzubringenden notwendigen Ressourcen (Zeit, Information) äußerst unterschiedlichen Möglichkeiten der Partizipation: „In einer Bürgerinitiative mitgearbeitet“, „Einen Leserbrief geschrieben“, „An einer genehmigten Demonstration teilgenommen“ und „An einer Unterschriftensammlung teilgenommen“. Mehr als die Hälfte der Befragten hat sich schon einmal an einer Unterschriftensammlung beteiligt (407 Befragte, 59%). Die zweithäufigste Form legalen Protests unter den Befragten ist die Teilnahme an einer genehmigten Demonstration (249 Befragte, 36%). Weniger häufig wird zur Artikulation der politischen Meinung ein Leserbrief geschrieben (153 Befragte, 22%). Der Anteil derer, die bereits in einer Bürgerinitiative mitgearbeitet haben, ist im Vergleich zur Beteiligung an Unterschriftensammlungen gering (81 Befragte, 12%). Zusammenfassend bleibt festzustellen, dass ein Drittel der Befragten sich bisher in keiner der genannten Formen an legalem Protest beteiligt hat (235 Befragte, 34%).



Im Zusammenhang mit geringer Wahlbeteiligung steht häufig die Befürchtung im Raum, illegaler Protest könnte insbesondere für mit Politik, Politikern und politischem System Unzufriedene eine Alternative zu verfassten und/oder legalen Formen der politischen Partizipation sein. Ein „Ausstieg aus der Demokratie“ würde sich demnach in einem erhöhten Aufkommen von und Beteiligung an nicht legalen Protestformen wie Blockaden des Straßenverkehrs und gewalttätigen Demonstrationen zeigen. Eine solche Tendenz ist unter den Befragten dieser Studie nicht zu erkennen: Nur ein sehr geringer Teil der Befragten gibt an, sich bisher an illegalen Formen des Protests (Straßenverkehr blockiert, an Demonstration mit Gewalt teilgenommen) beteiligt zu haben (60 Befragte, 9%).²⁴¹

Die verschiedenen Formen legalen Protests, insbesondere die Beteiligung an Unterschriftensammlungen, bieten vermutlich am ehesten eine alternative und/oder zusätzliche Möglichkeit der politischen Beteiligung. Nur wenige Befragte entscheiden sich für parteibezogene Aktivitäten oder illegalen Protest, um ihren politischen Willen zum Ausdruck zu bringen.

²⁴¹ Hierbei gilt es zu berücksichtigen, dass das Antwortverhalten da es sich um illegale Aktivitäten handelt vermutlich von Faktoren wie sozialer Erwünschtheit und Angst vor Strafverfolgung beeinflusst ist. Somit kann bei den geschilderten Angaben eine (geringe) Unschärfe bestehen.

Fasst man alle erhobenen alternativen Möglichkeiten politischer Partizipation zusammen wird deutlich, dass etwa ein Drittel der Befragten sich bisher noch nicht an einer oder auch mehreren dieser Alternativen beteiligt hat (212 Befragte, 31%). Sind dies auch diejenigen Befragten, die angeben nicht respektive ungültig zu wählen?

Zwischen Wahlbeteiligung und politischer Partizipation besteht ein eindeutiger Zusammenhang, das heißt wer nicht wählt, partizipiert mit hoher Wahrscheinlichkeit auch nicht in einer der genannten anderen Formen am politischen Willensbildungsprozess.²⁴² Die Umkehr ist noch bedeutender: Diejenigen Befragten, die angeben eine Partei zu wählen, haben auch bereits in einer anderen Form partizipiert. Ungültig stimmende Wähler nutzen in größerem Umfang als Nichtwähler alternative Möglichkeiten der politischen Mitbestimmung.

Tabelle: Politische Partizipation und Wahlabsicht

Angabe in Prozent (Fallzahl)	Wähler	Nichtwähler	ungültig Wählende
Parteibezogene Partizipation	20,4 (83)	6,5 (7)	16,1 (14)
Illegale Partizipation	11,5 (47)	5,6 (6)	5,7 (5)
Unkonventionelle Partizipation	72,0 (293)	52,3 (56)	74,7 (65)

Die Prozentwerte beziehen sich jeweils auf den Anteil an Wählern, Nichtwählern bzw. ungültig Wählenden. Das heißt 56 Personen gaben an nicht zu wählen, aber bereits in unkonventioneller Form politisch partizipiert zu haben; dies entspricht einem Anteil von 52,3% der Nichtwähler. Der Unterschied zu Wählern und ungültig Wählenden ist mit $p=.000$ hoch signifikant.

Unkonventionelle Partizipation: Cramers $V = .168$; $p=.000$; $\text{Chi}^2 = 16,881$; $df = 2$

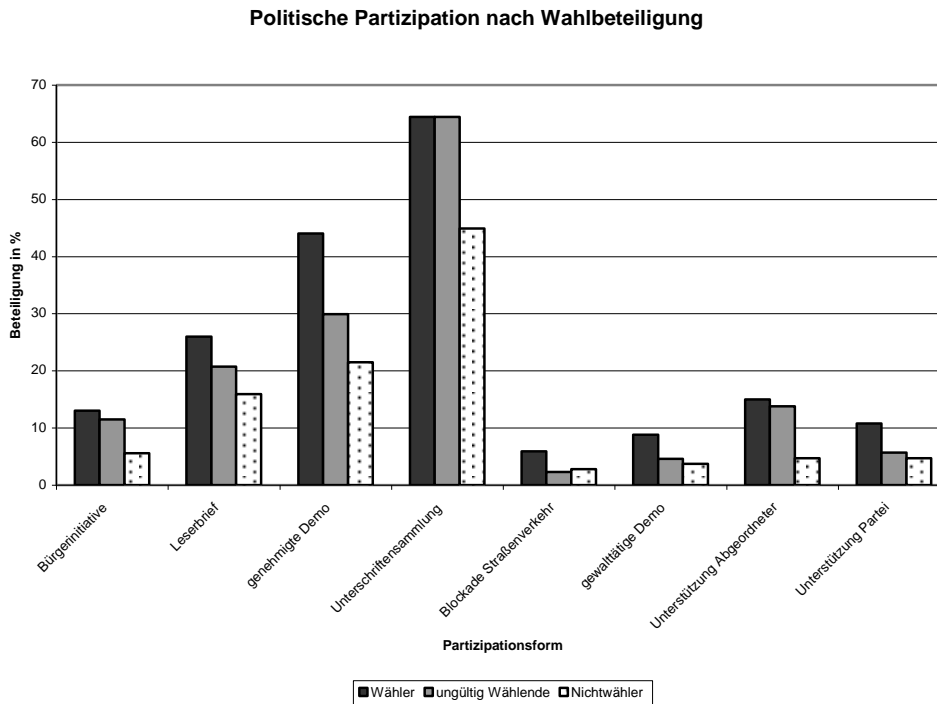
Illegale Partizipation: Cramers $V = .093$; $p=.074$; $\text{Chi}^2 = 5,207$; $df = 2$

Parteibezogene Partizipation: Cramers $V = .138$; $P=.003$; $\text{Chi}^2 = 11,464$; $df = 2$

Die grafische Darstellung verdeutlicht die Differenz zwischen Nichtwählern und Wählern hinsichtlich anderweitiger politischer Partizipation: Unabhängig davon, ob es sich um legale oder illegale, verfasste oder unverfasste Formen

²⁴² $\text{Chi}^2=22,237$, $df=2$, $p=.000$; Cramers $V = .192$.

politischer Partizipation handelt – wer wählen geht beteiligt sich häufig auch sonst politisch. Nichtwähler nehmen diese Möglichkeiten seltener wahr, ungültig Wählende beteiligen sich häufiger als Nichtwähler an legalen, unkonventionellen Formen der politischen Partizipation.



Wie die Befragten insgesamt, so beteiligen sich auch die Nichtwähler unter den Befragten vor allem an Unterschriftensammlungen (45%) und genehmigten Demonstrationen (22%). Hinsichtlich der anderen Formen parteibezogener, legaler und illegaler Aktivitäten ist eine deutlich geringere Bereitschaft als unter den Wählern zu erkennen. Die Befragten, die angaben sie würden keine Partei wählen, können hinsichtlich der Teilnahme an anderen Formen der politischen Partizipation weder der Gruppe der Wähler noch der Gruppe der Nichtwähler eindeutig zugeordnet werden. Sie können hinsichtlich mancher Beteiligungsformen der Gruppe der Wähler (Beteiligung an Unterschriftensammlungen, Hinwendung an Abgeordnete) in anderen der Gruppe der Nichtwähler (Blockade des Straßenverkehrs, gewalttätige Demonstrationen) zugeordnet werden. Was die Mitarbeit in Bürgerinitiativen, die Beteiligung an Unterschriftensammlungen und das Nutzen der Möglichkeit, sich direkt an einen Abgeordneten zu wenden angeht, zeigen die ungültig Wählenden eine ebenso hohe Bereitschaft zur Partizipation wie die Wähler. Bei Partizipationsformen wie dem Versuch von einer Partei Unterstützung zu erhalten und illegalem

Protest (Blockade des Straßenverkehrs, Demonstration mit Gewalt) verhält sich diese Gruppe wie die der Nichtwähler. Eine mittlere, zwischen Wählern und Nichtwählern liegende Beteiligungsrate, weisen die ungültig Wählenden bzgl. der Teilnahme an genehmigten Demonstrationen und dem Schreiben von Leserbriefen auf. Es scheint sich bei den Befragten, die die Absicht äußern ungültig zu wählen, um eine äußerst heterogene Gruppe zu handeln, deren möglicherweise einziges gemeinsames Merkmal die Absicht der ungültigen Stimmabgabe ist.

Die bisherige Kategorisierung der verschiedenen Möglichkeiten politischer Partizipation basierte auf Kriterien wie Institutionalisierung und Legalität. Hiernach wurden die einzelnen Partizipationsformen den Kategorien parteibezogene Aktivitäten, legaler Protest und illegaler Protest zugeordnet. Aspekte wie notwendige einzusetzende Ressourcen oder auch Grad der Öffentlichkeit gingen bisher nicht in die Kategorienbildung ein. Die Partizipationsmöglichkeiten können jedoch auch nach dem Antwortverhalten der Befragten kategorisiert werden: Lassen sich Kategorien bilden im Sinne wer bei A aktiv ist, ist es auch bei B und C? Unterscheiden sich diese Kategorien in der Zusammensetzung von der theoriegeleiteten Differenzierung nach Grad der Institutionalisierung und Legalität?

Vom Antwortverhalten der Befragten ausgehend können drei Kategorien politischer Partizipation unterschieden werden: 1. Partizipation mit hohem Aufwand, 2. Partizipation mit geringem Aufwand und 3. illegale Partizipation.²⁴³ Zur mit eher geringem Aufwand verbundenen Partizipation zählt die Beteiligung an Wahlen, an Unterschriftensammlungen und an genehmigten Demonstrationen. Die Mitarbeit in einer Bürgerinitiative, das Schreiben eines Leserbriefs sowie parteibezogene Aktivitäten (sich direkt an einen Abgeordneten wenden, versuchen von einer Partei Unterstützung zu erhalten) erfordern einen höheren Aufwand an Ressourcen wie Zeit, Information und (Vor-) Bildung.

²⁴³ Hauptkomponentenanalyse, Varimax-Rotation mit Kaiser-Normalisierung, aufgeklärte Varianz bei 3 Faktoren: 53%.

Tabelle: Dimensionen politischer Partizipation

	1 hoher Aufwand	2 geringer Aufwand	3 illegal
Unterstützung Partei	0,748		
Unterstützung Abgeordneter	0,789		
Gewalt-Demo			0,808
Blockade Straßenverkehr			0,800
Unterschriftensammlung		0,836	
Genehmigte Demonstration		0,716	
Leserbrief	0,511		
Bürgerinitiative	0,509		

Hauptkomponentenanalyse, Varimax-Rotation mit Kaiser-Normalisierung, erklärte Varianz bei drei Faktoren: 53%.

Die beiden Kategorien unterscheiden sich auch hinsichtlich der Sichtbarkeit, der Öffentlichkeit des individuellen Engagements für Dritte: In Bürgerinitiativen, mit einem Leserbrief wie auch bei den parteibezogenen Aktivitäten ist vom Einzelnen eine klare Positionierung und Formulierung der eigenen Meinung und Interessen gefordert. Wählen, eine Liste unterschreiben und demonstrieren erlauben es eher, nicht als Einzelner wahrgenommen zu werden und in der Masse zu verschwinden.

Im Ergebnis kann festgehalten werden, dass die Hypothese „wer nicht wählt ist nicht anderweitig politisch aktiv“ auch für die Befragten dieser Studie Gültigkeit hat. Wähler sind signifikant häufiger politisch aktiv als Befragte, die angeben sich nicht an Wahlen zu beteiligen. Im Gegensatz dazu beteiligen sich diejenigen, die beabsichtigen eine ungültige Stimme abzugeben in manchen Bereichen so wie Wähler. Dies ist ein Hinweis auf die notwendige Unterscheidung von Nichtwählern und ungültig Wählenden in den folgenden Analysen.

Illegaler Protest ist offensichtlich keine Alternative zur Wahlbeteiligung: Weder Nichtwähler noch ungültig Wählende beteiligen sich häufiger an illegalem Protest als Wähler.

7.2. Sozio-demographische Unterschiede zwischen Wählern, Nichtwählern und ungültig Wählenden

Doch wer sind die Wähler, die Nichtwähler und diejenigen, die beabsichtigen keine gültige Stimme abzugeben? Steigen vor allem Frauen und jüngere Menschen oder hoch Gebildete aus der Beteiligung am politischen Willensbildungsprozess aus? Sind Unterschiede hinsichtlich der Einschätzung der wirtschaftlichen Lage und der politischen Einstellungen zwischen politisch Partizipierenden und Nicht-Partizipierenden festzustellen? Was charakterisiert Nichtwähler und ungültig Wählende im Vergleich zu Wählern?

Ein geschlechtsspezifischer Unterschied zwischen Wählern, Nichtwählern und ungültig Wählenden ist nicht festzustellen. Anders verhält es sich bezüglich der Altersgruppen: Unter den über 65-Jährigen sind deutlich mehr Wähler als in den anderen Altersgruppen. Dies lässt sich darauf zurückführen, dass Werte wie bspw. Pflichtorientierung, die einen Einfluss auf das Wahlverhalten haben, von älteren Personen häufiger vertreten werden als von Jüngeren. Der häufig konstatierte Wertewandel (Inglehart, Klages), auf den zurückgehende Wahlbeteiligungsquoten auch zurückgeführt werden, beeinflusst vor allem die Einstellungen der jüngeren Bevölkerung. Ältere Bürger vertreten eher konservative Werthaltungen zu denen eine starke Orientierung an Werten wie Pflichterfüllung zählt.

Die Position des Einzelnen in der Gesellschaft – die soziale Integration – kann ein entscheidender Faktor für die Wahlbeteiligung sein. Nach der Randständigkeitshypothese speist sich dieser Zusammenhang aus den Annahmen a) Randgruppen seien nur schwer in die sozialen Cleavages einzuordnen, fühlten sich dementsprechend nicht über das Parteiensystem repräsentiert und b) die geringe soziale Integration von Randgruppen verhindere eine starke soziale Kontrolle. Beides verstärke im Ergebnis die erhöhte Bereitschaft sich nicht am demokratischen Willensbildungsprozess zu beteiligen. Die Forschung hat gezeigt, dass neben der Wirkung des Status auf die soziale Integration und hierüber auf das Partizipationsverhalten, der sozio-ökonomische Status einen Einfluss auf politische Einstellungen hat, die sich wiederum maßgeblich auf politische Beteiligung auswirken.²⁴⁴ Im Folgenden werden zunächst Zusammenhänge zwischen sozio-ökonomischem Status, sozialer Integration und politischer Partizipation geprüft. In Kapitel 8 folgt die Analyse politischer Einstellungen und des Zusammenhangs der Einstellungen mit politischer Beteiligung.

²⁴⁴ Vgl. Kapitel I.2. dieser Arbeit.

Zu den Indikatoren sozialer Integration zählt der sozio-ökonomische Status, hierzu unter anderem der erworbene Bildungsabschluss.

Die Nichtwähler unter den Befragten haben häufig einen niedrigen bzw. mittleren Bildungsabschluss: Die meisten Nichtwähler haben keinen oder einen Hauptschulabschluss (53% der Nichtwähler), etwa 1/3 hat die Schule mit der mittleren Reife abgeschlossen (31% der Nichtwähler). Nur wenige Nichtwähler haben Abitur bzw. einen höheren Bildungsabschluss (10% der Nichtwähler).

Tabelle: Bildungsabschluss und Wahlbeteiligung

Angaben in Prozent (Fallzahl)	kein Abschluss/ Hauptschulabschluss	mittlere Reife	Abitur/ Hochschul- abschluss
gesamt	40,6 (243)	31,9 (191)	27,5 (165)
Wähler	38,6 (157)	29,5 (120)	31,9 (130)
ungültig Wählende	34,9 (30)	44,2 (38)	20,9 (18)
Nichtwähler	52,8 (56)	31,1 (33)	10,0 (17)

Chi²=19.165; df=4; p=.001; Cramers V=.126

Unter den ungültig Wählenden sind vor allem Personen mit mittlerem Bildungsgrad (44%) vertreten. Es sind also nicht die über 65-Jährigen, hochgebildeten Personen, die zur Nichtwahl neigen, sondern häufig jüngere Befragte mit mittlerem oder niedrigem Bildungsgrad, die die Absicht äußern, sich nicht am demokratischen Willensbildungsprozess beteiligen zu wollen.

Die bisherigen Ergebnisse – es sind nicht die Älteren mit hohem Bildungsabschluss, die beabsichtigen sich nicht an Wahlen zu beteiligen – deuten die Bestätigung sowohl der Wertewandelsforschung als auch der Randständigkeits-hypothese an. Sowohl den Zusammenhang zwischen individuellem Grad sozialer Integration und Nichtwahl wie auch zwischen bestimmten Werteinstellungen und Nichtwahl gilt es in den folgenden Abschnitten näher zu prüfen.

7.3. Objektive und subjektive ökonomische Lage

Neben dem Bildungsabschluss umfasst der sozio-ökonomische Status auch den Berufsabschluss und den Grad der Erwerbstätigkeit. Hier könnten sich weitere Anhaltspunkte zur Verifizierung bzw. Falsifizierung der Randständigkeitshypothese finden.

Tabelle: Bewertung der allgemeinen und der persönlichen wirtschaftlichen Lage

„Sprechen wir zunächst über die allgemein wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik. Ist Ihrer Ansicht nach die wirtschaftliche Lage....“				
Angaben in Prozent (Fallzahl)	sehr schlecht (1)	eher schlecht (2)	eher gut (3)	sehr gut (4)
gesamt	33,4 (200)	52,9 (317)	13,0 (78)	0,7 (4)
Wähler	26,7 (108)	57,0 (231)	15,6 (63)	0,7 (3)
Nichtwähler	43,9 (47)	48,6 (52)	6,5 (7)	0,9 (1)
ungültig Wählende	51,7 (45)	39,1 (34)	9,2 (8)	0,0 (0)
„Wie beurteilen Sie Ihre eigene wirtschaftliche Lage und finanzielle Situation? Ist sie...“				
Angaben in Prozent (Fallzahl)	sehr schlecht (1)	eher schlecht (2)	eher gut (3)	sehr gut (4)
gesamt	11,7 (70)	31,3 (187)	53,6 (320)	3,4 (20)
Wähler	9,9 (40)	25,1 (102)	60,6 (246)	4,4 (18)
Nichtwähler	17,0 (18)	45,3 (48)	35,8 (38)	1,9 (2)
ungültig Wählende	14,1 (12)	43,5 (37)	42,4 (36)	0,0 (0)

Hinsichtlich der ökonomischen Situation, über die der Berufsabschluss und der Grad der Erwerbstätigkeit Aufschluss geben, unterscheiden sich Wähler, Nichtwähler und ungültig Wählende nicht (signifikant). Es zeichnet sich also

nicht ab, dass besondere „Randständigkeit“ in ökonomischer Hinsicht mit Wahlenthaltung einhergeht.²⁴⁵

Gegenüber den „harten“ Fakten zur ökonomischen Situation der Befragten ist die subjektive Wahrnehmung der wirtschaftlichen Situation – auch der persönlichen – möglicherweise die entscheidendere Einflussgröße politischer Partizipation. Die Vertreter kritischer Wohlfahrtstheorien gehen davon aus, dass sich die subjektive wirtschaftliche Lage auf die Zufriedenheit mit dem politischen System auswirkt. Vor allem, wenn der Bürger den Eindruck gewinnt, das System – der Staat – könne die wachsenden Forderungen und Erwartungen seiner Bürger nicht (mehr) erfüllen, wächst die Unzufriedenheit mit dem System und seinen Vertretern. Bisher ist nicht hinreichend untersucht, inwieweit subjektive wirtschaftliche Unzufriedenheit zu politischer Entfremdung und hiermit zusammenhängend zur Nichtwahl führt.

Die allgemeine wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik („Sprechen wir zunächst über die allgemeine wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik. Ist Ihrer Ansicht nach die wirtschaftliche Lage...“) wird von den Befragten schlechter bewertet als die persönliche Situation („Wie beurteilen Sie Ihre eigene wirtschaftliche Lage und finanzielle Situation? Ist sie...“), was nicht ungewöhnlich ist. Nichtwähler bzw. ungültig Wählende beurteilen dabei die allgemeine wirtschaftliche Situation deutlich negativer als Wähler, was sich vor allem in den Extremwerten zeigt: Deutlich mehr Nichtwähler bzw. ungültig Wählende als Wähler beurteilen die allgemeine wirtschaftliche Situation als „sehr schlecht“; als „eher gut“ bzw. „sehr gut“ wird die Lage vor allem von den Wählern gesehen.²⁴⁶ Auch wenn die persönliche wirtschaftliche und finanzielle Situation von den Befragten insgesamt positiver als die allgemeine wirtschaftliche Lage bewertet wird, bleibt die Differenz zwischen Wählern und Nicht-Partizipierenden: Nichtwähler und ungültig Wählende sind überwiegend der Meinung, ihre eigene wirtschaftliche Lage sei eher bis sehr schlecht, wogegen 2/3 der Wähler diese als eher bzw. sehr gut beurteilen.²⁴⁷

Nichtwähler und ungültig Wählende schätzen sowohl die allgemeine wirtschaftliche Lage (90% der Nichtwähler und 93% der ungültig Wählenden geben „eher schlecht“ bzw. „sehr schlecht“ an) als auch ihre persönliche Situation

²⁴⁵ Zur Bewertung der individuellen sozialen Integration ist die Einbindung in Organisationen und Verein zu berücksichtigen. Diesem Aspekt widmet sich Kapitel III.9. dieser Arbeit ausführlich.

²⁴⁶ Chi2 = 29.774; df = 6; p = .000; Cramers V=.158.

²⁴⁷ Chi2 = 36.634; df = 6; p = .000; Cramers V=.175.

(58% der Nichtwähler und 62% der ungültig Wählenden geben „eher schlecht“ bzw. „sehr schlecht“ an) eindeutig negativ ein. Die Angaben derjenigen, die beabsichtigen ungültig zu wählen, fallen dabei geringfügig negativer aus als diejenigen der bekennenden Nichtwähler. Auffällig ist demgegenüber die Einschätzung der Wähler, die ihre Lage mehrheitlich positiv sehen (35% der Wähler bewerten ihre eigene wirtschaftliche und finanzielle Situation als „eher schlecht“ bzw. „sehr schlecht“).

Des Weiteren ist interessant, dass Personen, die beabsichtigen sich an Wahlen zu beteiligen, der Zukunft optimistischer entgegen blicken als diejenigen, die beabsichtigen nicht politisch zu partizipieren: Die überwiegende Mehrheit der Wähler ist der Ansicht, dass die eigene wirtschaftliche und finanzielle Situation sich binnen Jahresfrist nicht wesentlich verändern wird („Und was erwarten Sie für die Zeit in einem Jahr: Wie wird Ihre eigene wirtschaftliche und finanzielle Situation im Vergleich zu heute sein?“), während unter den Nichtwählern und ungültig Wählenden deutlich mehr der Meinung sind, ihre Situation werde in einem Jahr schlechter sein („schlechter“: 24% der Wähler, 40% der ungültig Wählenden, 37% der Nichtwähler; „ungefähr gleich“: 57% der Wähler, je 45% der ungültig Wählenden und Nichtwähler; „besser“: 19% der Wähler, 16% der ungültig Wählenden, 18% der Nichtwähler).

Tabelle: Einschätzung der zukünftigen persönlichen wirtschaftlichen Lage

„Und was erwarten Sie für die Zeit in einem Jahr: Wie wird Ihre eigene wirtschaftliche und finanzielle Situation im Vergleich zu heute sein?“

Angaben in Prozent (Fallzahl)	schlechter	ungefähr gleich	besser
gesamt	28,5 (168)	53,1 (313)	18,3 (108)
Wähler	24,0 (97)	56,9 (230)	19,1 (77)
Nichtwähler	37,3 (38)	45,1 (46)	17,6 (18)
ungültig Wählende	39,8 (33)	44,6 (37)	15,7 (13)

Obwohl sich die wirtschaftliche Situation von Wählern, Nichtwählern und ungültig Wählenden gemäß den Angaben der Befragten objektiv nicht unter-

scheidet, ist die subjektive Wahrnehmung bei Nichtwählern und ungültig Wählenden deutlich negativer. Sowohl die allgemeine Lage, die eigene aktuelle Situation und die zukünftige Situation beurteilen Personen, die nicht politisch partizipieren als schlechter als politisch Aktive. Die Hypothese mit der wirtschaftlichen Lage unzufriedene Personen würden häufiger zur Nichtwahl neigen, scheint sich zu bestätigen. Bleibt die Frage, ob Befragte die die allgemeine wie die persönliche wirtschaftliche Lage als schlecht einschätzen, häufiger politisch entfremdet sind. Indikatoren politischer Entfremdung sind das politische Interesse, die Parteibindung, das politische Selbstbewusstsein sowie die Einschätzung politischer Selbstwirksamkeit. Hinsichtlich der individuellen Aspekte politischer Entfremdung – Interesse, Parteibindung, Selbstbewusstsein – ist kein Zusammenhang zur Einschätzung der wirtschaftlichen Lage, weder der allgemeinen noch der persönlichen, festzustellen. Einzig die Selbstwirksamkeit, das heißt die Performance des politischen Systems in Abhängigkeit von eigenen Vorstellungen und Wünschen, wird negativer eingeschätzt je schlechter die subjektive wirtschaftliche Lage ist. Befragte, die die wirtschaftliche Lage als schlecht oder eher schlecht bewerten sind seltener der Meinung, staatliche Akteure nähmen Rücksicht auf Forderungen und Erwartungen der Bürger.

7.4. Politische Einstellungen: Parteineigung, politisches Interesse und Efficacy

Der Cleavage-Ansatz identifiziert soziale Integration und geringe Repräsentation von Randgruppen als entscheidendes Kriterium für Nichtwahl.²⁴⁸ Aus Sicht der Forschungstradition der Michigan-School liegt der Schwerpunkt bei politischen Einstellungen wie Parteibindung, politischem Interesse, politischem Selbstbewusstsein und Selbstwirksamkeit und Werteinstellungen wie Pflichtbewusstsein. Personen, die sich keiner Partei verbunden fühlen, sich für Politik nicht interessieren, sich als politisch inkompetent und wenig selbstwirksam einschätzen, beteiligen sich seltener am demokratischen Willensbildungsprozess.

²⁴⁸ Vgl. Kapitel I.3.1.

Tabelle: Parteibindung und Wahlabsicht

Angaben in Prozent (Fallzahl)	keine Parteibindung	Parteibindung vorhanden
gesamt	43,3 (257)	56,7 (337)
Wähler	26,3 (106)	73,7 (297)
ungültig Wählende	77,6 (66)	22,4 (19)
Nichtwähler	80,2 (85)	19,8 (21)

Die Übersicht zeigt deutlich: Sowohl ungültig Wählende als auch Nichtwähler fühlen sich häufiger als Wähler keiner Partei besonders verbunden („Viele Leute neigen in der Bundesrepublik längere Zeit einer bestimmten Partei zu, obwohl sie auch ab und zu eine andere Partei wählen. Wie ist das bei Ihnen: Neigen Sie - ganz allgemein gesprochen einer bestimmten Partei zu? Wenn ja, welcher?“). Die Bereitschaft sich an Wahlen zu beteiligen hängt somit eng mit der Bindung an eine Partei – hier vor allem CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und PDS – zusammen.²⁴⁹ Für alle Befragten gilt: Die Bindung an eine Partei erhöht die Wahrscheinlichkeit der Stimmabgabe – oder im Umkehrschluss: Wer sich keiner Partei verbunden fühlt, neigt eher dazu sich nicht an Wahlen zu beteiligen.²⁵⁰

Entscheidend für die Frage ob politische Unzufriedenheit in Protest oder in Apathie bzw. Nichtwahl umschlägt – ob Unzufriedenheit zu besonderer politischer Aktivität oder einem Ausstieg aus dem demokratischen Willensbildungsprozess führt – ist, wie stark sich jemand für Politik interessiert. Untersuchungen zur politischen Partizipation belegen, dass Personen, die sich für Politik interessieren im Sinne Klingemanns als demokratisches Korrektiv verstanden werden können. Diese Personen bilden das Potential, ein demokratisches System zu verändern. Wohingegen apathische, weder am politischen Prozess beteiligte noch daran interessierte Bürger möglicherweise das System in seiner Stabilität gefährden. Die Angaben von Wählern, ungültig Wählenden und

²⁴⁹ Chi2 = 147.046; df = 2; p = .000; Cramers V=.498.

²⁵⁰ Die differenzierte Analyse nach Parteien ergibt, dass vor allem Anhänger von PDS und Bündnis 90/Die Grünen auch anderweitig politisch partizipieren, Anhänger keiner Partei sich auch nicht an anderen Formen der politischen Partizipation beteiligen.

Nichtwählern auf die Frage „Wie stark interessieren Sie sich für Politik?“ unterscheiden sich deutlich (signifikant): Nichtwähler wie auch Befragte, die angeben ungültig wählen zu wollen, geben häufig an sich überhaupt nicht oder weniger stark für Politik zu interessieren, Wähler interessieren sich in der Mehrheit ziemlich bis sehr stark für Politik.²⁵¹

Tabelle: Politisches Interesse

„Wie stark interessieren Sie sich für Politik?“					
Angaben in Prozent (Fallzahl)	überhaupt nicht	weniger stark	mittelmäßig	ziemlich stark	sehr stark
gesamt	10,3 (70)	13,3 (91)	38,9 (265)	22,7 (155)	14,8 (101)
Wähler	6,9 (28)	9,9 (40)	36,0 (146)	26,2 (106)	21,0 (85)
Nichtwähler	24,5 (26)	21,7 (23)	37,7 (40)	12,3 (13)	3,8 (4)
ungültig Wählende	14,9 (13)	16,1 (14)	39,1 (34)	18,4 (16)	11,5 (10)

Vor allem Wähler und Nichtwähler interessieren sich unterschiedlich stark für Politik: Nahezu die Hälfte der Nichtwähler gibt an sich überhaupt nicht oder nur weniger stark für Politik zu interessieren (46%), unter den Wählern ist der Anteil der nicht an Politik interessierten mit 17% erheblich geringer (31% der ungültig Wählenden interessieren sich überhaupt nicht oder weniger stark für Politik).

Nach bisherigem Stand der Analysen kann davon ausgegangen werden, dass es sich bei den im Rahmen dieser Untersuchung befragten Nichtwählern nicht um eine Gruppe im Sinne des demokratischen Korrektivs Klingemanns handelt, das die Geschehnisse interessiert verfolgt, um bei allzu großer Unzufriedenheit korrigierend in den demokratischen Prozess einzugreifen.

Ein weiterer Indikator, der sich auf die Entscheidung zur politischen Partizipation auswirken kann, ist die Einschätzung der eigenen politischen Kompetenz, das politische Selbstbewusstsein. Wer sich zutraut, politisch aktiv zu sein, wird in relevanten Entscheidungen vermutlich eher partizipieren als Jemand,

²⁵¹ Chi2 = 59.283; df = 8; p = .000; Cramers V=.223.

der sich in politischen Fragen für inkompetent hält. Hinsichtlich der dieser Arbeit zugrunde liegenden Fragestellung – ob es sich bei nicht-partizipierenden Personen um ein der Demokratie in Krisenzeiten förderliches Potential oder eher um eine die Demokratie in ihrer Stabilität gefährdende apathische Masse handelt – ist die Einschätzung der politischen Kompetenz entscheidend. Handelt es sich um Nichtwähler, die sich aus Zufriedenheit mit den aktuellen Gegebenheiten nicht beteiligen, oder steigen die Nichtwähler sowohl ihr Interesse für Politik als auch ihre politische Kompetenz betreffend, aus dem demokratischen Prozess, dem demokratischen Leben aus?

Ein knappes Drittel der Befragten hält sich für politisch kompetent (31,9%), etwa genau so viele weisen kaum bzw. kein politisches Selbstbewusstsein auf (29,2%).

Tabelle: Politische Kompetenz (internal efficacy)

„Wir haben hier eine Reihe von häufig gehörten Meinungen über die Politik und die Gesellschaft zusammengestellt. Sagen Sie mir bitte, ob Sie diesen Meinungen zustimmen oder nicht.“

„Die ganze Politik ist so kompliziert, dass jemand wie ich nicht versteht, was vorgeht.“

„Ich traue mir zu, in einer Gruppe, die sich mit politischen Fragen befasst, eine aktive Rolle zu übernehmen.“ (invertiert)

„Wichtige politische Fragen kann ich gut verstehen und einschätzen.“ (invertiert)

Angaben in Prozent (Fallzahl)	gering	teilweise	hoch
gesamt	31,9 (216)	38,9 (264)	29,2 (198)
Wähler	26,5 (107)	39,9 (161)	33,7 (136)
Nichtwähler	51,9 (55)	36,8 (39)	11,3 (12)
ungültig Wählende	30,2 (26)	33,7 (29)	36,0 (31)

Nichtwähler schätzen ihre politische Kompetenz mehrheitlich als gering ein (51,9%): Sie halten Politik für zu kompliziert, trauen sich weder zu eine aktive Rolle zu übernehmen, noch wichtige politische Fragen richtig zu verstehen. Der

Anteil der sich für politisch kompetent haltenden Nichtwählern ist dementsprechend gering (11,3%). Wähler und Befragte, die beabsichtigen ungültig zu wählen schätzen ihre politische Kompetenz ähnlich ein (33,7% der Wähler, 36% der ungültig Wählenden halten sich für politisch kompetent).²⁵² Auch an dieser Stelle zeigt sich deutlich, dass ungültig Wählende unbedingt von Nichtwähler zu unterscheiden sind: Befragte, die angaben ungültig zu wählen, sind nicht desinteressiert, politisch unsicher und apathisch wie dies häufig im Zusammenhang mit der Analyse von Nichtwahl angenommen wird. Diese Anzeichen, dass die ungültig Wählenden möglicherweise das demokratische Potential bzw. Korrektiv Klingemanns darstellen, gilt es auch im Folgenden im Blick zu behalten.

Die Einschätzung der eigenen politischen Selbstwirksamkeit ist für die Entscheidung sich politisch zu beteiligen und hierfür entsprechende Mühen und Aufwand auf sich zu nehmen, von Bedeutung. Wer der Meinung ist, sein Tun bewirke etwas wird aktiv – wer dagegen davon überzeugt ist, das eigene Handeln bleibe wirkungslos benötigt ein hohes Maß an intrinsischer Motivation um sich politisch zu engagieren. Die weit überwiegende Mehrheit der Befragten (89,8%) ist der Meinung, politische Prozesse nicht maßgeblich beeinflussen zu können.

²⁵² Chi2 = 32,083; df = 4; p = .000; Cramers V=.164.

Tabelle: Politische Selbstwirksamkeit (external efficacy)

„Wir haben hier eine Reihe von häufig gehörten Meinungen über die Politik und die Gesellschaft zusammengestellt. Sagen Sie mir bitte, ob Sie diesen Meinungen zustimmen oder nicht.“

„Die Politiker kümmern sich darum was einfache Leute denken“ (invertiert)

„Die Bundestagabgeordneten bemühen sich um einen engen Kontakt zur Bevölkerung.“ (invertiert)

„Die Parteien wollen nur die Stimmen der Wähler, Ansichten interessieren sie nicht.“

Angaben in Prozent (Fallzahl)	gering	teilweise	hoch
gesamt	88,9 (529)	10,3 (60)	0,9 (5)
Wähler	86,4 (343)	12,6 (59)	1,0 (4)
Nichtwähler	92,2 (94)	6,9 (7)	1,0 (1)
ungütig Wählende	96,5 (83)	3,5 (3)	0 (0)

Angesichts der von nahezu allen Befragten als gering eingeschätzten politischen Selbstwirksamkeit überrascht nicht, dass sich die Gruppen nicht signifikant voneinander unterscheiden. Der deutlichste Unterschied ist zwischen ungütig Wählenden (96,5%), von denen bis auf drei Personen alle der Meinung sind Politiker kümmerten sich nicht um die Bedürfnisse der Bürger, Bundestagsabgeordnete bemühten sich nicht um Kontakt zu den Bürgern und Parteien seien nur an den Stimmen der Wähler, nicht an ihren Meinungen und Ansichten interessiert, und zwischen Wählern, von denen mehr als in den beiden anderen Gruppen die Mittelkategorie „teilweise“ angegeben haben. Ein stärkeres Gefühl politischer Selbstwirksamkeit ist jedoch auch unter den Wählern nicht festzustellen. Ein statistisch belegbarer Zusammenhang zwischen politischem Selbstbewusstsein oder dem Interesse für Politik und dem Glauben an die eigene Selbstwirksamkeit ist nicht festzustellen.

Der starke Zusammenhang zwischen politischem Interesse und politischer Kompetenz überrascht nicht: Wer sich nicht für Politik interessiert, traut sich politisch auch kaum etwas zu – wer politische Vorgänge meint zu verstehen und einschätzen zu können sowie sich zutraut eine aktive Rolle im politischen

Geschehen zu übernehmen, ist an Politik interessiert.²⁵³ Nichtwähler interessieren sich häufig nicht für Politik und haben kaum politisches Selbstbewusstsein. Wie auch bezüglich ihres Partizipationsverhaltens nehmen Personen, die angeben ungültig zu wählen, eine mittlere Position zwischen Nichtwählern und Wählern ein: Sie interessieren sich häufiger für politische Fragen und halten sich häufiger für kompetent als Nichtwähler – ihr politisches Interesse und ihre politische Kompetenz sind aber nicht so hoch ausgeprägt wie bei den Wählern. Hieraus ergibt sich ein weiterer Anhaltspunkt für die zu Beginn dieses Kapitels aufgestellte Hypothese, bei den ungültig Wählenden handele es sich im Unterschied zu den bekennenden Nichtwählern nicht um apathische, ausgestiegene Bürger, sondern möglicherweise um das Klingemannsche demokratische Korrektiv.

7.5. Wertorientierungen

Werte sind allgemein den Einstellungen zugrunde liegende Orientierungsmuster, das heißt sie dienen vor allem der Orientierung bei der Einstellungsbildung und bei Entscheidungen über Handlungsalternativen. Es ist davon auszugehen, dass Wertorientierungen einen Einfluss auf die Wahlentscheidung haben, vor allem darauf welche der Handlungsoptionen wählen, ungültig wählen oder nichtwählen bevorzugt wird. Hierbei verweist die Forschung zum Wertewandel (Klages et al, Herbert) bei der Erklärung der abnehmenden Wahlbeteiligung auf den Rückgang von Orientierungen an Pflichtwerten. Nehmen diese ab, so wird wählen seltener als Bürgerpflicht wahrgenommen, bzw. Pflichten allgemein werden als nicht wesentlich für das eigene Leben bewertet. Im Unterschied zu Inglehart gehen Klages et al und Herbert davon aus, dass Personen mehrere Wertorientierungen gleichzeitig aufweisen können und es sich bei dem Konzept der Wertorientierungen nicht um ein bipolares – sich gegenseitig ausschließendes – System von Wertorientierungen handelt.

In der Wertewandelsforschung werden folgende drei Dimensionen, die Grundlage für die verschiedenen Wertetypen sind, unterschieden: Konventionalismus- bzw. Pflichtdimension, Selbstentfaltung-/Engagementdimension und die Hedonismus-/Materialismusdimension. Im Rahmen der vorliegenden Studie wurden zusätzlich zu den von Herbert verwendeten Items drei weitere

²⁵³ Chi2 = 192,257; df = 8; p = .000; Cramers V=.377.

eingeführt, so dass Selbstentfaltung und Engagement zwei getrennte Dimensionen bilden. Mehrfach konnte empirisch bestätigt werden (Klages, Herbert, Kleinhenz), dass vor allem die hedonistischen Materialisten zur Wahlenthaltung neigen. Im Gegensatz hierzu ist vor allem bei den Konventionalisten die Orientierung an Pflichtwerten nach wie vor stark, so dass Personen dieses Typs sich am ehesten an Wahlen beteiligen.

Im Folgenden gilt es zu prüfen, welche Wertorientierungen Wähler, ungültig Wählende und Nichtwähler aufweisen, ob und wenn ja worin sie sich unterscheiden und inwiefern bisherige Forschungsergebnisse zum Zusammenhang zwischen bestimmten Wertorientierungen und dem Wahlverhalten mit der vorliegenden Studie bestätigt werden können. Die vier verschiedenen Wertetypen Konventionalismus, hedonistischer Materialismus, Selbstentfaltung und Engagement werden separat auf ihre Befürwortung unter den Wählern, ungültig Wählenden und Nichtwählern hin geprüft.

Konventionalistische Wertorientierungen haben Befragte, die auf die Frage, was ihnen wichtig sei im Leben²⁵⁴ die Aspekte „fleißig und ehrgeizig sein“, „nach Sicherheit streben“ und „Gesetz und Ordnung respektieren“ genannt haben.

²⁵⁴ Der Frageformulierung lautete: „Jeder Mensch hat ja bestimmte Vorstellungen, die sein Leben und Verhalten bestimmen. Wenn Sie einmal daran denken, was Sie in Ihrem Leben eigentlich anstreben: Wie wichtig sind Ihnen die folgenden Dinge?“. Zu den insgesamt 15 Items konnte angegeben werden: „Ist mir...außerordentlich wichtig (1), eher wichtig (2), teils/ teils (3), eher unwichtig (4), unwichtig (5)“. Für die Auswertung wurden alle Items umgepolt, so dass der niedrige Wert der Aussage „unwichtig“ entspricht und vice versa.

Tabelle: Konventionalistische Werte

„Jeder Mensch hat ja bestimmte Vorstellungen, die sein Leben und Verhalten bestimmen. Wenn Sie einmal daran denken, was Sie in Ihrem Leben eigentlich anstreben: Wie wichtig sind Ihnen die folgenden Dinge?“

„fleißig und ehrgeizig sein“, „nach Sicherheit streben“, „Gesetz und Ordnung respektieren“

Angaben in Prozent (Fallzahl)	unwichtig	teils/teils	wichtig
gesamt	0,9 (6)	22,3 (152)	76,8 (524)
Wähler	0,7 (3)	23,6 (96)	75,6 (307)
Nichtwähler	1,9 (2)	19,8 (21)	78,3 (83)
ungültig Wählende	1,2 (1)	20,0 (17)	78,8 (67)

Signifikante Unterschiede zwischen Wählern, Nichtwählern und ungültig Wählenden sind nicht festzustellen. Ein großer Teil der Befragten weist konventionalistische Wertorientierungen auf, diese sind somit nicht als diskriminierendes Kriterium zwischen den einzelnen Wahlverhaltenstypen geeignet.

Im Gegensatz dazu können deutliche Unterschiede zwischen den Befragten in ihrer Zustimmung zu hedonistisch-materialistischen Werten konstatiert werden, wobei diese insgesamt als weniger wichtig als konventionalistische Werte eingeschätzt werden.

Tabelle: Hedonistisch-materialistische Werte

„Jeder Mensch hat ja bestimmte Vorstellungen, die sein Leben und Verhalten bestimmen. Wenn Sie einmal daran denken, was Sie in Ihrem Leben eigentlich anstreben: Wie wichtig sind Ihnen die folgenden Dinge?“

„einen hohen Lebensstandard haben“, „Macht und Einfluss haben“, „sich und seine Bedürfnisse gegen andere durchsetzen“, „die guten Dinge des Lebens in vollen Zügen genießen“

Angaben in Prozent (Fallzahl)	unwichtig	teils/teils	wichtig
gesamt	14,6 (97)	66,3 (441)	19,1 (127)
Wähler	13,1 (52)	69,2 (274)	17,7 (70)
Nichtwähler	10,7 (11)	60,2 (62)	29,1 (30)
ungültig Wählende	28,6 (24)	51,2 (43)	20,2 (17)

Zu den hedonistisch-materialistischen Werten zählen die Angaben „einen hohen Lebensstandard haben“, „Macht und Einfluss haben“, „sich und seine Bedürfnisse gegen andere durchsetzen“ und „die guten Dinge des Lebens in vollen Zügen genießen“. Wähler, Nichtwähler und ungültig Wählende unterscheiden sich signifikant in ihrer Zustimmung zu hedonistisch-materialistischen Werten: Während Nichtwähler diese für wesentlich wichtiger erachten als Wähler und ungültig Wählende (unter den Nichtwähler halten 29,1% diese für wichtig, Wähler 17,7%, ungültig Wählende 20,2%) empfinden ungültig Wählende hedonistisch-materialistische Werte als deutlich unwichtiger als Wähler und Nichtwähler (unter den ungültig Wählenden erachten 28,6% diese für unwichtig, Wähler 13,1%, Nichtwähler 10,7%).²⁵⁵ Wie bereits bei den politischen Einstellungen erweist sich die Differenzierung zwischen Nichtwählern und ungültig Wählenden als sinnvoll und notwendig. Bezogen auf die in der Literatur beschriebenen Wertetypen sind die ungültig Wählenden nicht den Wertetypen der Resignierten bzw. Apathischen, sondern vielmehr den Typen Idealisten zuzurechnen. Nichtwähler hingegen zeigen sich vor allem an einem „guten Leben“ und sich selbst interessiert. Die Analyse kann so

²⁵⁵ Chi2 = 21.821; df = 4; p = .000; Cramers V=.137.

interpretiert werden, dass Nichtwähler die Egoisten, ungültig Wählende die Idealisten unter den Stimmverweigerern bei Wahlen sind. Wenn auch im Ergebnis die abgegebene Stimme „zählt“, scheint die zugrunde liegende Motivation äußerst unterschiedlich: Nichtwähler steigen zumindest hinsichtlich der Stimmabgabe aus dem politischen Willensbildungsprozess aus, ungültig Wählende verfolgen möglicherweise das Ziel, ihrem Unmut in Form des Protests via ungültigem Stimmzettel Ausdruck zu verleihen.

Hedonistische Materialisten legen vor allem Wert auf ein angenehmes, materiell gut ausgestattetes Leben. Personen, denen Selbstentfaltungswerte wichtig sind, haben vor allem die Verwirklichung ihrer eigenen Interessen und Persönlichkeit zum Ziel („seine eigene Fantasie und Kreativität entwickeln“, „etwas im Beruf erreichen“, „sich selbst verwirklichen“). Erstaunlicherweise sind – im Gegensatz zur differenten Zustimmung zur Hedonismus-Materialismus Dimension – nahezu allen Befragten Selbstentfaltungswerte teilweise bis sehr wichtig (96,3%).

Tabelle: Selbstentfaltungswerte

„Jeder Mensch hat ja bestimmte Vorstellungen, die sein Leben und Verhalten bestimmen. Wenn Sie einmal daran denken, was Sie in Ihrem Leben eigentlich anstreben: Wie wichtig sind Ihnen die folgenden Dinge?“			
„seine eigene Fantasie und Kreativität entwickeln“, „etwas im Beruf erreichen“, „sich selbst verwirklichen“			
Angaben in Prozent (Fallzahl)	unwichtig	teils/teils	wichtig
gesamt	3,7 (25)	25,4 (171)	70,9 (478)
Wähler	3,5 (14)	27,7 (111)	68,8 (276)
Nichtwähler	3,8 (4)	23,6 (25)	72,6 (77)
ungültig Wählende	4,7 (4)	22,1 (19)	73,3 (63)

Die insgesamt hohe Zustimmung zu Selbstentfaltungswerten unter den Befragten deutet bereits darauf hin, dass auch zwischen Wählern, Nichtwählern und ungültig Wählenden kaum Unterschiede bestehen. Nichtwähler und ungültig Wählende halten die persönliche Selbstverwirklichung und Selbstentfaltung

für etwas wichtiger in ihrem Leben als Wähler, wobei die Differenz tatsächlich minimal ist.

Eine relevante Dimension für die Analyse politischer Partizipation ist die Einstellung zum Engagement. Die Frage wie wichtig dem Einzelnen Engagement in seinem Leben ist („sozial Benachteiligten und gesellschaftlichen Randgruppen helfen“, „auch solche Meinungen tolerieren, denen man eigentlich nicht zustimmen kann“, „sich politisch engagieren“, „sich für den Umweltschutz einsetzen“), könnte ein zentraler Indikator zur Differenzierung zwischen engagiert Aktiven, Idealisten und resignierten Apathikern sein.

Tabelle: Engagement Werte

„Jeder Mensch hat ja bestimmte Vorstellungen, die sein Leben und Verhalten bestimmen. Wenn Sie einmal daran denken, was Sie in Ihrem Leben eigentlich anstreben: Wie wichtig sind Ihnen die folgenden Dinge?“
 „sozial Benachteiligten und gesellschaftlichen Randgruppen helfen“, „auch solche Meinungen tolerieren, denen man eigentlich nicht zustimmen kann“, „sich politisch engagieren“, „sich für den Umweltschutz einsetzen“

Angaben in Prozent (Fallzahl)	unwichtig	teils/teils	wichtig
gesamt	4,1 (28)	63,2 (429)	32,7 (222)
Wähler	3,7 (15)	57,5 (233)	38,8 (157)
Nichtwähler	6,7 (7)	74,0 (77)	19,2 (20)
ungültig Wählende	3,5 (3)	74,4 (64)	22,1 (19)

Wie zu erwarten ist den Wählern unter den Befragten gesellschaftliches und politisches Engagement wichtiger als den Nichtwählern und auch denjenigen, die angeben ungültig zu wählen.²⁵⁶ Drei Viertel der Nichtwähler und ungültig Wählenden sind Engagement-Werte nur teilweise wichtig; dagegen ist es mehr als einem Drittel der Wähler wichtig, sich in ihrem Leben in der einen oder anderen Form zu engagieren. Der Hypothese folgend, es handele sich bei den un-

²⁵⁶ Chi2 = 20.829; df = 4; p = .000; Cramers V=.132.

gültig Wählenden um Idealisten, überrascht der relativ geringe Anteil derer, die Wert auf Engagement legen.

Sowohl Konventionalismus als auch Selbstentfaltung sind Werte, die von den meisten Befragten als erstrebenswert angesehen werden. Unterschiede zwischen Wählern, Nichtwählern und ungültig Wählenden sind dementsprechend bei diesen Wertorientierungen minimal.

Tabelle: Wertedimensionen und Wahlverhalten (in Prozent)

	alle	HedoMat	Engagierte	Konvention- nalisten	Selbstent- falter
Wähler	68,0	- 8,2	+ 12,2	- 0,8	- 1,7
Nichtwähler	17,8	+ 7,8	- 8,1	+ 0,4	+ 0,7
ungültig Wählen- de	14,2	+ 0,3	-4,0	+ 0,5	+ 0,9
p		.000	.000	.719	.784
Cramers V		.137	.132	.042	.038
Chi ²		21,821	20,829	2,092	1,738
df		4	4	4	4

Die Typen wurden auf der Basis der Antworten zu den in den vorangegangenen Tabellen genannten Items gebildet.

Lesehilfe: 68,0% der Befragten gaben an zu wählen. Unter den hedonistischen Materialisten sind es 8,2% weniger, also 59,8%. Bei den Engagierten liegt dagegen der Anteil über dem Durchschnitt, d.h. bei insgesamt 80,1%. Der Anteil an Wählern ist dementsprechend bei den HedoMats unterdurchschnittlich, bei den Engagierten überdurchschnittlich.

Wie bereits oben zeigt auch diese Übersicht, dass bei den Wertetypen Konventionalist und Selbstentfalter nur geringfügige Unterschiede hinsichtlich ihrer Wahlabsicht – wählen, nichtwählen, ungültig wählen – bestehen. Konventionalisten sind in keiner der drei Gruppen Wähler, Nichtwähler, ungültig Wählende über- oder unterrepräsentiert. Befragte, die besonderen Wert auf Selbstentfaltung legen, sind unter den Wählern mit 1,7% leicht unterrepräsentiert. Auffällig dagegen die Differenzen bei hedonistischen Materialisten und Engagierten: Hedonistische Materialisten sind überdurchschnittlich häufig im Lager der Nichtwähler (+ 7,8%) und eher selten im Lager der Wähler (-8,2%) zu fin-

den. Umgekehrt verhält es sich bei den Engagierten: Hier sind Wähler deutlich über- (+12,2%), Nichtwähler deutlich (-8,1%), ungültig Wählende etwas geringer (-4,0%) unterrepräsentiert. Hinsichtlich der verschiedenen Wertedimensionen weisen Wähler ein hohes Maß an Engagement und geringe Orientierung an hedonistisch-materialistischen Werten, Nichtwähler im Gegensatz dazu geringe Orientierung an Engagement und ein hohes Maß an hedonistisch-materialistischen Positionen auf. An Hedonismus und Materialismus orientierte Befragte beteiligen sich häufig nicht an Wahlen, diejenigen für die Engagement ein zentraler Wert in ihrem Leben ist beteiligen sich dagegen häufig an Wahlen. Wie bereits bei den analysierten Aspekten der politischen Einstellungen sind die ungültig Wählenden auch hinsichtlich der vertretenen Werte nicht eindeutig den Wählern oder Nichtwählern zuzuordnen: Einzige Auffälligkeit ist die gegenüber dem Durchschnitt etwas geringer ausfallende Orientierung am Engagement.

7.6. Politische Partizipation und politische Einstellungen bei Wählern, Nichtwählern und ungültig Wählenden oder: Muster-Demokraten, Politik-Aussteiger und kritische Demokraten

Die Beteiligung an einer Unterschriftensammlung und an einer genehmigten Demonstration sind neben der Beteiligung an Wahlen die beliebtesten Formen politischer Partizipation. Bei beidem handelt es sich um themenbezogene, vom Aufwand her überschaubare politische Beteiligung. Parteibezogene und illegale politische Aktivitäten werden nur von Wenigen (10%) zur Artikulation politischer Interessen genutzt. Die Hypothese, wer wählt partizipiert auch anderweitig konnte mit den Analysen bestätigt werden, auch der Umkehrschluss ist gültig: Wer nicht an Wahlen teilnimmt ist politisch nicht aktiv.

Die Unterscheidung zwischen Wählern und Nichtwählern und zusätzlich noch denjenigen, die beabsichtigen ungültig zu wählen hat sich als relevant erwiesen: Politisches Verhalten, politische Einstellungen und Wertorientierungen von Nichtwählern und ungültig Wählenden differieren zum Teil erheblich. Fraglich ist, ob die ungültig Wählenden eine homogene Gruppe bilden oder vielmehr die Absicht ungültig zu wählen das einzige verbindende Element ist. Trotz aller Unterschiede hat sich herausgestellt, dass Wähler, Nichtwähler und ungültig Wählende Manches gemein haben: Sie unterscheiden sich nicht hinsichtlich des sozio-ökonomischen Status, das heißt Berufabschluss und Erwerbstätigkeit sind in allen Gruppen gleich verteilt. Die Hypothese, Nichtwäh-

ler zeichneten sich durch einen niedrigen sozio-ökonomischen Status aus, haben die Analysen nicht bestätigt. So verschieden die politischen Einstellungen sind, Konventionalismus und Selbstentfaltung betreffende Wertorientierungen werden von Wählern, Nichtwählern und ungültig Wählenden als nahezu gleich relevant eingeschätzt.

Doch wer sind die Wähler, Nichtwähler und ungültig Wählenden? Wie partizipieren sie politisch, wie optimistisch bzw. pessimistisch schätzen sie subjektiv die wirtschaftliche Lage ein, wie stark ist ihr Interesse für Politik, halten sie sich für politisch kompetent, sind sie der Meinung politisch Einfluss ausüben zu können und an welchen Werten orientieren sie sich? Im Folgenden werden die einzelnen Gruppen vor allem unter Berücksichtigung der die Gruppen diskriminierenden Merkmale beschrieben.

Wähler – unkritische Mitläufer oder pflichtbewusste Bürger?

Wähler beteiligen sich auch an anderen Formen der politischen Willensbildung - bevorzugt an Unterschriftensammlungen, genehmigten Demonstrationen und als Leserbriefschreiber. Sie sind oft älter, viele sind über 65 Jahre alt. Die wirtschaftliche Lage sehen sie optimistisch: Sowohl die eigene wirtschaftliche Lage wie auch die eigene wirtschaftliche Situation wird positiv bewertet. Auch in Zukunft wird sich nach Einschätzung der Wähler die eigene wirtschaftliche Lage nicht wesentlich ändern. In der subjektiven Beurteilung der wirtschaftlichen Lage unterscheiden sich Wähler, Nichtwähler und ungültig Wählende deutlich voneinander, was vor dem Hintergrund der objektiv betrachteten ähnlichen wirtschaftlichen Lage (Berufsabschluss, Erwerbstätigkeit) überrascht. Interessant ist an dieser Stelle der Zusammenhang zwischen der subjektiven Einschätzung der wirtschaftlichen Lage und der wahrgenommenen politischen Selbstwirksamkeit, also der Performance des politischen Systems in Abhängigkeit von den eigenen Vorstellungen und Wünschen: Je positiver die wirtschaftliche Lage beurteilt wird, desto höher ist die wahrgenommene politische Selbstwirksamkeit.

Die eigene politische Kompetenz wie auch das Interesse für Politik und politische Fragen wird von Wählern als hoch bewertet – sie sind politisch informiert und politisch selbstbewusst. Viele Wähler fühlen sich einer Partei verbunden, vor allem CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und PDS haben Anhänger unter den Wählern. In das Bild vom politisch aktiven, pflichtbewussten, wählenden Bürger passt, dass politisches und soziales Engagement als wichtige Werte erachtet werden. Hedonistische und materialistische Werte werden da-

gegen von vielen Wählern als weniger bzw. unwichtig beurteilt. Der Wähler - der idealistische, pflichtbewusste und politisch aktive Muster-Demokrat?

Nichtwähler – apathische Aussteiger?

Die meisten Nichtwähler nutzen keine alternativen Formen der politischen Partizipation, um sich außerhalb des Wahlvolks am politischen Willensbildungsprozess zu beteiligen. Wenn doch dann handelt es sich – wie auch bei den Wählern nur in geringerem Umfang – um die verhältnismäßig unaufwendige und themenbezogene Beteiligung an Unterschriftensammlungen, genehmigten Demonstrationen und als Leserbriefschreiber. Viele Nichtwähler haben keinen bzw. einen niedrigen Schulabschluss. Dies wirkt sich nicht auf einen gegenüber Wählern oder ungültig Wählenden besonders niedrigen sozio-ökonomischen Status aus. Dennoch schätzen Nichtwähler sowohl die allgemeine wirtschaftliche Lage wie auch die eigene wirtschaftliche Situation als schlecht ein. Für die Zukunft erwarten sie eine weitere Verschlechterung ihrer Lage. Zur pessimistischen Beurteilung der wirtschaftlichen Lage passt die als gering wahrgenommene politische Selbstwirksamkeit: Viele Nichtwähler sind der Meinung das politische System, die Politik, die Parteien und Politiker gingen nicht auf ihre Vorstellungen und Wünsche ein. Das kann bedeuten, dass sich Nichtwähler aus dem politischen Prozess herausziehen, da ihrer Ansicht nach jegliche politische Aktivität ohne Wirkung bleibt. Wenn auch nicht zu klären ist, welche Einstellung die andere bedingt, so fügt sich das geringe Interesse für Politik und die von ihnen selbst als niedrig eingeschätzte politische Kompetenz in das Bild vom apathischen, politisch desinteressierten Nichtwähler.

Nichtwähler fühlen sich Parteien kaum verbunden. Was ist Nichtwählern wichtig, welche Werte bestimmen Lebenswandel und -orientierungen? Auf politisches und soziales Engagement legen Nichtwähler, wie erwartet, wenig Wert. Wichtig sind ihnen besonders Hedonismus und Materialismus: ein hoher Lebensstandard, Macht und Einfluss, Durchsetzungsvermögen und Genuss. Offensichtlich die Dinge, die sie selbst in ihrem Leben als negativ und verbesserungswürdig erachten –zumindest wenn man an diesem Punkt die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage mitdenkt. Die Lage wird als schlecht wahrgenommen, die Lebensziele beziehen sich auf eine gute eigene Situation. Der Nichtwähler – der egoistische, apathische Politik-Aussteiger?

Ungültig Wählende – kritische Demokraten?

Die ungültig Wählenden in einer Gruppe zusammen zu fassen, gar eine Typologie der ungültig Wählenden zu entwerfen entspricht nicht der Realität der Personen, die angaben „keine Partei“ wählen zu wollen. Es handelt sich um eine hinsichtlich Verhalten und Einstellungen äußerst heterogene Gruppe, deren möglicherweise einzig gemeinsames Merkmal die Absicht ist, bei einer Bundestagswahl am kommenden Sonntag „keine Partei“ zu wählen. Deutlich zeigt sich dies bei der Teilnahme an politischen Aktivitäten neben der Beteiligung an Wahlen: Die Partizipation ungültig Wählender an Unterschriftensammlungen und Bürgerinitiativen und auch die Initiative sich direkt mit den eigenen Wünschen und Ideen an einen Abgeordneten zu wenden, ist relativ häufig. Die Bereitschaft zu illegalem Protest und parteigebundener Beteiligung ist dagegen gering. Der sich in der ungültigen Wahl ausdrückende Unmut gegenüber der aktuellen politischen Performance findet keinen Ausdruck in illegalem Protest oder dem langfristigen Engagement beispielsweise über die Mitarbeit in einer Partei. Offensichtlich bevorzugen ungültig Wählende die themenbezogene, kurzfristig angelegte, zum Teil dennoch mit hohem Einsatz verbundene Beteiligung am politischen Willensbildungsprozess.

Die meisten der ungültig Wählenden haben einen mittleren Schulabschluss, doch trotz höherem Schulabschluss wird die allgemeine wie auch die eigene wirtschaftliche Lage wie auch von den Nichtwählern als nicht gut bewertet. Die Aussichten auf die zukünftige wirtschaftliche Lage sind gemäß den ungültig Wählenden schlecht. Auch hier sind die Unterschiede in der Wahrnehmung der aktuellen wie auch der zukünftigen wirtschaftlichen Lage zwischen positiver Einschätzung unter den Wählern und negativer Einschätzung unter den Nichtwählern und ungültig Wählenden vor dem Hintergrund der gleichen objektiven wirtschaftlichen Situation aller drei Gruppen bemerkenswert.

Sie fühlen sich keiner Partei verbunden und interessieren sich – wenn auch wenig mehr als Nichtwähler – kaum für Politik. Dennoch halten sich die ungültig Wählenden zumindest zum Teil für politisch hoch kompetent. Ungültig Wählende sind politisch selbstbewusst, sie sind der Meinung politische Fragen gut zu verstehen, wenn sie sich auch nicht sonderlich für Politik interessieren. Eine mögliche Erklärung könnte die Geringschätzung von sozialem und politischem Engagement sein. Im Gegensatz zu den Nichtwählern werden jedoch auch hedonistisch-materialistische Werte nicht als besonders wichtig beurteilt. Der ungültig Wählende – der kritische Demokrat?

Wähler, Nichtwähler und ungültig Wählende unterscheiden sich in ihrem politischen Verhalten, den politischen Einstellungen und auch den beidem zugrunde liegenden Wertorientierungen. Wähler sind meist älter, was auf eine größere Bedeutung von Pflichtwerten und damit zusammenhängend der Wahrnehmung von Wählen als Bürgerpflicht spricht. Wenn auch hinsichtlich der objektiven wirtschaftlichen Lage keine Unterschiede zwischen Wählern, Nichtwählern und ungültig Wählenden festzustellen sind, so bewerten Nichtwähler und ungültig Wählende die allgemeine, die eigene aktuelle und zukünftige wirtschaftliche Situation deutlich negativer als Wähler. Hinsichtlich der Parteibindung und dem politischen Interesse nehmen Wähler und Nichtwähler die beiden Extrempositionen ein: Die Wähler parteigebunden und politisch interessiert, die Nichtwähler ungebunden und desinteressiert. Interessant sind die Einstellungen der ungültig Wählenden: Bei hohem politischem Interesse bestehen nur selten Bindungen an eine Partei. Ähnlich verhält es sich hinsichtlich der Wertorientierungen: Wähler als die überzeugten Engagierten, Nichtwähler als die hedonistischen Materialisten, ungültig Wählende weder noch.

Im Folgenden gilt es die beschriebenen Typen näher zu konturieren: Passt die soziale Einbindung zu den beschriebenen Typen Muster-Demokrat, Politik-Aussteiger und kritischer Demokrat? Verhält sich der Muster-Demokrat auch gesellschaftlich mustergültig? Steigen Politik-Aussteiger auch aus dem sozialen Leben aus? Engagiert sich der kritische Demokrat sozial?

8. Soziale Integration

Gelungene soziale Integration kann – wie zahlreiche Studien belegen – für das politische Verhalten des Einzelnen eine entscheidende Rolle spielen. Die vorhandene oder fehlende Einbindung in ein persönliches Umfeld, sei es in der Familie, in der Nachbarschaft, am Arbeitsplatz oder in der Freizeit, wirkt sich auf individuelle Einstellungen und Verhaltensweisen aus. Soziale und politische Partizipation sind nicht unabhängig voneinander, so dass die These, dass Politik-Aussteiger auch sozial ausgestiegen sind, Muster-Demokraten sich auch im gesellschaftlichen Kontext mustergültig verhalten und kritische Demokraten im sozialen Bereich stark engagiert sind, nicht unberechtigt ist. Im Zusammenhang mit der Diskussion um die gegenseitige Bedingung von sozialer und politischer Beteiligung steht auch die Randständigkeitshypothese²⁵⁷, nach der eine mögliche Erklärung für das Nichtwählen der Umstand ist, dass Nichtwähler häufig ein sozial isoliertes Segment der Gesamtgesellschaft bilden. Nichtwähler wählen demnach unter anderem deshalb nicht, weil sie sozial nicht eingebunden sind.

Zur Frage wie sich soziale Isolation bzw. nicht vorhandene soziale Integration auf politische Beteiligung, insbesondere Wahlbeteiligung auswirkt, werden verschiedene Erklärungsansätze angeführt:

- a) Personen, die in ihrem persönlichen Umfeld sozial integriert sind, entwickeln eher jene „civic orientations“, die die individuelle psychologische Verbundenheit mit dem politischen System beschreiben, was sich wiederum positiv auf die Wahlbeteiligung auswirkt.²⁵⁸
- b) Soziale Isolation dagegen führt zu geringer sozialer Kontrolle, was zur Folge hat, dass bei Verletzung der Wahlnorm kaum negative äußere Sanktionen drohen; geringe soziale Kontrolle begünstigt somit Wahlenthaltung.²⁵⁹

²⁵⁷ Siehe hierzu mehr in Kapitel I.3.

²⁵⁸ Kleinhenz, T.: Nichtwähler 1995, S. 26-30; Eilfort, M.: Nichtwähler 1994, S. 241-247; Falter, J.W./Schoen, H.: Handbuch Wahlforschung 2005, S. 356 f.

²⁵⁹ Radtke, G.: Stimmenthaltung 1972, S. 27-37; Eilfort, M.: Nichtwähler 1994, S. 344; Falter, J.W./Schoen, H.: Handbuch Wahlforschung 2005, S. 356 f.

- c) Soziales Kapital²⁶⁰ bietet Individuen Zugang zu Ressourcen des sozialen Lebens wie Unterstützung, Anerkennung, Wissen. Der Grad der individuellen Verfügbarkeit dieser Ressourcen wirkt sich auf die Wahlbeteiligung aus – wer über soziale Ressourcen verfügt, beteiligt sich eher am politischen Leben einer Gemeinschaft als derjenige, der nicht oder kaum über soziales Kapital verfügt.²⁶¹

Eine in ihr persönliches Umfeld integrierte Person, entwickelt bestimmte „civic orientations“, verfügt über Sozialkapital und spürt die Wirkung sozialer Kontrolle. Diese drei Faktoren haben einen Einfluss auf die Beteiligung an Wahlen. Soziale Integration kann sich in verschiedenen Bereichen zeigen: Im Zusammenleben mit einem Partner, Anzahl und Intensität von Freundschaften, der Mitgliedschaft in einer Organisation oder einem Verein, in ehrenamtlichem Engagement und/oder Kontakten zur Nachbarschaft, etc.. Als Indikatoren sozialer Einbindung im näheren persönlichen Umfeld eignen sich Haushaltsstand, Mitgliedschaft in Vereinen/Organisationen, ehrenamtliches Engagement und Nachbarschaftskontakte. In bisherigen Studien konnte nachgewiesen werden, dass allein Lebende und Personen, die nicht Mitglied in einem Verein oder einer Organisation sind, überdurchschnittlich häufig nicht zur Wahl gehen.²⁶² Neben den Indikatoren objektiv messbarer Integration wirkt sich vermutlich auch die subjektiv empfundene Integration – oder anders formuliert: die gefühlte Einsamkeit – auf das Gefühl der Verbundenheit mit dem politischen System, die wahrgenommene soziale Kontrolle und erlebte Unterstützung und Anerkennung aus. Neben Indikatoren objektiver Integration bzw. Isolation wird deshalb im Folgenden die Ebene der subjektiv empfundenen Integration respektive die gefühlte Einsamkeit untersucht.

²⁶⁰ „Die Weltbank definiert Sozialkapital als ‚the norms and social relations embedded in the social structures of societies that enable people to coordinate action to achieve desired goals‘. Sozialkapital gilt allgemein als der ‚glue‘, der die Gesellschaft zusammenhält, und als Heilmittel für die Probleme in den unterschiedlichsten Bereichen: Bildung, Gesundheit, Wohlfahrt, Wirtschaftswachstum, leistungsfähige politische Institutionen sowie eine effektive und effiziente demokratische Steuerung seien mit sozialem Kapital eher zu erreichen als ohne: ‚...social capital makes us smarter, healthier, safer, richer, and better able to govern a just and stable democracy‘.“ Gabriel, O.W./Kunz, V./Roßteutscher, S./van Deth, J.: Sozialkapital und Demokratie. Zivilgesellschaftliche Ressourcen im Vergleich. Wien 2002, S. 20.

²⁶¹ Bourdieu, P.: Ökonomisches, kulturelles und soziales Kapital. In: Bourdieu, P.: Die verborgenen Mechanismen der Macht. Hamburg 1992; Nan Lin, O.: Social Capital, 2001; Putnam, R.: Making Democracy Work, 1993.

²⁶² Eilfort, M.: Nichtwähler 1994, S. 233-250; Kleinhenz, T.: Nichtwähler 1995, S. 103 f.; Falter, J.W./Schoen, H.: Handbuch Wahlforschung 2005, S. 357.

8.1. Soziale Integration

Als Indikator objektiv messbarer Integration wurde unter anderem der Haushaltsstand der Befragten erhoben. Die Antwortmöglichkeiten wurden in die zwei Kategorien „zusammen lebend“ und „allein lebend“ zusammengefasst. „Ich bin verheiratet/lebe mit Ehepartner(in) zusammen“ und „Ich lebe unverheiratet mit einem Partner zusammen“ wurden zu „verheiratet/mit Partner oder Partnerin zusammen lebend“, „Ich bin ledig“, „Ich bin verheiratet/lebe von Ehepartner(in) getrennt“, „Ich bin geschieden“ und „Ich bin verwitwet“ zu „unverheiratet/allein lebend“ subsumiert. Knapp die Hälfte der Befragten (323 von 686) gibt an alleine, das heißt ohne Partner in einem „Single-Haushalt“ zu leben (47 % der Befragten geben an allein zu leben, 53% leben mit einem Partner zusammen).

Überdurchschnittlich häufig sind die allein lebenden Personen jünger, das heißt zwischen 18 und 29 Jahre alt (77% der 18-29 Jährigen leben allein, unter den 30-44 Jährigen 47%, den 45-64 Jährigen 32%, den über 65-Jährigen 44%); ältere Befragte – vor allem Befragte zwischen 45 und 64 Jahre – leben meist mit einem Partner/einer Partnerin zusammen (68%).²⁶³ Dieser Befund überrascht nicht weiter, der Trend geht seit einigen Jahren hin zur im Lebensverlauf späteren festen Beziehung, die meist Voraussetzung eines partnerschaftlichen Zusammenlebens ist.

²⁶³ Chi2=115,172; df=3; p=.000; Cramers V= .431.

Tabelle: Familienstand in Altersgruppen

Angaben in Prozent (Fallzahl)	Verheiratet/ zusammen lebend	Nicht verheiratet/ allein lebend
Gesamt	47,1 (323)	52,8 (362)
18-29 Jahre alt	22,2 (30)	77,0 (104)
30-44 Jahre alt	53,5 (85)	46,5 (74)
45-64 Jahre alt	68,4 (147)	31,6 (68)
über 65 Jahre alt	56,5 (100)	43,5 (77)

Zur Erfassung der Mitgliedschaft in Organisationen wurden mit folgender Fragestellung zahlreiche Bereiche potentieller gesellschaftlicher Aktivität abgefragt: „Es gibt vielfältige Möglichkeiten, außerhalb von Beruf und Familie irgendwo mitzumachen, beispielsweise in einem Verein, einer Initiative, einem Projekt oder einer Selbsthilfegruppe. Ich nenne Ihnen verschiedene Bereiche, die dafür in Frage kommen. Bitte sagen Sie mir, ob Sie sich in einem oder mehreren dieser Bereiche aktiv beteiligen.“. Im Einzelnen handelt es sich um die Bereiche

- Sport und Bewegung, z.B. in einem Sportverein oder eine Bewegungsgruppe;
- Kultur und Musik, z.B. einer Theater- oder Musikgruppe, einem Gesangsverein, einer kulturellen Vereinigung oder einem Förderkreis;
- Freizeit und Geselligkeit, z.B. in einem Verein, einer Jugendgruppe oder einem Seniorenclub;
- Soziales, z.B. in einem Wohlfahrtsverband oder einer anderen Hilfsorganisation, in der Nachbarschaftshilfe oder einer Selbsthilfegruppe;
- Gesundheit, z.B. als Helfer in der Krankenpflege oder bei Besuchsdiensten, in einem Verband oder in einer Selbsthilfegruppe;
- Schule und Kindergarten, z.B. in der Elternvertretung, der Schülervertretung oder einem Förderkreis;
- außerschulische Jugend- und Bildungsarbeit, z.B. Kinder- oder Jugendgruppen betreuen oder Bildungsveranstaltungen durchführen;

- Umwelt-/Natur- oder Tierschutz, z.B. in einem Verband oder Projekt;
- Politik und politische Interessenvertretung, z.B. in einer Partei, im Gemeinderat oder Stadtrat, in einer politischen Initiative oder Solidaritätsprojekten;
- berufliche Interessenvertretung, z.B. in einer Gewerkschaft, einem Berufsverband, einer Arbeitsloseninitiative;
- wirtschaftliche Selbsthilfe, z.B. in Tauschbörsen;
- Kirche oder Religion, z.B. in der Kirchengemeinde, einer kirchlichen Organisation oder einer religiösen Gemeinschaft;
- Justiz und Kriminalitätsprobleme, z.B. als Schöffe oder Ehrenrichter, in der Betreuung von Straffälligen oder Verbrechensopfern;
- Unfall- oder Rettungsdienst oder in der freiwilligen Feuerwehr;
- sonstige bürgerschaftliche Aktivität, z.B. in Bürgerinitiativen oder Arbeitskreisen zur Orts- und Verkehrsentwicklung, aber auch Bürgerclubs und sonstiges, das nicht anderweitig genannt wurde.

Insgesamt sind 311 der 686 Befragten (entspricht 45%) in einem der genannten Bereiche aktiv, das heißt sie beteiligen sich in einer organisierten Form am gesellschaftlichen Leben. Die meisten davon sind im Bereich Sport/Bewegung aktiv (123 Befragte/ 20,5%). Etwa 10 % der Befragten sind Mitglied und/oder aktiv in den Bereichen „Freizeit/Geselligkeit“ (80 Befragte/ 13,3%), „Kultur/Musik (59 Befragte/ 9,8%) und „Soziales“ (55 Befragte/ 9,2%). Alle anderen genannten und zur Auswahl stehenden Möglichkeiten der gesellschaftlichen Beteiligung scheinen für die im Rahmen dieser Studie Befragten irrelevant zu sein – die Beteiligung liegt unter 5%.

Tabelle: Mitgliedschaft in Vereinen und Organisationen

Angaben in Prozent (Fallzahl)	aktiv	nicht aktiv
Gesamt	45,3 (311)	54,7 (375)
Sport und Bewegung	20,5 (123)	79,5 (478)
Freizeit/ Geselligkeit	13,3 (80)	86,7 (521)
Kultur/ Musik	9,8 (59)	90,2 (542)
Soziales	9,2 (55)	90,8 (546)

Lesehilfe: 54,7 % der Befragten sind in keinem der genannten Bereiche aktiv, 45,3 % der Befragten sind in mindestens einem der genannten Bereiche aktiv. Die Aktiven unter den Befragten sind vor allem in den Bereichen Sport, Freizeit, Kultur und Soziales aktiv.

Geschlechts- oder alterspezifische Unterschiede zwischen Aktiven und Nicht-Aktiven sind nicht festzustellen, das heißt es ist weder eine spezielle Altersgruppe, in der besonders viele Mitglieder in Organisationen bzw. Vereinen sind, noch unterscheiden sich Männer und Frauen in dieser Hinsicht.

Deutliche Unterschiede zeigen sich dagegen bei der nach Bildungsgrad und Berufsausbildung differenzierten Betrachtung:

- Unter den höher gebildeten Befragten sind mehr Personen, die Mitglied in einem Verein oder einer Organisation sind;²⁶⁴
- Befragte, die noch in der Ausbildung sind, beteiligen sich aktiv am gesellschaftlichen Zusammenleben;²⁶⁵
- am aktivsten sind in Teilzeit Beschäftigte, voll Erwerbstätige sind etwas häufiger Mitglied in Vereinen oder Organisationen als nicht Erwerbstätige.²⁶⁶

²⁶⁴ Chi²=44,114; df=2; p=.000; Cramers V=.254.

²⁶⁵ Chi²=20,518; df=2; p=.000; Cramers V=.174.

²⁶⁶ Chi²=12,533; df=3; p=.006; Cramers V=.136.

Tabelle: Aktivität nach Bildungsgrad und Berufsausbildung

Angaben in Prozent (Fallzahl)	aktiv	nicht aktiv
Gesamt	45,3 (311)	54,7 (375)
Kein Schulabschluss oder Haupt- schulabschluss	32,1 (88)	67,9 (186)
Mittlere Reife/ Realschulabschluss	46,0 (104)	54,0 (122)
Abitur/ Hochschulabschluss	63,6 (117)	36,4 (67)
In der Ausbildung	63,5 (40)	36,5 (23)
Ohne Ausbildung/Ausbildung abge- brochen	28,6 (30)	71,4 (75)
Mit beruflichem Ausbildungsab- schluss	46,4 (237)	53,6 (274)

Wie kann der (signifikante) Zusammenhang zwischen Schulabschluss/beruflicher Ausbildung und Grad der Mitgliedschaft/Aktivität erklärt werden? Differenziert nach beruflichem Ausbildungsabschluss ist die Gruppe derjenigen, die sich noch in der Ausbildung befinden am aktivsten. Dies liegt vermutlich an der in größerem Umfang zur Verfügung stehenden Ressource Zeit, die Studierenden und Auszubildenden, wenn auch nicht zwingend in größerem Umfang doch zur freieren Einteilung zur Verfügung steht, als bereits umfänglich in das Berufsleben integrierten Erwerbstätigen. Bemerkenswert ist die Tatsache, dass mit dem Bildungsgrad der Grad der Beteiligung an gesellschaftlichen Aktivitäten in den Bereichen Sport, Kultur und Soziales steigt. Die Hypothese, Personen mit niedrigem sozio-ökonomischem Status könnten über die Einbindung in Vereine und Organisationen eine geringere politische Partizipation ausgleichen, bestätigt sich zumindest hinsichtlich des Bildungsgrades nicht, da nur wenige Befragte mit keinem Schulabschluss bzw. Hauptschulabschluss in den genannten Bereichen am gesellschaftlichen Leben teilnehmen.²⁶⁷

²⁶⁷ Siehe zum Zusammenhang zwischen sozio-ökonomischem Status, Organisationsgrad und politischer Partizipation Kapitel I.2. dieser Arbeit.

Ebenfalls mit dem Faktor „zur Verfügung stehende freie Zeit“ kann die relativ hohe Beteiligung von Teilzeitbeschäftigten erklärt werden. Nicht-Erwerbstätige nutzen die (scheinbar) vorhandene Zeit dagegen nicht für gesellschaftliche Aktivitäten, was möglicherweise auch auf mangelnde finanzielle Ressourcen zurückzuführen ist.

Von den 311 Befragten, die eine Aktivität ausüben, sind 112 (36% der Aktiven), ein knappes Sechstel aller Befragten, ehrenamtlich engagiert, das heißt sie üben in den Bereichen, in denen sie aktiv sind eine ehrenamtliche Tätigkeit aus.²⁶⁸ Engagierte und nicht-engagierte Personen unterscheiden sich weder nach Alter, noch nach Geschlecht, Bildungsgrad oder Berufsabschluss.

Ein weiterer Indikator sozialer Integration einer Person sind die Kontakte zur Nachbarschaft. Soziale Isolation kann sich unter anderem darin zeigen, dass eine Person vereinzelt, allein und einsam lebt und selbst zum direkten Umfeld in der Nachbarschaft keinen Kontakt hat. Unter der Fragestellung „Haben Sie in den letzten sechs Monaten folgende Dinge mit Personen aus Ihrer Nachbarschaft getan?“ wurden sechs Möglichkeiten des Kontakts genannt:

- „gemeinsam eine Tasse Kaffee oder Tee getrunken“,
- „gemeinsam etwas in der Freizeit unternommen“,
- „Lebensmittel oder Werkzeug ausgeliehen“,
- „kleine Erledigungen übernommen“,
- „sich über persönliche Angelegenheiten unterhalten“,
- „sich über Probleme in der Nachbarschaft oder im Stadtviertel unterhalten“.²⁶⁹

Für die folgende Auswertung wurden die Möglichkeiten des Nachbarschaftskontakts zusammengefasst und in drei Intensitäten – kein Kontakt, Kontakt,

²⁶⁸ Zur Erläuterung des ehrenamtlichen Engagements wurde folgende Passage in die Frage aufgenommen: „Es geht um freiwillig übernommene Aufgaben und Arbeiten, die man unbezahlt oder gegen geringe Aufwandsentschädigung ausübt.“

²⁶⁹ Die genannten Kontaktformen unterscheiden sich in ihrer Intensität, das heißt eine Unterhaltung über persönliche Angelegenheiten erfordert mehr Vertrauen zum gegenüber und spricht für eine größere auch emotionale Nähe zwischen den Nachbarn wie eine Unterhaltung über Probleme in Nachbarschaft oder Viertel. Zur Frage sozialer Isolation bzw. Integration ist jedoch in erster Linie wichtig, ob die Befragten generell Kontakt zu ihrem Umfeld haben, so dass auf eine Hierarchisierung der Kontakte für die Auswertung verzichtet wurde.

intensiver Kontakt – differenziert.²⁷⁰ Von 672 Befragten, die zur Frage nach den Kontakten zur Nachbarschaft Angaben machten, gaben 119 an in der vergangenen Zeit keinerlei Kontakt zu ihren Nachbarn gehabt zu haben (17,7%); nahezu die Hälfte hat Kontakt mittlerer Intensität (46,7%) und bei immerhin mehr als einem Drittel der Befragten ist der Kontakt zu den Nachbarn in den letzten sechs Monaten intensiv gewesen (35,6%).

Unterschiede im Kontakt zu den Nachbarn sind weder zwischen den Geschlechtern, noch nach Bildungsgrad, Berufsabschluss oder Erwerbstätigkeit festzustellen. Einzig das Alter der Befragten hängt (signifikant) mit der Intensität der Kontakte zu Nachbarn zusammen²⁷¹:

Tabelle: Nachbarschaftskontakte nach Altersgruppen

Angabe in Prozent (Fallzahl)	Kein Kontakt	Kontakt	Intensiver Kontakt
Gesamt	17,7 (119)	46,7 (314)	35,6 (239)
18-29 Jahre	29,5 (39)	37,1 (49)	33,3 (44)
30-44 Jahre	15,2 (23)	41,7 (63)	43,0 (65)
45-64 Jahre	11,7 (25)	49,8 (106)	38,5 (82)
Über 65 Jahre	18,2 (32)	54,5 (96)	27,3 (48)

Unter den jungen Befragten, den 18 bis 29 Jährigen, ist der Anteil derer, die keinerlei Kontakte zu ihren Nachbarn haben am größten (29,5%). Die Gruppe der 30 bis 44-Jährigen zeichnet sich dagegen durch einen besonders hohen Anteil an Befragten mit intensiven Kontakten zu ihrer Nachbarschaft aus (43%). Von sozialer Isolation, zumindest was die Einbindung in der Nachbarschaft betrifft, kann man also am ehesten bei den jüngeren Befragten, von hoher In-

²⁷⁰ Kein Kontakt entspricht der Angabe in den letzten sechs Monaten in keiner der genannten Formen Kontakt zu den Nachbarn gehabt zu haben, Kontakt beinhaltet 1 bis 4 verschiedene Formen des Kontakts zu Nachbarn in den vergangenen sechs Monaten, intensiver Kontakt heißt, dass 5 oder alle der genannten Formen des Nachbarschaftskontakts genutzt wurden.

²⁷¹ Chi2=27,897; df=6; p=.000; Cramers V=.144.

tegration am ehesten bei den Befragten mittleren Alters (30 bis 44-Jährige) sprechen.

Davon ausgehend, dass die Indikatoren Haushaltsstand, Aktivität in Vereinen/Organisationen und Kontakt zu Nachbarn eine Aussage dazu erlauben, inwieweit eine Person sozial integriert bzw. sozial nicht eingebunden ist, so können die beiden Gruppen der Eingebundenen bzw. Isolierten wie folgt beschrieben werden:

Anhand der objektiven Kriterien sind diejenigen in ein soziales Netz eingebunden, die zwischen 30 und 64 Jahre alt sind und einen höheren Bildungsabschluss haben. Dagegen ist die Wahrscheinlichkeit aus dem sozialen Leben ausgeschlossen zu sein bei jungen Befragten (18-29 Jahre alt), die einen niedrigen Bildungsabschluss haben, keine Ausbildung abgeschlossen haben und nicht erwerbstätig sind, relativ hoch.

8.2. Gefühlte Einsamkeit

Neben objektiv messbaren Faktoren sozialer Integration, hängt möglicherweise auch die subjektiv empfundene Integration bzw. Isolation mit politischen Orientierungen wie der gefühlten Verbundenheit mit dem demokratischen System aber auch Ressourcen wie mehr oder weniger vorhandenem Sozialkapital und letztlich der wahrgenommenen sozialen Kontrolle zusammen. Zur Erhebung der gefühlten Einsamkeit wurde der Grad der Zustimmung zu mehreren Aussagen erhoben, die Rückschlüsse auf die individuelle Einschätzung der eigenen Integration in die Gesellschaft erlauben. Folgende Aussagen wurden genannt:

- „Ich fühle mich von Personen, die mir wichtig sind, abgelehnt“ (Ablehnung),
- „Ich fühle mich oft als Außenseiter“ (Außenseiter),
- „In meiner unmittelbaren Umgebung gibt es genügend Menschen, die mich so nehmen wie ich bin“ (Anerkennung),
- „In meiner unmittelbaren Umgebung hätte ich gerne mehr Menschen, die zu mir halten, auch wenn ich Fehler mache“ (emotionale Unterstützung),
- „In meiner unmittelbaren Umgebung fühle ich mich sicher und wohl“ (Unsicherheit),

- „Bei Problemen wünsche ich mir mehr Hilfe und praktische Unterstützung“ (praktische Unterstützung),
- „Wenn ich echte Probleme habe, gibt es keine Menschen, die mir helfen“ (Ansprechpartner).²⁷²

Von den Befragten wird vor allem der Wunsch nach mehr emotionaler (37%) und mehr praktischer Unterstützung (44%) geäußert. Die weiteren erfragten Bedürfnisse und Wünsche werden nur von einem kleinen Teil der Befragten (max. 11%) als nicht vorhanden bzw. wünschenswert angegeben.

Tabelle: Gefühlte Einsamkeit

Angabe in Prozent (Fallzahl)	Ja – stimme zu	Nein – stimme nicht zu
„Ich fühle mich von Personen, die mir wichtig sind, abgelehnt“	6,6 (45)	93,4 (635)
„Ich fühle mich oft als Außenseiter“	10,7 (73)	89,3 (609)
„In meiner unmittelbaren Umgebung gibt es genügend Menschen, die mich so nehmen wie ich bin“	95,9 (653)	4,1 (28)
„In meiner unmittelbaren Umgebung hätte ich gerne mehr Menschen, die zu mir halten, auch wenn ich Fehler mache“	37,3 (251)	62,7 (422)
„In meiner unmittelbaren Umgebung fühle ich mich sicher und wohl“	92,2 (623)	7,8 (53)
„Bei Problemen wünsche ich mir mehr Hilfe und praktische Unterstützung“	44,4 (300)	55,6 (376)
„Wenn ich echte Probleme habe, gibt es keine Menschen, die mir helfen“	9,8 (66)	90,2 (610)

Befragte, die Gefühle der Ablehnung, des Außenseiterseins und der Unsicherheit empfinden, unterscheiden sich in Alter, Geschlecht, Bildungsgrad, Berufsabschluss und Grad der Erwerbstätigkeit nicht von denjenigen Befragten, die – zumindest in dieser Hinsicht – zufrieden sind.

²⁷² Frageformulierung: „Treffen die folgenden Aussagen auf Sie zu?“. Die positiv formulierten Aussagen wurden für die Auswertung umgepolt.

Tabelle: Gefühlte Einsamkeit nach Berufsausbildung, Erwerbstätigkeit und Schulabschluss

Angaben Prozent (Fallzahl)	in	Fehlende Anerkennung	Fehlende Ansprechpartner	Fehlende emotionale Unterstützung	Fehlende praktische Unterstützung
In der Berufsausbildung		0 (0)	11,3 (7)	34,9 (22)	40,3 (25)
Ohne Berufsausbildung		10,6 (11)	13,6 (14)	46,2 (48)	51,0 (53)
Mit Berufsausbildung		3,0 (15)	8,5 (43)	35,5 (177)	43,9 (221)
Nicht erwerbstätig		5,2 (19)	13,6 (49)	41,6 (149)	50,8 (183)
Teilzeit erwerbstätig		7,0 (6)	7,0 (6)	34,9 (30)	37,6 (32)
Voll erwerbstätig		0,9 (2)	4,0 (9)	30,3 (67)	35,7 (80)
Kein oder Haupt- schulabschluss		7,0 (19)	14,1 (38)	44,7 (119)	53,0 (143)
Mittlere Reife		1,8 (4)	7,6 (17)	33,5 (75)	41,8 (94)
Abitur/ Hochschulab- schluss		2,7 (5)	6,1 (11)	30,9 (56)	34,6 (62)

Mehr Anerkennung reklamieren vor allem Personen, die keine abgeschlossene Berufsausbildung haben.²⁷³ Dagegen fehlen Ansprechpartner vor allem denjenigen, die nicht erwerbstätig sind, wobei hier gilt: Je weniger Wochenstunden jemand erwerbstätig ist, desto wahrscheinlicher ist, dass ihm Ansprechpartner fehlen.²⁷⁴ Bei dem Wunsch nach mehr emotionaler Unterstützung handelt es sich um ein von allen Befragten häufig geäußertes Bedürfnis. Der Wunsch danach von mehr Menschen in der unmittelbaren Umgebung auch bei fehlerhaftem Verhalten unterstützt zu werden, hängt nicht (signifikant) mit sozio-ökonomischen Variablen zusammen – wenn auch hier die Wahrscheinlichkeit fehlender emotionaler Unterstützung bei Personen mit niedrigem Bildungsgrad und Erwerbslosen höher ist. Ähnlich verhält es sich bei dem konkreten Wunsch nach mehr Hilfe und praktischer Unterstützung: Vor allem Be-

²⁷³ Chi2=16,293; df=2; p=.000; Cramers V=.155.

²⁷⁴ Chi2=15,554; df=2; p=.000; Cramers V=.152.

fragte mit niedrigem Schulabschluss²⁷⁵ und nicht erwerbstätige Personen²⁷⁶ äußern hier ein Defizit.

Es bleibt Folgendes festzuhalten:

Vor allem Befragte ohne Ausbildungsabschluss (fehlende Anerkennung), mit niedrigem Schulabschluss (fehlende praktische Unterstützung) und nicht Erwerbstätige (fehlende Ansprechpartner, fehlende praktische Unterstützung) fühlen sich in der Gesellschaft isoliert.

Sowohl bezüglich der objektiv messbaren Faktoren sozialer Integration wie auch der subjektiv empfundenen Isolation scheint sich die Randständigkeitshypothese zunächst zu bestätigen: Unter den Befragten mit einem niedrigen sozio-ökonomischen Status sind überdurchschnittlich viele, die de facto nicht sozial integriert sind bzw. sich sozial isoliert fühlen.

8.3. Nichtwähler – Randständige der Gesellschaft?

Neben sozio-ökonomischen Faktoren und politischen Einstellungen kann – folgt man der Randständigkeitshypothese – die soziale Integration des Einzelnen ein entscheidender Faktor der Wahlbeteiligung sein. Nach der Randständigkeitshypothese sind zum einen sozial isolierte (randständige) Personen aufgrund der mangelnden Zugehörigkeit zu sozialen Cleavages kaum über das Parteiensystem repräsentiert, zum anderen wirken bei sozial isoliert lebenden Menschen kaum die die Wahlbeteiligung erhöhenden Mechanismen sozialer Kontrolle.

Zusätzlich zu dem in Kapitel III.7. analysierten Indikator sozialer Integration „sozio-ökonomischer Status“, bieten Haushaltsstand, Mitgliedschaften in Vereinen und Organisationen sowie Kontakte im sozialen Umfeld wie bspw. zu den Nachbarn weitere Anhaltspunkte, die Rückschlüsse auf den Grad der individuellen sozialen Einbindung erlauben.

Die vorhergehenden Analysen haben gezeigt, dass Befragte mit niedrigem sozio-ökonomischem Status – das heißt mit niedrigem Schulabschluss, ohne abgeschlossene Berufsausbildung, ohne Erwerbstätigkeit – häufig nicht oder kaum in soziale Netzwerke wie Lebenspartner, Vereine, Nachbarn sie bieten, eingebunden sind. Dies spiegelt sich auch in der subjektiven Wahrnehmung

²⁷⁵ Chi2=15,560; df=2; p=.000; Cramers V=.152.

²⁷⁶ Chi2=14,447; df=2; p=.001; Cramers V=.147.

der eigenen gesellschaftlichen Einbindung wieder: Die Wahrscheinlichkeit sich nicht akzeptiert zu fühlen, bei Problemen keinen Gesprächspartner zu haben und nicht ausreichend unterstützt zu werden, ist bei Befragten ohne beruflichen Ausbildungsabschluss, mit niedrigem Bildungsgrad und nicht Erwerbstätigen höher. Es stellt sich die Frage, ob sich die Randständigkeitshypothese – also der Zusammenhang zwischen sozialer Randständigkeit und politischer Beteiligung – anhand der vorliegenden Daten bestätigen lässt.

Zunächst ist festzuhalten, dass sich Wähler, ungültig Wählende und Nichtwähler hinsichtlich ihrer sozialen Einbindung im gesellschaftlichen Nahbereich nicht unterscheiden. Nichtwähler und ungültig Wählende leben nicht häufiger allein als Wähler; auch in der Intensität der Kontakte zu Nachbarn unterscheiden sich die drei Gruppen nicht voneinander.

Vor dem Hintergrund der eingangs gestellten Frage, ob ungültig wählende kritische Demokraten im nicht per se politischen Bereich ihres Lebens, im vornehmlich sozialen Kontext aktiv sind, ist der Indikator Aktivität bzw. Beteiligung in Vereinen und Organisationen von besonderem Interesse. Wähler sind überdurchschnittlich häufig aktiv (50,6%), viele Nichtwähler sind dagegen offensichtlich nicht nur im politischen sondern auch im gesellschaftlichen Bereich apathisch und teilnahmslos: Nahezu $\frac{3}{4}$ der Befragten, die angaben, sich nicht an der Wahl zu beteiligen, sind in keinem der genannten Bereiche gesellschaftlicher Aktivität eingebunden (72%). An der Analyse der Wertorientierungen hat sich die Geringschätzung der ungültig Wählenden für politisches und gesellschaftliches Engagement gezeigt. Trotz der geringen Bedeutung, die sozialem Engagement beigemessen wird, sind die Anzeichen sozialer Apathie unter den ungültig Wählenden mit 41,4% Aktiven nicht so deutlich wie unter den Nichtwählern. Doch wäre soziales Engagement aus Sicht der kritischen Demokraten eine veritable Alternative zur Beteiligung am politischen Willensbildungsprozess, so müssten sich gerade die ungültig Wählenden überdurchschnittlich häufig im zivilgesellschaftlichen Bereich aktiv einbringen. Dies ist nicht der Fall.

Tabelle: Soziale Aktivität bei Wählern, ungültig Wählenden und Nichtwählern

Angaben in Prozent (Fallzahl)	Wähler	Ungültig Wählende	Nichtwähler	gesamt
Sozial aktiv	50,6 (206)	41,4 (36)	28,0 (30)	45,3 (272)
nicht sozial aktiv	49,4 (201)	58,6 (51)	72,0 (77)	54,7 (329)

Chi²=18.049; df=2; p=.000; Cramers V=.173

Die Analysen zur Einschätzung der eigenen wie auch der allgemeinen wirtschaftlichen Lage verdeutlichten die mögliche Diskrepanz zwischen objektiven Indikatoren und subjektiver Beurteilung: Obwohl Nichtwähler, ungültig Wählende und Wähler sich nach objektiven Kriterien kaum unterscheiden, differiert die subjektive Wahrnehmung erheblich. Nichtwähler vertreten die pessimistische Einschätzung, sowohl ihre eigene als auch die allgemeine wirtschaftliche Lage sei eher schlecht und werde sich in Zukunft noch weiter verschlechtern. Weichen auch hinsichtlich der sozialen Einbindung objektive Kriterien und subjektive Einschätzung so deutlich voneinander ab, dass obwohl keine Unterschiede die Kontakte von Nichtwählern, ungültig Wählenden und Wählern zu Menschen im sozialen Nahbereich betreffend, festgestellt werden konnten, eine pessimistische Sicht auf die eigene soziale Integration zum Tragen kommt? Das Gefühl nicht anerkannt zu sein oder auch nicht ausreichend emotionale und praktische Unterstützung bei Problemen zu erhalten, könnte gerade unter den Nichtwählern weiter verbreitet sein – wenn auch offen bleiben muss inwiefern (ob bewusst oder unbewusst sei dahingestellt) Ausstieg aus politischen und Ausstieg aus sozialen Prozessen sich gegenseitig befördern.

Unter Nichtwählern und ungültig Wählenden sind etwas mehr Befragte, die angeben sie würden sich abgelehnt²⁷⁷ und/oder als Außenseiter²⁷⁸ fühlen und ihnen käme nicht ausreichend Anerkennung²⁷⁹ und emotionale Unterstützung²⁸⁰ entgegen, als unter den wählenden Befragten.

²⁷⁷ Chi²=10,324; df=2; p=.006; Cramers V= .132.

²⁷⁸ Chi²=15,527; df=2; p=.000; Cramers V= .161.

²⁷⁹ Chi²=13.545; df=2; p=.001; Cramers V= .150.

²⁸⁰ Chi²=11,841; df=2; p=.003; Cramers V= .142.

Tabelle: Faktoren gefühlter Einsamkeit bei Wählern, ungültig Wählenden und Nichtwählern

Angaben in Prozent (Fallzahl)	Wähler	Ungültig Wählende	Nichtwähler	gesamt
Empfundene Ablehnung	4,9 (20)	10,6 (9)	13,2 (14)	7,2 (43)
Gefühl des Außenseiters-	7,9 (32)	19,8 (17)	17,9 (19)	11,4 (68)
eins				
Fehlende Anerkennung	2,5 (10)	7,1 (6)	10,3 (11)	4,5 (27)
Fehlende emotionale Unter-	33,9 (136)	49,4 (42)	48,1 (50)	38,6 (228)
stützung				
Fehlende praktische Unter-	39,6 (160)	46,4 (39)	61,3 (65)	44,4 (264)
stützung				

Mehr praktische Unterstützung wünscht sich nahezu die Hälfte der Befragten (44,4%), wobei Wähler mit 39,6% unter-, Nichtwähler dagegen überdurchschnittlich häufig (61,3%) mangelnde Unterstützung beklagen.

Ungültig Wählende und Nichtwähler sind zwar anhand objektiver Kriterien lediglich hinsichtlich ihrer Vereinsaktivitäten von Wählern zu unterscheiden, scheinen sich jedoch in mehrererlei Hinsicht selbst als „randständig“ wahrzunehmen. Offensichtlich spielt die subjektive Einschätzung eine größere Rolle für die Wahl der einen oder anderen Handlungsoption. Es mutet wie allgemeiner Pessimismus an, die eigene wirtschaftliche Lage, Einflussmöglichkeiten auf die Politik und Akzeptanz, Anerkennung und Unterstützung durch andere Gesellschaftsmitglieder negativer zu beurteilen als sie auf Basis der Faktenlage wahrscheinlich real sind. Steigen Nichtwähler aus der Demokratie und dem gesellschaftlichen Leben aus, ohne im Gegensatz zu Aussteigern, die bspw. als Auswanderer im Ausland ihr Glück suchen, an anderer Stelle einzusteigen?

Zurückkommend auf die eingangs formulierten Hypothesen – Politik-Aussteiger steigen auch sozial aus, Muster-Demokraten verhalten sich auch im gesellschaftlichen Kontext mustergültig und kritische Demokraten sind im sozialen Bereich aktiv – hat sich gezeigt:

Unter den Politik-Aussteigern sind überdurchschnittlich viele Befragte, die sich in ihrer Freizeit nicht an gesellschaftlichen Aktivitäten beteiligen. Auch sind Gefühle der Einsamkeit weiter verbreitet, oder anders formuliert: Viele Politik-Aussteiger fühlen sich sozial isoliert.

Die Muster-Demokraten, die politisch meist interessierten Wähler, sind oft nicht nur politisch sondern auch gesellschaftlich aktiv. Sie sind häufig Mitglied in einem Verein oder einer Organisation und nur wenige unter ihnen fühlen sich sozial ausgegrenzt. Wenn auch unter den Wählern der Wunsch nach mehr emotionaler und praktischer Unterstützung relativ weit verbreitet ist, so sind doch im Vergleich zu ungültig Wählenden und Nichtwählern viele der Muster-Demokraten zufrieden.

Die Hypothese, die ungültig Wählenden, die kritischen Demokraten, seien im sozialen Bereich engagiert, dieser böte gar eine adäquate Alternative zur politischen Partizipation, kann nicht bestätigt werden. Die kritischen Demokraten sind in ihrer subjektiven Einschätzung der sozialen Integration ähnlich pessimistisch wie die Nichtwähler, wenn auch etwas häufiger als diese in Vereinen oder Organisationen aktiv. Bilden die kritischen Demokraten das (demokratische) Korrektiv, das laut Klingemann notwendig für das Funktionieren einer Demokratie ist? Bildet diese Gruppe die kritische Masse, die Veränderungen ermöglicht?

9. Unterstützung der Demokratie

Die Frage nach der Stabilität von Demokratie, den sie stabilisierenden und destabilisierenden Faktoren, ist demokratischen Systemen immanent. Nicht nur in Deutschland wird die Frage gestellt: Was sichert den Bestand des politischen Systems Demokratie, was gefährdet ihn?

Bis in die frühen 1970er Jahre hinein wurde aus verschiedenen politischen Richtungen Kritik und Skepsis an der deutschen Demokratie laut.²⁸¹ Almond/Verba untersuchten mit der 1963 veröffentlichten Civic-Culture-Studie fünf westliche Nationen²⁸² unter der Fragestellung, warum vor dem zweiten Weltkrieg manche junge Demokratie nicht bestehen konnte, andere sich hingegen trotz ähnlicher institutioneller Voraussetzungen und sozio-ökonomischem Entwicklungsstand etablieren konnten. Sie gingen davon aus, dass für die Stabilität einer Demokratie politische Kultur und politisches System eines Staates in gewissem Maße übereinstimmen müssen.

Das Verhältnis zwischen Bürger und Staat ist von vier grundsätzlichen Orientierungen und Einstellungen bestimmt: Allgemeinen Einstellungen gegenüber dem Aufbau und der Struktur des politischen Systems, Einstellungen zu den Möglichkeiten der Bürger Einfluss zu nehmen, Einstellungen zu den Outputs des politischen Systems und zu der Selbstwahrnehmung im politischen System. Almond/Verba kamen zu dem Ergebnis, in Deutschland herrsche eine Untertanenkultur vor, das heißt die Deutschen, bzw. die politische Kultur in Deutschland sei noch nicht in der Demokratie angekommen.

Die Proteste der DDR-Bürger 1989 und der darauf folgende Zusammenschluss der beiden deutschen Staaten zu einem Staat haben den Erfolg der Demokratie in Deutschland zumindest vordergründig besiegelt. Dennoch sind gleichzeitig längerfristige Entwicklungen einer „demokratischen Ermüdung“, die sich im Rückgang der Wahlbeteiligung, Rückgang der Parteimitgliedschaften, in abnehmendem Vertrauen in das politische System, seine Institutionen und Autoritäten zeigt, festzustellen.²⁸³

²⁸¹ Vgl. internationale Studien zu politischen Einstellungen der Deutschen, bzw. Verhältnis der Deutschen zur Demokratie: Almond, G./Verba, S.: *The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations*. Princeton 1963.

²⁸² Deutschland, Großbritannien, Italien, Mexiko, USA.

²⁸³ Nolte, P.: Von der repräsentativen zur multiplen Demokratie, in: *APuZ 1-2/2011 Postdemokratie?*, S. 5f.

Spätestens seit der Mitte der 70er Jahre wird die deutsche Demokratie mit neuen Herausforderungen konfrontiert (u.a.: Protestbewegung, neue Partizipationsformen), die das politische System unter Stress²⁸⁴ setzen. Verschiedene Krisenhypothesen bestimmen seither die Debatte um die Frage nach der Stabilität der deutschen Demokratie – eine Demokratie, die von Beginn an unter besonderer Beobachtung stand. Hypothesen wie die der Demokratiekrise, Legitimitätskrise oder Regierbarkeitskrise²⁸⁵ werden in den 1990er Jahren von der Diskussion um eine aufkommende Politik- und Politikerverdrossenheit²⁸⁶ abgelöst. Um die Jahrtausendwende wird die Verdrossenheitsdebatte um eine (vermeintliche) Demokratieverdrossenheit ergänzt; empirisch ist diese weder exakt definiert, noch valide belegt. Aktuell kann die Diskussion auf die beiden Pole „weltweites Erfolgsmodell Demokratie“ versus „Ende der Demokratie – Postdemokratie“ zugespitzt, beschrieben werden.

In der empirischen Politikwissenschaft überwiegt einerseits – basierend auf Erkenntnissen der (international) vergleichenden Forschung sowie der Transformationsforschung – der Optimismus, Demokratie sei als „bestes politisches System“ auf einem weltweiten Siegeszug, der noch lange nicht zu Ende geht, im Gegenteil weiterhin die Welt erobern wird.²⁸⁷ Andererseits wird insbesondere in der politikwissenschaftlichen Theorie und der politischen Philosophie eine Erosion der Demokratie beklagt: In „Post-Democracy“ schildert der britische Politik-wissenschaftler Colin Crouch prägnant wie demokratische Systeme zunehmend ausgehöhlt werden und letztlich lediglich die Hülle einer Schein-Demokratie zurückbleibt.²⁸⁸ Im Zustand der Postdemokratie bleibt den Bürgerinnen und Bürgern schließlich nur noch die Illusion demokratischer Rechte, die tatsächliche politische Willensbildung erfolgt zunehmend über wirtschaftliche Marktmechanismen und die diese bestimmenden Weltkonzerne. Politische Macht geht dann – wie bereits in früheren Zeiten schon – von geschlossenen und kooperierenden Eliten aus. Als Folge der beschriebenen Mechanismen verliert die Demokratie an Legitimation und Überzeugungskraft, was sich be-

²⁸⁴ Stress ist zu verstehen als besondere, außergewöhnliche Leistungsanforderung. Vgl. Easton in Kapitel I.1. dieser Arbeit.

²⁸⁵ Crozier, M.J./Huntington, S. P./Watanuki, J.: *The Crisis of Democracy. Report on the governability of democracies to the trilateral commission.* New York 1975; Habermas, J.: *Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus.* Frankfurt/Main 1973; Offe, C.: *Strukturprobleme des kapitalistischen Staates. Aufsätze zur politischen Soziologie.* Frankfurt/Main 1972.

²⁸⁶ Arzheimer, K.: *Politikverdrossenheit,* 2002.

²⁸⁷ Huntington, S.: *The Third Wave: Democratization in the late Twentieth Century,* Oklahoma 1991.

²⁸⁸ Vgl. Kapitel I. 2. dieser Arbeit.

reits heute unter Anderem in der stetig zurückgehenden (An-)Teilnahme der Bürgerinnen und Bürger am politischen Willensbildungsprozess zeigt.

Diese, sich auf die westlichen Demokratien insgesamt beziehende, Diskussion spitzt sich in der Frage zu: Befindet sich das politische System Deutschlands gegenwärtig in einer Krise, in einem Prozess der politischen Destabilisierung, der letztlich den Bestand des Staates gefährdet?²⁸⁹

Anhand politischer Systemtheorien wie von Easton formuliert wird deutlich, dass die Stabilität eines Systems wesentlich von seiner Legitimität in den Augen seiner Mitglieder abhängt.²⁹⁰ Das heißt – um mit Eastons Vokabular zu sprechen – die (politische) Unterstützung des Systems durch seine Mitglieder sichert seine Legitimität und somit auch die Stabilität. Politische Unterstützung zeigt sich in den Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger gegenüber dem System, seinen Autoritäten und Institutionen und der politischen Gemeinschaft. Auf der Basis von Mikrodaten sind diese Einstellungen mess- und analysierbar. Die Gefahr einer Destabilisierung des politischen Systems müsste sich den Theorien nach, im Entzug der politischen Unterstützung, in einer Erosion der Unterstützung für System, Institutionen und Autoritäten ausdrücken.

Heruntergebrochen auf konkrete Fragen, gilt es zu untersuchen: Werden wichtige demokratische Normen als gewährleistet wahrgenommen oder besteht aus Sicht der Bürger in weiten Bereichen ein hohes Demokratiedefizit? Sind die Bürgerinnen und Bürger mit der Demokratie, so wie sie aktuell umgesetzt wird, zufrieden? Vertrauen sie dem politischen System, seinen Institutionen und Autoritäten? Werden demokratische Grundprinzipien durch die Bürgerinnen und Bürger, das heißt die Systemmitglieder getragen und unterstützt?

Der Entzug bzw. das Nicht-Vorhandensein politischer Unterstützung und somit die Destabilisierung der Demokratie würde sich darin zeigen, dass die Mehrheit der Befragten

- ein hohes Demokratiedefizit in vielen Bereichen wahrnimmt,
- mit der aktuell bestehenden Demokratie unzufrieden ist,

²⁸⁹ Siehe hierzu bereits in den späten 80 Jahren: Fuchs, D.: Trends politischer Unterstützung in der Bundesrepublik, in: Berg-Schlosser, D./Schissler, J. (Hg.): Politische Kultur in Deutschland. Bilanz und Perspektiven der Forschung. Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 18, Opladen 1987, S. 357 f..

²⁹⁰ Zu Easton siehe Kapitel I.1.1. dieser Arbeit.

- dem System, seinen Institutionen und seinen Autoritäten kein Vertrauen entgegen bringt und
- demokratische Normen und Institutionen nicht unterstützt.

Die grundlegende Fragestellung dieser Arbeit ist, ob die Gruppe der sich nicht politisch Beteiligten mit niedrigem sozio-ökonomischem Status, dem politischen System die Unterstützung entzieht. Bisher konnte festgestellt werden, dass neben Wählern und Nichtwählern ungültig Wählende eine dritte, von den beiden anderen in wesentlichen Einstellungen sich unterscheidende, Gruppe bilden.

Anhand der vorangegangenen Analysen einzelner politischer Einstellungs- und Verhaltensvariablen können die drei Wählertypen wie folgt beschrieben werden:

Die Muster-Demokraten, die Wähler, beteiligen sich in vielfältigen Formen politisch und sind auch im sozialen Bereich häufiger aktiv als die anderen Gruppen. Mit ihrer sozialen Einbindung sind sie insgesamt zufriedener und fühlen sich dementsprechend seltener einsam. Die Einschätzung ihrer wirtschaftlichen Lage ist positiver als in den beiden anderen Gruppen, wenn auch objektiv keine Unterschiede im sozio-ökonomischen Status festgestellt werden konnten. Der typische Muster-Demokrat fühlt sich einer Partei verbunden und interessiert sich für Politik.

Die Politik-Aussteiger, die Nichtwähler unter den Befragten, beteiligen sich nicht nur signifikant seltener an der politischen Willensbildung, sie sind auch häufig nicht oder kaum sozial integriert, was sich bei ihnen auch im Gefühl der Einsamkeit widerspiegelt. Auch hinsichtlich der wirtschaftlichen Lage prägt Pessimismus ihr Leben: Die eigene Lage wird aktuell als schlecht eingeschätzt, auch die Zukunft stellt sich in den Augen der Nichtwähler düster dar. Wie der Begriff des Aussteigers suggeriert, sind Nichtwähler nicht an eine bestimmte Partei gebunden, politische Themen interessieren sie nicht.

Die kritischen Demokraten, die ungültig Wählenden, das potentielle demokratische Korrektiv, ist im sozialen Bereich nicht aktiver als die Angehörigen der anderen Gruppen. Das Gefühl von Einsamkeit im sozialen Nahbereich ist ähnlich stark ausgeprägt wie unter den Nichtwählern. Bezüglich der politischen Einstellungen nehmen die ungültig Wählenden eine Mittelposition ein: Parteiungebunden interessieren sie sich für Politik, was schließlich dazu führt,

die These der kritischen Demokraten, des demokratischen Korrektivs, für diese Gruppe weiter zu führen.

Die Frage ist, ob über die politische Unterstützung in den verschiedenen Gruppen die bislang gezeichneten Bilder weiter konturiert werden können oder ob sich in diesem Aspekt kaum Unterschiede zwischen den Gruppen ergeben. Sind die Wähler die Stützen des politischen Systems, der Demokratie? Entziehen die Nichtwähler dem System die politische Unterstützung und sind im besten Fall apathische Staatsbürger, im schlechtesten Fall Bekämpfer des politischen Systems? Unterstützen die ungültig Wählenden grundsätzlich zwar das politische System, entziehen jedoch seinen Autoritäten und eventuell auch seinen Institutionen die Unterstützung? Bilden die ungültig Wählenden somit die kritische Masse, die bei Bedarf mobilisiert werden kann, um Regierungswechsel hervorzurufen?

Im Folgenden wird analog zur Vorgehensweise in den vorangegangenen empirischen Kapiteln dieser Arbeit zunächst die allgemeine Verteilung der Indikatoren sowie im Anschluss daran die Verteilung nach sozio-ökonomischen Faktoren differenziert, dargestellt und analysiert. Daraufhin folgt die Untersuchung der politischen Unterstützung der Muster-Demokraten, Politik-Aussteiger und kritischen Demokraten. Die einzelnen Indikatoren diffuser Unterstützung sind: Das Vertrauen in das System, seine Institutionen und Autoritäten, sowie die Zustimmung zu demokratischen Normen; Indikator diffus-spezifischer Unterstützung ist die Frage nach der Zufriedenheit mit der Demokratie so wie sie aktuell umgesetzt wird; spezifische Unterstützung wird anhand der subjektiven Einschätzung der Gewährleistung einzelner demokratischer Normen sowie der Differenz zwischen den als wichtig erachteten Normen und deren Gewährleistung, gemessen.

9.1. Diffuse politische Unterstützung

Unter dem Stichwort „Institutionenvertrauen“ wird in sozialwissenschaftlichen Erhebungen (z.B. Forschungsgruppe Wahlen) das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in das politische System, seine Institutionen und Autoritäten erhoben. Zu den Institutionen, denen ein hohes Vertrauen entgegen gebracht wird zählen das Bundesverfassungsgericht, Gerichte im Allgemeinen und die Polizei; das Vertrauen in Bundestag, Bundesregierung und Gewerkschaften ist meist geringer. Auf die Aufforderung, „Ich lese Ihnen jetzt eine Reihe von öffentlichen Einrichtungen vor. Sagen Sie mir bitte anhand dieser Liste bei jeder, ob sie ihr vertrauen oder nicht.“, wurden den Befragten Bundestag, Bundesverfassungsgericht, Bundesregierung, Gerichte, Polizei und Gewerkschaften (in dieser Reihenfolge) genannt. Die Befragten konnten auf einer 5-stufigen Skala zwischen „Vertraue voll und ganz“ bis zu „Vertraue überhaupt nicht“ eine Angabe auswählen. Wie bereits zuvor wurde die differenzierte Skalierung in fünf Stufen zugunsten einer größeren Zellenbesetzung bei der Analyse von Unterschieden zwischen den Geschlechtern, Alters-, Bildungs- und Erwerbstätigen Gruppen auf drei Stufen reduziert (vertraue – vertraue teilweise – vertraue nicht).

Tabelle: Institutionenvertrauen

Angaben in Prozent (Fallzahl)	vertraue	vertraue teilweise	vertraue nicht
Polizei	71,3 (486)	21,1 (144)	7,6 (52)
Bundesverfassungsgericht	58,0 (383)	26,7 (176)	15,3 (101)
Gerichte	56,1 (379)	27,0 (182)	16,9 (114)
Bundestag	27,2 (183)	39,3 (265)	33,5 (226)
Gewerkschaften	25,4 (164)	36,4 (235)	38,1 (246)
Bundesregierung	17,7 (120)	38,2 (259)	44,1 (299)

Die Analysen bestätigen andere, frühere Untersuchungen: Bundesverfassungsgericht, Gerichten und Polizei vertrauen mehr als die Hälfte der Befrag-

ten voll und ganz bzw. weitgehend, wobei der Polizei mehr als 2/3 der Befragten vertrauen (Bundesverfassungsgericht: 58%, Gerichte: 56%). Das Vertrauen in die Bundesregierung ist dagegen äußerst gering ausgeprägt: 44% der Befragten vertrauen den Regierenden eher bzw. überhaupt nicht, lediglich 18% bringen den regierenden Autoritäten in Form der Bundesregierung Vertrauen entgegen.

Auch die Gewerkschaften genießen – wie die politischen Autoritäten – kaum das Vertrauen der Befragten; lediglich ein Viertel vertraut den beruflichen Interessenvertretungen. Vor allem die zwischen 18- und 29-Jährigen sind von der Arbeit der Gewerkschaften aber überzeugt: Fast 4/5 der Befragten dieser Altersgruppe vertrauen zumindest teilweise bis zu voll und ganz der Arbeit der Gewerkschaften.²⁹¹

Tabelle: Vertrauen in Gewerkschaften nach Altersgruppen

Angaben in Prozent (Fallzahl)	vertraue	vertraue teilweise	vertraue nicht
gesamt	25,4 (164)	36,4 (235)	38,1 (246)
18 - 29 Jahre	37,3 (47)	42,1 (53)	20,6 (26)
30 - 44 Jahre	20,3 (31)	34,0 (52)	45,8 (70)
45 - 65 Jahre	25,2 (52)	34,5 (71)	40,3 (83)
über 65 Jahre	21,3 (34)	36,9 (59)	41,9 (67)

Zur Prozentuierung: 37,3% der 18 bis 29 Jährigen vertrauen den Gewerkschaften voll und ganz bzw. weitgehend.

Im Vergleich dazu fällt das Vertrauen in den anderen Altergruppen mit 54% (30-44 Jährige) bis 60% (über 65 Jährige) Vertrauenden geringer aus.²⁹²

²⁹¹ Im geringen Vertrauen der älteren Befragten kommt möglicherweise die Enttäuschung über nicht erfolgreicher Gewerkschaftsarbeit zum Ausdruck. Gerade Jüngere haben diese Erfahrungen in ihrem Arbeitsleben vermutlich seltener gemacht und vertrauen aus diesem Grund (noch) den Gewerkschaften als Interessenvertretungen.

²⁹² Chi2=24,551; df=6; p=.000; Cramers V= .138.

Signifikante Unterschiede sind auch beim Vertrauen in das Bundesverfassungsgericht und den Bundestag festzustellen: Unter den befragten Frauen sind mehr Personen, die beiden Institutionen ihr Vertrauen entgegen bringen als unter den befragten Männern, bezüglich des Vertrauens in den Bundestag ist die Differenz etwas geringer.²⁹³

Personen mit unterschiedlichem Ausbildungsgrad und/oder verschiedenem Grad der Erwerbstätigkeit unterscheiden sich nicht hinsichtlich ihres Vertrauens in das politische System, seine Institutionen und Autoritäten. Unter den Befragten mit einem hohen Bildungsgrad (Abitur und/oder Hochschulabschluss) sind (signifikant) mehr Personen, die dem Bundesverfassungsgericht vertrauen.²⁹⁴ Auch das Vertrauen in Bundestag und Bundesregierung ist vor allem bei Personen mit hohem Bildungsabschluss ausgeprägt; Personen mit mittlerer Reife, Hauptschulabschluss und ohne Schulabschluss können der Gruppe der eher nicht Vertrauenden zugerechnet werden.²⁹⁵

Tabelle: Vertrauen in das Bundesverfassungsgericht nach Bildungsgrad

Angaben in Prozent (Fallzahl)	vertraue	vertraue teilweise	vertraue nicht
Bundesverfassungsgericht			
gesamt	57,9 (381)	26,7 (176)	15,3 (101)
Kein Schulabschluss oder Hauptschulabschluss	45,3 (116)	33,6 (86)	21,1 (54)
Mittlere Reife/ Realschulabschluss	57,7 (128)	27,9 (62)	14,4 (32)
Abitur/ Hochschulabschluss	76,1 (137)	15,6 (28)	8,3 (15)

²⁹³ Bundesverfassungsgericht: Chi2=33,915; df=2; p=.000; Cramers V= .227; Bundestag: Chi2=11,279; df=2; p=.004; Cramers V= .129.

²⁹⁴ Bundesverfassungsgericht: Chi2=41,750; df=4; p=.000; Cramers V= .178.

²⁹⁵ Bundestag: Chi2=35,720; df=4; p=.000; Cramers V= .163; Bundesregierung: Chi2=23,511; df=4; p=.000; Cramers V= .132.

Tabelle: Vertrauen in den Bundestag und die Bundesregierung nach Bildungsgrad

Angaben in Prozent (Fallzahl)	vertraue	vertraue teilweise	vertraue nicht
Bundestag			
gesamt	27,1 (182)	39,3 (264)	33,6 (226)
Kein Schulabschluss oder Hauptschulabschluss	21,1 (56)	38,3 (102)	40,6 (108)
Mittlere Reife/ Realschulabschluss	21,4 (48)	45,1 (101)	33,5 (75)
Abitur/ Hochschulabschluss	42,9 (78)	33,5 (61)	23,6 (43)
Bundesregierung			
gesamt	17,6 (119)	38,2 (258)	44,2 (299)
Kein Schulabschluss oder Hauptschulabschluss	16,7 (45)	33,5 (90)	49,8 (134)
Mittlere Reife/ Realschulabschluss	12,1 (27)	39,7 (89)	48,2 (108)
Abitur/ Hochschulabschluss	25,7 (47)	43,2 (79)	31,1 (57)

Das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in das politische System und seine Institutionen ist ein Indikator diffuser politischer Unterstützung. Vertrauen wird langfristig aufgebaut und kann durch kurzfristige Ereignisse und Entwicklungen nur in schwerwiegenden Fällen erschüttert werden. Es handelt sich somit beim Vertrauen in das politische System, seine Institutionen und Autoritäten und deren Leistungsfähigkeit um längerfristige Einstellungen gegenüber dem politischen System. Das Vertrauen in die Funktionsträger der Demokratie, in die Polizei, das Bundesverfassungsgericht und Gerichte allgemein, ist mit durchschnittlich 61,8% vertrauenden Befragten relativ hoch. Den gewählten Autoritäten zuzuordnenden Institutionen (Bundestag, Bundesregierung Gewerkschaften) wird mit durchschnittlich 22,5% der Befragten, die vertrauen erheblich weniger Vertrauen entgegen gebracht. Als Indikator diffuser politischer Unterstützung zeigt das hohe Vertrauen in die Funktionsträger der Demokratie, dass dem demokratischen politischen System an sich mit Vertrau-

en und somit auch Unterstützung begegnet wird, der Umsetzung mittels (gewählter) Autoritäten scheint dagegen misstraut zu werden. Lässt sich dieses Bild durch Einbeziehung des zweiten Indikators diffuser politischer Unterstützung, der Einschätzung der Relevanz einzelner demokratischer Normen, bestätigen?

Es muss zunächst kritisch hinterfragt werden, welches Verständnis die Befragten von Demokratie haben, das heißt welche Normen und Institutionen ihrer Meinung nach zu einer Demokratie unbedingt dazugehören und welche verzichtbar sind. Mit der Frage „Man kann unterschiedlicher Meinung darüber sein, was zu einer Demokratie dazu gehört und was nicht unbedingt dazu gehören muss. Uns interessiert Ihre Meinung, was Ihnen von den folgenden Dingen wichtig ist.“, wurde die Bewertung der Relevanz sowohl grundlegender demokratischer Normen als auch demokratischer Institutionen erhoben. In der folgenden Tabelle sind diejenigen Aspekte abgebildet, von denen mehr als 2/3 der Befragten der Meinung waren, sie seien für eine Demokratie sehr wichtig.

Der Blick auf die von den Befragten als nicht sehr wichtig erachteten grundlegenden demokratischen Normen überrascht: Essentielle Aspekte einer Demokratie wie Minderheitenrechte (62,4%) und die Kontrolle der Regierung durch eine starke Opposition (65,2%) werden von weniger als 2/3 der Befragten für wichtig in einer Demokratie gehalten. Der Aspekt nicht zu großer Einkommensunterschiede (63,5%) zwischen den einzelnen Mitgliedern der Gesellschaft wird ebenfalls als weniger wichtig angesehen. Die andere soziale Norm, die zur Auswahl stand, „Niemand leidet Not“, liegt in der Rangfolge der als sehr wichtig erachteten Normen zusammen mit „Presse- und Meinungsfreiheit“ immerhin an dritter Stelle. Sowohl die „Volksabstimmung“ als auch die „Mitwirkung der Bürger an vielen Entscheidungen“ werden – und das obwohl beides in Deutschland auf Bundesebene nicht institutionell verankert ist! – als elementare Aspekte einer Demokratie verstanden. Ein Wesensmerkmal der Demokratie, von der Politik unabhängige Gerichte, sind in der Rangfolge relativ weit unten angesiedelt, nahezu gleichauf mit der Religionsfreiheit. Es stellt sich die Frage, ob dies als unwichtig oder eher als nicht gegeben und aus diesem Grund als nicht so wichtig für das Funktionieren einer Demokratie angesehen wird.

Tabelle: Relevante Normen einer Demokratie

Angaben in Prozent	sehr wichtig in einer Demokratie
Gleichheit vor dem Gesetz	93,6
Gleichberechtigung von Mann und Frau	91,4
Presse- und Meinungsfreiheit	86,0
Niemand leidet Not	86,0
Gleichheit der Stimme	85,3
Freie Berufswahl	84,2
Freie und geheime Wahlen	80,8
Reisefreiheit	76,0
Mehrere Parteien	72,3
Volksabstimmung	72,2
Religionsfreiheit	71,9
unabhängige Gerichte	70,3
Mitwirkung der Bürger an vielen Entscheidungen	69,5
Arbeitermitbestimmung	67,4

Der Itemkatalog ist Studien zur politischen Unterstützung und Zufriedenheit mit der Demokratie entnommen. Bis auf die Items Niemand leidet Not, Volksabstimmung, Mitwirkung der Bürger an vielen Entscheidungen, Arbeitermitbestimmung, sind die genannten Normen im Grundgesetz verankert.

Für die Analyse von eventuellen Unterschieden in der Einschätzung relevanter demokratischer Normen und Institutionen zwischen den Geschlechtern, Altersgruppen, Bildungs- und Ausbildungsgruppen (s. Tabelle 10.7) sowie den Erwerbstätigen Gruppen werden die Aspekte aufgenommen, die von mindestens 2/3 aller Befragten als sehr wichtig angesehen werden.

Auch Männer und Frauen unterscheiden sich deutlich in der Bewertung demokratischer Normen. Eine Erklärung für die signifikanten Unterschiede zwischen Männern und Frauen in der Einschätzung der Relevanz von freien und

geheimen Wahlen (8,3 Prozentpunkte Unterschied)²⁹⁶, der Gleichheit der Stimme bei Wahlen (12,3 Prozentpunkte)²⁹⁷ sowie der Wahl zwischen mehreren Parteien (16,1 Prozentpunkte)²⁹⁸ bietet die allgemein höhere Politikaffinität von Männern. Warum den männlichen Befragten Presse- und Meinungsfreiheit (9,8 Prozentpunkte Unterschied)²⁹⁹, Reisefreiheit (11,4 Prozentpunkte)³⁰⁰ und unabhängige Gerichte (14,7 Prozentpunkte)³⁰¹ deutlich wichtiger in einer Demokratie sind als den befragten Frauen ist dagegen nicht plausibel.

Frauen sind von Armut häufiger betroffen als Männer, denn sie sind es meist, die als Alleinerziehende nicht Vollzeit arbeiten können, gleichzeitig für die Versorgung der Kinder zuständig sind und somit durchschnittlich mit weniger Geld auskommen müssen als Männer. Daher überrascht kaum, dass die weiblichen Befragten den Aspekt „Niemand leidet Not“ häufiger als sehr wichtig in einer Demokratie erachten als die männlichen Befragten.³⁰²

Weniger als 2/3 der zwischen 18 und 29-jährigen Befragten sind der Meinung, dass mehrere Parteien ein wesentliches Merkmal einer Demokratie sind.³⁰³ Die jüngeren Befragten scheinen aktuelle Demokratiedebatten, die eine zunehmende Angleichung der politischen Parteien und den Verlust von klaren, eindeutig voneinander abgrenzbaren Profilen konstatieren, zu bestätigen.³⁰⁴ Aus welchen Gründen gerade die älteren Befragten, die über 65 Jahre alt sind, unabhängige Gerichte häufiger als nicht sehr wichtig erachten³⁰⁵, und besonders viele der mittelalten Befragten zwischen 45 und 64 Jahren Volksabstimmungen als sehr wichtige demokratische Institution ansehen³⁰⁶, bleibt leider zumindest für den Moment ohne plausible Erklärung. Gleiches gilt für die Aspekte „Gleichberechtigung von Mann und Frau“³⁰⁷ sowie „Gleichheit der Stimme bei Wahlen“³⁰⁸, die vor allem von den Befragten mittleren Alters (zwischen

²⁹⁶ Chi2=13,553; df=3; p=.004; Cramers V= .141.

²⁹⁷ Chi2=29,900; df=3; p=.000; Cramers V= .175.

²⁹⁸ Chi2=28,757; df=3; p=.000; Cramers V= .205.

²⁹⁹ Chi2=14,580; df=3; p=.002; Cramers V= .146.

³⁰⁰ Chi2=15,405; df=3; p=.002; Cramers V= .150.

³⁰¹ Chi2=22,135; df=3; p=.000; Cramers V= .181.

³⁰² 6,5 Prozentpunkte Unterschied; Chi2=11,739; df=3; p=.008; Cramers V= .131.

³⁰³ Chi2=33,698; df=9; p=.000; Cramers V= .128.

³⁰⁴ Hierzu beispielsweise: Mouffe, Ch.: „Postdemokratie“ und die zunehmende Entpolitisierung, in: APuZ 1-2/2011 Postdemokratie?, S. 3-5.

³⁰⁵ Chi2=25,213; df=9; p=.003; Cramers V= .111.

³⁰⁶ Chi2=26,909; df=9; p=.001; Cramers V= .115.

³⁰⁷ Chi2=25,103; df=9; p=.003; Cramers V= .110.

³⁰⁸ Chi2=39,526; df=9; p=.000; Cramers V= .139.

30 und 64 Jahre alt), etwas seltener von den jüngeren und älteren Befragten als sehr wichtig erachtet werden.

Tabelle: Unbedingt zu einer Demokratie dazu gehörende Aspekte nach Altersgruppen

Angaben in Prozent (Fallzahl)	Mehrere Parteien	unabhängige Gerichte	Volksabstimmung	Gleichheit der Stim- me bei Wahlen	Gleichberechtigung von Mann und Frau
gesamt	72,5 (495)	70,3 (476)	72,4 (494)	85,4 (580)	91,5 (626)
18-29 Jah- re	60,0 (81)	67,4 (91)	66,9 (89)	79,3 (107)	88,1 (119)
30-44 Jah- re	79,2 (126)	79,1 (125)	67,9 (108)	90,6 (144)	93,7 (149)
45-64 Jah- re	76,7 (165)	72,4 (155)	82,3 (177)	91,1 (194)	96,3 (207)
über 65 Jahre	69,9 (123)	61,6 (106)	67,8 (120)	78,2 (136)	85,9 (152)

Zur Prozentuierung: 60% der zwischen 18 und 29 Jahre alten Befragten sind der Meinung, dass mehrere Parteien ein sehr wichtige Element einer Demokratie sind.

Die deutliche Diskrepanz zwischen Befragten mit hohem Bildungsgrad und solchen mit niedrigem Schulabschluss in der Einschätzung der Wichtigkeit der Mitwirkung der Bürger an vielen Entscheidungen und des Instrumentes der Volksabstimmung ist möglicherweise auf das Wissen, dass beide Aspekte in Deutschland zumindest auf Bundesebene nicht realisiert sind und das politische System in Deutschland dennoch eine Demokratie ist, zurückzuführen.

Tabelle: Unbedingt zu einer Demokratie gehörende Aspekte nach Bildungsgrad

Angaben in Prozent (Fallzahl)	ge- samt	Kein Schulab- schluss oder Hauptschulab- schluss	Mittlere Reife/ Realschulab- schluss	Abitur/ Hoch- schulabschluss
Mitwirkung an Ent- scheidungen	69,7 (476)	75,5 (206)	74,3 (168)	55,4 (102)
Volksabstimmung	72,4 (494)	76,2 (208)	79,2 (179)	58,5 (107)
Arbeitermitbestim- mung	67,5 (458)	71,5 (193)	72,9 (164)	54,9 (101)
Niemand leidet Not	86,0 (588)	91,2 (250)	86,7 (196)	77,2 (142)
Reisefreiheit	76,0 (518)	83,5 (228)	67,7 (153)	74,9 (137)
unabhängige Gerich- te	70,3 (476)	64,9 (176)	66,2 (147)	83,2 (153)

Befragte mit Abitur oder Hochschulabschluss schätzen diese demokratischen Institutionen als nicht so wichtig ein, wie dies bei Befragten ohne bzw. mit Haupt- oder Realschulabschluss der Fall ist.³⁰⁹

Personen mit höherem Bildungsabschluss sind weniger in Gefahr in soziale Notlagen zu geraten, was erklärt, warum weniger Befragte dieser Gruppe den Aspekt „Niemand leidet Not“ für wichtig in einer Demokratie halten.³¹⁰ Der Zusammenhang ist hier linear, das heißt je höher der Bildungsgrad, desto seltener wird die soziale Absicherung als wichtiger demokratischer Grundsatz angesehen. Auch Arbeitermitbestimmung ist ein Aspekt mit dem Personen mit Abitur oder Hochschulabschluss seltener in Berührung kommen: Einfluss üben sie nicht auf diesem Wege aus, die Mitbestimmung der Arbeiter beispielsweise an betrieblichen Entscheidungen erscheint daher vermutlich eher entbehrlich.³¹¹ Andere Unterschiede in der Bewertung demokratischer Normen wie

³⁰⁹ Mitwirkung der Bürger an vielen Entscheidungen: Chi2=32,189; df=6; p=.000; ; Cramers V= .154; Volksabstimmung: Chi2=39,438; df=6; p=.000; Cramers V= .170.

³¹⁰ Chi2=24,800; df=6; p=.000; Cramers V= .135.

³¹¹ Chi2=21,793; df=6; p=.001; Cramers V= .127.

„unabhängige Gerichte“³¹² und „Reisefreiheit“³¹³ sind über den Faktor „persönliche Betroffenheit“ nicht zu erklären.

Tabelle: Unbedingt zu einer Demokratie gehörender Aspekt „Niemand leidet Not“ nach Grad der Erwerbstätigkeit

Angaben in Prozent (Fallzahl)	Niemand leidet Not
gesamt	86,3 (585)
nicht erwerbstätig	89,3 (327)
In Teilzeit erwerbstätig	73,7 (64)
voll erwerbstätig	85,8 (194)

Insbesondere an der Frage für wie wichtig die soziale Absicherung in Notfällen als Wesensmerkmal einer Demokratie bewertet wird, zeigt sich die (potentielle) individuelle Betroffenheit der Befragten: Während noch in der Ausbildung befindliche Befragte diesen Aspekt – vermutlich aufgrund mangelnder Erfahrung – als eher nicht so wichtig beurteilen, gehört der Schutz vor Not für nahezu alle nicht Erwerbstätigen essentiell zu einer Demokratie dazu. Dass voll Erwerbstätige nicht weniger Zukunftsängste haben, zeigt sich an der hohen Relevanz des Aspekts „Niemand leidet Not“ auch in dieser Gruppe.

Leider ist rückwirkend nicht mehr zu klären, ob sich die Wünsche der Befragten wie in der Frageformulierung angelegt, auf die Demokratie als spezifisches politisches System beziehen oder es sich nicht um allgemeine „demands“ also Forderungen an den Staat, ein politisches System gleich welcher Ausrichtung handelt. Die Vermutung, dass es sich aus Sicht der Befragten um allgemeine Forderungen gegenüber einem wünschenswerten politischen System handelt, wird vor allem über die Unterschiede im Antwortverhalten je nach individueller sozio-ökonomischer Situation gestützt: Wer seine eigene soziale Absicherung als nicht ausreichend empfindet, gleichzeitig keine Möglichkeit

³¹² Chi2=23,747; df=6; p=.001; Cramers V= .132.

³¹³ Chi2=22,292; df=6; p=.001; Cramers V= .128.

sieht aus eigener Kraft die Lage zu ändern, schiebt die Aufgabe und die Verantwortung dem Staat zu. Dieser solle sich kümmern, welcher Couleur dabei das politische System ist, ist vermutlich für die Meisten zweitrangig.

Der geschilderte Eindruck festigt sich bei Betrachtung der Einschätzung demokratischer Normen und Institutionen nach ihrer jeweiligen Relevanz aus Sicht der Befragten: Demokratische Normen wie beispielsweise Freiheitsrechte werden insgesamt als wichtiger bewertet (79,4%) als die institutionalisierte Umsetzung demokratischer Normen (72,9%) wie beispielsweise der Grundsatz freier und geheimer Wahlen.

Welche Bedeutung haben die beschriebenen Ergebnisse für die diffuse politische Unterstützung des politischen Systems, der Demokratie in Deutschland? Über die zahlreichen kleineren Unterschiede hinweg zeichnen sich mehrere Muster ab:

1. Die politische Unterstützung des Systems, der politischen Ordnung ist größer als die der politischen Autoritäten. Den von der jeweiligen Regierung unabhängigen Institutionen Polizei und Gerichte, den Funktionsträgern der Demokratie, vertrauen mehr Befragte als den Vertretern des Volkes in Bundestag, Bundesregierung und Gewerkschaften. Interessant ist der Befund, dass das Bundesverfassungsgericht den Bundesinstitutionen als politische Institutionen zugerechnet wird und ihm dementsprechend ein relativ geringes Vertrauen entgegen gebracht wird.³¹⁴
2. Demokratische Normen werden von mehr Befragten für sehr wichtig gehalten als dies bei demokratischen Institutionen einem, ebenfalls zentralen Element der Demokratie, der Fall ist.
3. Insgesamt ist die diffuse politische Unterstützung bei Befragten mit höherem Bildungsabschluss stärker als bei Befragten mit niedrigem Bildungsgrad. Für die diffuse politische Unterstützung des politischen Systems scheint Bildung als einzige sozio-ökonomische Variable relevant zu sein.

³¹⁴ Alle abgefragten Institutionen korrelieren signifikant miteinander ($p=.000$). Besonders hoch ist die Korrelation zwischen Polizei und Gerichte, sowie zwischen Bundestag, Bundesregierung und Bundesverfassungsgericht. Die Korrelation zwischen Gewerkschaften und anderen Institutionen ist ebenfalls signifikant, jedoch weniger stark.

Beide analysierten Indikatoren messen die diffuse politische Unterstützung. Hängen diese auch aus der Sicht der Befragten zusammen, ist also jemand, der dem System vertraut auch der Meinung die benannten demokratischen Normen und Institutionen gehörten unbedingt zu einer Demokratie dazu?

Von der Einschätzung demokratischer Normen weitgehend unabhängig ist einzig das Vertrauen in die Polizei und in die Gewerkschaften. Für das Vertrauen in Bundesverfassungsgericht, Bundestag, Bundesregierung und Gerichte gilt: Wer die zur Auswahl stehenden demokratischen Normen und demokratischen Institutionen für sehr wichtig in einer Demokratie hält, vertraut den genannten Institutionen in hohem Maß. Die Betrachtung der Normen und Institutionen, die in der Demokratie Deutschlands auf Bundesebene nicht realisiert sind, ist von besonderem Interesse, da sich die Frage stellt, ob das Desiderat weitergehender Normen und demokratischer Möglichkeiten mit einem geringeren Vertrauen in die vorhandenen Institutionen einhergeht. Bei Befragten, die die Aspekte „Niemand leidet Not“, „Mitwirkung der Bürger an vielen Entscheidungen“ und „Volksabstimmung“ als zentrale Elemente einer Demokratie ansehen, ist das Vertrauen vor allem in die Bundesinstitutionen, etwas geringfügiger auch in Gerichte, weniger stark ausgeprägt. Anders formuliert: Wer soziale Absicherung, Mitwirkung der Bürger und Volksabstimmungen für zentrale Elemente einer Demokratie hält, vertraut den demokratischen Institutionen Deutschlands in deutlich geringerem Maße als Personen, die mit den bestehenden Institutionen zufrieden sind. Je höher nicht erfüllte Forderungen an das politische System sind, desto geringer fällt die diffuse politische Unterstützung aus.

9.2. Diffus-spezifische politische Unterstützung

Ein weiterer Indikator politischer Unterstützung ist die gemessene „Demokratiezufriedenheit“. Auf die Frage „Wie zufrieden sind Sie – alles in allem – mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland besteht? Sind Sie...“ konnten die Befragten auf einer 5-stufigen Skala Angaben zwischen „sehr zufrieden“ bis „sehr unzufrieden“ machen. Bereits die Frageformulierung verdeutlicht die Schwierigkeit, den Indikator eindeutig der Ebene diffuser bzw. spezifischer politischer Unterstützung im Modell Eastons zuzuordnen. Die Zufriedenheit mit der Demokratie im Allgemeinen zielt eher auf die Ebene der diffusen politischen Unterstützung ab, der Frageteil „so wie sie in Deutschland besteht“ bezieht sich auf die an den outputs des politischen Systems orientierte politische

Unterstützung, die spezifische politische Unterstützung. In der empirischen Forschung wird der Indikator Demokratiezufriedenheit aus den genannten Gründen der von Westle und in der Fortführung auch Fuchs eingeführten dritten Ebene, der diffus-spezifischen Unterstützung zugeordnet.³¹⁵

Weniger als 1/5 der Befragten (19%) ist mit der Demokratie so wie sie aktuell in Deutschland besteht, zufrieden. Unterschiede zwischen den Altersgruppen hinsichtlich ihrer Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland sind nicht festzustellen.

Die nach sozio-ökonomischem Status differenzierte Betrachtung der Demokratiezufriedenheit zeigt, dass Befragte ohne bzw. mit Haupt- oder Realschulabschluss unzufriedener sind als Befragte mit einem hohen Bildungsabschluss. Der Umkehrschluss ist interessant: Lediglich 8% der Befragten mit mittlerer Reife sind mit der Umsetzung der Demokratie in Deutschland zufrieden, unter den Befragten mit niedrigem Schulabschluss sind es immerhin 21%, unter den Abiturienten 29%.³¹⁶

Diffuse und diffus-spezifische politische Unterstützung hängen eng zusammen: Wer mit der Demokratie, so wie sie aktuell in Deutschland umgesetzt wird zufrieden ist, der vertraut auch in hohem Maße den Institutionen des politischen Systems Deutschland.

Mit der Demokratie unzufrieden sind vor allem Befragte, die bislang nicht realisierte demokratische Normen als sehr wichtig erachten: Wer der Meinung ist, in einer Demokratie solle niemand Not leiden und die Bürgerinnen und Bürger sollten an vielen Entscheidungen mitwirken, ist mit der Umsetzung der Demokratie in Deutschland häufig unzufrieden. Der Umkehrschluss, mit der Demokratie Zufriedene hielten diese Punkte für nicht besonders wichtig, gilt dabei nicht. Anders verhält es sich beim Thema „Volksabstimmungen“ als wichtiges Element einer Demokratie. Diejenigen, die Volksabstimmungen wichtig finden, sind mit der Demokratie unzufrieden; diejenigen, die Volksabstimmungen für verzichtbar halten, sind mit der Demokratie weitgehend zufrieden.

³¹⁵ Westle, B.: Politische Legitimität - Theorien, Konzepte, empirische Befunde, Baden-Baden 1989. Fuchs, D.: Die Unterstützung des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1989. Aus Mangel an anderen Indikatoren findet sich auch immer wieder die Zuordnung zur spezifischen politischen Unterstützung, so zum Beispiel bei Völkl, K.: Die Unterstützung der Demokratie im vereinigten Deutschland, in: Gabriel, O.W./Falter, J.W./Rattinger, H.: Wächst zusammen, was zusammengehört? Baden-Baden 2005.

³¹⁶ Chi2=35,717; df=4; p=.000; Cramers V= .162.

Im Ergebnis kann festgehalten werden: Diffuse und diffus-spezifische politische Unterstützung gehen Hand in Hand. Diejenigen, die das System insgesamt unterstützen, sind auch mit den outputs weitgehend zufrieden. Ebenso gilt der Umkehrschluss, dass wer mit den outputs des Systems nicht zufrieden ist, auch weniger bereit ist, das politische System zu unterstützen.

9.3. Spezifische politische Unterstützung

Die spezifische politische Unterstützung des demokratischen Systems speist sich im Gegensatz zur längerfristig angelegten, grundlegenden diffusen politischen Unterstützung aus der Zufriedenheit der Systemmitglieder, der Bürgerinnen und Bürger eines Staates, mit den outputs des politischen Systems. Reagiert das System, reagieren seine Institutionen und seine Autoritäten auf die Bedürfnisse und Anforderungen (demands) seiner Mitglieder, berücksichtigt es deren Wünsche in Form der Umsetzung in der aktuellen Politik ausreichend oder wird an den Bürgerinnen und Bürgern „vorbei regiert“? In diesem Zusammenhang kann auch auf die Kritik an repräsentativen Demokratien – die Bürger gäben bei Wahlen ihre Stimme im wahrsten Sinne des Wortes ab – Bürger hätten jenseits der turnusgemäßen Wahlen keinen Einfluss auf politische Entscheidungen – verwiesen werden.

Zusätzlich zur Frage, welche demokratischen Normen und Institutionen für wichtig in einer Demokratie gehalten werden, sollten die Befragten angeben, inwieweit sie diese Normen und Institutionen als in Deutschland gewährleistet einschätzen. Die Frage „Sind diese Dinge denn für Sie in Deutschland gewährleistet?“ wurde ohne Beschränkung auf die tatsächlich realisierten Aspekte gestellt; mögliche Antworten waren „gewährleistet“, „teilweise gewährleistet“ und „nicht gewährleistet“.

Keine der angebotenen demokratischen Normen und Institutionen wird von allen Befragten – und das hieße empirisch praktikabel, von mindestens 95% der Befragten – als in Deutschland gewährleistet eingeschätzt, was erstaunlich ist, sind doch eine ganze Reihe der genannten Aspekte über die Verankerung im Grundgesetz fester Bestandteil der deutschen Demokratie.

Tabelle: In Deutschland gewährleistete demokratische Normen und akzeptierte demokratische Institutionen

Angaben in Prozent (Fallzahl)	gewährleistet
Reisefreiheit	92,8
Mehrere Parteien	87,6
Freie und geheime Wahlen	82,9
Religionsfreiheit	79,6
Gleichheit der Stimme	75,8
Presse- und Meinungsfreiheit	65,9
unabhängige Gerichte	46,7
Kontrolle Regierung durch starke Opposition	45,7
Freie Berufswahl	44,9
Gleichberechtigung von Mann und Frau	44,6
Gleichheit vor dem Gesetz	35,3
Minderheitenrechte	31,4
Arbeitermitbestimmung	22,7
Volksabstimmung	12,8
Niemand leidet Not	11,6
Mitwirkung der Bürger an vielen Entscheidungen	10,1
Nicht zu große Einkommensunterschiede	5,9

Hohe Werte erzielen Freiheitsrechte wie Reisefreiheit (92,8%), Religionsfreiheit (79,6%) und Presse- und Meinungsfreiheit (65,9%). Auch zum Bereich demokratischer Wahlen zählende Aspekte werden von den meisten Befragten als gewährleistet angesehen: 82,9% der Befragten sind der Meinung freie und geheime Wahlen seien in Deutschland gewährleistet, immerhin 75,8% sind sicher, ihre Stimmen würden bei Wahlen gleich zählen. Sehr viele sind der Meinung, auch real eine Wahl zu haben: Die Auswahl zwischen mehreren Parteien sehen 87,6% der Befragten als gesichert an. Deutlich wird eine gewisse Skepsis gegenüber der Rechtsprechung in Deutschland, wenn lediglich 46,7%

die Gerichte für unabhängig halten und meinen, diese würden nur nach den Gesetzen urteilen; nur 35,3% der Befragten sind sich sicher, dass vor dem Gesetz alle Bürger gleich sind. Offensichtlich stimmen systemische Voraussetzungen und deren Wahrnehmung durch die Bürgerinnen und Bürger bei vielen Menschen nicht überein.

Die Gleichberechtigung von Mann und Frau wie auch die freie Berufswahl sind Komponenten einer Demokratie, die grundsätzlich theoretisch gesichert, in der Lebenswirklichkeit und somit auch in der Wahrnehmung der Bürgerinnen und Bürger jedoch nicht immer erfolgreich umgesetzt sind. Es überrascht daher kaum, dass nur knapp 45% der Befragten diese demokratischen Normen als tatsächlich in Deutschland gewährleistet bewerten. Eine wirkungsvolle soziale Absicherung sehen nur sehr wenige Befragte in Deutschland realisiert (11,6%). Ähnlich verhält es sich bei der Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger an vielen Entscheidungen (10,1%), sowie Volksabstimmungen (12,8%), wobei sich insbesondere hinsichtlich der Volksabstimmungen die Frage stellt, woher dann doch immerhin 13% der Befragten das Wissen nehmen, in Deutschland seien Volksabstimmungen ein Mittel der politischen Entscheidungsfindung.

Unter den Befragten, die der Meinung sind die einzelnen demokratischen Normen und Institutionen seien in Deutschland gewährleistet, ist der Anteil derer, die den demokratischen Institutionen vertrauen und mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland besteht, zufrieden sind höher, als unter den Befragten, die viele Normen und Institutionen als nicht gewährleistet sehen.

Besteht in Deutschland in der Wahrnehmung mancher Bürger ein Defizit in der Umsetzung der Demokratie? Ist gerade die an den outputs des politischen Systems orientierte spezifische Unterstützung für das demokratische System in Deutschland gering? Zur Beantwortung dieser Frage wird die Einschätzung der Relevanz demokratischer Normen und Institutionen der wahrgenommenen Gewährleistung der Normen und Institutionen gegenüber gestellt und für jede Norm bzw. Institution die Differenz zwischen dem Anteil Befragter, die den jeweiligen Aspekt für sehr wichtig erachten und dem Anteil Befragter, die den Aspekt für gewährleistet halten, gebildet. Dabei gilt: Je höher die (negative) Differenz von „wichtig“ zu „erfüllt“, desto größer ist das wahrgenommene Defizit.

Tabelle: Wahrgenommenes Demokratiedefizit³¹⁷

Angaben in Prozent	sehr wichtig in einer Demokratie	gewährleistet	Differenz
Gleichheit vor dem Gesetz	93,6	35,3	- 58,3
Gleichberechtigung von Mann und Frau	91,4	44,6	- 46,8
Presse- und Meinungsfreiheit	86,0	65,9	- 20,1
Niemand leidet Not	86,0	11,6	- 74,4
Gleichheit der Stimme	85,3	75,8	- 9,5
Freie Berufswahl	84,2	44,9	- 39,3
Freie und geheime Wahlen	80,8	82,9	+ 2,1
Reisefreiheit	76,0	92,8	+ 16,8
Mehrere Parteien	72,3	87,6	+ 15,3
Volksabstimmung	72,2	12,8	- 59,4
Religionsfreiheit	71,9	79,6	+ 7,7
unabhängige Gerichte	70,3	46,7	- 23,6
Mitwirkung der Bürger an vielen Entscheidungen	69,5	10,1	- 59,4
Arbeitermitbestimmung	67,4	22,7	- 44,7
Kontrolle Regierung durch starke Opposition	65,2	45,7	- 19,5
Nicht zu große Einkommensunterschiede	63,5	5,9	- 57,6
Minderheitenrechte	62,4	31,4	- 31,0

Wie sich bereits bei der Analyse der als gewährleistet eingeschätzten Normen andeutete, ist das wahrgenommene Demokratiedefizit erheblich. Lediglich die Aspekte „freie und geheime Wahlen“, „mehrere Parteien“, „Reisefreiheit“ und „Religionsfreiheit“ werden von mehr Befragten als gesichert angese-

³¹⁷ Zur Berechnung siehe auch Fuchs, D.: Trends politischer Unterstützung in der Bundesrepublik, in: Berg-Schlösser, D./Schissler, J. (Hg.): Politische Kultur in Deutschland. Bilanz und Perspektiven der Forschung. Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 18. Opladen 1987. S. 358 f..

hen, als Befragte diese Punkte für wichtig in einer Demokratie erachten. Besonders bemängelt wird die mangelnde Einbindung der Bürgerinnen und Bürger bei politischen Entscheidungen wie dies beispielsweise über das direkt-demokratische Instrument der Volksabstimmung möglich wäre.

Bedenklich stimmt, dass mehr als die Hälfte der Befragten nicht der Meinung ist, dass alle Bürger vor dem Gesetz gleich behandelt werden, obwohl dies einer der zentralen Aspekte einer Demokratie ist. Die soziale Absicherung vor Armut und Not ist in den Augen der befragten Personen ebenfalls äußerst defizitär. Das politische System kommt hier einem wichtigen Bedürfnis seiner Mitglieder nicht (mehr) nach.

Anhand des in den Bereichen Gleichheit vor dem Gesetz, Niemand leidet Not, nicht zu große Einkommensunterschiede und Volksabstimmung recht hohen wahrgenommenen Defizits wird deutlich: Das politische System erhält in den zentralen Bereichen der Gleichheit, sozialen Gerechtigkeit und Mitbestimmung keine spezifische politische Unterstützung seiner Mitglieder, das heißt hier der Befragten. Zur Klarheit wurden die Items in Clustern zusammengefasst, wobei die einzelnen Cluster auf der Basis inhaltlicher Überlegungen gebildet wurden und empirisch geprüft wurde, dass die einzelnen Items signifikant ($p=0.000$) miteinander korrelieren.³¹⁸ Die Cluster verdeutlichen die vorangegangenen Analysen:

³¹⁸ Die Items wurden wie folgt zusammengefasst: „Niemand leidet Not“ und „Nicht zu große Einkommensunterschiede“ zu „Soziale Gerechtigkeit“; „Presse- und Meinungsfreiheit“, „freie Berufswahl“, „Religionsfreiheit“ und „Reisefreiheit“ zu „Freiheitsrechte“; „Gleichheit der Stimme“, „freie und geheim Wahlen“, „mehrere Parteien“, „Kontrolle der Regierung durch starke Opposition“, „unabhängige Gerichte“ zu „demokratische Strukturen“; „Volksabstimmung“, „Mitwirkung der Bürger an vielen Entscheidungen“ und „Arbeitermitbestimmung“ zu „Mitbestimmung“; „Gleichheit vor dem Gesetz“, „Gleichberechtigung von Mann und Frau“ und „Minderheitenrechte“ zu „Gleichberechtigung“.

Tabelle: Wahrgenommenes Demokratiedefizit – zusammengefasst

in % der Befragten	sehr wichtig in Demokratie	gewährleistet	Differenz
Soziale Gerechtigkeit	85,2	15,0	- 70,2
Freiheitsrechte	84,8	97,0	+ 12,2
Demokratische Strukturen	76,5	94,5	+ 18,0
Mitbestimmung	87,5	30,5	- 57,0
Gleichberechtigung	92,5	62,9	- 29,6

Defizite der Demokratie sehen die Befragten vor allem bei der Herstellung und Sicherung sozialer Gerechtigkeit und in Fragen der Mitbestimmung, vor allem direktdemokratischer Möglichkeiten der politischen Partizipation. Auch im Bereich der Gleichberechtigung wünschen sich manche mehr Demokratie. Die Betrachtung der Zellenbesetzungen bei Kreuzung der Bewertung der für eine Demokratie wichtigen Aspekte mit der Einschätzung ihrer Gewährleistung in Deutschland verdeutlicht das Ausmaß des wahrgenommenen Demokratiedefizits:

Tabelle: Wahrgenommenes Demokratiedefizit – Befragte nach Gruppen

	N	in% aller Befragten
Soziale Gerechtigkeit	501	73,8
Freiheitsrechte	16	2,4
Demokratische Strukturen	21	3,5
Mitbestimmung	388	61,1
Gleichberechtigung	226	35,5

Nahezu $\frac{3}{4}$ der Befragten bemängeln, das politische System in Deutschland würde keine soziale Gerechtigkeit herstellen, obwohl dies ein zentrales Element einer Demokratie sei. Weitgehende Mitbestimmung halten knapp 90% der Befragten für sehr wichtig, das konstatierte Defizit überrascht nicht: Direkt-demokratische Elemente sind in Deutschland auf einzelne Bundesländer beschränkt. Offensichtlich wird auch eine erhebliche Ungleichheit wahrge-

nommen, Gleichheit herzustellen wäre Aufgabe der Demokratie, was ihr nach Meinung rund eines Drittels der Befragten nicht gelingt.

Anhand der Gruppierungen wird noch klarer: Die Befragten unterstützen das politische System in drei von fünf Bereichen nicht. Inwieweit die Unterstützung zuvor vorhanden war und deshalb von einem Entzug der politischen Unterstützung gesprochen werden kann, kann aufgrund der Anlage der Untersuchung als Querschnitt nicht festgestellt werden. Den Ergebnissen nach, ist die fehlende Unterstützung auf die in den Augen der Befragten nicht zufriedenstellenden outputs des Systems zurückzuführen. Die Anforderungen, die an die Demokratie in Deutschland, ihre Vertreter und Institutionen gestellt werden, werden von diesen in weiten Teilen nicht erfüllt – zurück bleibt eine hohe Unzufriedenheit mit der Umsetzung der Demokratie in Deutschland.

9.4. Diffuse, diffus-spezifische, spezifische Unterstützung und wahrgenommenes Demokratiedefizit bei Wählern, ungültig Wählenden und Nichtwählern

Sollten sich die bisher gewonnenen Erkenntnisse zu politischen Einstellungen und Wertorientierungen bei Wählern, ungültig Wählenden und Nichtwählern hinsichtlich der politischen Unterstützung fortschreiben, so müssten sich Wähler als Stützen der Demokratie, Nichtwähler als Apathen oder Regimegegner und ungültig Wählende als bei Bedarf mobilisierbare kritische Demokraten, deutlich in ihrer Unterstützungsleistung für das System unterscheiden:

- Wähler unterstützen das System, seine Institutionen und Autoritäten in hohem Maße,
- Nichtwähler versagen dem politischen System, seinen Institutionen und Autoritäten jegliche Unterstützung,
- ungültig Wählende unterstützen zwar das System an sich, die Idee der Demokratie, sind jedoch mit der konkreten Umsetzung unzufrieden und bringen Institutionen und Autoritäten keine Unterstützung entgegen.

Den politischen Autoritäten, hier vertreten durch die Bundesinstitutionen (zu denen wie in den vorangegangenen Analysen deutlich wurde, aus Sicht der Befragten auch das Bundesverfassungsgericht zählt) wird von den ungültig Wählenden und den Nichtwählern deutlich weniger Vertrauen entgegen gebracht als von den Wählern.

Tabelle: Misstrauen gegenüber Institutionen bei Wählern, ungültig Wählenden und Nichtwählern

Angaben in Prozent (Fallzahl)	gesamt	Wähler	ungültig Wählende	Nichtwähler
	vertraue nicht			
Bundesregierung ¹	44,2 (299)	37,3 (151)	55,3 (47)	68,9 (71)
Bundestag ²	33,6 (226)	25,9 (104)	50,6 (43)	56,9 (58)
Bundesverfassungsgericht ³	15,3 (101)	12,7 (50)	21,4 (18)	24,2 (24)

¹⁾ Chi²=41,802; df=4; p=.000; Cramers V= .188
²⁾ Chi²=49,238; df=4; p=.000; Cramers V= .204
³⁾ Chi²=31,336; df=4; p=.000; Cramers V= .165

Hinsichtlich des Vertrauens in Gerichte, Polizei und Gewerkschaften unterscheiden sich Wähler, ungültig Wählende und Nichtwähler nicht voneinander, das heißt in allen Gruppen ist der Anteil derer, die diesen Institutionen nicht vertrauen ähnlich groß.

In der Einschätzung der Relevanz demokratischer Normen und Institutionen unterscheiden sich Wähler, ungültig Wählende und Nichtwähler lediglich in wenigen Bereichen voneinander. Würde jedoch die zuvor angewandte 2/3 Regelung – nur die demokratischen Normen und Institutionen, die von mindestens 2/3 der Befragten als wichtig erachtet werden, fließen in die weiteren Analysen ein – auf die drei Gruppen separat angewendet, würden bei den Nichtwählern die Aspekte „mehrere Parteien“ und „Religionsfreiheit“ nicht aufgenommen, im Gegensatz zur Gesamtgruppe jedoch sowohl die „Kontrolle der Regierung durch eine starke Opposition“ als auch „Minderheitenrechte“ Berücksichtigung finden. Auch unter den ungültig Wählenden halten weniger als 2/3 die Auswahl zwischen mehreren Parteien für ein verzichtbares Element einer Demokratie. Wie unter den Nichtwählern, sind auch unter den Wählern mehr als 2/3 der Meinung, die Regierung sollte in einer Demokratie durch eine starke Opposition kontrolliert werden, eher verzichtbar wäre aus Sicht der Wähler die Mitbestimmung der Arbeiter.

Deutliche Unterschiede zwischen den Gruppen können bei der Einschätzung der Relevanz von zu Wahlen gehörenden Aspekten festgestellt werden: Sowohl

der demokratische Grundsatz freier und geheimer Wahlen³¹⁹ als auch die Auswahl zwischen mehreren Parteien³²⁰ wird von vielen ungültig Wählenden und noch mehr Nichtwählern als nicht sehr wichtig für das Funktionieren einer Demokratie bewertet. Mehr als 4/5 der ungültig Wählenden sind der Meinung direktdemokratische Elemente seien zentral in einer Demokratie. Sie unterscheiden sich in dieser Bewertung deutlich (wenn auch nicht signifikant) von den Wählern und Nichtwählern.

Tabelle: Wichtige demokratische Normen und Institutionen bei Wählern, ungültig Wählenden und Nichtwählern – signifikante Unterschiede

Angaben in Prozent (Fallzahl)	gesamt	Wähler	ungültig Wählende	Nichtwähler
Freie und geheime Wahlen	80,8	86,0	75,9	68,2
Mehrere Parteien	72,3	77,6	64,4	64,5

Die Auswertung zeigt, dass das Verständnis von dem was zu einer Demokratie unbedingt dazugehört und welche Elemente eher verzichtbar sind, bei Wählern, ungültig Wählenden und Nichtwählern ähnlich ist. Die drei Gruppen unterscheiden sich vor allem in der Einschätzung wesentlicher Elemente demokratischer Wahlen: Unter den ungültig Wählenden und den Nichtwähler sind mehr Befragte, die „freie und geheime Wahlen“ sowie „mehrere Parteien“ für nicht sehr wichtig in einer Demokratie halten. Wenn auch die Frage der Kausalität offen bleiben muss, ist der Zusammenhang plausibel. Wer Wahlen für nicht wichtig hält und möglicherweise der Meinung ist, auch die Auswahl zwischen mehreren Parteien sei keine wirkliche Auswahl zwischen echten politischen Alternativen, ist weniger geneigt, sich an Wahlen zu beteiligen. In dieses Bild passt auch, dass vor allem ungültig Wählende, aber auch Nichtwähler direktdemokratische Elemente, also die Beteiligung an der politischen Willensbildung außerhalb von Wahlen, für wichtiger halten als Wähler.³²¹

³¹⁹ Chi2=25,346; df=6; p=.000; Cramers V= .145.

³²⁰ Chi2=19,462; df=6; p=.003; Cramers V= .127.

³²¹ „Wichtig in der Demokratie“: „Volksabstimmung“ – 83,9% der ungültig Wählenden, 71,7% der Nichtwähler, 70,4% der Wähler; „Mitwirkung der Bürger an vielen Entscheidungen“ – 79,3% der ungültig Wählenden, 73,6% der Nichtwähler, 67,6% der Wähler.

Das geringere Vertrauen der ungültig Wählenden und Nichtwähler in die (politischen) Institutionen Deutschlands ist ein weiterer Indikator für die insgesamt niedrigere diffuse politische Unterstützung des demokratischen Systems durch diese beiden Gruppen. Als Demokratiegegner sind sie vermutlich jedoch nicht einzuordnen, tragen sie doch demokratische Normen und Institutionen in weiten Teilen mit. Das fehlende Vertrauen bezieht sich auf Institutionen, die den politischen Autoritäten zuzuordnen sind. Als diese sollen sie das Volk vertreten – ungültig Wählende und Nichtwähler fühlen sich offenbar nicht besonders gut vertreten.

Ein weiteres Puzzleteil zur Bewertung des demokratischen Potentials der drei Gruppen ist die Demokratiezufriedenheit. Mit der Demokratie so wie sie aktuell in Deutschland besteht sind deutlich mehr als die Hälfte der ungültig Wählenden (57%) wie auch der Nichtwähler (60%) unzufrieden. Unter den Wählern finden sich dagegen weniger als ein Drittel Befragte, die mit der Umsetzung der Demokratie unzufrieden sind.³²² Umgekehrt ist lediglich ein knappes Fünftel der Befragten mit der deutschen Demokratie zufrieden. Deutlich ist der Unterschied zwischen Wählern und nicht bzw. ungültig Wählenden: Ein gutes Viertel der Wähler bezeichnet sich als mit der Umsetzung der Demokratie in Deutschland zufrieden, unter den ungültig bzw. nicht Wählenden ist die Gruppe der Demokratie-Zufriedenen mit 7% bzw. 6% verschwindend klein.

Tabelle: Demokratiezufriedenheit bei Wählern, ungültig Wählenden und Nichtwählern

Angaben in Prozent (Fallzahl)	unzufrieden	teilweise unzufrieden/ teilweise zufrieden	zufrieden
gesamt	39,5 (236)	41,0 (245)	19,4 (116)
Wähler	30,7 (125)	43,7 (178)	25,6 (104)
ungültig Wählende	57,0 (49)	36,0 (31)	7,0 (6)
Nichtwähler	59,6 (62)	34,6 (36)	5,8 (6)

³²² Chi2=52,234; df=4; p=.000; Cramers V= .209.

Hinsichtlich der diffus-spezifischen politischen Unterstützung des politischen Systems, wird deutlich, dass vor allem Nichtwähler und in etwas geringerem Maß auch ungültig Wählende dem System, so wie es aktuell in Deutschland umgesetzt wird, keine Unterstützung entgegen bringen. Auch die meisten Wähler sind nicht oder zumindest nur teilweise zufrieden mit der deutschen Demokratie, der Anteil Zufriedener ist mit $\frac{1}{4}$ der Wähler jedoch wesentlich höher als unter den ungültig Wählenden und Nichtwählern mit 7% bzw. 6%.

Spiegelt sich die geringe Zufriedenheit der Befragten, die sich aus Wahlen „ausklinken“, auch in der Wahrnehmung der Gewährleistung demokratischer Normen und Institutionen wider? Sind diese überdurchschnittlich häufig der Meinung, zentrale demokratische Normen seien durch das politische System in Deutschland nicht gesichert?

Im Vergleich zur relativ ähnlichen Einschätzung der Relevanz demokratischer Normen und Institutionen durch Wähler, ungültig Wählende und Nichtwähler, fällt die Bewertung der Realisierung dieser Normen und Institutionen in Deutschland in vielen Bereich deutlich unterschiedlich aus. In der Tendenz schätzen weniger ungültig Wählende und noch weniger Nichtwähler die einzelnen Aspekte als gewährleistet ein, als dies unter den Wählern der Fall ist.

Die Unzufriedenheit ist unter den ungültig Wählenden am größten: 41,4% erachten die genannten demokratischen Normen als gewährleistet. Unter den Nichtwähler sind es mit 44,3% etwas, unter den Wählern mit 48,4% deutlich mehr Befragte, die mit der bestehenden Demokratie zufrieden sind. Hinsichtlich der Gewährleistung demokratischer Institutionen wie politischen Mitbestimmungsrechten fällt die Einschätzung von ungültig Wählenden und Nichtwählern mit 42,2% gleich aus, der Unterschied zu den Wählern, die zu 51,4% zufrieden sind, ist auch hier deutlich.

Der Blick auf die Bewertung der Relevanz der einzelnen Normen und Institutionen verstärkt den entstandenen Eindruck, gerade ungültig Wählende und Nichtwähler schätzen Wahlen als Form der möglichen politischen Mitbestimmung gering.

Immerhin ein knappes Drittel der ungültig Wählenden ist der Meinung, in Deutschland seien alle Bürger vor dem Gesetz gleich; unter den Nichtwähler teilt nur ein gutes Fünftel diese Einschätzung. Vor dem Hintergrund, dass in etwa $\frac{2}{3}$ der ungültig Wählenden und Nichtwähler glauben, die Gleichheit der Stimme bei Wahlen sei nicht gewährleistet, überrascht kaum, dass sie sich an diesem demokratischen Instrument der politischen Willensbildung nicht oder nur bedingt beteiligen. Im Gegensatz dazu ist der Anteil derer, die Wahlen für

frei und geheim halten, unter den ungütig Wählenden ähnlich hoch wie unter den Wählern, wobei von den Nichtwählern ein knappes Drittel die Meinung vertritt demokratische, freie und geheime Wahlen seien in Deutschland keineswegs sicher gestellt.

Von der Einhaltung der Presse- und Meinungsfreiheit sind nahezu $\frac{3}{4}$ der Nichtwähler überzeugt; unter den ungütig Wählenden sind es weniger als $\frac{2}{3}$ der Befragten. In diesem Aspekt schlägt der deutschen Demokratie durch die ungütig Wählenden eindeutig Skepsis entgegen. Gleiches gilt für die Kontrolle der Regierung durch eine starke Opposition: Immerhin die Hälfte der Wähler ist der Ansicht, dies sei ein in der deutschen Demokratie sichergestellter Punkt. Der Anteil derer, die diese Meinung teilen ist unter den ungütig Wählenden mit 27% deutlich geringer.

Tabelle: In Deutschland gewährleistete demokratische Normen und Institutionen aus Sicht der Wähler, ungütig Wählenden und Nichtwähler – signifikante Unterschiede

Angaben in Prozent	gesamt	Wähler	ungütig Wählende	Nichtwähler
Gleichheit vor dem Gesetz	35,3	41,3	32,1	22,5
Gleichberechtigung von Mann und Frau	44,6	48,3	39,1	42,3
Presse- und Meinungsfreiheit	65,9	67,6	60,5	72,4
Gleichheit der Stimme	75,8	80,1	69,0	64,9
Freie und geheime Wahlen	82,9	86,7	83,3	67,3
unabhängige Gerichte	46,7	51,3	37,6	41,9
Arbeitermitbestimmung	22,7	26,6	16,7	16,8
Kontrolle Regierung durch starke Opposition	45,7	50,3	26,6	42,9

Es wird deutlich, dass selbst in der deutschen Demokratie sichergestellte demokratische Normen und Institutionen gerade von ungütig Wählenden und Nichtwählern hinsichtlich ihrer Realisierung in Frage gestellt werden. Hieraus speist sich vermutlich im Wesentlichen die Unzufriedenheit mit dem politischen System in Deutschland, seinen Institutionen und Autoritäten. Politische Kontrollmechanismen wie die Opposition oder auch die Medien erfüllen ihre Aufgabe nicht. Vor allem ungütig Wählende sehen nicht, dass die Politik und

ihre Vertreter effektiv kontrolliert werden. Bedenklich stimmt auch, dass immerhin 1/3 der befragten Nichtwähler der Meinung ist die Stimmen würden bei Wahlen nicht gleich zählen und Wahlen in Deutschland seien nicht frei und geheim. Ungültig Wählende wie auch Nichtwähler zweifeln an grundlegenden demokratischen Mechanismen des politischen Systems Deutschlands, ob es sich dabei um Verdruss an der Demokratie handelt oder lediglich einen hohen Grad an Unzufriedenheit, der als demokratisches Potential genutzt werden kann, bleibt zunächst offen.

Die Frage, inwiefern demokratische Normen und Institutionen als tatsächlich gewährleistet eingeschätzt werden, ist ein erster Anhaltspunkt zur Bewertung der spezifischen politischen Unterstützung des demokratischen Systems. Einen weiteren Anhaltspunkt bietet die Berechnung des Demokratiedefizits. Hierfür wird die Differenz zwischen dem Anteil derjenigen, die die einzelne Norm bzw. Institution als sehr wichtig erachten und dem Anteil derjenigen, die die Norm bzw. Institution als gewährleistet beurteilen, berechnet. Ein Defizit kann erst dann entstehen, wenn eine Norm von den Befragten gleichzeitig als wichtig und als nicht gewährleistet wahrgenommen wird.

Bereits ein erster Blick auf die Differenzen verdeutlicht, dass unter den Nichtwählern und ungültig Wählenden deutlich mehr Personen sind, die erhebliche Defizite in der deutschen Demokratie wahrnehmen als unter den Wählern. Dabei werden sowohl hinsichtlich demokratischer Normen wie Freiheitsrechten (Presse- und Meinungsfreiheit) und Gleichbehandlung der Bürger (Gleichheit vor dem Gesetz, Gleichberechtigung) als auch demokratischer Institutionen wie der Unabhängigkeit der Gerichte und Wahlen von Wählern, ungültig Wählenden und Nichtwählern Defizite in deutlich unterschiedlichem Ausmaß wahrgenommen. Bis auf wenige Ausnahmen sehen ungültig Wählende deutlichere Defizite in der Umsetzung und Gewährleistung demokratischer Normen und Institutionen als Nichtwähler und vor allem Wähler. Nichtwähler empfinden einzig hinsichtlich der Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz eine deutlich größere Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit in der deutschen Demokratie als die ungültig Wählenden (s. Tabelle 10.16).

Am unzufriedensten mit der Umsetzung demokratischer Normen und Institutionen in Deutschland sind, wie sich bereits bei den vorangegangenen Analysen abzeichnete, die ungültig Wählenden. Ihre Unzufriedenheit bezieht sich, auch das zeigt die Auswertung, auf die politischen Autoritäten und somit auf diejenigen, die für die Realität, die gelebte und erlebbare Demokratie zumindest aus Sicht der Befragten, hauptverantwortlich sind.

Tabelle: Wahrgenommenes Demokratiedefizit aus Sicht der Wähler, ungültig Wählenden und Nichtwähler - Differenzwerte

Angaben in Prozent	gesamt	Wähler	ungültig Wählende	Nichtwähler
Gleichheit vor dem Gesetz	- 58,3	- 52,8	- 61,0	- 71,8
Gleichberechtigung von Mann und Frau	- 46,8	- 43,1	- 56,3	- 48,4
Presse- und Meinungsfreiheit	- 20,1	- 20,4	- 21,1	- 10,6
Niemand leidet Not	- 74,4	- 70,5	- 81,7	- 84,0
Gleichheit der Stimme	- 9,5	- 8,1	- 16,9	- 15,1
Freie Berufswahl	- 39,3	- 34,0	- 55,2	- 44,5
Freie und geheime Wahlen	+ 2,1	+ 0,7	+ 7,4	- 0,9
Reisefreiheit	+ 16,8	+ 16,2	+ 25,3	+ 12,8
Mehrere Parteien	+ 15,3	+ 13,0	+ 20,5	+ 19,3
Volksabstimmung	- 59,4	- 56,4	- 69,9	- 59,2
Religionsfreiheit	+ 7,7	+ 8,6	+ 0,1	+ 15,0
unabhängige Gerichte	- 23,6	- 20,9	- 30,2	- 27,9
Mitwirkung der Bürger an vielen Entscheidungen	- 59,4	- 55,8	- 73,5	- 65,8
Arbeitermitbestimmung	- 44,7	- 38,3	- 56,6	- 58,2
Kontrolle Regierung durch starke Opposition	- 19,5	- 16,3	- 29,9	- 23,8
Nicht zu große Einkommensunterschiede	- 57,6	- 58,1	- 55,8	- 51,0
Minderheitenrechte	- 31,0	- 28,2	- 42,5	- 35,7

Eine Differenzierung des wahrgenommenen Demokratiedefizits nach Defiziten bezüglich demokratischer Normen und Defiziten bezüglich demokratischer Institutionen zeigt, dass das wahrgenommene Defizit bei demokratischen Normen bei Wählern, Nichtwählern und ungültig Wählenden, also in allen drei Gruppen höher ist als im Bereich demokratischer Institutionen. Dennoch sind

die Unterschiede zwischen ungültig Wählenden bzw. Nichtwählern auf der einen und Wählern auf der anderen Seite, in der Defizitwahrnehmung deutlich: Ungültig Wählende wie auch Nichtwähler nehmen zu einem größeren Anteil Defizite wahr als dies unter den Wählern der Fall ist, wobei die hieraus interpretierbare Unzufriedenheit mit der konkreten Umsetzung der Demokratie in Deutschland unter den ungültig Wählenden am Größten ist.

9.5. Zusammenfassung

Die Frage nach den Bedingungen der Stabilität bzw. Anpassungsfähigkeit politischer Systeme steht im Zentrum politischer Analysen. Eine stabile Grundbeziehung zwischen dem politischen System und dem gesellschaftlichen Umfeld wird durch ein ständiges Wechselspiel zwischen gesellschaftlichen Unterstützungsleistungen (inputs) und Forderungen (demands) auf der einen und entsprechenden Entscheidungen und Maßnahmen des Systems (outputs) auf der anderen Seite gewährleistet. Der Logik Eastons folgend wird ein politisches System dann instabil, wenn Unterstützungsleistungen der Gesellschaft wegbrechen und/oder das System nicht angemessen auf die Forderungen reagiert und der Kreislauf (feedback-loop) als Wechselspiel zwischen System und Gesellschaft gestört ist.

Auf die dieser Arbeit zugrunde liegende Fragestellung nach einem eventuellen Ausstieg aus der Demokratie bezogen, gilt es die politische Unterstützung der Befragten gegenüber dem politischen System in Deutschland näher zu betrachten. Entziehen die befragten Personen dem politischen System, seinen Institutionen und Autoritäten mehrheitlich die Unterstützung oder besteht lediglich große Unzufriedenheit mit der aktuellen Situation, so dass bei entsprechendem Anlass auch erhebliches demokratisches Potential aktivierbar ist?

Geringe politische Unterstützung kann empirisch über eine hohe Unzufriedenheit mit der Umsetzung der Demokratie, geringem Vertrauen in die Institutionen des Systems, Geringschätzung der Wertigkeit demokratischer Normen und einem hohen wahrgenommenen Demokratiedefizit – subjektiv als wichtig empfundene Normen werden als nicht gewährleistet bewertet – gemessen werden.

Bei gedanklicher Weiterführung der vorangegangenen Analysen müssten die Wähler als Stützen des politischen Systems hohe Unterstützungsleistungen zeigen, Nichtwähler dem politischen System die Unterstützung entziehen und

ungültig Wählende als demokratisches Korrektiv Unterstützungsleistungen gegenüber dem System und seinen Autoritäten differenzieren. Nach den verschiedenen Formen politischer Unterstützung ausdifferenziert sollten sich in den drei Wählergruppen jeweils folgende Muster zeigen:

- Unter den Wählern sind diffuse, diffus-spezifische und spezifische politische Unterstützung hoch, das heißt höher als im Durchschnitt aller Befragten und höher als in den beiden anderen Gruppen.
- Unter den Nichtwählern sind diffuse, diffus-spezifische und spezifische politische Unterstützung gering, das heißt niedriger als im Durchschnitt aller Befragten und niedriger als in den beiden anderen Gruppen.
- Unter den ungültig Wählenden ist die diffuse politische Unterstützung ähnlich hoch wie unter den Wählern, diffus-spezifische wie auch spezifische politische Unterstützung fallen niedrig aus wie unter den Nichtwählern.

Die Auswertungen bestätigen die Muster weitgehend und ergänzen somit die vorangegangenen Analysen zu politischen Einstellungen und Verhaltenweisen.

Die Wähler unter den Befragten interessieren sich für Politik, sind politisch selbstbewusst und aktiv, vertrauen dem politischen System und seinen Institutionen und sind der Meinung, wichtige demokratische Normen seien in Deutschland weitgehend gewährleistet. Ihre Zufriedenheit mit der Umsetzung der Demokratie in Deutschland ist dementsprechend hoch. Die – insbesondere im Vergleich mit den beiden Gruppen Nichtwähler und ungültig Wählende – hohen Werte hinsichtlich der politischen Unterstützung zeigen: Wähler bilden die Stützen, die stabilisierende Basis des demokratischen Systems. Sind Wähler unkritisch akzeptierende Musterbürger?

Die Nichtwähler stellen den Gegenpol zu den Wählern dar: Die politische Unterstützung ist in allen Bereichen unterdurchschnittlich ausgeprägt. Dabei unterscheiden Nichtwähler nicht zwischen ihrer Unterstützung für das System und seine Institutionen und der Unterstützung gegenüber politischen Autoritäten. Das geringe Interesse für Politik und das geringe Vertrauen in politische Institutionen sind Indikatoren eines generellen Desinteresses und Misstrauens gegenüber Politik und Staat und allem ihrer Ansicht nach damit zusammenhängenden. Hierzu zählt in der Konsequenz dann auch die Demokratie, die offensichtlich nicht als zu lebende politische Idee, sondern als nicht zu ihrer Zu-

friedenheit funktionierendes politisches System beurteilt wird. Sind Nichtwähler dem demokratischen System verloren gegangene, ausgestiegene Bürger?

Tabelle: Zusammenhänge zwischen Einstellungs-Variablen und Wahlverhalten

	Nichtwähler	Ungültig Wählende	Wähler
Misstrauen Bundesregierung	++	+	+
Misstrauen Bundestag	++	++	+
Misstrauen BVerfG	++	++	+
Wichtige Norm: Freie und geheime Wahlen	+	+	++
Wichtige Norm: Mehrere Parteien	+	+	++
Demokratieunzufriedenheit	++	++	+
Nicht gewährleistete Norm: Gleichheit vor dem Gesetz	++	+	+
Nicht gewährleistete Norm: Gleichberechtigung von Mann und Frau	+	++	+
Nicht gewährleistete Norm: Presse- und Meinungsfreiheit	+	++	+
Nicht gewährleistete Norm: Gleichheit der Stimme	++	+	+
Nicht gewährleistete Norm: Freie und geheime Wahlen	++	+	+
Nicht gewährleistete Norm: unabhängige Gerichte	+	++	+
Nicht gewährleistete Norm: Arbeitermitbestimmung	++	++	+
Nicht gewährleistete Norm: Kontrolle der Regierung durch starke Opposition	+	++	+
Defizit: Presse- und Meinungsfreiheit	++	+	+
Defizit: Gleichheit vor dem Gesetz	++	+	+
Defizit: Gleichberechtigung	+	++	+
Defizit: Unabhängigkeit Gerichte	+	++	+
Defizit: Freie und geheim Wahlen	+	++	+
Defizit: Gleichheit der Stimme	+	++	+

In der Tabelle sind die Variablen aufgeführt, bei denen die Zusammenhänge zu den Wählertypen signifikant sind und sich die drei Wählertypen unterscheiden. Dabei sind Korrelationen sehr hoch wenn der Wert 0,7 überschreitet (++), hoch bei einem Wert von 0,5 bis 0,7 (+). Vgl. Kühnel, S./Krebs, D.: Statistik für Sozialwissenschaften. Reinbek bei Hamburg 2001, S. 404 f.

Hinsichtlich der ungültig Wählenden bestätigen die Auswertungen die Hypothese dagegen nicht uneingeschränkt: Die diffuse politische Unterstützung ist entgegen den Erwartungen unter den ungültig Wählenden ähnlich niedrig wie unter den Nichtwählern, wobei das etwas höhere Vertrauen in Institutionen und die deutlichere Befürwortung direktdemokratischer Elemente auf eine größere Unterstützung für die Idee der Demokratie deuten. Auch hinsichtlich der diffus-spezifischen politischen Unterstützung sind die Unterschiede zu den Nichtwählern minimal. An der Frage, inwieweit als wichtig erachtete demokratische Normen und Werte als gewährleistet eingeschätzt werden, zeigt sich die erhebliche Skepsis der ungültig Wählenden gegenüber dem demokratischen System in Deutschland. Dabei bezieht sich die Unzufriedenheit der ungültig Wählenden, auch das zeigt die Auswertung, auf die politischen Autoritäten, und somit auf diejenigen, die für die Realität, die gelebte und erlebbare Demokratie zumindest aus Sicht der Befragten, hauptverantwortlich sind. Bilden ungültig Wählende das kritische demokratische Korrektiv, das bei Bedarf zur für Veränderungen notwendigen Mobilisierungsmasse wird?

Die Kritik, die Unzufriedenheit der Befragten richtet sich insgesamt stärker auf die demokratischen Institutionen und die sie vertretenden Autoritäten als auf demokratische Normen wie Grund- und Menschenrechte. Nichtwähler und in größerem Umfang ungültig Wählende nehmen vor allem in den Bereichen soziale Gerechtigkeit, Gleichberechtigung und Mitbestimmung erhebliche Defizite der Demokratie wahr – oder positiv formuliert: Nichtwähler und ungültig Wählende wünschen sich eine soziale gerechtere Demokratie, in der alle Bürger vom Staat, seinen Institutionen und Repräsentanten gleich behandelt werden und die Möglichkeiten politischer Mitbestimmung direktdemokratische Elemente beinhalten. Es handelt sich also keineswegs um Demokratieverdrossenheit, wenn zu viele (vermeintlich) apathische, sich am politischen Willensbildungsprozess nicht mehr beteiligende Bürger in Deutschland von Vertretern der Politik beklagt werden.

10. Schluss

Seit den 1970er Jahren geht in Deutschland die Beteiligung an Wahlen zurück: Beteiligungsquoten von 91% wie bei der Bundestagswahl 1972, werden seit geraumer Zeit weder auf Bundes- noch auf Landesebene erreicht. Bei der jüngsten Bundestagswahl im Jahr 2013 lag der Wähleranteil bei 72%. Entgegen erster Vermutungen und Befürchtungen haben sich die in den 1970/80er Jahren neuen, alternativen Formen politischer Partizipation wie Bürgerinitiativen, Demonstrationen und in jüngerer Zeit die Beteiligung über online-Medien, nicht als Alternativen für wahlmüde Bürgerinnen und Bürger herausgestellt. Die neuen Möglichkeiten sich in den politischen Willensbildungsprozess einzubringen werden meist von Personen genutzt, die auch anderweitig, vor allem bei Wahlen partizipieren.

Die Debatte um die Interpretation und die möglichen Folgen der abnehmenden politischen Beteiligung ist von zwei Thesen geprägt:

1. Die zurückgehende Beteiligung ist Zeichen einer Krise. Mehr und mehr Bürgerinnen und Bürger wenden sich von der Politik, von der Demokratie ab. Nichtwähler sind eine Gefahr für die Stabilität der Demokratie.

Die Gegenposition lautet:

2. Die zurückgehende Beteiligung ist Zeichen einer Normalisierung und verweist darauf, dass sich die deutsche Demokratie stabilisiert hat. Nichtwähler sind das notwendige Potenzial, das aktiviert werden kann, um politische Veränderungen zu ermöglichen.

Nicht alle sozialen Gruppen der Bevölkerung enthalten sich in gleichem Maße der politischen Willensbildung: Die abnehmende Wahlbeteiligung ist vor allem auf die geringere Beteiligung unterer sozialer Schichten zurückzuführen. Unter den Nichtwählern, wie auch unter den sich anderweitig nicht Beteiligten sind überproportional Bürgerinnen und Bürgern mit niedrigem sozioökonomischem Status vertreten. Auf Basis dieser Befunde stellt sich die Frage: Entfernt sich die soziale Gruppe der „abgehängten“, der statusniedrigen Bevölkerung von der Demokratie? Zeigt sich dies verstärkt in besonderen Sozialräumen? Steigen die Bewohnerinnen und Bewohner randständiger, das heißt vom Zusammentreffen mehrerer sozialer Probleme geprägter Viertel aus der Demokratie aus?

Die Analysen dieser Arbeit fußen auf quantitativ erhobenen und ausgewerteten Daten von 686 Personen. Die Daten für diese Arbeit konnte ich als Mitarbeiterin in dem von Wilhelm Heitmeyer und Helmut Thome geleiteten DFG-Projekt „Öffentliche Gewalt im Stadtquartier“ des Institutes für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld, im Rahmen des Projektes erheben. In den für die face-to-face Befragung entwickelten standardisierten Fragebogen brachte ich die von mir entwickelten und für die Fragestellung dieser Arbeit zusammengestellten Fragenkomplexe ein. Dabei sind die umfangreichen Fragebatterien zur Relevanz demokratischer Normen und deren Gewährleistung aus Sicht der Befragten sowie die differenzierte Erhebung von objektiver und subjektiver Bewertung der wirtschaftlichen Lage und der sozialen Integration hervorzuheben.

Die im Vergleich zu anderen Studien aufwendige Datenerhebung erbringt einen deutlichen Mehrwert: Im Gegensatz zu anderen Studien ist der Anteil der Nichtwähler im Datensatz vergleichbar mit den Aggregatdaten der amtlichen Wahlstatistik. Eine Unterrepräsentanz politikferner Bürgerinnen und Bürger, wie sonst häufig in Umfragedaten, ist nicht festzustellen. Zurückzuführen ist dies vor allem auf das zusätzliche Item bei der Sonntagsfrage „ich würde keine Partei wählen“. Über die vorherige Kontaktaufnahme mit den potenziellen Befragten und die Durchführung der face-to-face Interviews durch geschulte Interviewer vor Ort konnte die Aussagebereitschaft zusätzlich gefördert werden. Die Einbettung der Fragebatterien in einen Fragebogen zur Lebenssituation im Stadtviertel hat ebenfalls die Bereitschaft an der Befragung teilzunehmen erhöht.

Die Befragung wurde in Stadtvierteln deutscher Großstädte durchgeführt: im Gallusviertel in Frankfurt/Main, in Marxloh in Duisburg und in Silberhöhe in Halle/Saale. Bei den drei Stadtvierteln handelt es sich um ehemalige Arbeiterviertel und ehemalige SPD- bzw. im Oststadtteil Silberhöhe PDS-Hochburgen. Im Vergleich zur jeweiligen Gesamtstadt haben die Bewohnerinnen und Bewohner der drei Stadtviertel geringere Chancen auf Bildung, Ausbildung, Arbeit und nutzbare Infrastruktur. Die Wahlbeteiligung liegt seit Jahren deutlich unter dem städtischen Mittel: Zuletzt lagen die Beteiligungsquoten bei der Bundestagswahl 2013 in allen drei Vierteln mit acht bis 20 Prozentpunkten unter dem Mittelwert der Gesamtstadt, wobei mit 61% im Gallusviertel die höchste, mit 40% in Silberhöhe die niedrigste Wahlbeteiligung zu verzeichnen war. Die Viertel unterscheiden sich hinsichtlich ihrer geografischen Lage sowohl in Deutschland (Ost- und Westdeutschland, Rhein-Main- und Ruhrgebiet)

als auch innerhalb der jeweiligen Stadt (Stadtrand und Stadtmitte). Die Entwicklung der einzelnen Viertel und damit zusammenhängend auch der Bewohnerstruktur bewegt sich zwischen Rückbau in Silberhöhe, Stagnation in Marxloh und Gentrifizierung im Gallus.

Die mit dieser Arbeit getroffenen Aussagen beziehen sich der Stichprobe entsprechend auf die volljährige, deutsche Wohnbevölkerung sozio-ökonomisch benachteiligter Stadtviertel in Deutschland. Die Ergebnisse und Aussagen umfassen also Wähler, Nichtwähler und ungültig Wählende in deutschen städtischen Mehrproblemgebieten. Die Auswahl der Untersuchungsgebiete, von Quartieren mit einem hohen Anteil an zumindest potenzieller Krisenpopulation, ermöglicht die Analyse von politischen Einstellungen und Verhaltensweisen der für einen Ausstieg aus der Demokratie besonders in Frage kommenden Bürgerinnen und Bürger. Denn für einen Ausstieg in Frage kommen politisch unzufriedene, apathische, desinteressierte Nichtwähler, die sich nicht für politisch kompetent halten und einen hohen Grad an politischer Entfremdung aufweisen. Politische Entfremdung entsteht aus der Einschätzung, für wichtig erachtete Werte und demokratische Prinzipien und Regeln seien im aktuellen politischen System nicht realisiert. Sie drückt sich im Gefühl eigener politischer Ohnmacht und dem Eindruck, das System reagiere nicht auf die eigenen Bedürfnisse, aus.

Auch wenn sich in den untersuchten Stadtvierteln arme, von Arbeitslosigkeit betroffene Bürgerinnen und Bürger konzentrieren, ist die Bewohnerstruktur keineswegs homogen. Die Verteilung bezüglich Schulabschlüsse und Grad der Erwerbstätigkeit der Befragten verdeutlicht, dass nicht nur Teile der potenziellen Krisenpopulation befragt wurden. Ein Viertel der Befragten hat mit Abitur oder Hochschulabschluss einen hohen Bildungsgrad, immerhin ein Drittel der Befragten ist voll erwerbstätig.

Hervorzuheben ist der mit 33% hohe Anteil bekennender Nichtwähler, der nahezu den Aggregatdatenwerten von rund 40% entspricht und differenzierte Analysen von Nichtwählern, ungültig Wählenden und Wählern in „abgehängten“ Stadtvierteln ermöglicht. Mit der Erhebung konnten die tatsächlichen Nichtwähler in großem Umfang erfasst werden – ein in der Nichtwählerforschung häufig kaum zu realisierendes Anliegen.

Im Mittelpunkt dieser Arbeit steht die Frage nach einem möglichen Ausstieg aus der Demokratie als Begleiterscheinung politischer Nichtbeteiligung. Unter

„Ausstieg“ ist dabei ein fortlaufender Prozess zu verstehen, es handelt sich nicht um eine einmalige, abgeschlossene Aktion. Die Arbeit bietet eine Momentaufnahme dieses Prozesses, der zuvor begonnen haben kann und zum Zeitpunkt der Erhebung nicht abgeschlossen sein muss.

Aus der Demokratie auszusteigen bedeutet, sich von demokratischen Normen zu entfernen. Dabei ist es grundsätzlich unproblematisch für ein politisches System wenn einzelne Bürgerinnen und Bürger aus der Demokratie, der politischen Gemeinschaft und ihren politischen Prozedere „aussteigen“ und sich dauerhaft oder auch nur vorübergehend zurückziehen, sich der Beteiligung an der politischen Willensbildung und demokratischen Repräsentation enthalten. Die Abstinenz vor allem bildungsferner und einkommensschwacher Personen bei der politischen Partizipation und damit auch Repräsentation hat jedoch Folgen für die Demokratie. Zum einen haben diese Personen meist auch anderweitig keine Möglichkeiten Einfluss in der Gesellschaft auszuüben. Zum anderen verstärken sich Nichtbeteiligung und nicht vorhandene Interessenwahrnehmung gegenseitig: Wenn sich die Population unterer sozialer Schichten nicht an Wahlen beteiligt, werden ihre Interessen im politischen System nicht mehr, in jedem Fall nicht ausreichend wahrgenommen. Fehlt es an der Wahrnehmung berechtigter Interessen, gibt es keinen Grund mehr sich politisch einzubringen und zur Wahl zu gehen.

Diese Arbeit ergänzt den bisherigen Forschungsstand zu Nichtwählern und zum Zustand der Demokratie angesichts abnehmender Beteiligungsquoten in Deutschland um bisher nicht berücksichtigte Aspekte. Neue Erkenntnisse werden erzielt, (1) indem ungültig Wählende als separate Gruppe betrachtet werden, (2) indem erweiterte Fragebatterien zu subjektiven Komponenten der wirtschaftlichen Lage, der sozialen Integration und zur Zufriedenheit mit demokratischen Normen, System und Repräsentanten in dieser Kombination und diesem Umfang erstmalig eingeführt werden, (3) indem der Blick anhand von Individualdaten auf die städtische Krisenpopulation gerichtet wird und (4) indem Aspekte sozialer Integration als möglicher Kompensation für den Rückzug aus dem Politischen untersucht werden.

(1) Ungültig Wählende sind eine bislang unerforschte Gruppe, Analysen zu ungültig Wählenden liegen nicht vor. Das verwundert kaum, handelt es sich bei den ungültig Wählenden mit rund 1% der Wahlberechtigten schließlich um eine „quantité négligable“ der Wahlstatistik, die in Umfragen nicht separat er-

hoben wird. Die Einführung des zusätzlichen Items der Sonntagsfrage „ich würde keine Partei wählen“ für die Fragebatterien dieser Arbeit erhellt nicht nur die Erkenntnisse zu ungültig Wählenden. Wie die Ergebnisse zeigen, öffnet diese, gegenüber der vergleichsweise harten Aussage „ich ginge nicht wählen“ weichere Antwortoption, vielen Befragten die Tür, ihre Nichtwahlabsicht zu äußern. Gerade politisch interessierte Personen, wie die ungültig Wählenden in diesem Datensatz, neigen dazu bezüglich ihrer Wahlabsicht falsche Angaben zu machen, also die Nichtwahlabsicht zu negieren. Soziale Erwünschbarkeit der Wahlbeteiligung verfälscht ebenfalls die Beteiligungsquoten in Umfragedaten. Der im Vergleich zu anderen Studien um das Doppelte erhöhte Anteil beken- nender Nichtwähler im Datensatz ist somit, neben den in der Anlage der Da- tenanalyse gründenden methodischen Vorteilen, auf diese neue Antwortoption zurückzuführen. Die Analysen dieser Arbeit zeigen, dass ungültig Wählende einen eigenen Typus unter den Wählern und Nichtwählern bilden. Sie bilden das Potenzial politisch kompetenter Bürgerinnen und Bürger, das sich in den bisher identifizierten Nichtwählertypen, wie beispielsweise von Kleinhenz identifiziert, nicht wiederfindet.

(2) Zur Erhebung des sozio-ökonomischen Status werden als Indikatoren in den meisten Studien Bildung und Einkommen berücksichtigt. Erfahrungsgemäß sind Angaben zum Einkommen nicht sehr valide, weshalb für diese Arbeit die Indikatoren Bildung und Erwerbstätigkeit in die Untersuchung eingingen. Stärker jedoch als die objektiven Faktoren des Status hängt die subjektive Einschätzung der eigenen wie auch der allgemeinen wirtschaftlichen Lage mit Nichtwahl zusammen. Viele Nichtwähler und ungültig Wählende in den unter- suchten Stadtvierteln fühlen sich einer eher benachteiligten Gruppe der Gesell- schaft zugehörig, während die Wähler sich eher als Teil einer bevorzugten Gruppe der Bevölkerung sehen. Im Gegensatz zu objektiven Statusmerkmalen, bei denen keine Unterschiede zwischen den drei Wählertypen festzustellen sind, zeigen sich bei der subjektiven Bewertung deutliche Unterschiede zwi- schen Nichtwählern und Wählern: Das subjektive Urteil zur allgemeinen, aktu- ellen wie zukünftigen persönlichen wirtschaftlichen Lage fällt bei Nichtwäh- lern und ungültig Wählenden deutlich negativer aus. Gleiches gilt für die sozia- le Integration. Es ist festzustellen, dass Nichtwähler wie ungültig Wählende zwar objektiv nicht weniger Kontakt zu ihren Nachbarn haben, sich aber aus- geschlossener und weniger unterstützt fühlen. Auch das Maß an gefühlter Ein- samkeit ist höher als unter den Wählern.

Die Zufriedenheit mit der Demokratie wird in Wahlstudien üblicherweise mit der Frage „Wie zufrieden sind Sie mit der Demokratie so wie sie aktuell in Deutschland besteht?“ erhoben. Aus Angaben einer hohen Unzufriedenheit werden in Analysen Rückschlüsse auf eine angebliche Demokratieverdrossenheit der Deutschen gezogen. Dieser Ansatz ist, wenn auch forschungspraktisch durchaus nachvollziehbar, unzureichend. Offen bleibt bei dieser Vorgehensweise, ob die Befragten die Demokratie und demokratische Normen an sich ablehnen oder ob sich der Verdruss auf einzelne konkrete Aspekte der Umsetzung demokratischer Normen oder auf die Repräsentanten der Demokratie wie Politiker oder Parteien bezieht. Die Ergebnisse dieser Arbeit belegen, dass zentrale demokratische Normen wie Freiheits- und Gleichheitsrechte, demokratische Strukturen und Möglichkeiten der Mitbestimmung von den Befragten für wichtig erachtet werden. Von allgemein herrschendem Demokratieverdruss, einem Abwenden von der Idee der Demokratie kann angesichts dessen nicht die Rede sein. Allerdings nehmen die Bewohnerinnen und Bewohner „abgehängter“ Stadtviertel Defizite in der konkreten Umsetzung der Demokratie, vor allem in den Bereichen sozialer und direkter Demokratie wahr. Dass Menschen Not leiden, die Einkommensunterschiede zu groß sind, die Bürgerinnen und Bürger an vielen Entscheidungen nicht mitwirken können und in wichtigen Fragen nicht die Möglichkeit der Volksabstimmung besteht, bemängeln viele dieser Befragten.

(3) Nichtwähleranalysen, die auf der Auswertung und Analyse von Aggregatdaten zahlreicher deutscher Städte basieren zeigen, dass ein enger Zusammenhang zwischen der sozialen Lage eines Stadtteils und den Wahlbeteiligungsquoten im Stadtteil besteht. Je ärmer und je stärker von Arbeitslosigkeit ein Stadtteil betroffen ist, desto niedriger fallen die Beteiligungsquoten aus. Bei der Analyse von Aggregatdaten bleibt jedoch unklar, ob die hohen Nichtwählerquoten in den Stadtvierteln auf individuelle Merkmale oder auf Kontexteffekte zurückzuführen sind. Es ist durchaus denkbar, dass beide Faktoren einen Einfluss haben: Der Kontext, das Wohnen in einem benachteiligten Stadtteil, der von der Politik vernachlässigt wird und die individuelle Wahrnehmung, dass Forderungen an das politische System nicht erfüllt werden und in hohem Maß Ungerechtigkeit und Ungleichheit herrschen.

Die Ergebnisse der im Rahmen dieser Arbeit durchgeführten Analysen zeigen: In sozio-ökonomisch benachteiligten Stadtvierteln haben unabhängig von individueller Schichtzugehörigkeit und Wahlverhalten die Bewohner nicht den Eindruck, dass sie politische Prozesse maßgeblich beeinflussen können. Sie

nehmen auch nicht wahr, dass Politik und Politiker auf ihre Wünsche und Bedürfnisse reagieren und ihre Interessen vertreten. Die wahrgenommene Responsivität ist gering. Hinzu kommt, dass wenn, wie unter Nichtwählern und ungültig Wählenden besonders häufig der Fall, zentrale Bedürfnisse und Forderungen an das politische System, wie soziale Absicherung und direkte Demokratie, nicht erfüllt werden, das Vertrauen in demokratische Institutionen gering ist. Nichtwähler und ungültig Wählende in randständigen Stadtvierteln nehmen, das belegen die Ergebnisse, erhöht in hohem Maß Ungerechtigkeit und Ungleichheit wahr. Dies zeigt sich konkret an folgenden Ergebnissen:

- rund 60% der Befragten bezweifeln die Unabhängigkeit von Gerichten,
- zwei Drittel der ungültig Wählenden und vier Fünftel der Nichtwähler sind der Meinung die Gleichheit aller Bürgerinnen und Bürger vor dem Gesetz sei nicht gewährleistet,
- zwei Drittel der Nichtwähler sind überzeugt, die Gleichheit der Stimme bei Wahlen sei nicht sichergestellt.

Neben den Zweifeln an gerechten, gleichen und rechtsstaatlichen Prozessen bezieht sich die Unzufriedenheit mit den Leistungen des Systems vor allem auf die Bereiche „soziale Gerechtigkeit“ und „Möglichkeiten der Mitbestimmung“. Nichtwähler und ungültig Wählende in sozio-ökonomisch benachteiligten Stadtvierteln wünschen sich nicht so große Einkommensunterschiede und eine Absicherung in Notlagen. Vor allem unter den ungültig Wählenden gibt es viele, die mehr Möglichkeiten direkter Demokratie bei wichtigen Entscheidungen fordern. Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die Wahlentscheidung dann zugunsten der Nichtwahl ausfällt, wenn kumulativ folgende Faktoren vorliegen: Wenn unabhängig vom objektiven sozio-ökonomischen Status das Gefühl vorherrscht, benachteiligt, wirtschaftlich schlecht gestellt und sozial ausgeschlossen zu sein, zudem hedonistisch-materialistische Wertorientierungen bestehen sowie Pflichtbewusstsein und das Interesse für Politik nicht oder kaum vorhanden sind und die eigene politische Kompetenz als gering eingeschätzt wird.

(4) Bezüglich der sozialen Integration hat sich gezeigt: Nicht politisch Partizipierende sind sozial nicht desintegrierter als andere, die sich häufiger beteiligen. Gemessen über Nachbarschaftskontakte und die gegenseitige Unterstützung und Hilfe in der Nachbarschaft sind zwischen Wählern, ungültig Wählenden

den und Nichtwählern in den Stadtvierteln keine Unterschiede in ihrer sozialen Integration festzustellen. Die Kompensationsthese, der Rückzug aus dem Politischen würde über mehr Engagement im gesellschaftlichen Bereich ausgeglichen, bestätigt sich so linear jedoch nicht. Politisch Partizipierende sind auch gesellschaftlich auf kommunaler lokaler Ebene aktiver und übernehmen eher Aufgaben in Vereinen, Verbänden, gesellschaftlichen Organisationen u.Ä. als Nichtwähler und ungültig Wählende. Politische Unzufriedenheit führt also nicht dazu, über die Beteiligung in Form von sozialer Partizipation die Verhältnisse zumindest im gesellschaftlichen Miteinander beeinflussen zu wollen.

Die Verknüpfung objektiver Statusmerkmale mit subjektiven Bewertungen der Distanz und beidem mit Nichtpartizipation zeigt: Es ist keineswegs so, dass strukturell überzufällig bestimmte Teile der Bevölkerung deprivierter Stadtviertel nicht repräsentiert sind und sich nicht beteiligen. Im sozio-ökonomischen Status, gemessen über den Bildungsgrad und den Grad der Erwerbstätigkeit, unterscheiden sich in benachteiligten Vierteln die Partizipierenden nicht von den Nichtpartizipierenden. Differenzen sind hingegen in ihrer Haltung gegenüber der Politik, in ihrer Einschätzung der wirtschaftlichen Lage und in ihrem Gefühl sozialer Integration festzustellen. Vor allem Nichtwähler schätzen sich selbst als politisch inkompetent ein. Auf Wahlen bezogene demokratische Normen sind nach Meinung vieler Nichtwähler nicht gewährleistet. Sie bewerten ihre eigene wie auch die allgemeine wirtschaftliche Lage deutlich negativer und zeigen stärkere Gefühle des Alleingelassen Seins und der Einsamkeit als Wähler. Dies gilt obwohl Nichtwähler in ihrem sozialen Nahbereich objektiv nicht weniger integriert sind als Wähler.

Anders verhält es sich hinsichtlich des sozialen Engagements: Diejenigen, die nicht politisch aktiv sind, übernehmen auch in anderen Bereichen des gesellschaftlichen Miteinanders meist keine aktive Rolle oder Aufgabe. Dabei gilt: Je höher der erforderliche Ressourceneinsatz, desto weniger bringen sich Nichtwähler ein. Der Ausstieg aus dem Politischen wird, zumindest von Bewohnerinnen und Bewohnern sozio-ökonomisch benachteiligter Stadtviertel, nicht über soziale Aktivität und gesellschaftliches Engagement kompensiert.

Im Unterschied zu Nichtwählern sind potenziell ungültig Wählende politisch und sozial aktiver, sie beteiligen sich vor allem an kurzfristigen themenbezogenen Partizipationsformen. Ähnlich negativ eingestellt hinsichtlich der wirtschaftlichen Lage und der eigenen sozialen Integration wie Nichtwähler, sich keiner Partei besonders verbunden fühlend und politisch kaum interessiert,

halten sich ungültig Wählende dennoch für politisch kompetent. Sie zweifeln insbesondere an der Funktionstüchtigkeit demokratischer Kontrollinstanzen wie einer starken Opposition, Medien/Presse und unabhängigen Gerichten. Unzufrieden sind sie vor allem mit den gewählten Volksvertretern, was mit dem Wunsch ungültig Wählender nach mehr Möglichkeiten direkter Beteiligung einhergeht. Aktivierbares Potenzial findet sich vor allem unter den ungültig Wählenden.

Der Fokus auf Nichtwähler im großstädtischen Kontext folgt einem sozial-räumlichen Untersuchungsansatz, der die Krisenpopulation städtischer Mehrproblemgebiete, die Gruppe der Bevölkerung in den Blick nimmt, die am stärksten von Reformen, von Benachteiligung, von Nichtwahl betroffen ist. In den untersuchten ehemaligen Arbeitervierteln haben sich nicht nur die traditionellen Arbeitsmöglichkeiten, sondern auch die Bindungen an die traditionellen Arbeiterparteien aufgelöst. Weder linke noch rechte Parteien konnten dieses Vakuum in der Vergangenheit füllen. Dabei gilt: Je stärker ein Stadtviertel abgehängt ist, desto weniger Bewohnerinnen und Bewohner weisen Parteibindungen auf.

Der Befund ist eindeutig:

Für einen nicht unerheblichen Teil der Bewohnerinnen und Bewohner benachteiligter Stadtviertel ist das System der Demokratie, das ausgewogene Verhältnis von Forderungen, Unterstützung und Leistung aus dem Gleichgewicht. Knapp 90% sind nicht der Ansicht, dass Politik und Politiker auf ihre Bedürfnisse reagieren. Ihrer Einschätzung nach kommt die Demokratie Forderungen wie der nach sozialer Gerechtigkeit nicht oder zumindest nicht in ausreichendem Maße nach. Von der Idee der Demokratie verabschieden sie sich jedoch nicht, demokratische Werte bleiben wichtig.

11. Literaturverzeichnis

- Adrian, W.:** Demokratie als Partizipation. Versuch einer Wert- und Einstellungsanalyse. Meisenheim am Glan 1977
- Almond, G./Verba, S.:** The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations. Princeton 1963
- Armingeon, K.:** Gründe und Folgen geringer Wahlbeteiligung, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. 46. Jg., Heft 1/ 1994, S. 43-64
- Arzheimer, K.:** Politikverdrossenheit. Bedeutung, Verwendung und empirische Relevanz eines politikwissenschaftlichen Begriffs. Wiesbaden 2002
- Bachmann, U./Heußner, H. K.:** Mehr Demokratie wagen: Volksbegehren und Volksentscheid: Geschichte – Praxis – Vorschläge. München 1999
- Barnes, S. H./Kaase, M. et al.:** Political Action. Mass Participation in Five Western Democracies. Beverly Hills 1979
- Beck, U.:** Jenseits von Stand und Klasse? Soziale Ungleichheiten, gesellschaftliche Individualisierungsprozesse und die Entstehung neuer sozialer Formationen und Identitäten. In: Kreckel, R. (Hg.): Soziale Ungleichheiten. Soziale Welt, Sonderband 2, Göttingen 1983, S. 35-74
- Becker, H./Franke, T./Löhr, R.-P./Sander, R./Strauss, W.-C.:** Städtebauförderung und Ressourcenbündelung. Expertise zur Vorbereitung eines Forschungsfelds „Stadtteile mit Erneuerungsbedarf“ im Experimentellen Wohnungs- und Städtebau (ExWoSt), Berlin 1998 (Difu-Berichte 3/1998)
- Bell, G.:** Benachteiligte Bevölkerungsgruppen in „sozialen Brennpunkten“ - Eine Untersuchung zweier Stadtteile in Nordrhein-Westfalen. In: Duisburger Beiträge zur soziologischen Forschung. Nr. 4/ 2004, Duisburg 2004
- Berelson, B./Lazarsfeld, P./Mc Phee, W.:** Voting. A Study of opinion formation in a presidential campaign. Chicago 1954
- Berg-Schlosser, D./Schissler, J. (Hg.):** Politische Kultur in Deutschland. Bilanz und Perspektiven der Forschung. Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 18, Opladen 1987
- Berg-Schlosser, D./Müller-Rommel, F. (Hg.):** Vergleichende Politikwissenschaft, Opladen 1997

- Böhnke, P.:** Ungleiche Verteilung politischer und zivilgesellschaftlicher Partizipation. In: APuZ 1-2/2011, S. 18-25
- Böhret, C. u.a.(Hg.):** Wahlforschung: Sonden im politischen Markt, Transfer 2. Opladen 1976
- Bourdieu, P.:** Die verborgenen Mechanismen der Macht. Hamburg 1992.
- Brady, H. E./Verba, S./Schlozman, K. L.:** Beyond SES: A Resource Model of Political Participation. In: American Political Science Review Nr. 89, 1995, S. 271-294
- Buchstein, H./Nullmeier, F.:** Einleitung: Die Postdemokratiedebatte, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, 19/2006 Heft 4, S. 16-22
- Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.):** Postdemokratie? APuZ 1-2/2011
- Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.):** Handwörterbuch Politisches System. Siehe: www.bpb.de/nachschlagen/lexika/handwoerterbuch-politisches-system/40242/buergerinitiativen?p=all, abgerufen am 15.02.13
- Caballero, C.:** Nichtwahl, in: Falter, J.W./Schoen, H. (Hg.): Handbuch Wahlforschung. Wiesbaden 2005, S. 329-365
- Campbell, A./Converse, P. E./Miller, W. E./Stokes, D. E.:** The American Voter. New York 1960
- Crouch, C.:** Postdemokratie, Frankfurt/Main 2008
- Crozier, M./Huntington, S. P./Watanuki, J.:** The Crisis of Democracy. New York 1975
- Dalton, R. J./Flanagan, S. C./Beck, P. A.:** Electoral Change in Advanced Industrial Democracies. Princeton 1984, S. 15-19
- Dalton, R. J.:** The German Voter, in: Smith, G./Paterson, W. E./Merkl, P. H. (Hg.): Developments in West German Politics, Durham 1989, S. 99-121
- Dalton, R. J./Rohrschneider, R.:** Wählerwandel und die Abschwächung der Parteineigungen von 1972 bis 1987, in: Kaase, M./Klingemann, H.-D. (Hg.): Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1987. Opladen 1990, S. 297-324
- Deloitte & Touche:** Vorbereitende Untersuchungen "Sanierungsverfahren Duisburg-Nord". Ergebnispräsentation, http://www.duisburg.de/micro/ggn/medien/ggn_analyse_kurzfassung.pdf (abgerufen am 04.06.2008)
- Downs, A.:** An Economic Theory of Democracy. New York 1957

- Druwe, U./Kühnel, S. M./Kunz, V. (Hg.):** Kontext, Akteur und strategische Interaktion. Untersuchungen zur Organisation politischen Handelns in modernen Gesellschaften. Opladen 2000
- Easton, D.:** A Systems Analysis of Political Life. New York 1965
- Easton, D.:** A Re-Assessment of the Concept of Political Support, British Journal of Political Science 5, 1975, S. 435-457
- Easton, D.:** A Systems Analysis of Political Life. Chicago 1979 (Erstausgabe 1965)
- Ebbighausen, R./Neckel, S. (Hg.):** Anatomie des politischen Skandals. Frankfurt/Main 1989
- Eilfort, M.:** Die Nichtwähler. Wahlenthaltung als Form des Wahlverhaltens. Paderborn 1994
- Embacher, S.:** Demokratie! Nein Danke? Demokratieverdruss in Deutschland. Bonn 2009
- Eschenburg, T.:** Staat und Gesellschaft in Deutschland. Stuttgart 1956
- Euripides:** Die Schutzflehenden, Die Dramen des Euripides. In: Euripides IV, Berlin/Stuttgart 1919
- Falter, J. W.:** Wer verhalf der NSDAP zum Sieg? Neuere Forschungsergebnisse zum partei-politischen und sozialen Hintergrund der NSDAP-Wähler 1924-1933. In: APuZ 28-29/1979, S. 3-21
- Falter, J. W./Schumann, Siegfried:** Nichtwahl und Protestwahl: Zwei Seiten einer Medaille, in: APuZ, 11/1993, S. 36-49
- Falter, J. W./Schumann, S.:** Der Nichtwähler - das unbekanntes Wesen. In: Klingemann, H.-D./Kaase, M. (Hg.): Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1990. Opladen 1994, S. 161-213
- Falter, J. W./Schoen, H. (Hg.):** Handbuch Wahlforschung. Wiesbaden 2005
- Faul, E.:** Sozialstruktur und Wahlbeteiligung. In: Sängler, F./Liepelt, K. (Hg.): Wahlhandbuch 1965. Teil 3: Wahlergebnisse, Kapitel 3.23, S. 8-18
- Feist, U.:** Niedrige Wahlbeteiligung - Normalisierung oder Krisensymptom der Demokratie in Deutschland, in: Starzacher, K./Schacht, K./Friedrich, B./Leif, T. (Hg.): Protestwähler und Wahlverweigerer. Köln 1992, S. 40-57
- Festinger, L.:** A Theory of Cognitive Dissonance. Stanford 1957

Frankfurter Allgemeine Zeitung: Letzte Ausfahrt Outlet-Center, vom 15.07.2012

Stadt Frankfurt (Hg.): Frankfurter Statistische Berichte 4/2004

Fuchs, D.: Trends politischer Unterstützung in der Bundesrepublik, in: Berg-Schlosser, D./Schissler, J. (Hg.): Politische Kultur in Deutschland. Bilanz und Perspektiven der Forschung. Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 18, Opladen 1987, S. 357-377

Fuchs, D.: Die Unterstützung des politischen Systems in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1989

Fuchs, D.: Kriterien demokratischer Performanz in Liberalen Demokratien. In: Greven, M. (Hg.): Demokratie - eine Kultur des Westens? Opladen 1998, S. 151-179.

Fuchs, D.: Demokratie und Beteiligung in der modernen Gesellschaft: einige demokratietheoretische Überlegungen, in: Niedermayer, O./Westle, B. (Hg.): Demokratie und Partizipation. Festschrift für Max Kaase. Wiesbaden 2000, S. 250-280

Fuchs, D.: Das Konzept der politischen Kultur: Die Fortsetzung einer Kontroverse in konstruktiver Absicht, in: Fuchs, D./Roller, E./Weßels, B.: Bürger und Demokratie in Ost und West, Opladen 2002, S. 27-49

Fuchs, D./Roller, E./Weßels, B. (Hg.): Bürger und Demokratie in Ost und West. Studien zur politischen Kultur und zum politischen Prozeß. Festschrift für Hans-Dieter Klingemann. Opladen 2002

Fuchs, D./Gabriel, O. W./Völkl, K.: Vertrauen in politische Institutionen und politische Unterstützung. ÖZP, Heft 4/2002, S. 427-450

Gabriel, Oscar W./Falter, J. W./Rattinger, H.: Wächst zusammen, was zusammengehört? Baden-Baden 2005

Gabriel, O.W./Kunz, V./Roßteutscher, S./van Deth, J.: Sozialkapital und Demokratie. Zivilgesellschaftliche Ressourcen im Vergleich. Wien 2002

Geiger, T.: Demokratie ohne Dogma. Die Gesellschaft zwischen Pathos und Nüchternheit. München 1964

Geißler, R.: Die Sozialstruktur Deutschlands. Die gesellschaftliche Entwicklung vor und nach der Vereinigung. Wiesbaden 2002

Gluckowski, P.: Lebensstile und Wandel der Wählerschaft in der Bundesrepublik Deutschland. In: APuZ 12/1987, S. 18-32

Golzem, F./Liepelt, K.: Wahleenthaltung als Regulativ: Die sporadischen Nichtwähler, in: Böhret, C. u.a.(Hg.): Wahlforschung: Sonden im politischen Markt, (2. Auflage) Opladen 1977, S. 141-175

Greiffenhagen, M./Greiffenhagen, S.: Ein schwieriges Vaterland. Zur politischen Kultur Deutschlands. München 1979

Greven, M. (Hg.): Demokratie - eine Kultur des Westens? Opladen 1998

Gurr, Ted R.: Why Men Rebel. Princeton 1970

Habermas, J.: Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus. Frankfurt/Main 1973

Hadjar, A./Becker, R.: Unkonventionelle politische Partizipation im Zeitverlauf. Hat die Bildungsexpansion zu einer politischen Mobilisierung beigetragen? In: KZfSS 3/2007, Jg. 59, S. 410-439

Häußermann, H./Siebel, W.: Soziale Integration und ethnische Schichtung – Zusammenhänge zwischen räumlicher und sozialer Integration. Gutachten im Auftrag der Unabhängigen Kommission „Zuwanderung“. Berlin/Oldenburg 2001

Heitmeyer, W./Kock, S./Marth, J./Schroth, A./van de Wetering, D.: Strukturanalysen und subjektive Beschreibungen des Lebens in den Stadtteilen, in: Heitmeyer, W./Kock, S./Marth, J./Thöle, U./Thome, H./Schroth, A./van de Wetering, D.: Gewalt in öffentlichen Räumen. Zum Einfluss von Bevölkerungs- und Siedlungsstrukturen in städtischen Wohnquartieren. Wiesbaden 2012, S. 21-54

Heitmeyer, W./Kock, S./Marth, J./Thöle, U./Thome, H./Schroth, A./van de Wetering, D.: Gewalt in öffentlichen Räumen. Zum Einfluss von Bevölkerungs- und Siedlungsstrukturen in städtischen Wohnquartieren. Wiesbaden 2012

Hennig, E./Lohde-Reiff, R./Völker, M.: Zufriedenheit und Sicherheit in Frankfurter Stadträumen. Eine Analyse der Frankfurter Bürgerbefragung, in: frankfurter statistische berichte, 60. Jg. 1998, Heft 4, S. 253-277

Hennig, E.: Totgesagte leben lange. Zum Aussagewert postdemokratischer Theorien, in: Vorgänge 190, Heft 2/2010, S. 26-34

Herbert, W.: Wertstrukturen 1979-1987: Ein Vergleich ihrer politischen Implikationen, in: Klages, H./Hippler, H.-J./Herbert, W. (Hg.): Werte und Wandel. Ergebnisse und Methoden einer Forschungstradition. Frankfurt/Main 1992, S. 69-99

Hirschman, A. O.: Exit, Voice, Loyalty. Responses to Decline in Firms, Organizations and States. Cambridge 1970. Deutsch: Abwanderung und Widerspruch.

Reaktionen auf Leistungsabfall bei Unternehmungen, Organisationen und Staaten. Tübingen 1974

Huntington, S. P.: The Third Wave: Democratization in the late Twentieth Century, Oklahoma 1991

Hutten, K.: Seher, Grübler, Enthusiasten. Sekten und religiöse Sondergemeinschaften der Gegenwart. Stuttgart 1958

Inglehart, R.: The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles Among Western Publics. New Jersey 1977

Institut für Sozial- und Kulturforschung e.V. (ISK) (Hg.): Sozialbericht über die Stadt Duisburg, Endbericht, 1994

Iwand, W.-M.: Wählerfluktuation in der Bundesrepublik. Eine Analyse zur Interdependenz von Wahlverhalten und Parteiensystem in BRD. Wiesbaden 1972

Janowitz, M.: Politische Soziologie und Demokratieforschung. Die soziologischen Voraussetzungen der Theorie der Demokratie. In: KZfSS 8/1956, S. 357-379

Jesse, E.: Wahlen: Bundesrepublik Deutschland im Vergleich. Berlin 1988

Jörke, D.: Bürgerbeteiligung in der Postdemokratie, in: APuZ 1-2/2011, S. 13-18

Jürgens, G.: Direkte Demokratie in den Bundesländern: Gemeinsamkeiten – Unterschiede – Erfahrungen: Vorbildfunktion für den Bund? Stuttgart 1993

Kaase, M.: Vergleichende Politische Partizipationsforschung, in: Berg-Schlosser, D./Müller-Rommel, F. (Hg.): Vergleichende Politikwissenschaft, Opladen 1997, S. 159-174

Kägi, W.: Direkte Demokratie in Gefahr. Zürich 1958

Kappmeier, W.: Konfession und Wahlverhalten: untersucht am Beispiel der Bundestagswahl 1976 und der Landtagswahl 1975 im Saarland. Frankfurt/Main 1984

Key, V. O. jr.: Politics, Parties and Pressure Groups. 3. Auflage, New York 1952

Kirchgässner, G.: Hebt ein knapper Wahlausgang die Wahlbeteiligung? Eine Überprüfung der ökonomischen Theorie der Wahlbeteiligung anhand der Bundestagswahl 1987. In: Klingemann, H.-D./Kaase, M. (Hg.): Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1987. Opladen 1990, S. 445-477

- Klages, H.:** Wertorientierungen im Wandel. Rückblick, Gegenwartsanalyse, Prognose. Frankfurt/Main 1985
- Klages, H./Franz, G./Herbert, W. (Hg.):** Sozialpsychologie der Wohlfahrtsge-
sellschaft. Frankfurt/Main 1987
- Klages, H./Hippler, H.-J./Herbert, W. (Hg.):** Werte und Wandel. Ergebnisse
und Methoden einer Forschungstradition. Frankfurt/Main 1992
- Kleinhenz, T.:** Die Nichtwähler. Ursachen der sinkenden Wahlbeteiligung in
Deutschland. Opladen 1995
- Klingemann, H.-D./Kaase, M. (Hg.):** Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß
der Bundestagswahl 1987. Opladen 1990
- Klingemann, H.-D./Kaase, M. (Hg.):** Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß
der Bundestagswahl 1990. Opladen 1994
- Klingemann, H.-D.:** Unterstützung für die Demokratie: Eine globale Analyse
für die 1990er Jahre. In: Lauth, H.-J./Pickel, G./Welzel, C. (Hg.): Demokratie-
messung. Konzepte und Befunde im internationalen Vergleich. Wiesbaden
2000, S. 266-296
- Koch, A./Schmidt, P./Wasmer, M. (Hg.):** Politische Partizipation in der Bun-
desrepublik Deutschland. Empirische Befunde und theoretische Erklärungen.
Opladen 2001
- Kock, S.:** Brennende Vorstädte als lokale Symptome des systems under stress.
In: Sack, D./Thöle, U. (Hg.): Soziale Demokratie, die Stadt und das randständige
Ich: Dialoge zwischen politischer Theorie und Lebenswelt. Kassel 2008, S. 178-
195
- Küchler, M.:** Staats- Parteien- oder Politikverdrossenheit? In: Raschke, J. (Hg.):
Bürger und Parteien. Ansichten und Analysen einer schwierigen Beziehung.
Opladen 1982, S. 39-54
- Kühnel, S./Krebs, D.:** Statistik für Sozialwissenschaften. Reinbek bei Hamburg
2001
- Kunz, V./Gabriel, O. W.:** Soziale Integration und politische Partizipation. Das
Konzept des Sozialkapitals – Ein brauchbarer Ansatz zur Erklärung politischer
Partizipation? In: Druwe, U./Kühnel, S. M./Kunz, V. (Hg.): Kontext, Akteur und
strategische Interaktion. Untersuchungen zur Organisation politischen Han-
delns in modernen Gesellschaften. Opladen, 2000, S. 47-74
- Lauth, H.-J./Pickel, G./Welzel, C. (Hg.):** Demokratiemessung. Konzepte und
Befunde im internationalen Vergleich. Wiesbaden 2000

- Lavies, R.-R.:** Nichtwählen als Kategorie des Wahlverhaltens. Empirische Untersuchung zur Wahlenthaltung in historischer, politischer und statistischer Sicht. Düsseldorf 1973
- Lazarsfeld, P./Berelson, B./Gaudet, H.:** The People's Choice. 3. Auflage, New York 1968
- Lipset, S. M.:** Political Man. New York 1960
- Lipset, S. M.:** Soziologie der Demokratie. Neuwied am Rhein 1962 (Band 12 der Reihe „Soziologische Texte“)
- Lipset, S. M./Rokkan, S.:** Cleavage structures, party systems and voter alignments: An introduction. In: Lipset, S. M./Rokkan, S.: Party Systems and Voter Alignments. New York 1967, S. 1-64
- Lipset, S. M./Rokkan, S.:** Party Systems and Voter Alignments. New York 1967
- Marshall, T.H.:** Bürgerrechte und soziale Klassen. Zur Soziologie des Wohlfahrtsstaates. Frankfurt/Main 1992.
- Merton, R. K.:** Social Theory and Social Structure, 3. erweiterte Auflage, New York 1968
- Milbrath, L.:** Political Participation, Chicago 1965
- Mouffe, Chantal:** „Postdemokratie“ und die zunehmende Entpolitisierung, in: APuZ 1-2/ 2011, S. 3-5
- Müller-Rommel, F./Poguntke, T.:** Lebensstile und Wahlverhalten. „Alte“ und „neue“ Milieus in der Wahlforschung, in: Der Bürger im Staat, 40. Jg., Heft 3/1990, S. 179-193
- Nan Lin, O.:** Social Capital: A Theory of Social Structure and Action. New York 2001
- Neckel, S.:** Machen Skandale apathisch? In: Ebbighausen, R./Neckel, S. (Hg.): Anatomie des politischen Skandals. Frankfurt/Main 1989, S. 234-257
- Neumann, F.:** Demokratietheorien – Modelle zur Herrschaft des Volkes, in: Neumann, F. (Hg.): Handbuch Politische Theorien und Ideologien 1. Opladen 1995. S. 3-70
- Neumann, U.:** Stadtteil-Monitoring am Beispiel Duisburg-Marxloh. Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (RWI bis 200: N.U.R.E.C.-Institute Duisburg)
- Nie, N. H./Powell, B. G./Prewitt, K.:** Social Structure and Political Participation: Developmental Relationships, I/ II, in: The American Political Science Review, Vol. 63, No. 2/3, 1969, S. 361-378, S. 808-832

- Nie, N./Verba, S.:** Participation in America. Political democracy and social equality. New York 1972
- Niedermayer, O./Westle, B. (Hg.):** Demokratie und Partizipation. Festschrift für Max Kaase. Wiesbaden 2000
- Noelle-Neumann, E./Reitzle, M.:** Was man aus der Bundestagswahl 1987 lernen kann - Wahlforschung und Anwendung. In: Veen, H.-J./Noelle-Neumann, E. (Hg.): Wählerverhalten im Wandel. Bestimmungsgründe und politisch-kulturelle Trends am Beispiel der Bundestagswahl 1987. Paderborn 1991, S. 245-301
- Nolte, Paul:** Von der repräsentativen zur multiplen Demokratie, in: APuZ 1-2/2011, S. 5-12
- Norpoth, H.:** Wählerverhalten in der Bundesrepublik. Frankfurt/Main 1980
- Offe, C.:** Strukturprobleme des kapitalistischen Staates: Aufsätze zur politischen Soziologie. Frankfurt/Main 1972
- Offe, C.:** The Cultural Contradictions of Capitalism. Cambridge 1984
- Opp, K.-D.:** Die enttäuschten Revolutionäre. Politisches Engagement vor und nach der Wende. Opladen 1997
- Petermann, S./Täfler, S.:** Bürgerumfrage Halle 2005. Halle 2006
- Pickel, G.:** Subjektive und objektive Indikatoren der Demokratiemessung im Vergleich - Grundlegende Unterschiede oder gleiche Ergebnisse? in: Lauth, H.-J./Pickel, G./Welzel, C. (Hg.): Demokratiemessung. Konzepte und Befunde im internationalen Vergleich. Opladen 2000, S. 242-265
- Pokorny, S.:** Junge Wähler: Hoffnungslos verloren? Das Wahlverhalten der Generationen. Forum Empirische Sozialforschung der Konrad Adenauer Stiftung, Berlin 2012
- Putnam, R. D.:** Making Democracy Work. Civic Traditions in Modern Italy. Princeton, 1993
- Putnam, R. D.:** Bowling Alone. America's Declining Social Capital, in: Journal of democracy, 6/ 1995, S. 65-78
- Radtko, G.:** Stimmenthaltung bei politischen Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland. Eine empirische Untersuchung von Wahlberechtigten ohne Wahlintention sowie von den Nichtwählern der Bundestagswahl 1965. Meisenheim am Glan 1972

- Radtke, G.:** Teilnahme an der Politik. Bestimmungsgründe der Bereitschaft zur politischen Partizipation. Bonn 1976 (Band 10 der „Sozialwissenschaftlichen Studien zur Politik“)
- Raschke, J. (Hg.):** Bürger und Parteien. Ansichten und Analysen einer schwierigen Beziehung. Opladen 1982
- Ritzi, C./Schaal, G. S.:** Politische Führung in der „Postdemokratie“, in: ApuZ 2-3/2010, S. 9-15
- Rommelspacher, T./Rülcker, C./Schulz-Kleyenstüber, A./Zander, U.:** „Marxloh“. Ansichten über einen Duisburger Stadtteil. Duisburg 1998, Duisburger Beiträge zur soziologischen Forschung, Heft 2
- Roth, D.:** Nicht wählen - Krisenphänomen oder Zeichen der Normalisierung? Manuskript eines Vortrags am 4. Juni 1992 in Wildbad Kreuth, gehalten bei einer Expertentagung der Hanns-Seidel-Stiftung zum Thema „Parteienverdrossenheit“
- Roth, D.:** Sinkende Wahlbeteiligung - eher Normalisierung oder Krisensymptom, in: Starzacher, K./Schacht, K./Friedrich, B./Leif, T. (Hg.): Protestwähler und Wahlverweigerer. Köln 1992, S. 58-68
- Roth, D.:** Empirische Wahlforschung: Ursprung, Theorien, Instrumente und Methoden. Wiesbaden 2008
- Sack, D./Thöle, U. (Hg.):** Soziale Demokratie, die Stadt und das randständige Ich: Dialoge zwischen politischer Theorie und Lebenswelt. Kassel 2008.
- Sänger, F./Liepelt, K. (Hg.):** Wahlhandbuch 1965. Teil 3: Wahlergebnisse, Kapitel 3.23
- Sartori, G.:** The Theory of Democracy Revisited. Chatham 1987
- Sartori, G.:** Demokratietheorie. Darmstadt 1992
- Scharpf, F. W.:** Demokratietheorie zwischen Utopie und Anpassung. Konstanz 1970
- Schmidt, M. G.:** Demokratietheorien. Opladen 2000
- Schnell, R./Hill, P.B./Esser, E.:** Methoden der empirischen Sozialforschung. 7. Auflage, München/Wien 2004
- Schoof, P.:** Wahlbeteiligung und Sozialstruktur in der Bundesrepublik. Frankfurt/Main 1980
- Schütz, A./Luckmann, T.:** Strukturen der Lebenswelt: Band 1. Frankfurt/Main 1979

- Schumpeter, J.:** Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie. 3. Auflage, München 1972.
- Schwartz, D. C.:** Political Alienation and Political Behaviour. Chicago 1973
- Starzacher, K./Schacht, K./Friedrich, B./Leif, T. (Hg.):** Protestwähler und Wahlverweigerer. Köln 1992
- Statistisches Bundesamt (Hg.):** Datenreport 2006. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland. Bonn 2006
- Stöss, R.:** Parteikritik und Parteiverdrossenheit, in: APuZ, 21/1990, S. 15-24
- Stöss, R./Niedermayer, O.:** Einstellungen zur Demokratie in Berlin und Brandenburg 2002 – 2008 sowie in Gesamtdeutschland 2008. Handout für die Pressekonferenz der Deutschen Paul Lazarsfeld-Gesellschaft und des Otto-Stammer-Zentrums an der Freien Universität Berlin am 25. September 2008
- Straßburger, G.:** Evaluation von Integrationsprozessen in Frankfurt am Main. Bamberg 2001
- Van Deth, J. W.:** Introduction: Social Involvement and democratic Politics. In: Van Deth, J. W. (Hg.): Privat groups and Public Life. Social Participation, Voluntary Associations, and Political Involvement in Representative Democracies. London 1997, S. 1-23
- Van Deth, J. W. (Hg.):** Privat groups and Public Life. Social Participation, Voluntary Associations, and Political Involvement in Representative Democracies. London 1997
- Veen, H.-J./Noelle-Neumann, E. (Hg.):** Wählerverhalten im Wandel. Bestimmungsgünde und politisch-kulturelle Trends am Beispiel der Bundestagswahl 1987. Paderborn 1991
- Verba, S./Nie, N. H.:** Participation in America. Political Democracy and Social Equality. New York 1972
- Verba, S./Nie, N. H./Kim, J.:** Participation and Political Equality, Cambridge 1978
- Verba, S./Schlozman, K. L./Brady, H. E.:** Voice and Equality: Civic Voluntarism in American Politics. Cambridge 1995
- Vetter, A.:** Political Efficacy: Reliabilität und Validität; alte und neue Meßmodelle im Vergleich. Wiesbaden 1997
- Vilmar, F.:** Was heißt hier kommunistische Unterwanderung? Eine notwendige Analyse und wie die Linke darauf reagiert. Frankfurt/Main 1981

Völkl, K.: Die Unterstützung der Demokratie im vereinigten Deutschland, in: Gabriel, Oscar W./Falter, J. W./Rattinger, H.: Wächst zusammen, was zusammengehört? Baden-Baden 2005, S. 249-284

Welzel, C.: Modernisierung und Partizipation: Kontroversen und Befunde zur Partizipationsthese, in: Fuchs, D./Roller, E./Weßels, B. (Hg.): Bürger und Demokratie in Ost und West. Studien zur politischen Kultur und zum politischen Prozeß. Festschrift für Hans-Dieter Klingemann. Wiesbaden 2002, S. 284-302

Wernicke, I. H.: Die Bedingungen politischer Partizipation. Meisenheim am Glan 1976

Westle, B.: Grundlagen und Methoden der Wahlforschung. In: Gegenwartskunde; 4/1983 (Jg. 32), S. 453-464

Westle, B.: Politische Legitimität - Theorien, Konzepte, empirische Befunde (= Schriftenreihe zur gesellschaftlichen Entwicklung, Bd. 3). Baden-Baden 1989

Wolin, S.: Tocqueville between two worlds. Princeton/Oxford 2001

Woodtli, O.: Erziehung zur Demokratie. Der politische Auftrag des höheren Bildungswesens in der Schweiz. Stuttgart/Zürich 1961

Zapf, W./Breuer, S./Hampel, J./Krause, P./Mohr, H.-M./Wiegand, E.: Individualisierung und Sicherheit. Untersuchungen zur Lebensqualität in der Bundesrepublik Deutschland. München 1989

Zentrum für Türkeistudien ZFT: Deutsche und ausländische Selbständige im Stadtteil Duisburg-Marxloh. Essen 1997

12. Tabellen- und Abbildungsverzeichnis

Abbildung: Funktionsweise politisches System nach Easton	28
Abbildung: Klassifikation politischer Partizipation	38
Abbildung: „standard socioeconomic model of participation“	40
Abbildung: Statusgruppen in den einzelnen Partizipationsniveaus	41
Tabelle: Politische Partizipation nach Status und Einbindung in Organisationen	47
Tabelle: Wahlverhalten der Wertetypen von Klages et al. im Jahr 1987	63
Abbildung: Typologie der kognitiven Mobilisierung	66
Abbildung: Nichtwählertypen nach Kleinhenz	79
Tabelle: Charakteristika der Nichtwählertypen bei Kleinhenz	80
Abbildung: Duisburg-Marxloh	107
Abbildung: Frankfurt/Main-Gallus	113
Abbildung: Halle/Saale-Silberhöhe	116
Tabelle: Strukturdaten der Viertel im Überblick	120
Tabelle: Wahlabsicht der Befragten	126
Abbildung: Wahlbeteiligung	131
Abbildung: Politische Partizipation	133
Tabelle: Politische Partizipation und Wahlabsicht	134
Abbildung: Politische Partizipation nach Wahlbeteiligung	135
Tabelle: Dimensionen politischer Partizipation	137
Tabelle: Bildungsabschluss und Wahlbeteiligung	139
Tabelle: Bewertung der allgemeinen und der persönlichen wirtschaftlichen Lage	140
Tabelle: Einschätzung der zukünftigen persönlichen wirtschaftlichen Lage	142

Tabelle: Parteibindung und Wahlabsicht	144
Tabelle: Politisches Interesse	145
Tabelle: Politische Kompetenz (internal efficacy)	146
Tabelle: Politische Selbstwirksamkeit (external efficacy)	148
Tabelle: Konventionalistische Werte	151
Tabelle: Hedonistisch-materialistische Werte	152
Tabelle: Selbstentfaltungswerte	153
Tabelle: Engagement Werte	154
Tabelle: Wertedimensionen und Wahlverhalten (in Prozent)	155
Tabelle: Familienstand in Altersgruppen	164
Tabelle: Mitgliedschaft in Vereinen und Organisationen	166
Tabelle: Aktivität nach Bildungsgrad und Berufsausbildung	167
Tabelle: Nachbarschaftskontakte nach Altersgruppen	169
Tabelle: Gefühlte Einsamkeit	171
Tabelle: Gefühlte Einsamkeit nach Berufsausbildung, Erwerbstätigkeit und Schulabschluss	172
Tabelle: Soziale Aktivität bei Wählern, ungültig Wählenden und Nichtwählern	175
Tabelle: Faktoren gefühlter Einsamkeit bei Wählern, ungültig Wählenden und Nichtwählern	176
Tabelle: Institutionenvertrauen	183
Tabelle: Vertrauen in Gewerkschaften nach Altersgruppen	184
Tabelle: Vertrauen in das Bundesverfassungsgericht nach Bildungsgrad	185
Tabelle: Vertrauen in den Bundestag und die Bundesregierung nach Bildungsgrad	186
Tabelle: Relevante Normen einer Demokratie	188
Tabelle: Unbedingt zu einer Demokratie dazu gehörende Aspekte nach Altersgruppen	190

Tabelle: Unbedingt zu einer Demokratie gehörende Aspekte nach Bildungsgrad	191
Tabelle: Unbedingt zu einer Demokratie dazu gehörende Aspekt „Niemand leidet Not“ nach Grad der Erwerbstätigkeit	192
Tabelle: In Deutschland gewährleistete demokratische Normen und Institutionen	197
Tabelle: Wahrgenommenes Demokratiedefizit	199
Tabelle: Wahrgenommenes Demokratiedefizit – zusammengefasst	201
Tabelle: Wahrgenommenes Demokratiedefizit – Befragte nach Gruppen	201
Tabelle: Misstrauen gegenüber Institutionen bei Wählern, ungültig Wählenden und Nichtwählern	203
Tabelle: Wichtige demokratische Normen und Institutionen bei Wählern, ungültig Wählenden und Nichtwählern – signifikante Unterschiede	204
Tabelle: Demokratiezufriedenheit bei Wählern, ungültig Wählenden und Nichtwählern	205
Tabelle: In Deutschland gewährleistete demokratische Normen und Institutionen aus Sicht der Wähler, ungültig Wählenden und Nichtwähler – signifikante Unterschiede	207
Tabelle: Wahrgenommenes Demokratiedefizit aus Sicht der Wähler, ungültig Wählenden und Nichtwähler – Differenzwerte	209
Tabelle: Zusammenhänge zwischen Einstellungs-Variablen und Wahlverhalten	213

Ich danke

herzlich allen, die mich über die Jahre privat und beruflich unterstützt haben. Viele haben zum Gelingen dieser Arbeit beigetragen;

dem Institut für Interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld und Wilhelm Heitmeyer für die Möglichkeit, die Daten für diese Arbeit im Rahmen des DFG-Projektes „Öffentliche Gewalt im Stadtquartier“ zu erheben und auszuwerten;

Vanessa Baller und Dirk Baller für kritisches Gegenlesen und Korrekturen;

Uwe Teckemeyer, Thorben Meier und Markus Koths für das Verständnis und die kollegiale, leise Unterstützung;

Peter Welsch und Gerhard Freiling für den Zusammenhalt bis zum Schluss;

Ulf Thöle für die Motivation aufzuholen und die Unterstützung in methodischen Fragen;

Bernd-Udo Rinas für die Freundschaft;

Eike Hennig für die ehrliche, deutliche und konstruktive Kritik;

Franz Neumann für die fordernde Förderung auf meinem Weg zur Wissenschaftlerin;

Gerolf Kock, Bärbel Kock und Philipp Kock für die dauerhafte und vielfältige Hilfe;

Olivier, Leonie und Liliam für die Geduld und den Sonnenschein in der langen Zeit.

„Alles ist persönlich. Glauben Sie niemandem, der sagt, irgendetwas sei unpersönlich. Man kann nichts, das man macht, von seiner eigenen Person trennen, und wenn man es tut, tut man es zu einem hohen Preis. Es wird etwas Entfremdetes.“

(Daniel Libeskind)

www.epubli.de



ISBN 978-3-7375-2032-4